

ordentlich als Praktiker und Handwerker. Nur, eines steht auch fest: Wenn ich das aus der Position eines Düngerspezialisten und eines Bodenspezialisten sage, stimmt es. Aber wenn er mir in der Auseinandersetzung sagt, ich möchte wissen, alle zwei sind sie in meinem Verantwortungsbereich, was sagen sie zur Position des Landeshygienikers, daß man das nicht im Blindflug ausführen kann, dann sagt er, ich bin kein Chemiker, und da kann ich nichts dafür. Dann muß ich heraus aus dem Schützengraben, muß Position einnehmen und muß ganz klar positionieren. Und hier sind wir uns nicht uneinig, daß wir Wege finden müssen, wo wir nicht – (Abg. Dipl.-Ing. Chibidziura: „Mir geht es um die Wege!“) Moment, jetzt rede ich aus – die landwirtschaftliche Ernährungs- und Versorgungsstrategie ohne Herzklopfen der Bevölkerung gegenüberstellen können. Weil das geht nicht, daß die Landwirtschaft Entsorgungsaufgaben übernimmt, und nachher wirst „eindraht“ in den Marketingbereich, und die Zuckerindustrie und auch die Feldgemüseindustrie sagt, liebe Freunde, kein Gramm Abwasser und kein Gramm Klärschlamm auf die Flächen, wo wir Verträge abschließen. Wenn das der Vorfahre einmal gemacht hat, und das kommt auf, dann ist es mit dem Delikatessenladen zu Ende. Urbi et orbi. (Abg. Dipl.-Ing. Chibidziura: „Wir müßten schon gestorben sein, wir müßten dauernd Epidemien haben!“) Daher ist auch meine Meinung, ich habe das bei der ersten Wortmeldung gesagt, ich will das nicht wiederholen, ich bin aufgewachsen, Hausbrunnen, Misthaufen, Kriecherbaum, und ich lebe noch immer. Ich bin persönlich überzeugt, daß die, die Marlborough rauchen, oder andere Kaffee inhalieren, da mußt du einmal fragen, was da drinnen ist in dem Burschen, nicht! Da haut's dich nieder! Da gibt es eine Schizophrenie, daß es gleich nur so kracht. Daher glaube ich persönlich, daß man gerade auf dem Gebiet sehr behutsam, aber nicht mit einer verpolitisierten Form dieses Thema angeht. Da bin ich jederzeit bereit. Ich gehe auch zu jeder Veranstaltung, wenn sie mich dort auch sozusagen herwachsen, da bin ich gut durchtrainiert, das ist berufsbedingt, ich bin immer am Boden aufgewachsen. Das ist für mich praktisch kein Problem. Nur, eines steht fest, wenn wir bereits für die steirische Wasserversorgung aus der Perspektive der derzeitigen Wasserrechtsgesetznovelle 14 Ausnahmen brauchen, damit wir überhaupt die Wasserversorgung haben, dann wird man wohl fragen dürfen, ob das Gesetz stimmt oder ob wir edel verdursten sollen in Zukunft. Wenn ich einmal in Schwung bin, möchte ich ein bißchen noch auslaufen.

Meine Damen und Herren, ich glaube daher, daß auch ein vernünftiges Verhalten in der Chance, diese Veränderungen praktisch umzusetzen, vorhanden ist. Ich sage da offen ein Thema, wir haben keine Chance, wenn wir ein Sanierungsgebiet ausweisen, mit der umweltgerechten Landwirtschaftsförderung der EU dort einen Schilling anzubieten. Wir haben derzeit die Position, daß dort, wo unsere Maßnahmen bereits greifen und sich verbessern, diese Maßnahmen zu verstärken sind. Es führt eher zum Erfolg als eine gewisse Unbeweglichkeit. Um das möchte ich wirklich bitten, hier vor allem eine vernünftige Position zuzulassen. Das sind bei uns in der Steiermark 30.000 Hektar. Ich möchte da gerne ein Fach- und Sachgespräch anbieten, damit wir uns sozusagen da

nicht ein politisches Thema in den Raum stellen, wo wir eigentlich die Sache dann nicht treffen, und ich bin gerne bereit, über das zu diskutieren. Nur, die nächsten 3 Milliarden für diese Sanierung, wenn ich das dem Finanzreferenten sage, muß ich ihn halten. Da fällt er mir um. Wo soll er es denn hernehmen? Ist ja gar nicht möglich, wenn ich denke an die anderen Finanzierungsverpflichtungen, die uns im Grunde ins Haus stehen.

Meine Damen und Herren, ich bedanke mich noch einmal für das gesamte Engagement und vor allem auch bei meinen Mitarbeitern, die vor allem draußen in den Umsetzungsphasen die Position der steirischen Umweltpolitik auch in härtesten Situationen einnehmen. Wenn ich nur denke, in Niklasdorf oder in anderen Kampfzonen, wenn es um die Thermische geht oder auch, wenn es um Deponien geht. Der Kollege Ebner müßte so wissen, wie sie da Halleluja singen, wie es da zugeht. Da hat er sich schön geduckt, unter die Lehne ist er fast hinuntergerutscht, wie sie mich da hergewachelt haben. In Hartberg hast du auch gesagt, daß es nicht gar so gescheit ist, daß das gemacht wird. Da bin ich als einziger Indianer übriggeblieben. Und heute wollen die, die dagegen waren, anliefern. Das ist auch die Praxis. Ich möchte aber trotzdem meinen Mitarbeitern sehr, sehr herzlich danken. Ich habe schon bei der letzten Wortmeldung Hofrat Rupprecht erwähnt, Hofrat Jägerhuber, vor allem auch Hofrat Saurer, wo heute die Wassergeschichte noch einmal angesprochen worden ist, auch den Landeshygieniker und alle, die mitarbeiten, auch meinen Mitarbeitern im Büro. Wir haben fast permanent das Krisenmanagement, wenn es auch so still nach außen hin ausschaut, und wünsche vor allem, daß wir diesen Weg sehr dynamisch und ideenreich und mit neuem Schwung, wenn das schon so erwünscht ist, weil es gibt auch wieder „Persil neu“, aber die Grundsubstanzen werden nicht viel verändert werden. Danke für die Mitunterstützung und bitte um die Unterstützung für zukünftige Auseinandersetzungen, aber vor allem auch Strategien. (Allgemeiner Beifall. – 14.56 Uhr.)

Präsident: Meine Damen und Herren! Wir kommen nun zum zweiten Teil der Gruppe 5, zur Gesundheit. Zu Wort gemeldet hat sich als erste und Hauptrednerin in ihrer Fraktion die Frau Dr. Grabensberger. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Dr. Grabensberger (14.56 Uhr): Herr Präsident! Hoher Landtag!

Für das Budgetkapitel 5 und das Thema Gesundheit eine atypische Zeit und auch eine atypische Ausgangssituation. Ich habe bis heute in der Früh gedacht, das Kapitel Gesundheit hat erstmalig keine Geldsorgen. Es ist der Landeszuschuß zu den steirischen Spitälern für fünf Jahre gesichert. Es sind die Standortgarantien abgegeben. Wir könnten uns eigentlich zurücklehnen und uns die Redezeit sparen. Nachdem ich aber die Zeitungen heute in der Früh gelesen habe, schwant mir für die Zukunft, daß diese Sorglosigkeit relativ bald wieder vorbei sein wird. Ich hätte dennoch zu diesem Kapitel einiges, wenn auch Grundsätzliches, anzumerken, sonst kommt der Inhalt dieses Kapitels zu kurz. Wir handeln ja beim Kapitel 5 nicht

nur die Gesundheit, sondern auch die Umwelt ab. Das ist ja etwas durchaus von den Tendenzen her sehr Modernes, und hätten wir Soziales auch noch dabei, dann würde das dem integrierten Gesundheitssystem entsprechen, auf das wir leider in der Steiermark noch einige Zeit werden warten müssen. Die Gesundheit zählt ja für jeden Menschen zu den wichtigsten Voraussetzungen und entscheidenden Inhalten persönlicher Lebensqualität. Im alten Testament steht schon: „Kein Reichtum geht über den Reichtum gesunder Glieder.“ Insofern kommt auch der Gesundheitspolitik eine ganz besondere Verantwortung, aber auch Bedeutung zu, wenn man davon ausgeht, daß Politik für die Menschen gemacht werden soll. Viele Menschen fragen sich allerdings, was hat Gesundheit wirklich mit Politik zu tun? Ja, mit Parteipolitik gar nichts. Aber ansonsten hat die Politik eine wesentliche Aufgabe, nämlich die Rahmenbedingungen zu schaffen, die es jedem einzelnen Menschen ermöglichen, gesund zu bleiben oder gesund zu werden, ganz egal, welcher sozialen Schichte er angehört und in welcher finanziellen Situation er sich befindet.

Wir kennen heute sehr gut die Einflußfaktoren auf unsere Gesundheit. Es hat 1986 einen Gesundheitskongreß in Ottawa gegeben, und anlässlich dieses ist eine Charta verabschiedet worden und das Konzept der Gesundheitsförderung als zentrale Strategie zur Verwirklichung einer neuen Gesundheitspolitik in den Mittelpunkt gestellt worden. Was sind die Einflußfaktoren auf unsere Gesundheit? Jener Bereich, in den wir die meisten Mittel stecken, die größten Anstrengungen und auch die größten Erwartungen, nämlich der kurative Bereich, hat den kleinsten Einfluß auf unsere Gesundheit. Das heißt, wir investieren falsch, wir investieren zu spät, wir investieren viel Geld, ohne auf die Effizienz zu achten, und es stimmt hier die Kosten-Nutzen-Relation schon lange nicht mehr.

Was ist der kurative Bereich? Das sind die Spitäler, das sind auch die meisten ärztlichen Leistungen. Das Sozialversicherungssystem bezahlt vorwiegend kurative Leistungen. Dazu gehören die ganzen Kuren und insgesamt die Behandlungen, die Therapien. Den weitaus größten Einfluß auf unsere Gesundheit hat somit nicht das Geld, sondern haben wir selbst, unser Verhalten, ob wir uns gesundheitsbewußt oder gesundheitsschädigend verhalten. Und allein diese Tatsache müßte schon zu einer Neuorientierung und zu einer Neuformulierung der gesundheitspolitischen Ziele zwingen. War es jahrzehntelang die kurative Medizin, von der wir uns Gesundheit für alle erwartet haben, so wissen wir heute, daß eine wesentliche Zielrichtung die Gesundheitsförderung und die Gesunderhaltung sein muß. Und deswegen müssen wir auch in Zukunft vermehrt in Bildung, in Schulung und in Aufklärung investieren, denn das Vermeiden der Krankheiten, mit denen wir es heute zu tun haben, liegt wohl in erster Linie im eigenverantwortlichen Handeln eines jeden einzelnen. Wir wissen heute auch, daß Menschen aus sozial niederen Schichten einen wesentlich schlechteren Gesundheitszustand haben und auch eine kürzere Lebenserwartung, obwohl wir alle denselben Zugang zu unseren Gesundheitsleistungen in unserem System haben. Das heißt, noch einmal, investieren in Schulung, in Auf-

klärung und in Bildung, damit wir jedem einzelnen ermöglichen können, ein möglichst hohes Maß an Selbstbestimmung für seine Gesundheit zu erreichen. Das seit 1945 propagierte und auch praktizierte Gesundheitssystem verleitet aber eher dazu, sich überhaupt keine Gedanken zu machen, was kostet eigentlich die Leistung, die ich in Anspruch nehme, und was könnte ich denn eigentlich dafür tun, daß ich sie gar nicht in Anspruch nehmen müßte? Hier sind natürlich Kreativität und auch die Visionen der Gesundheitspolitiker sehr gefragt. Es würde mich in dem Zusammenhang interessieren, welche Visionen Sie, Herr Landesrat Strenitz, zu diesem Thema haben. Man könnte an Anreize im Versicherungssystem denken: zur gesundheitsbewußten Lebensführung, zur frühzeitigen Nutzung von Früherkennungsmaßnahmen oder auch zur aktiven Teilnahme an Therapien und auch Genesung. Ein ganz entscheidendes Instrument des Gesundheitssektors, das sich mit allen Fragen der Volksgesundheit auseinandersetzt, ist „Public Health“. Das ist ein Zweig, der in Österreich noch sehr unterrepräsentiert ist. Ich bin in dem Zusammenhang sehr dankbar und auch sehr stolz darauf, daß wir, trotz des im vorigen Jahr nicht zustande gekommenen Budgets, auf Anhieb, aber deswegen vielleicht gerade, die Gelegenheit gehabt haben, in unseren Parteienverhandlungen zum Gesundheitsplan hier ein richtiges Signal zu setzen. Es ist von Ihnen, Herr Landesrat, das Projekt „Public Health“ ins Leben gerufen worden. Dafür sehr herzlichen Dank. Das ist eine ganz, ganz sinnvolle Maßnahme und auch eine wichtige Voraussetzung, daß wir zu einer zielführenden Gesundheitsplanung kommen. Ich hoffe nur, daß wir dann auch zu den Forderungen, die sich daraus ergeben werden, mit allem Nachdruck stehen und diese auch umsetzen werden.

Welche Erkrankungen sind denn heute häufig? Es sind nicht mehr die Akutkrankheiten. Beispielsweise hat man vor einiger Zeit in der Zeitung und im Radio immer wieder vom schlechten Zustand der Wirbelsäulen unserer Kinder hören müssen. Hier ist schon sehr verwunderlich, daß die Prozentsätze sehr divergieren, das heißt, es muß der Ausgangspunkt ein unterschiedlicher sein. Hier wäre eine Standardisierung dringend notwendig. Und wenn man dann hört, daß die Kinder zwar „gescreent“ werden, daß sie ein Turnprogramm mit nach Hause bekommen, gleichzeitig aber weiß, daß solche Programme nur dann einen Sinn haben, wenn sie auch tatsächlich regelmäßig geübt werden, dann wären auch hier neue Strategien und neue Wege zu beschreiten. Ich denke hier sehr an die Lehrer, die viel Verständnis haben, die sehr aufgeschlossen und auch engagiert sind. Vielleicht könnten wir es schaffen, daß sie in der Schule zehn Minuten pro Tag mit den Kindern ein solches Turnprogramm durchturnen, und wir würden den Kindern für die Zukunft viel ersparen. Die Wirbelsäulenerkrankungen sind auch die häufigsten Ursachen für die Krankenstände, das heißt die häufigsten Ausfälle von Produktivität und damit Wirtschaftskraft. Und so sieht man, wie breit hier der Bogen zwischen Gesundheit und Wirtschaftskraft eines Landes verwoben ist. Wir haben steigende Suizidraten in unserem Lande. Die Selbstmordrate der Frauen im Bezirk Leibnitz liegt beispielsweise 60 Prozent über der österreichischen Selbstmordrate. Unfälle

steigen, Umweltverschmutzung nimmt zu, Drogen-, Alkohol- und Nikotinmißbrauch sind bedenklich. Wenn man hört, daß 87 Prozent der AHS-Schüler bereits Kontakt mit Alkohol haben, 21 Prozent mit illegalen Drogen, die rauchende Jugend brauche ich hier gar nicht extra zu erwähnen, denn das bekümmert uns, die steigenden Ernährungsfragen, die Impfbedeckung, dann sind das gesundheitspolitische Zeitbomben, meine Damen und Herren, die wir mit einem Mehrangebot an kurativer Medizin sicherlich nicht werden lösen können, aber durch eine zielgerichtete Gesundheitsplanung. Hunderte von Kindern kommen heute noch nach Komplikationen einer Masernerkrankung in das Spital. Direkt in Rechnung gestellt werden die medizinischen Kosten. Es kommen indirekte Kosten dazu durch den Ausfall der Schule, eventuell auch Kosten von Pflege und bleibenden Schäden. Angesichts dieser Tatsache fragt man sich, warum sind eigentlich Masern bei uns in Österreich nicht meldepflichtig? Warum ist die Impfbedeckung in Österreich neben Italien die schlechteste Europas? In diesem Zusammenhang ist es für mich unverständlich, warum Sie es als Gesundheitslandesrat zulassen konnten, daß sich durch die Verfügung der Rechtsabteilung 9 die Impfleistung in den Mütterberatungen aufgehört hat. Es ist zumindest in den Randbezirken den Müttern möglich gewesen, ihre Kinder relativ leicht impfen zu lassen. Ich weiß schon, daß sich die Mütterberatungen oder die Sozialhelferinnen eine neue Struktur der Mütterberatung vorstellen, aber bevor man hier nicht ein neues Konzept hat, kann man doch eine so sinnvolle Maßnahme nicht einfach streichen, ohne einen Ersatz anbieten zu können. (Beifall bei der ÖVP.)

70 Prozent der Krankheiten, an denen unsere Patienten heute leiden, sind nicht Akutkrankheiten, sind nicht unvorhersehbar, sondern sind das Endergebnis jahrelang gehegter und gepflegter Lebenssünden. Das sind chronische Krankheiten, 40 Prozent haben eine seelische Ursache. Allein diese beiden Tatsachen müßten in unseren gesundheitspolitischen Diskussionen die entscheidenden Ausgangspunkte für alle weiteren Überlegungen sein. Es stellt sich die Frage, ob wir in unserem Gesundheitssystem mittelfristig dahin kommen können, daß Gesunderhalten mehr in den Mittelpunkt gestellt werden kann, und ob wir die Mittel hierfür aus dem Krankheitsversorgungssystem umschichten können. Es ist das aus einem anderen Grund noch von wesentlicher Bedeutung. Auf Grund der demographischen Entwicklung, wenn die Demographen recht haben, wird in 20 oder 25 Jahren ein Viertel der österreichischen Bevölkerung über 60 Jahre alt sein. Diese Bevölkerungsschicht ist es aber, die nicht nur eine, die zwei, drei und vier Krankheiten auf einmal hat, die dann hohe Kosten verursachen. Wir geben heute schon 60 Prozent der Kosten unseres Gesundheitswesens für jene Patienten aus, die ein Jahr später tot sind. Und hier ist es ja auch an der Zeit, daß wir einmal unsere Anstrengungen nach vor verlagern, wo wir erstens noch viel Lebensqualität retten und zweitens später viel Kosten vermindern können. Die alten Leute sollten wirklich nur mit Akutkrankheiten ins Krankenhaus kommen, echte Notfälle, aber nicht als normale Versorgung. Denn es verschlechtert sich dort die Lebensqualität rapide, es steigt die Gefahr, daß sie stürzen, daß sie Infekte

bekommen oder auch in einen akuten Verwirrheitszustand geraten. So gesehen hätten wir durch das Budgetprovisorium, so unangenehm es war, hier zumindest die Gelegenheit gehabt, ein Signal in die richtige Richtung zu setzen, nämlich nein zu einem ungebremsten Wachstum im kurativen Bereich, im Spitälerzuschuß, und einen gewissen Prozentanteil, nämlich 0,85 Prozent, hierfür umgeschichtet in die Gesundheitsvorsorge und Gesundheitsförderung.

Ich darf in dem Zusammenhang an Ihre Hetztouren, Herr Landesrat, erinnern, die Sie durch die Steiermark getrieben haben. Sie waren verantwortungslos, wenn Sie mich fragen, angesichts dessen, was ich gesagt habe. Sie haben gesagt, wir sind ein reiches Land. Wir können uns Straßen, wir können uns Beamte leisten. Aber wir müssen uns auch Spitäler leisten können. Gesundheit wird in den Spitälern nicht mehr garantiert. Das kommt viel früher, und das habe ich schon gesagt. In den Spitälern werden medizinische Leistungen erbracht. Und um diese auch zeitgerecht und modern erbringen zu können, brauchen wir auch moderne Strukturen. Aber Ihre Zielvorgaben, die Sie im Spitalsplan gegeben haben, sind dürftig, und es fehlt eine wesentliche, nämlich eine Zielorientierung hinsichtlich der Leistungskomponente der einzelnen Häuser. Es wird in Zukunft nicht möglich sein, das gesamte Spektrum der modernen Medizin überall, zu jeder Zeit, für jedermann auch anbieten zu können, so sehr man sich das wünschen würde, und es wird ein Ausschluß von gewissen Leistungen notwendig sein. Das ist allerdings eine politische Entscheidung. Nur haben wir es in der Steiermark leider mit Persönlichkeiten zu tun, die Entscheidungen meiden, Entscheidungen weitergeben, Entscheidungen weiterchieben. (Abg. Dörflinger: „Machen Sie Vorschläge, Frau Kollegin!“) Ich bin nicht ressortzuständig, Herr Dörflinger. Aber wir werden es vielleicht erleben. Der Herr Landesrat hat ja die Entscheidungen weiterdelegiert zu den Vorständen. Die Vorstände haben weiterdelegiert hinaus in die Regionen, und dort wird ja jetzt gearbeitet. Aber dann soll man die Regionen auch arbeiten lassen, und nicht durch Besuche der einzelnen Häuser die Arbeit schon präjudizieren. (Beifall bei der ÖVP und FPÖ.)

Das ist kontraproduktiv. Damit ist nichts verbessert, damit ist nichts geschehen. Es ist nur Ihre parteipolitische Aufgabe erledigt, aber nicht die eines Gesundheitslandesrates. Wir brauchen für die Steiermark klare Konzepte, die hat die Firma Suter & Suter schon gefordert. Das ist ja eine Studie, die um viele Steuermillionen in Auftrag gegeben worden ist. Das muß doch auch für uns irgendwann einmal Konsequenzen haben. Wenn wir eine patienten- und bedarfsgerechte Versorgung sichern wollen, dann dürfen wir natürlich auch Konflikte nicht scheuen. Sie sind ja nicht nur Landesrat, um allen alles zu geben, sondern auch einmal im rechten Augenblick Entscheidungen zu treffen. Und da ist für mich wesentlich, daß auch die Versorgungspyramide endlich wieder auf die Basis kommt. Sie steht ja im Moment auf der Spitze. Die Versorgung im angestammten Lebensraum wird ja immer bedeutungsvoller. Ich nenne da die therapeutischen Dienste, die Spitexdienste. Und erinnern Sie sich, wie die extramurale Psychiatrie geklagt hat, welche finanziellen Sorgen sie haben, ein,

zwei Millionen in diesem Bereich würden sehr viel helfen und leicht durch Umstrukturierungen von einzelnen Häusern draußen frei werden. Ich bin in dem Zusammenhang auch froh, daß wir voriges Jahr zum Gesundheitsschilling nicht gekommen sind. Denn bevor wir noch einmal Opfer von der Bevölkerung verlangen, hat eitle Verschwendung ausgeschaltet zu sein und dafür gesorgt zu werden, daß das Geld auch effizient und sicher eingesetzt wird. Die Ärztekammer-enquete, um noch einmal zu den Spitälern zurückzukommen, hat ja deutlich auch die Problematik in den Spitälern aufgezeigt. Sie waren ja anwesend. Und mich hat dort eines überrascht, daß nämlich diejenige Berufsgruppe, von der es immer wieder heißt, sie sei die kostentreibende im Gesundheitswesen, gesagt hat, wir haben genug. Wir haben genug Spitäler, wir haben genug Betten, wir haben genug Geräte, das einzige, was sie nicht genug hatten, war Personal, und auch da ließen sie mit sich reden, denn durch Organisationsverbesserung oder durch Erleichterung der Administration, die bis zur Hälfte des Tagesablaufes in Anspruch nimmt, könnten auch hier noch Ressourcen freigemacht werden. Angesichts dessen frage ich mich, wieso Sie nicht hellhörig geworden sind und zu diesen 20 Häusern, die wir jetzt schon haben, noch dem Land ein 21. anvertrauen wollen, nämlich Kapfenberg. Wie können Sie einen Spitalsplan beschließen mit einem Akutbettenabbau von 30 Prozent, und wie erklären Sie es, daß Sie es im Zusammenhang damit nicht ermöglichen, in den eigenen Häusern so eine wichtige Einrichtung vielleicht möglich zu machen? (Beifall bei der ÖVP und FPÖ.)

Sie kennen vielleicht das Memorandum des Krankenhauses Mürzzuschlag und Bruck. (Abg. Dörflinger: „Seid ihr gegen Kapfenberg?“) Muß ich mich von Ihnen jetzt fragen lassen? Ich bin weder in der Planungsgruppe noch sonst wo. (Abg. Dörflinger: „Es geht nicht um Fragen, sondern um Antworten!“) Das werden andere Gremien entscheiden! Kennen Sie das Memorandum des LKH Mürzzuschlag und Bruck? Ja? (Landesrat Dr. Strenitz: „Haben Sie es aufgesetzt?“) Nein! (Landesrat Dr. Strenitz: „Sie sind nicht ganz am letzten Stand. Das darf ich später berichtigen!“) Es ist an alle Klubs gegangen, ich bin Mitglied eines Klubs, des ÖVP-Landtagsklubs, ich bin stolz darauf, das sein zu dürfen.

Meine Damen und Herren, die hohen Kosten im Gesundheitswesen einerseits, gefährdete Gesundheit und damit auch Lebensqualität zwingen uns zu Veränderungen. Wer sich jedoch als Erhalter eines alten, überlebten Systems sieht, ist, glaube ich, hier nicht ganz richtig am Platz. (Beifall bei der ÖVP.) Gesundheitspolitik darf nicht Selbstzweck sein, nicht für einzelne Personen, auch nicht für eine Partei – (Abg. Korp: „Auch nicht für Sie, Frau Kollegin!“) Den Zwischenruf von Ihnen habe ich erwartet, als einen der neuen kompetentesten Gesundheitspolitiker des Landes: Super! – (Abg. Korp: „Für Sie ist Gesundheitspolitik Selbstdarstellung!“), sondern sie soll der Bevölkerung ein hohes Maß an Gesundheit ermöglichen, und daher brauchen wir neue Strukturen, die dem Bedarf gerecht werden und auch finanzierbar sind, und auch veränderungswillige Politiker. Die Frau Dr. Karisch hat in ihrer Grundsatzrede zitiert: „Herr

der Zukunft ist, wer sich wandeln kann.“ Zahlreiche Experten, damit sehen Sie, daß das nicht allein von mir kommt, Herr Korp, die WHO, die Ärztekammer, der Dekan der medizinischen Fakultät, fordern die Schaffung und die Umsetzung eines vernetzten Gesundheitsplanes im intra- und extramuralen Bereich anstelle von regionalen Teillösungen. Und wenn wir es hier nicht schaffen alleine, dann schließe ich mich auch dem Rat dieser Experten an und fordere einen wissenschaftlichen Planungsbeirat, der uns die Lösung vielleicht bringen wird. Wir können nicht ständig die Ratschläge von Experten überhören. Wer immer Fehler macht, wird eines Tages dafür bezahlen müssen. Ich hoffe nicht, daß es unsere Bevölkerung sein wird und auch nicht unsere Mitarbeiter, die Tag für Tag in unseren Spitälern oft Unmenschliches leisten. (Beifall bei der ÖVP.)

Ich möchte mit demselben Schlußsatz oder mit dem Schlußsatz des Herrn Prof. Jeglitsch enden, er hat gesagt: „Ich wünsche mir für 1995 mehr Sachlichkeit.“ Auch ich wünsche mir das. Danke! (Beifall bei der ÖVP. – 15.17 Uhr.)

Präsident Dr. Klausner: Zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Köhldorfer. Ich erteile es ihm.

Abg. Köhldorfer (15.17 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Die Frau Dr. Grabensberger hat am Beginn ihrer Wortmeldung mit der Gesundheit begonnen, mit dem Begriff „Gesundheit“. Und da frage ich mich, was bedeutet das Wort „Gesundheit“? Solange man gesund ist, eigentlich nicht viel. Aber wenn man krank ist, dann muß alles vorhanden sein, dann muß es die beste medizinische Versorgung geben, dann müssen die besten Ärzte vorhanden sein, und dann soll es die modernsten Krankenhäuser geben. Und wenn möglich, direkt vor der eigenen Haustür. Es kommt nicht von ungefähr, wenn der Sozialmediziner Dr. Noak sagte: „Gesundheit wird von vielen mit der Medizin gleichgesetzt.“ Er sagte aber auch: „Dieser Trugschluß der Gesellschaft, diese plakative Äußerung bedarf einer Korrektur und der Notwendigkeit des politischen Grundkonsenses.“ Und diesen werden wir hoffentlich in der Steiermark wieder finden, meine Damen und Herren.

Österreich und vor allem die Steiermark ist ein so wunderschönes, aber auch ein so soziales Land. Wir sind alle stolz darauf, hier zu leben, denn es lebt sich gut hier. Wir haben einen hohen Wohlstand, wir haben einen sehr guten Lebensstandard, der sich auch dadurch auswirkt, daß sich die Lebensgewohnheiten geändert haben. Wir essen gut, zum Teil viel zu viel, und machen auch zu wenig Bewegung. Der Herr Prof. Cesnik sagte, 90 Prozent der Erkrankungen werden durch die Lebensführung, die Umwelt und die Genetik hervorgerufen, wobei – so meine ich – auf die Lebensführung sicher der größte Wert gelegt werden muß. Gesundheit wird mit Medizin sicher auch deshalb gleichgesetzt, weil die Entwicklung der ärztlichen Kunst sehr weit fortgeschritten ist. Es werden viele Krankheiten erfolgreich bekämpft, und sogar der Krebs ist vielfach wieder heilbar. Es gibt da natürlich einen positiven Nebeneffekt, daß es dadurch eine wesentlich höhere Lebenserwartung gibt, das

Negativum dabei, daß auch die Krankenhausaufenthalte und die Pflegeheimaufenthalte vermehrt werden. Um diesem ganzen Bewußtsein entgegenzuwirken, gibt es in der Steiermark viele Maßnahmen zur Gesundheitsförderung, zur Vorsorge die Projekte, wie „Bewußter essen“, „Mehr Bewegung“, Gesundheitsuntersuchungen, wenn einem auch nichts fehlt, Nichtraucherkampagne und vieles mehr.

Ein Schritt ist auch der steirische Gesundheitsplan, der als Grundsatzkonzeption für diese Vorsorge gilt. Dieser steirische Gesundheitsplan hat eine lange Geschichte, ähnlich dem Feuerwehrgesetz. Wenn ich denke, daß die erste Vorlage vom Herrn Landesrat Dr. Strenitz am 30. November 1992 der Steiermärkischen Landesregierung vorgelegt wurde, diese dann am 9. März 1993 dem Gesundheits-Ausschuß zugewiesen wurde, der Gesundheits-Ausschuß wiederum Parteienverhandlungen beschlossen hat, und am 26. September 1994, also zwei Jahre später, diese Vorlage neuerlich der Landesregierung, dann dem Ausschuß und dem Landtag zugewiesen wurde, ist das eine sehr lange Zeit, die dieser Gesundheitsplan gebraucht hat. Wenn man bedenkt, daß die zweite Vorlage sich von der ersten Vorlage nur um sieben Seiten geändert hat, und zwar jene sieben Seiten, die uns der Herr Landesrat bei den Parteienverhandlungen vorgelegt hat, die praktisch in dieser Art und Weise, wie er sie uns vorgelegt hat, in diesen Gesundheitsplan eingefügt wurden, und es aber sonst keine großen Änderungen gegeben hat. Wir haben in den Parteienverhandlungen gemeint, daß der Gesundheitsplan auch einen gemeinsamen Gesundheits- und Sozialplan enthalten soll. Davon ist aber nicht die Rede und steht auch nicht drinnen. Die Frau Landesrat Rieder hat heute hier in ihrer Wortmeldung gesagt, daß sie nicht genug Geld hat, um mit dem Sozialsprengel die ganze Steiermark zu versorgen. Gemeinsam müßte es doch gehen. Ich weiß nicht, ist der Kompetenzstreit, wer dann für diese Sprengel zuständig ist, oder geht es darum, wer was, wieviel zahlen soll? Ich weiß es nicht. Der Herr Klubobmann Trampusch hat, laut einem Zeitungsbericht vom Sonntag, gesagt, die Landesräte mögen wieder zusammenarbeiten. Ich glaube und hoffe, daß er auch die der Sozialdemokratischen Partei gemeint hat, daß sie zusammenarbeiten sollen, und Dinge, die wir gemeinsam, Soziales und Gesundheit, machen sollen, auch als Gemeinsames gesehen und gemacht werden sollen.

Ich will hier nicht noch einmal die ganze Aufzählung aller bekannten Details machen, die unsere Gründe und Bewegungen waren, diesen Gesundheitsplan nicht so zu akzeptieren, wie er uns vorgelegt wurde. Wir kennen das alles und haben das schon gehört. Der Herr Univ.-Prof. Dr. Noak, Vorstand des Institutes für Sozialmedizin in Graz, ein anerkannter Arbeits- und Sozialmediziner, Projektleiter in der Schweiz und zur Zeit, wie ich gelesen habe, auch noch in Deutschland tätig, konnte zur Mitarbeit für die Vorsorgemedizin in der Steiermark gewonnen werden. Und dazu, Herr Landesrat, gratuliere ich Ihnen. Denn Prof. Noak ist sicher eine Aufwertung für diese Gesundheitsvorsorgemedizin in der Steiermark. Prof. Noak hat mit dem Institut für Sozialmedizin nun einen Auftrag der Steiermärkischen Landesregierung bekommen, einen Gesundheitsbericht über die Ge-

sundheit in der Steiermark zu machen. Über dieses Projekt gibt es auch eine Beschreibung. In dieser Beschreibung steht: „Der Gesundheitsplan war eine erste Bestandsaufnahme der gesundheitlichen Einrichtungen und Dienste des Landes Steiermark, und als solcher ein notwendiger Schritt.“ Herr Landesrat, Sie werden sich erinnern, wir haben im Ausschuß für Gesundheit, Sport und Spitäler einen selbständigen Antrag gemacht, wo wir auch genau das gesagt haben. „Der vorgelegte steirische Gesundheitsplan wird vom Landtag als Grundsatzkonzeption angesehen.“ Sie haben dann im Landtag das sehr begrüßt, haben gesagt, ja, es freut Sie, daß wir auch zu dieser Erkenntnis gekommen sind, aber es beweist, daß wir, die von Ihnen Geprügelten, immer im Recht waren, weil Sie jetzt sagen, ja, es ist ein Grundsatzkonzept. Wenn ich mir dann ansehe, daß weiters in dieser Projektbeschreibung steht, „es ist dem Gesundheitspolitiker nicht möglich, ohne eine Bevölkerungsdiagnose einen wirksamen Gesundheitsplan zu entwickeln und umzusetzen“, und daß deshalb auch in anderen Ländern, wie in Deutschland, der Schweiz und in den Niederlanden, die Gesundheitspolitiker wissenschaftliche Institute beauftragt haben, Gesundheitsberichte zu erarbeiten, dann muß ich sagen, ist das genau das, was wir in den Parteienverhandlungen gesagt haben. Ich bin froh, daß das jetzt bei uns passiert ist. Vielleicht kriegen wir dann, wenn wir diesen Gesundheitsbericht haben, auch einen echten Gesundheitsplan, der uns dann auch die Ziele vorgibt, und nicht die ganze Auflistung, so wie er jetzt eben hier liegt.

Meine Damen und Herren! Die Steiermark ist mit ihren Projektvielfalten im Vorsorgebereich österreichweit an der Spitze. Das ist erst vor kurzem in der Zeitung zu lesen gestanden, daß wir hier eine Vorreiterrolle spielen. Es steht hier zum Beispiel: „Die Grüne Mark gibt wieder den Ton an. Die Vorsorgeprojekte in der Steiermark weisen in Österreich den Weg, wie es zu funktionieren hat.“ Das bedeutet aber auch, daß wir immer schon Geld für die Vorsorgemedizin gehabt und auch eingesetzt haben und daß es manchesmal mit den KRAZAF-Mitteln einen Kompetenzstreit gegeben hat. Ich kann mich erinnern, als wir bei Frau Dr. Kalnoky gesessen sind, wie sie gesagt hat, ich brauche mehr Geld. Sie haben gesagt, ich habe keines mehr. Der Herr Landesrat Ressel hat Geld aus KRAZAF-Mitteln, und der Herr Landeshauptmann Krainer hat Geld aus KRAZAF-Mitteln. An solchen Streitigkeiten darf die Vorsorgemedizin nicht scheitern. Wenn man auf der anderen Seite jetzt hört, daß der KRAZAF mit Ende 1995 aufgelassen wird, frage ich mich, daß wir neue Wege suchen müssen, wie wir das dann in dieser Form auch weiterhin finanzieren werden können. Der von Ihnen nicht so heiß geliebte Rationalisierungsausschuß hat ja 20 Millionen Schilling für die Gesundheitsvorsorge angefounden, wenn ich es so nennen darf. Als diese 20 Millionen Schilling durch die Medien gegangen sind, haben sich alle Organisationen, die sich mit Gesundheitsvorsorge befassen, gefreut, und ich glaube, es sind so an die 40 oder 50 Gruppierungen, die hier auf dem Vorsorge Sektor tätig sind in der Steiermark. In unserem steirischen Gesundheitsplan habe ich nach mehrmaligem Durchlesen auch zwischen den Zeilen nicht mehr als 17 solcher Gruppierungen namentlich gefunden. Dafür habe ich

aber hier Regierungsvorlagen vom 4. November, die Sie, Herr Landesrat, eingebracht haben, wo 13 Projekte mit 5,6 Millionen Schilling beschlossen wurden, vom 12. Dezember 1994, wo zwölf Projekte mit 1,485 Millionen Schilling beschlossen wurden, die sich alle mit der Gesundheitsvorsorge befassen, die aber nahezu alle nicht im Gesundheitsplan stehen. Das ist jetzt kein Vorwurf. Ich glaube aber nur, daß die ganzen Projekte, die hier immer so stückweise kommen, nicht miteinander koordiniert sind. Nochmals: Ich stelle kein einziges dieser Projekte in Frage. Nur, es gibt meiner Meinung nach viel zu viel Doppelgleisigkeit und vielleicht gerade deshalb viel zu viele solcher Projekte. Herr Landesrat, ich bin der Meinung, daß Sie sich die Kompetenz für die Vorsorgepolitik in diesem Lande aus den Händen haben nehmen lassen. Ich bin der Meinung, daß Sie beziehungsweise Ihre Abteilungen Projekte für die Vorsorge erarbeiten müssen, daß Sie diese dann aus-schreiben, daß Sie Anbote einholen von den ganzen Vorsorgegruppierungen, die es gibt, wer was zu welchen Konditionen machen kann, dann die Finanzierung feststellen und, wenn das alles gemacht ist, dieses Projekt dann auch vergeben. Selbstverständlich sollen von den ganzen Vorsorgegruppierungen auch Vorschläge kommen. Die Leute draußen an der Basis wissen ja auch, wo es krankt. Diese Vorschläge bedürfen aber einer genauen Untersuchung, nämlich, wie kann man sie umsetzen, und was kann man damit machen? Es muß eine Erwartungshaltung geben. Was will ich damit erreichen, und was kommt dabei heraus, und vor allem, wenn das Projekt abgeschlossen ist, was ist mit den Vorsorgegeldern gemacht worden, und was ist dabei herausgekommen?

Die Frau Grabensberger hat die Effizienz unserer Finanzmittel für die Gesundheit schon angesprochen. Und wenn Sie vielleicht nicht die richtigen Personen haben, um diese Projekte zu erarbeiten, gibt es zwei Möglichkeiten meiner Meinung nach. Entweder bestellen Sie den Herrn Prof. Noak für eine solche Kommission, oder wir machen eine politische Kommission, um diese Vorsorgeprojekte mit diesen Mitteln auszustatten und effizient durchzuführen.

Wenn ich noch kurz die KAGES ansprechen darf. Laut steirischem Gesundheitsplan wird von einem Abbau von zirka 1700 Akutbetten gesprochen. Sie haben hier in einer Wortmeldung gesagt, daß nahezu die gleiche Anzahl in der Steiermark für Pflegebetten gebraucht wird. Ich hätte gerne von Ihnen gewußt, was ist in dieser Richtung schon passiert? Gibt es hier schon irgendwelche Bewegungen? Ist hier schon etwas geschehen? Denn wir haben in der Steiermark 21 Landeskrankenhäuser, das ist jedem von uns hier bekannt und bewußt. Wir haben zusätzlich aber noch das Städtische Krankenhaus in Weiz, das Krankenhaus in Schladming und sonst noch einige, die auf uns zukommen werden. Die beiden KAGES-Direktoren – DDr. Moser und Dipl.-Ing. Dr. Fankhauser sehe ich hinten in der Galerie – fahren draußen herum, versprechen Umbauten, Erneuerungen in Bad Radkersburg, in Fürstenfeld, in Bad Aussee, in Mürzzuschlag, in Judenburg und müssen natürlich diese Versprechungen einhalten. Und dafür gibt es angeblich ein eigenes Budget, ein Investitionsprogramm der

KAGES. Aber jetzt taucht Kapfenberg auf. Und der Herr Landesrat hat bei Beginn dieser Budgetdebatte in einem Zwischenruf gesagt, als die Frau Kollegin Bleckmann gesagt hat, über Kapfenberg steht kein einziger Schilling im Budget, aber es steht im Investitionsprogramm der KAGES. Jetzt habe ich gestern am Abend, nachdem ich keinen Zugang zum KAGES-Investitionsprogramm habe, die Zeitung „Gesund“ bekommen, und da steht drinnen: „Insgesamt sieht der Wirtschaftsplan für 1995 Gesamtaufwendungen in der Höhe von 10,214 Milliarden Schilling sowie ein Investitionsvolumen von 1,415 Milliarden Schilling – somit insgesamt 11,629 Milliarden Schilling – vor. Und gerade im investiven Bereich sind folgende Bereiche besonders hervorzuheben: Baubeginn bei LKH 2000-Projekten, Fortführung der Automation, verschiedene Maßnahmen in den Landeskrankenhäusern, Fortführung der Planungsprojekte für die Landeskrankenhäuser Hartberg, Mürzzuschlag, Wagna und Judenburg. Ich lese hier nirgends Kapfenberg, Herr Landesrat. (Landesrat Dr. Strenitz: „Zu Recht!“) Vielleicht gibt es einen anderen, ich weiß das nicht so genau. Das ganze, was mit Kapfenberg erreicht wird, und die Kollegin Grabensberger hat das Memorandum von Mürzzuschlag angesprochen. Auch wir haben es im Klub bekommen. Es kann doch nicht sein, wenn Sie im steirischen Gesundheitsplan den Abbau von 1700 Betten planen, wenn Suter & Suter eine steiermarkweite Studie durchgeführt hat, die besagt, daß es in der Steiermark zwei Krankenhäuser, zwei Spitäler zuviel gibt und daß ein Krankenanstaltenplan beschlossen worden ist, der besagt, daß es zu einem 30prozentigen Akutbettenabbau kommen muß, daß Sie dann hergehen und sagen, das Krankenhaus Kapfenberg müssen wir jetzt in diese 21 Landeskrankenhäuser integrieren. Noch einmal, ich will hier und heute keine Diskussion über Kapfenberg losbrechen, denn ich finde Kapfenberg in keinem Budget, nicht im Landesbudget, auch nicht im Investitionsbudget der KAGES. Und vor allem bitte, wir haben ein Jahr lang eine Spitalsdebatte geführt, die für niemanden schön war. Und wir wollen keinen neuen Spitalskrieg, sondern vielmehr bleiben wir bei der Wahrheit, bei dem, was wir uns leisten können. Ich weiß schon, daß wir uns viel mehr leisten wollen, aber bleiben wir bei dem, was wir uns leisten können.

Meine Damen und Herren, es ist für mich lange geworden, ich wünsche Ihnen trotz all dem ein besinnliches Weihnachtsfest, ein glückliches und vor allem gesundes 1995, denn ohne Gesundheit könnten Sie sonst mit der Gesundheit und ihren Problemen auch im nächsten Jahr im wahrsten Sinne des Wortes konfrontiert werden. Danke! (Beifall bei der FPÖ. – 15.38 Uhr.)

Präsident Dr. Klausner: Zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dörflinger. Ich erteile es ihm.

Abg. Dörflinger (15.38 Uhr): Hohes Haus! Meine Damen und Herren!

Ich gebe zu, daß Sie es mir mit dieser Art und Weise der Gesundheitsdebatte relativ schwerer gemacht haben als in den vorigen Jahren. Ich bin vorher von draußen hereingekommen, und ein Kollege hat mich

gefragt, bei welchem Kapitel seid ihr. Ich habe gesagt, beim Kapitel Gesundheit. Er hat bei der Tür hereingeschaut, hat gesagt, das kann nicht möglich sein, es sitzt ja fast niemand drinnen, es wird nicht geschrien, es wird nicht gestritten, was ist da passiert? Ich habe ihm gesagt, der Stil in der Gesundheitsdebatte dürfte sich ein bißchen verändert haben, weg von der Kratzbürste hin zum Samtpfötchen. Wenn ich mir den Stil anschau, wie wir vor einem halben oder dreiviertel Jahr diskutiert haben, wie wir vor eineinhalb Jahren diskutiert haben, und wenn ich mir den Stil heute anschau, muß ich dazusagen, daß ich sehr froh darüber bin, daß sich das geändert hat. Ich bin sehr glücklich darüber, und auch, wenn der Herr Präsident Rader gemeint hat, es wäre eine fade Debatte, ich weiß, daß du das nicht so siehst, halte ich es für besser, wenn wir uns auf einer sachlichen Ebene unterhalten. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ.) Die Verwirrmis scheint jetzt perfekt zu werden, wenn Kurt Flecker und die ÖVP gemeinsam zum Zwischenapplaus kommen.

Wenn man sich die Fakten und die Inhalte anschaut, muß ich mir aber doch die Frage stellen, wie ist es zu dieser Veränderung im Stil und im Inhalt dieser Diskussion gekommen? Ein paar Zitate aus dem Frühjahr, ein paar Zitate von vor eineinhalb Jahren: „Kostenexplosion“, „Zusammenbruch des Budgets“, „Planlosigkeit“, „LKH 2000 ist ein Monsterprojekt“, „Kostenmolocho“, „Die Kliniken müssen zurück zum Bund“, „Neuerliche Überprüfung des Projektes LKH 2000“. Jetzt könnte es ja sein, daß sich das alles so massiv geändert hat und man heute zur Überzeugung kommt, okay, die Kritik an den bestehenden Zuständen hat so gewirkt, daß sich das alles so toll verändert hat, und der Herr Landesrat und die zuständigen Abteilungen und die KAGES haben sich der Kritik derer, die damals als Kratzbürste in die Diskussion gegangen sind, so angeschlossen und haben ihr Projekt, ihre Inhalte so verändert, daß es jetzt sinnvoll wäre, die mit den Kratzbürsten herbeigeführten Wunden mit Samtpfötchen zu streicheln, weil wieder alles in Ordnung ist. Diese Veränderung – (Abg. Schützenhöfer: „Das hätten Sie wissen können!“) oder aber – danke, Herr Kollege Schützenhöfer – man ist darauf gekommen, daß die Kritik von damals vielleicht nicht ganz richtig war.

Man ist vielleicht darauf gekommen, daß die Kritik von damals überzogen war. Man ist vielleicht darauf gekommen, daß man einen Wirbel inszeniert hat, ohne in der Hinterhand zu haben, wie man es wirklich besser machen will, was man verändern will, wie man aus bestehenden Situationen anders herauskommen will. Wir haben am 5. Juli eine gemeinsame Erklärung – (Abg. Schützenhöfer: „Der Dörflinger ist mit der Giftspritze unterwegs!“) Bitte? (Abg. Mag. Bleckmann: „Sachlich diskutieren!“) Wir haben am 5. Juli eine gemeinsame Erklärung in diesem Landtag beschlossen, einstimmig, und seit diesem 5. Juli haben wir die Maßnahmen und Aktivitäten im Gesundheitsbereich offensichtlich gemeinsam getragen. Ich bin jetzt nicht so böse, daß die Frau Kollegin Grabensberger heute ein paar Sidesteps und ein paar Seitenehne in Richtung Landesrat Strenitz gemacht hat. Ich glaube, das ist eine Pflichtübung, das muß man tun, und das gehört auch dazu. Es ist Ihnen auch niemand böse. Sie haben das auch sehr nett und freundlich

gemacht. (Landesrat Dr. Strenitz: „Da war sie kuschelweich!“ – Abg. Dr. Lopatka: „Hast du Probleme damit?“) Aber man kann heute mit Fug und Recht feststellen, daß wir das Gesundheitsbudget offensichtlich einstimmig beschließen, ein Gesundheitsbudget, das Landesrat Strenitz und das Landesrat Ressel vorgelegt haben. (Abg. Mag. Bleckmann: „Das Ergebnis des Rationalisierungs-Ausschusses!“) Ganz im Gegenteil. Wir können feststellen, daß der Krankenanstaltenplan beschlossen wird. Wir können feststellen, daß es eine Standortgarantie für die Spitäler gibt. Auch die Anmerkungen der Frau Kollegin Grabensberger, was Kapfenberg betrifft, scheinen mir durchaus sozusagen von den Ereignissen einigermaßen überholt gewesen zu sein, weil ich mir nicht vorstellen kann, daß das, was sozusagen in Aussicht steht für Kapfenberg, und das, was für Kapfenberg vorbereitet wurde, nicht die Zustimmung des ÖVP-Klubs finden wird, sondern ich gehe davon aus, daß jene, die sich darauf einigen werden, daß man das Krankenhaus weiterführt, sehr wohl die Interessen der Kapfenberger wahrnehmen werden, und nicht von irgendeiner Seite her wieder torpediert wird. (Abg. Schützenhöfer: „Es ist gut, wenn man in bezug auf Kapfenberg derzeit nicht zu viel Wind macht!“) Ich stelle nur fest, daß es ein sehr positives Gespräch zu Kapfenberg gibt. Ich stelle fest, daß eine sehr positive Stimmung zu Kapfenberg da ist. Und wenn die Frau Kollegin Grabensberger meint, daß das nicht so besonders gescheit ist, gehe ich davon aus, daß andere Leute der Meinung sind, daß man es doch machen soll und daß es doch nicht so blöd ist, sonst würden sie es ja nicht machen. Ich stelle fest, daß das Projekt LKH 2000 völlig außer Streit steht. Ich stelle fest, daß wir den Gesundheitsplan einstimmig beschlossen haben. Ich stelle weiters fest, daß der Wirtschaftsplan für die Krankenanstalten 1995 einstimmig beschlossen wurde. (Abg. Dr. Lopatka: „Alles Erfolge des Rationalisierungs-Ausschusses!“ – Abg. Schützenhöfer: „Das, was Sie festgestellt haben, können Sie seit der Parteeinigung vom 5. Juli feststellen!“) Ich stelle fest, daß das, was ursprünglich so heiß umfehdet und heiß umkämpft war, wie irgendwelche Grenzen, jetzt mittlerweile außer Streit steht. Ich stelle fest, daß offensichtlich das, was Landesrat Strenitz vorgelegt hat, Sie mittlerweile überzeugt hat, daß es doch viel besser ist, als Sie ursprünglich geglaubt haben. Und das werden Sie meiner Fraktion zubilligen können, daß wir sehr froh sind darüber. (Beifall bei der SPÖ.)

Es stellt sich für mich auch die Frage, die vielleicht Kollege Köhldorfer vorher auch schon angeschnitten hat, ob das alles einen Sinn gehabt hat, ob sich das alles ausgezahlt hat (Abg. Dr. Lopatka: „Sehr!“), ob die Verunsicherung, die es bei den Patienten gegeben hat, ob die Verunsicherung (Abg. Dr. Ebner: „Die habt ihr betrieben!“), die es bei der Bevölkerung gegeben hat, sich wirklich ausgezahlt hat (Abg. Dr. Lopatka: „Diese Kampagne hättest du nicht machen sollen!“), wenn wir auf einen gemeinsamen Weg kommen. Ich sage noch einmal dazu, ich bin sehr froh, daß wir auf einen gemeinsamen Weg kommen. Ich bin auch überzeugt davon, meine Damen und Herren, daß wir in jenen zwei zentralen Punkten, wo wir uns noch nicht geeinigt haben, auch zu einer gemeinsamen Lösung kommen werden.

Der erste Punkt: die Frage Rückführung des Spitalpersonals an das Land. Ich gehe nicht davon aus, meine Damen und Herren, daß das eine rein parteipolitische Taktik war, dieses Zurückführen. Ich sehe, daß es durchaus auch gewisse Sorgen gegeben hat, was die Kostenentwicklung beim Spitalpersonal betrifft. Ich sehe aber auch, daß die ganze Frage, Personal zurück oder nicht zurück, eine sehr grundsätzliche Frage ist, die die gesamte Ausgliederung in Frage oder in Diskussion stellt und wir darüber reden müssen. Ich kann aber auch feststellen, daß durch den Beschluß des Bundes oder durch die Vorlage eines einheitlichen Arbeitszeitgesetzes für Spitalärzte auf Bundesebene das ganze unterlaufen wurde. Ich möchte diese Gelegenheit schon nützen, um auf eine grundsätzliche Frage in diesem Bereich einzugehen. Ich glaube, daß der Ansatz falsch ist, herzugehen, eine Bedienstetengruppe, die in einem Bereich tätig ist, wo es arbeitsrechtlich Besserstellungen gibt, in eine andere Gruppe zu überführen, damit sie arbeitsrechtlich nicht mehr so gut gestellt sind, wie sie es vorher waren – (Abg. Bacher: „Die Leute wollen das selber!“) Hans, lasse mich bitte ausreden –, sondern das, was ich meine und was auch niemand versteht, bei den Betroffenen nicht und auch bei der Bevölkerung nicht, daß die Frage, wer zahlt deinen Gehalt, daß die Frage, wer ist Eigentümer des Spitals, dafür entscheidend ist, wie lange einer arbeiten darf, unter welchen Bedingungen er arbeiten darf oder nicht. Ich glaube, und das ist meine Überzeugung, und das kann ich auch durchaus im Namen meiner Fraktion sagen, daß das ein Punkt wäre, wo wir wahrscheinlich auch eine weitestgehende Übereinstimmung erzielen, wenn wir sagen, es sollte eigentlich egal sein, ob der Eigentümer eines Spitals ein Privater ist, eine kirchliche Institution ist, die KAGES ist, das Land oder der Bund ist, daß es für alle gleiche Rechte und gleiche Pflichten gibt, weil ein Teil der Probleme, die wir in den Spitälern haben, sicher darin besteht, daß es drei verschiedene Dienstnehmergruppen draußen gibt, nämlich die Bundesbediensteten, die Landesbediensteten und die KAGES-Bediensteten, und die alle unterschiedlichen rechtlichen Bedingungen unterworfen sind. Daß das nicht sinnvoll ist, darüber sind wir uns einig, und man sollte sich bemühen, darüber hinaus eine gemeinsame Regelung zu finden, die unabhängig ist davon, wer der Eigentümer des Spitals ist.

Der zweite Punkt, den ich aber auch in dieser Frage andiskutieren möchte, ist, was ist einem Arzt, was ist jemandem zumutbar, wie lange kann er arbeiten. Ich habe das schon einmal hier in diesem Haus gesagt. Meine Frau war Flugbegleiterin bei der AUA. Es war ihr nicht möglich, von Wien über Salzburg auf die Kanarischen Inseln zu fliegen und von dort wieder zurück, um dort Kaffee und Essen zu verteilen. Das ist arbeitszeitrechtlich nicht möglich und nicht zumutbar, weil mehr als eine gewisse Stundenanzahl dürfen sie nicht arbeiten. Ich frage mich, ob das jemand versteht in der Öffentlichkeit, daß man einen Arzt oder eine Schwester über eine viel längere Zeit hinaus im Dienst läßt, arbeiten läßt, als zum Beispiel eine Flugbegleiterin dort. Das wären Punkte, die man diskutieren müßte und wo man schauen müßte, was ist jemandem zumutbar, wie kann jemand arbeiten, wie lange kann jemand arbeiten. Aber ich glaube, da sind

wir nicht soweit auseinander. (Abg. Dr. Grabensberger: „Was machen Sie, wenn Sie die Fachleute, die Sie brauchen, nicht haben?“) Frau Kollegin, das ist auch so ein Punkt, genug Fachärzte, zuwenig Fachärzte. Wenn ich mir anschau, wie lange Leute, die ihr Medizinstudium absolviert haben, warten müssen, bis sie eine entsprechende Fachausbildung absolvieren können, da schon durchaus die Möglichkeit organisatorischer Natur bestünde, herzugehen und zu sagen, okay, Freunde, wir bilden mehr Fachärzte aus, wir schauen, daß wir sie kriegen und in die Spitäler hineinführen, weil ich nicht glaube, daß der Zustrom zum Medizinerberuf so mangelhaft ist, daß wir das alles nicht decken können. Da müssen wir uns halt auch über die Organisation unterhalten, und da müssen wir uns auch darüber unterhalten, wie wir es möglich machen, daß es mehr Fachärzte gibt. Ich glaube, diese Diskussion können wir durchaus auch führen.

Ich komme, meine Damen und Herren, zum zweiten Punkt, wo wir uns noch nicht einig sind, ich sage hoffentlich noch nicht einig sind, aber vielleicht einig werden können, das ist die Frage der Sondergebühren, die heute bisher nicht diskutiert wurde. Was wollen wir Sozialdemokraten, und was steht in einem Antrag, den Kurt Gennaro, Franz Trampusch, Minder, Schrittwieser und Dörflinger vor eineinhalb Jahren gestellt haben? Es geht uns bei der Aufteilung der Sondergebühren um eine größere Einkommensgerechtigkeit unter den Ärzten, erster Punkt. Zweiter Punkt: Es geht uns um eine Angleichung der Spitzeneinkommen an den öffentlichen oder halböffentlichen Bereich. Und es geht uns, und das sage ich auch sehr deutlich, und wir bekennen uns dazu, um eine Einkommensverschiebung von den obersten Einkommen zu den unteren Einkommen. Und es geht uns auch um eine Beteiligung des Pflegepersonals. Wenn ich jetzt lese, daß diese Bemühungen ein Klassenkampf sind, dann billige ich dem, der das gesagt hat, zu, daß er unter Klassenkampf etwas anderes versteht als wir verstehen.

Aber was ist Klassenkampf? Ein paar konkrete Zahlen dazu. Der durchschnittliche Monatsgehalt eines Spitalarztes liegt in etwa bei 50.000 Schilling. 1300 steirische Ärzte in den steirischen Spitälern erhalten von den Privatversicherungen sogenannte Arzthonorare im Rahmen von Sondergebühren in der Höhe von jährlich zirka 270 Millionen Schilling, es geht rauf und runter. Wie werden diese 270 Millionen an die Ärzte verteilt? 55 Prozent dieser Summe, das sind genau 150 Millionen Schilling, gehen an 100 leitende Ärzte, 55 Prozent also an 100 Ärzte. Die restlichen 45 Prozent, nämlich 120 Millionen Schilling, gehen an 1200 assistenzleistende Ärzte und Ärztinnen. Ich glaube, das Verhältnis – und man ist da gar kein Klassenkämpfer, und man ist gar keiner, der irgend jemand was neidet – kann man durchaus in einer maßvollen und in einer sinnvollen Art verändern. Denn es gibt noch ein zweites Problem bei den Sondergebühren, meine Damen und Herren, daß es abhängig ist von dem jeweiligen Fach, in dem ein Arzt tätig ist, und man kann durchaus der Meinung sein, daß ein Mediziner größere Verantwortung trägt, ein anderer geringere Verantwortung. Aber wenn ich zum Beispiel vergleiche an der Ersten Chirurgie in Graz mit 260 Betten fallen im Jahr 9,3 Millionen Schilling an

Sondergebühren an 260 Betten, 9,3 Millionen. An der Kinderklinik mit 259 Betten, also praktisch gleich viele Betten, fallen 1,4 Millionen Schilling an Sondergebühren an. Es kann mir niemand erklären, daß ein Kinderarzt um soviel weniger arbeitet, um soviel weniger leistet, sich um soviel weniger um die Patienten kümmert, als das vielleicht einer auf der Chirurgie tut. Und das, was wir wollen und worüber man reden sollte, ich glaube, im Interesse der Patienten und vor allem auch der Leute, die draußen arbeiten, reden sollte, ist, wie können wir da eine Symmetrie herstellen, die für die Leute verständlich ist, für die die Leute eintreten können. Weil es ist halt dann ein Pech, wenn ich Kinderarzt bin und weil ich weiß, daß die Kinder keine Zusatzversicherungen haben, keine privaten, ist deswegen die Leistung weniger wert. Von diesem Punkt ausgehend, meine Damen und Herren, bitte ich Sie wirklich, versuchen wir, einen gemeinsamen Weg zu finden, versuchen wir, einen Weg zu finden, wie wir in dieser Frage gemeinsam mit den Ärzten eine Lösung finden. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Aber ohne Klassenkampf in den Medien!“) Ich sage, gemeinsam mit den Ärzten kann nicht heißen, daß es auf den Sankt-Nimmerleins-Tag verschoben wird. Das muß man auch sagen. Setzen wir uns da das Ziel, daß wir die Sondergebühren gerechter, sinnvoller zwischen den Ärzten verteilen, dann haben wir einen der weiteren Punkte, der in dieser Diskussion noch strittig war, auch beiseitegelegt. Danke schön! (Beifall bei der SPÖ. – 15.55 Uhr.)

Präsident Dr. Klausner: Gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Schützenhöfer. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Schützenhöfer (15.55 Uhr): Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

In aller Kürze drei Punkte: Erstens: Es ist durchaus gut, wenn wir die Spitalsdebatte in einem sachlicheren Klima durchführen können.

Zweitens: Es ist schon festzuhalten, daß ich nicht in der Lage bin, Verdienste des Spitalslandesrates zu orten, daß das so ist, sondern wir haben uns – und ich lasse durchaus diskutieren über die Ergebnisse des Rationalisierungs-Ausschusses, durchaus, da gibt es nicht ein Ja oder Nein in der Frage, was gelungen ist und was nicht. Aber zwei Sachen lasse ich mir von überhaupt niemandem ausreden: Erstens, daß es uns nicht gelungen ist, in den sozialen Fragen Flagge zu zeigen und bei den Schwächsten der Schwachen nicht zu sparen. Dort haben wir nicht gespart, das haben wir uns von Anfang an so festgelegt, und zweitens, daß wir nach jahrelangem Streit zustande gebracht haben, die Finanzsituation der Spitäler in der Steiermark so zu ordnen, daß wir uns überhaupt noch trauen können, ein Budget zu erstellen, denn sonst wären wir in wenigen Jahren hier gestanden und hätten nicht die Kapitel gehabt, die wir in den drei Tagen zu besprechen gehabt haben, sondern nur eines mehr, nämlich das Kapitel Spital, weil uns die Kosten aufgeessen hätten. (Beifall bei der ÖVP.)

Und wenn uns die Kosten aufgeessen hätten, dann wäre überhaupt alles zum Zusammenbruch gekommen. Und das wollen wir nicht. Wir wollen eine qualitativ hochwertige Medizin und Versorgung unserer Patienten, aber auch, daß die Qualität bei den

Bediensteten stimmt und daß sie für ihre Leistungen entsprechend belohnt werden. Es ist für mich ein ganz entscheidendes Faktum, das wir für die nächsten Jahre festlegen konnten, 21 Milliarden für die Spitäler, und daß wir uns in diesem Rahmen bewegen werden, das ist ein Grundpfeiler der Parteieneinigung vom 5. Juli 1994.

Drittens: Der Herr Abgeordnete Dörflinger hat die Sondergebühren angesprochen. Herr Kollege Dörflinger, die Materie kommt jetzt in den Landtag, in dieser Frage sind Änderungen notwendig, überhaupt keine Frage, haben wir mehrfach festgestellt. Nur, wissen Sie, so geht es nicht, daß Sie sich in den vergangenen Tagen hier herstellen und sagen, wie die Bundesregierung bestimmte Berufsgruppen behandelt, indem sie ein Sparpaket schnürt und mit niemand verhandelt und sagt, friß Vogel oder stirb, das kritisieren Sie, aber Sie kritisieren nicht, daß der Landesrat Strenitz ein Paket schnürt, mit den Betroffenen nicht spricht, es in die Regierung einbringt und sagt, das habt ihr zu beschließen, aber mit den Betroffenen habe ich nicht gesprochen. Das ist der Punkt, die Vorgangsweise, mit der sind wir nicht einverstanden. (Beifall bei der ÖVP.)

Aber dem Inhalt nach sind wir nicht nur zu Gesprächen bereit, sondern wissen wir ganz genau, daß Änderungen notwendig sind.

Viertens: Gut, vielleicht gelingt es uns noch in der Frage eines allfälligen Zuweisungsgesetzes, der Änderung eines Zuweisungsgesetzes, daß wir Einvernehmen erzielen. Ich kann Ihnen nach vielen Gesprächen mit den Betriebsräten und Betroffenen aller Fraktionen – sie waren vorgestern hier, auch der Ihrigen, ich habe hier die Resolution vom Kollegen Ritzinger da, SPÖ-Vorsitzender LKH Knittelfeld, vom Juni dieses Jahres, Sie kennen das alles –, ich kann Ihnen nach Abwägung aller Argumente nur sagen, daß ich persönlich der Meinung bin, daß es für die Betroffenen und für den Spitalerhalter die beste Lösung wäre. Ich wiederhole die Argumente von vorgestern nicht, Sie kennen sie, wenn wir aus den KAGES-Bediensteten Landesvertragsbedienstete machen, nur ein Argument, und deswegen habe ich diesen Punkt hier angeführt. Bitte nehmen Sie zur Kenntnis, daß alle unsere Bemühungen, das Arbeitszeitgesetz auf Bundesebene so zu ändern, wie es der ÖGB will, bis jetzt nicht gefruchtet haben und einer der höchsten ÖGBler, der überhaupt je in der Bundesregierung vertreten war, nämlich der gegenwärtige Sozialminister Hesoun, unseren Vertretern gesagt hat, er will überhaupt nur über ein Arbeitszeitgesetz für Ärzte in den Krankenanstalten reden, und nicht auch der anderen Bediensteten, und das würde die Probleme überhaupt nicht lösen. Und weil immer das eine Argument kommt, „ja wollen wir, daß die so lange arbeiten?“. Sie wissen, daß da Ruhezeiten dabei sind, aber der Hesoun-Entwurf, Frau Kollegin Minder, weil du immer sagst, das Landesvertragsbediensteten-gesetz läßt in der Höchstausformung 60 Stunden zu, hast du den Hesoun-Entwurf gelesen? (Abg. Minder: „Du darfst sagen, er ist nicht gut. Er wird nicht kommen!“) Ja, er ist so nicht gut, aber er wird kommen, und dann verläßt du dich darauf, daß das wieder geändert wird. Es wird aber nicht geändert. Der Hesoun-Entwurf geht bitte davon aus, ich lese vor,

Paragraph 6 Punkt 2 „daß die Arbeitszeit 76 Stunden betragen kann“. Und wir sind bei 60 Stunden. Das heißt, das, was der Bund will, ist die Benachteiligung in diesem Fall für die Ärzte. Und wenn es so kommt und kommen würde, was wir wollen, kommt es erst recht für die Dienstnehmer. Daher sage ich noch einmal: Wenn die Bereitschaft vorhanden wäre, und wir haben das im April eingebracht, und es wurden Verhandlungen immer wieder verzögert, wenn die Bereitschaft vorhanden wäre, und vielleicht ist sie wieder vorhanden, sachlich die Gespräche zu führen, dann bin ich überzeugt, daß wir zu dem Ziel kommen, daß die KAGES-Bediensteten Landesvertragsbedienstete werden im Interesse aller Betroffenen. (Beifall bei der ÖVP. – 16.02 Uhr.)

Präsident Dr. Klauser: Zu Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Dr. Bachmaier-Geltewa. Ich erteile es ihr.

Abg. Dr. Bachmaier-Geltewa (16.02 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren Abgeordneten!

Vorweg Kollegin Grabensberger, ich kenne das Memorandum des Krankenhauses Mürzzuschlag. Ich muß aber leider feststellen, daß Sie offenbar den letzten Stand, wie das Krankenhaus Kapfenberg weitergeführt werden soll, nicht kennen. Ich werde das aber in meinen Ausführungen jetzt noch darlegen, weil Sie gesagt haben, daß mehr Sachlichkeit in die Diskussion kommen soll. Diese Sachlichkeit werde ich jetzt bringen. Seit 1991, also schon das vierte Jahr, steht das Werkskrankenhaus Kapfenberg in Diskussion. Im Mai 1992 wurde seitens der Steiermärkischen Landesregierung der Grundsatzbeschuß gefaßt, welcher den Fortbestand des Krankenhauses Kapfenberg sichern sollte. (Abg. Dr. Grabensberger: „Das Krankenhaus!“) Das Krankenhaus. Trotz dieses einstimmigen Bekenntnisses steht bis zum heutigen Tag nicht fest, ob das Krankenhaus Kapfenberg tatsächlich weitergeführt werden kann. (Abg. Dr. Karisch: „Das war eine Subventionierung, soweit ich mich erinnere!“) Das vierte Jahr ist schon angelaufen, und es ist noch immer keine Entscheidung getroffen worden. (Abg. Schinnerl: „Dafür gibt es Bruck!“) Auch dazu werde ich etwas sagen, Herr Kollege Schinnerl. Insbesondere die Verzögerungstaktik einiger Regierungsmitglieder war es, daß dieses Stück mehrmals in der Landesregierung zurückgestellt wurde.

Lassen Sie mich, meine Damen und Herren Abgeordnete, nochmals kurz auf die Wichtigkeit des Weiterbestandes des Krankenhauses Kapfenberg eingehen, und damit leiste ich meinen Beitrag zur Sachlichkeit, zu einer sachlichen Diskussion hier im Hohen Haus. Das Krankenhaus Kapfenberg wird sich künftig mit einem anderen Angebot an medizinischer Versorgung präsentieren. Neben der Menopausalambulanz, einem arbeitsmedizinischen Zentrum, der Physiotherapie und einer Tagesklinik soll insbesondere eine spezielle Behandlung von Multiple-Sklerose-Erkrankten und Schlaganfallpatienten angeboten werden. Zwei Sparten, für die es eine große Nachfrage gibt, da wir in der Steiermark zur Zeit keine Behandlungsmöglichkeit für Multiple-Sklerose-Patienten haben. Bundesweit stehen nur zwei Zentren,

nämlich Bad Ischl mit nur 15 Betten und Grimmelstein, zur Verfügung. In der Steiermark gibt es rund 150 MS-Patienten, die jährlich einer vierwöchigen Behandlung in einem MS-Zentrum bedürfen. Der Bezirk Liezen ist bei dieser Zahl noch nicht dabei, weil er Bad Ischl zugeordnet wird und wir dort diesen einen Standort haben. Die enge Verbindung zum Landeskrankenhaus Bruck an der Mur, Herr Kollege Schinnerl, zur neurologischen Abteilung würde sich für Multiple-Sklerose-Patienten als äußerst sinnvoll erweisen, ja geradezu ideal, nach Ansicht einschlägiger medizinischer Experten. Die Errichtung einer Schlaganfallnachsorge ist ebenfalls dringend erforderlich. Die Zahl der steirischen Patienten mit krankhaften Gefäßveränderungen im Zentralnervensystem hat sich in den letzten 15 Jahren verdreifacht. Diese Diagnose zählt zu jenen mit den stärksten Zuwachsraten in den letzten 20 Jahren. In der Steiermark erleiden jährlich rund 3500 Personen einen Schlaganfall, das sind rund 300 Personen pro Monat. Bei 60 Prozent dieser Fälle ist eine Remobilisation erfolgversprechend. Die für Neuroremobilisation am Landes-Nervenkrankenhaus in Graz zur Verfügung stehenden Betten reichen bei weitem nicht aus, um den in der Steiermark vermehrten Bedarf zu befriedigen. Eine Ausweichung steirischer Patienten in andere Bundesländer ist daher oft vonnöten, zum Beispiel Hermagor, sofern hier freie Kapazitäten sind. Mit der Rehabilitation von Schlaganfallpatienten liegt es in Österreich ganz im argen. Höchstens 15 Prozent werden im Akutspital adäquat versorgt. Der sogenannte „Hirnfarkt“ tritt vorwiegend im älteren Alter auf, und hier verläuft die Rehabilitation sehr kompliziert. Halbseitenlähmung, Sprachstörung, höhere Hirnleistungsstörung sind die Folge. Rehabilitation bedeutet bei Schlaganfall Langzeittherapie. Etwa zwei Drittel aller Schlaganfallpatienten liegen nicht auf einer neurologischen Abteilung, sondern auf diversen anderen, meist internen Abteilungen. (Abg. Bacher: „Wer ist dafür zuständig?“) Das ist aber eine einfache Frage, die Sie hier aufwerfen. Dazu kann ich auch etwas sagen. Sie können ja nicht einfach diese komplizierten Patienten in ganz normale Krankenhäuser stecken. Das ist dann nämlich diese „adäquate Behandlung“, die ich gemeint habe. (Abg. Dr. Grabensberger: „Sie können das nicht machen, weil Sie das Personal nicht haben!“) Das Personal ist dazu in der Lage, diese Patienten entsprechend zu versorgen. (Abg. Dr. Grabensberger: „Das können Sie nicht beurteilen!“) Da ist alles bereits in die Wege geleitet worden. Das können Sie mir glauben. (Abg. Dr. Lopatka: „Warum vertreiben Sie den Landesrat Strenitz?“) Ich vertreibe ihn nicht. Er kommt wieder, Kollege Lopatka. Sie brauchen es nur abzuwarten. (Präsident Dr. Klauser: „Herr Kollege Lopatka, der Herr Landesrat Strenitz hat sich für ein paar Minuten entschuldigt, weil der ORF von ihm ein Interview haben will. Das weiß auch die Frau Kollegin Bachmaier!“) Ich wäre froh, wenn Sie immer alles so genau hinterfragen würden wie das, meine Damen und Herren! Es ist so, wie ich bereits gesagt habe. Zwei Drittel aller Schlaganfallpatienten liegen nicht auf einer neurologischen Abteilung. (Präsident Dr. Klauser: „Liebe Waltraud, ich unterbreche noch einmal, damit ich dem Herrn Kollegen Lopatka auch sagen kann, daß er ganz bewußt hinausgegangen ist,

während eine sozialdemokratische Rednerin am Pult ist, und nicht eine, die von euch redet, damit der Vorwurf nicht von euch kommen kann!" - Abg. Dr. Lopatka: „Ich habe mir Sorgen gemacht!“) Ich nehme an, daß man nicht immer alles sofort, 100prozentig, optimal lösen kann. Aber wenn man dem Krankenhaus Kapfenberg in der neuen Form seine Zustimmung erteilen würde, dann wäre wenigstens ein Teil abgedeckt. (Abg. Dr. Grabensberger: „Wer anschafft, zahlt!“) Dann machen Sie den ersten Schritt dazu, wenn das angeblich so schlecht ist, und stimmen Sie dem zu. (Abg. Dr. Grabensberger: „Warum soll das Land das bezahlen?“) Ich komme auch noch zur Finanzierung, wenn Sie mich weiterreden lassen. Der erforderliche Bettenbedarf pro 100.000 Einwohner für Schlaganfallpatienten ist zehn. Wir benötigen für eine Million Steirer 100 Betten. Ziel soll und muß die soziale und auch berufliche Wiedereingliederung sein. Das ist eine gesellschaftspolitische Aufgabe, die wir zu erfüllen haben ohne Wenn und Aber. Rehabilitation nach Schlaganfall ist eine versicherungsrechtliche Pflichtleistung. (Abg. Dr. Grabensberger: „Chirurgische Fachversorgung auch!“) Ich habe gesagt, daß es das nicht ist. Ich rede aber nicht von der Unfallchirurgie. (Abg. Dr. Grabensberger: „Aber ich!“) Wir reden jetzt von dem, was das Krankenhaus Kapfenberg künftig sinnvollerweise anbieten soll und muß. Im Krankenhaus Kapfenberg sollen für Multiple-Sklerose- und Schlaganfallpatienten künftig 70 Betten zur Verfügung stehen. Die Steiermärkische Gebietskrankenkasse hat sich auf Grund der Notwendigkeit bereiterklärt, einen Vertrag mit dem Krankenhaus Kapfenberg für die diesbezüglichen zukünftigen Leistungen zu schließen. (Abg. Köhldorfer: „Wäre es nicht gescheit, wenn wir die Landeskrankenhäuser ausnützen würden?“) Ich habe schon gesagt, Sie haben mir nicht zugehört, Herr Kollege Köhldorfer, Sie können nicht einen Schlaganfall- und Multiple-Sklerose-Patienten einfach so in irgendein Krankenhaus hineinlegen. (Abg. Dipl.-Ing. Vesko: „Warum nach Kapfenberg?“) Das Krankenhaus Kapfenberg, bitte, das bietet sich hier sehr gut an, darf ich das noch einmal sagen. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Wissen Sie, daß das ein Neubau ist?“) Gerade eben komme ich zu den Investitionskosten, Herr Landesrat Schmid. Und zwar werden von den erforderlichen 130 Millionen Schilling 10 Prozent von der Krankenhaus-Kapfenberg-Ges. m. b. H. getragen, die andere Finanzierung soll in Form eines Leasingvertrages erfolgen. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Falsch!“) Und diese Variante wurde bereits durchgerechnet und für sinnvoll erachtet, was die Investition betrifft. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Von wem?“) Von Experten, meine Damen und Herren, die sich in der Sache auskennen. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Das stimmt nicht. 40 Prozent sollen KRAZAF sein, die restlichen 60 Prozent Leasing!“) In Ordnung, ist mir auch recht. (Abg. Köhldorfer: „Ich habe eine Studie über die Weiterführung!“) Das stimmt ja nicht, Sie haben hier eine alte Studie, sehen Sie sich einmal das neue an. Da war damals nicht die Rede von den speziellen Sparten, die dieses Krankenhaus Kapfenberg künftig anbieten soll.

Ich mache das komplett. Das waren die Investitionen. Ich komme jetzt auch zum Betriebsabgang. (Präsident Dr. Klausner: „Ich komme zu deiner

Redezeit. Die zehn Minuten hast du verbraucht, Waltraud, die zehn Minuten sind um!“) Okay, ich bin gleich fertig, Herr Präsident.

Der erwartete Betriebsabgang von rund 18 Millionen pro Jahr - (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Insgesamt 30 Millionen!“) 18, Herr Landesrat! -, hält sich vergleichsweise durchaus in Grenzen zu anderen Krankenhäusern, und ebenfalls werden hier 10 Prozent von der Krankenhaus-Kapfenberg-Ges. m. b. H. getragen. Und darüber hinaus, bitte, wenn Sie jetzt zuhören, werden die Erträge der gewinnbringenden Sparten des Krankenhauses Kapfenberg an das Land abgeführt werden. Und außerdem, was auch keine Selbstverständlichkeit ist, wird eine Million Schilling pro Jahr an Abgang von der Stadt Kapfenberg abgedeckt werden.

Und jetzt komme ich schon zum Schluß. Es zählt, denke ich, meine Damen und Herren, wohl zu den wichtigsten Aufgaben der Politik, den Menschen in unserem Lande die bestmögliche medizinische Versorgung angedeihen zu lassen. Das ist wichtiger und lebensnotwendiger als beispielsweise die Olympischen Spiele. Kein Mensch hat die Gesundheit gebucht, und kein Mensch hat die Gewähr, daß er nicht plötzlich erkrankt. Jeden kann es jederzeit treffen. Das sollte man sich immer vor Augen halten. Und da ist, Herr Landesrat Schmid, die Frage der Kosten zweitrangig. Sie wissen, was ich meine. (Abg. Dipl.-Ing. Vesko: „Zweitrangig!“) Ich könnte es auch näher erläutern, aber ich erspare das Ihnen, und ich erspare das mir. Abschließend möchte ich nochmals den dringenden Appell an die Regierungsmitglieder von ÖVP und FPÖ richten: Geben Sie endlich der Fortführung des Krankenhauses Kapfenberg Ihre Zustimmung. Das sind Sie nicht nur den Patienten, sondern auch den 130 Beschäftigten schuldig. Ich danke! (Beifall bei der SPÖ. - 16.15 Uhr.)

Präsident Dr. Klausner: Zu Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Zach. Ich erteile es ihr.

Abg. Zach (16.15 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Das Bedürfnis nach Gesundheit ist ein allgemeines, daher besteht auch allgemein der Bedarf nach Einrichtungen und nach Berufen, die der Gesundheit dienen. Nach der WHO - Weltgesundheitsorganisation - wird unter Gesundheit das physische, soziale und aber auch das psychische Wohlbefinden der Menschen, und nicht nur das Fehlen von Krankheiten verstanden. Jeder Mensch, haben wir gehört, ist für seine eigene Gesundheit verantwortlich, und Lebens- und Arbeitsbedingungen sind für uns alle von ausschlaggebender Bedeutung. Und, Frau Kollegin Minder, 76 Stunden wären fürchterlich und unzumutbar für das Pflegepersonal, wenn es so kommen würde. (Abg. Minder: „Ich gehe nicht konform mit Minister Hesoun. Ich war auch bisher mit seinen Vorschlägen nicht einverstanden!“) Ich danke Ihnen. (Abg. Kowald: „Mutig, muß ich sagen!“) Ein alter Dichterspruch sagt „Gesundheit ist nicht alles, aber ohne Gesundheit ist alles nichts“. Die Gesundheit steht, was die Wünsche unserer Menschen draußen in unserem Lande betrifft, an vorderster Stelle. Das Ziel der eigenen Gesundheitsvorsorge besteht nicht in

einer erhöhten Lebenserwartung, sondern das Ziel ist eine verbesserte Lebensqualität, und jeder, der einmal krank gewesen ist, der weiß, was Lebensqualität bedeutet. Es ist eine zusätzliche Dimension. Der Aufbau von Gesundheitseinrichtungen außerhalb der Spitäler gehört dazu und eigentlich zu den wichtigsten Maßnahmen für unsere Zukunft. Sie haben früher gehört, daß 40 Prozent der Menschen, die in den Krankenhäusern sind, seelisch krank sind. Der Ausbau von psychosozialen Zentren in den Bezirken ist notwendig und hat sich sehr positiv entwickelt.

Und nun zu meinem Bezirk. Der Bezirk Voitsberg hat seit 1993 ein psychosoziales Zentrum, eröffnet vom Herrn Landesrat Strenitz. Dr. Gerald Pump, ein Facharzt für Psychiatrie und Neurologie, hat es mit bescheidenen Mitteln von einem Provisorium innerhalb kürzester Zeit zu einer Einrichtung geführt, die aus dem Bezirk einfach nicht mehr wegzudenken wäre. Die Bevölkerung hat dieses Angebot angenommen, und die Ärzteschaft bejaht dieses Zentrum und arbeitet gezielt mit. Die von der Gesundheitspolitik angestrebte Entlastung der teuren Akutbetten in den Spitälern wird hier tatsächlich in die Tat umgesetzt. Die Kosten werden dadurch verringert. Einerseits kann für die vielen Patienten ein Krankenhausaufenthalt wesentlich verkürzt werden, weil die ambulante Betreuung in diesem psychosozialen Zentrum weitergeführt wird, und andererseits wird durch ständige therapeutische Betreuung ein Klinikaufenthalt verhindert. Die Medizin hat es als Fehler erkannt, daß die soziale und psychotherapeutische Komponente bisher zu wenig berücksichtigt wurde. Fehler sind da, um beseitigt zu werden. Das bedeutet in diesem Fall den Ausbau der psychosozialen Zentren, aber mit einer gesicherten Finanzierung in den Bezirken. Wie mir Dr. Pump gestern telefonisch mitteilte, hat er mit Stichtag 14. Dezember 1994 800.000 Schilling Schulden. Die wurden von ihm aufgenommen. Die von Landesrat Strenitz immer wieder zugesagten Mittel fließen aber nur sehr zögernd und zeitlich nachhinkend. Die für die Patienten so wertvollen Tagesstrukturen geraten dadurch ins Schwanken, und das Schicksal des Hartberger Beratungszentrums, wollen wir in unserem Bezirk nicht haben, wobei ich aber gehört habe, daß Hartberg wieder eröffnet oder aufgemacht wird. (Beifall bei der ÖVP.)

Vor allem nicht für die vielen unglücklichen Menschen draußen in unseren Bezirken, besonders für die Selbstmordgefährdeten. Wenn es heißt, daß Selbstmordgefährdete sich nicht verstanden fühlen, sondern sich verlassen fühlen, daß sie von Hoffnungslosigkeit und von einer Verbitterung erfüllt sind, muß auch die Politik aufhorchen! In der Selbstmordrangliste der Bundesländer liegt die Steiermark hinter Kärnten an zweiter Stelle, meine sehr verehrten Damen und Herren, und 70 Prozent aller Selbstmordversuche bleiben einmalige Ereignisse im Leben der Betroffenen. Alkoholismus, Drogen, die Arbeitslosigkeit, die zerstörten Familien draußen und vieles mehr mögen die Gründe sein.

Selbstmordverhütung - sagen die Experten, so wie Dr. Pump, der auch noch Lehrbeauftragter für Selbstmordprophylaxe an der Universität Graz ist - gelingt nur, wenn man erstens jede Äußerung in Richtung

Selbstmord ernst nimmt, und zweitens, wenn man die gefährdeten Menschen frühzeitig den zuständigen Institutionen zuführt, drittens, wenn es gelingt, alle Arten von Depressionen zu erkennen und einer therapeutischen Behandlung zuzuführen, und viertens, wenn die Formen der Süchtigkeit früh erkannt und behandelt werden können.

Wo, meine Damen und Herren, sollte das besser gelingen als in so einem psychosozialen Zentrum draußen in unseren Bezirken, das wir wirklich notwendig brauchen? Wenn diese Beratungszentren funktionieren, bräuchte ein Drittel der Menschen in kein Krankenhaus gehen. Ich danke Ihnen. (Beifall bei der ÖVP. -16.22 Uhr.)

Präsident Dr. Klausner: Zu Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Minder. Ich erteile es ihr.

Abg. Minder (16.22 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Im Jahre 1992 wurde mit Landesgesetz die steirische Patientenvertretung eingerichtet. Im abgelaufenen Geschäftsjahr wurden 429 Beschwerdefälle dokumentiert. Die Mehrzahl der Beschwerden steht im Zusammenhang mit der medizinischen Behandlung und Pflege sowie mit mangelhafter Information oder nicht stattgefundener Aufklärung. Ich freue mich, daß die steirische Patientenombudsfrau Annemarie Zdarsky heute hier bei uns ist. Sei herzlich in diesem wohlvertrauten Haus willkommen. (Allgemeiner Beifall.)

Ich möchte aber auch gleich den Dank an dich für deine effiziente Arbeit anschließen. Herzlichen Dank. Aus persönlichen Gesprächen weiß ich, daß ihr Hauptaufgabenbereich in der Beratung der Patienten und Angehörigen sowie in der unbürokratischen Erledigung von Beschwerden liegt und daß sie es ablehnt, wie es von verschiedenen Medien des öfteren verlangt wird, tragische Einzelschicksale an die Öffentlichkeit zu bringen. Solche Sensations- und Skandalberichterstattung wäre ihrer Ansicht nach weder den Patienten noch deren Angehörigen zumutbar, wird oftmals von ihnen auch nicht mitgetragen und würde auch keine Förderung des Gesundheitswesens darstellen. Durch mediale Aufbereitung von Behandlungsfehlern würde lediglich das Vertrauen der Patienten in die größtenteils hervorragenden steirischen Spitäler erschüttert. Derzeit bezieht sich die Patientenvertretung in erster Linie auf die Landeskrankenhäuser und kann durch Verträge auch auf private Krankenhäuser erstreckt werden. Es gibt bereits jetzt schon mit konfessionellen und privaten Häusern ein gutes Einvernehmen. Mit dem Bundesgesetz über Krankenanstalten aus dem Jahr 1993 werden die Länder aber verpflichtet, für alle Krankenanstalten Patientenvertretungen einzurichten. Daher soll Anfang 1995 eine KALG-Novelle vorgelegt werden, Herr Landesrat, ich habe gehört, daß sie in Ausarbeitung ist, die eine übersichtliche und leicht handhabbare Zusammenfassung der wesentlichen Patientenrechte beinhalten soll. Die Träger von Krankenanstalten werden verpflichtet, durch die Organisation sicherzustellen, daß Patienten ihre gesetzlichen Rechte auch in Anspruch nehmen können und dabei auch vertreten werden. Klar ist, daß

dadurch die Patientenvertretung an Bedeutung gewinnt, daß aber durch die Ausdehnung auch auf private Krankenanstalten vermehrt Personal notwendig sein wird, da derzeit bereits weit über den Werkvertrag hinaus angesichts des Aufgabenbereiches Leistungen erbracht werden. Für dieses Personal werden wir uns einsetzen, leider ist kein Ansprechpartner da, auch wenn von Personaleinsparungen im Landesdienst die Rede ist. Aber ich glaube, wo es sinnvoll ist, vermehrt Personal einzusetzen, dort müssen wir auch dazu ja sagen.

In der KALG-Novelle werden die gesetzlichen Rechte der Patienten konzentriert festgehalten, dies sind unter anderem Recht auf Informationsmöglichkeiten über die zustehenden Patientenrechte, Recht auf rücksichtsvolle Behandlung und Verschwiegenheit, Recht auf Aufklärung und umfassende Information über Behandlungsmöglichkeiten samt Risiken, Recht auf Einsichtsmöglichkeit in die Krankengeschichte, aber auch Recht auf ausreichende Wahrung der Intimsphäre auch in Mehrbetträumen, und auch die Möglichkeit einer psychologischen Unterstützung auf Wunsch des Patienten, um nur einige Punkte zu nennen. Gesagt werden muß fairerweise auch, daß es in vielen Bereichen auch schon jetzt so geschehen ist. Ein dringliches Anliegen der Patientenvertretung ist es, zu einer effizienten Schlichtungsstelle zu kommen, und zwar für alle Krankenanstalten, in die die Patientenvertretung in einem noch zu bestimmenden Ausmaß einzubinden ist. Die derzeitige „Gemeinsame Schlichtungsstelle“ dient zwar theoretisch der Durchsetzung von Patienteninteressen, in deren praktischen Auswirkungen ist sie aber von diesem Ziel weit entfernt. Der Vorteil für die Patienten liegt lediglich in der Tatsache, daß die Abweisung ihrer Anliegen kostengünstig erfolgt, da den Beschwerden nur in einer verschwindend kleinen Zahl der Fälle Rechnung getragen wird. Die Schwierigkeit liegt demnach darin, daß noch immer keine Möglichkeit gefunden wurde, im Falle einer Schädigung im Zuge einer medizinischen Behandlung dies dem betroffenen Patienten finanziell abzugelten, nämlich dann, wenn dem Behandler ein schadenersatzerheblicher Kunstfehler zwar nicht nachgewiesen, aber dieser auch nicht ausgeschlossen werden kann. Dies ist laut Patienten-anwaltschaft sowohl für die Patienten als auch für deren Angehörige unverständlich. Der Schaden ist effektiv da, aber keine Stelle bezahlt. Zum Schluß möchte ich der Patienten-anwaltschaft weiterhin viel Erfolg bei der Durchsetzung der Patientenrechte wünschen. (Beifall bei der SPÖ. - 16.29 Uhr.)

Präsident Dr. Klausner: Zu Wort gemeldet ist der Herr Präsident Mag. Rader. Ich erteile es ihm.

Abg. Mag. Rader (16.29 Uhr): Verehrter Herr Präsident, meine verehrten Damen und Herren!

Ich habe zwei Tage lang während dieser Budgetdebatte zu den immer wieder wiederholten Thesen geschwiegen, daß unsere Kraftanstrengung, die wir im Vorjahr bei der Erarbeitung dieses Budgets über die Diskussionen im Haus, über den Rationalisierungsausschuß und die nachfolgenden Beschlüsse, gemacht haben, nicht nur umsonst gewesen sei, sondern im

Gegenteil zu einer Vergrößerung geführt hat. Diese These hat zu Beginn der Herr Finanzreferent, der im Haus ist, wie ich weiß, vertreten und wurde nach ihm von dem einen oder anderen nachgebetet. Die These hat gelautet, man hat da groß von über 400 Millionen Schilling Einsparungen geredet, unter dem Strich waren es um 600 Millionen Schilling mehr. Ha, ha, was seid ihr gescheitert. Meine verehrten Damen und Herren! Ich weiß schon, in so einer vereinfachten Darstellung ist es immer schön, sich hier zu produzieren an diesem Pult. Meine Damen und Herren, wenn Sie sich die Mühe gemacht haben, sofern Ihre Regierungsmitglieder Sie informieren, was ich nicht weiß, unseres tut es, all diese Anträge, die in der Landesregierung gewesen sind und die beschlossen worden sind, einstimmig, wie richtig angemerkt worden ist, zu studieren, und Sie sich noch zusätzlich die Mühe gemacht hätten, diese Anträge der letzten Jahre ebenfalls zu studieren und zu vergleichen, dann kämen Sie mit mir zu folgendem, ganz einfachen Schluß.

Die 600 Millionen, von denen der Herr Finanzreferent spricht, wären mit und ohne Rationalisierungsausschuß im Verlaufe der Budgetverwaltung des Jahres aufgestockt worden, weil eben in allen Jahren im Zuge der Budgetverwaltung sich etwas verändert. Wir hätten sie also sowieso gehabt, diese 600 Millionen. Dadurch, daß wir vorher aber über 400 Millionen von diesem Budget heruntergeholt haben, war der Zuwachs in diesem Jahr 1994 deutlich geringer, als er sonst gewesen wäre. Meine Damen und Herren, Sie können das drehen und wenden, wie Sie wollen. Keinen einzigen Schilling von dem, was wir mit dem Budget 1994 nach dem Rationalisierungsausschuß verringert haben, lassen wir uns als Einsparung abstreiten, sie hat stattgefunden. (Beifall bei der FPÖ und ÖVP.)

Und man muß es ja nicht nur selber behaupten, ich gebe schon zu. Es werden welche sagen, natürlich, das muß er ja sagen, sonst sagt man, der hat Pfusch gedreht als Vorsitzender dieses Ausschusses. Ich zitiere mich gar nicht selber. Ich nehme mir denjenigen Gutachter, den wir alle gemeinsam beauftragt haben, nämlich Gerhard Lehner, und lese Ihnen nur zwei Sätze vor: „Im Vergleich zur letztjährigen Vorschau ist die prognostizierte Neuverschuldung jetzt deutlich geringer. Das ist vor allem auf die geänderte Ausgangsposition des Jahres 1994 zurückzuführen.“ – Gerhard Lehner. Und einen zweiten Satz: „Es wird unterstellt auf Grund der Entwicklung, daß sich diese Verbesserungen des Ergebnisses für 1994 auch in den folgenden Jahren auswirken.“ Und es gibt noch einen dritten Satz, den ich aus dem Gedächtnis zitiere: „Die Verringerung der Neuverschuldung aus dem Jahr 1994 zieht sich durch den gesamten Vorschauzeitraum durch.“ Meine Damen und Herren, was sagt unser gemeinsamer Experte daher? Er sagt, daß das, was wir 1994 geschafft haben, nicht nur in diesem Jahr Wirksamkeit hat, sondern auch in den folgenden Jahren, meine Damen und Herren. Und diesen Erfolg wird uns niemand abstreiten. (Beifall bei der FPÖ und ÖVP.)

Ich sage da ganz bewußt, bei diesem Kapitel Spitäler, weil es hier am augenscheinlichsten wird. Was sind wir hier in diesem Hause und insbesondere

außerhalb dieses Hauses geprügelnt worden, weil wir gesagt haben, um Himmels willen, wir müssen der Entwicklung, und zwar der Entwicklung jener Gelder, die das Land hineinschießt in die KAGES, eine Grenze einziehen, weil sonst die Geschichte explodiert, wie der Herr Klubobmann Schützenhöfer früher gerade richtig gesagt hat. Und wir haben eine Grenze eingezogen. Wir haben das letzte Mal beschlossen, daß sich die jährlichen Steigerungen – er hat bewußt Steigerungen gesagt, weil wir nicht unreal und am Mond leben, sondern wußten, daß es eine Fortentwicklung geben muß und daß wir auch Investitionen haben werden, deutliche – bei etwa 5,8 Prozent pro Jahr einzugrenzen haben. Das sind summa summarum für 1995 etwa 3,1 Milliarden Schilling. Und wenn Sie freundlicherweise das Budget aufschlagen und hier nachlesen, wieviel Zuschuß ist für 1995 vorgesehen inklusive der Investitionen, 3,1 Milliarden Schilling. Und jetzt bin ich beim Kollegen Dörflinger, der sich wundert, daß es plötzlich keine gigantische Diskussion mehr gibt. Ja, Sie brauchen sich nicht wundern, wir haben keine Gründe, uns aufzuregen diesmal, weil nämlich dieses Budget den Beweis bringt, daß Sie mit dem von uns eingezogenen Limit nicht nur leben können, sondern sogar noch Grund zum Jubeln haben, wie es aus den ersten Wortmeldungen herauskommt. (Beifall bei der FPÖ und ÖVP.)

Und da wird so getan, der Kollege Dörflinger hat so getan, als hätte sich ohnehin nichts geändert im großen und ganzen. Wir hätten plötzlich eingesehen, daß alles richtig war. Keine Spur davon. Immerhin, ich habe nur in der Geschwindigkeit aus dem dicken Wust an Unterlagen, die ich habe, zwei Papiere herausgenommen. In einem Papier prognostiziert man einen Landeszuschuß für das Jahr 1995 von über 3,4 Milliarden, und in einem zweiten Papier einen Landeszuschuß von etwa 3,9 Milliarden. Jetzt weiß ich nicht, ob ich in der Volksschule ordentlich aufgepaßt habe, aber wenn ich Adam Riese richtig verstanden habe, dann ist beides viel, viel mehr als das, was wir jetzt haben. Und wir können nicht nur damit leben, sage ich noch einmal, sondern es wird auch darüber diskutiert, was alles zusätzlich ausgeweitet und zusätzlich noch gemacht wird. Wobei ich jetzt auf diese ganzen Diskussionen und Memoranden, die aus allen Ecken und Enden der Steiermark, pro und kontra, neue und alte und ausgebaute Spitäler, kommen, nicht eingehen möchte, weil das auch mein Verständnis von der Ausgliederung der KAGES ist. Wir haben sie ja deshalb ausgegliedert, weil wir der Meinung waren, es ist eigentlich nicht Aufgabe der Politik, darüber zu diskutieren, welches Spital wie ausgebaut wird, ob dieses oder jenes Bett drinnen steht und ob der Herr Arzt sowieso und der Herr Arzt sowieso sein soll, sondern das ist Sache der Fachleute, daher haben wir das ausgegliedert und haben gesagt, bitte, ihr bekommt von uns soundso viel Geld, und bitte, macht was Ordentliches draus. Das haben nicht immer alle so verstanden. Das gebe ich zu. Und die Detaildebatten in diesem Hause gehen noch immer weiter, gut, kann man nichts machen. Man hat eben Aufträge des Bezirkes zu erfüllen. Aber die Wahrheit ist, daß wir damit die praktische Verantwortung für die praktische Durchführung an jene gegeben haben, von denen wir davon ausgehen, daß sie etwas davon verstehen. Und

bis zum Beweis des endgültigen Gegenteiles gehe ich zumindest davon aus, daß alle, die mit der Führung betraut sind, etwas davon verstehen und das auch gut machen. (Abg. Dipl.-Ing. Vesko: „Was nicht immer leicht ist!“) Obwohl es nicht immer leicht ist, danke für den Zwischenruf, weil die politische Diskussion immer weitergeht.

Was will ich damit sagen, meine Damen und Herren? Es ist richtig gewesen, auszugliedern. Es ist richtig gewesen, eine Grenze einzuziehen, und ich halte es für richtig, daß diejenigen, die mit dieser Grenze jetzt leben müssen, sich Gedanken machen, wie sie das machen, und sie können es. Davon bin ich überzeugt. Und das ist auch – das ist der Abschluß, mehr sage ich zu dem Thema nicht – der Grund, warum ich persönlich ganz entschieden gegen eine teilweise Zurücknahme dieser Ausgliederung bin, die wäre gewesen, wenn wir etwa das Personal, das wir hinausgegeben haben, plötzlich wieder in den Schoß des Landes hereinnehmen mit all den auch positiven Dingen, die ich durchaus nicht abstreite. Aber ich halte angesichts der Entwicklung in der EU und angesichts der Möglichkeiten, die sich seit dem Fall Boigenfürst ergeben haben, auch auf Bundesebene zu einer Lösung zu kommen, die Auswirkungen für marginaler, als man ursprünglich angenommen hat erstens, und zweitens, meine Damen und Herren, ich sage noch einmal, es wäre die Zurücknahme eines ganz, ganz entscheidenden Teiles dieser Ausgliederung gewesen, ich gebe schon zu, es gibt welche auch bei uns, die der Meinung sind, man soll das überhaupt zurücknehmen, weil das alles ein Blödsinn war, darüber kann man diskutieren, gerne. Ich jedenfalls stehe auf dem Standpunkt, daß wir auf diesem halben Weg der Ausgliederung, wo wir stehen geblieben sind, wo wir uns noch immer einmischen, einen ganzen Schritt machen sollen und sagen, bitte, das ist das Geld, das zur Verfügung steht, und im übrigen macht es gut und gebt uns Rechenschaft von Zeit zu Zeit, was ihr gemacht habt. Zwischenzeitig hat sich die Politik nicht einzumischen. Bis jetzt, meine Damen und Herren, das zeigt uns dieses Budget, sind wir mit dieser Linie gut gefahren. (Beifall bei der FPÖ und ÖVP. – 16.40 Uhr.)

Präsident Dr. Klauser: Zu Wort gemeldet ist der Herr Kollege Schuster. Ich erteile es ihm.

Abg. Schuster (16.40 Uhr): Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Das Gesundheitssystem in der Steiermark ist im großen und ganzen sehr gut ausgebaut. Auf der Landkarte der Steiermark gibt es kaum noch weiße Flecken. Auf einen dieser weißen Flecken, die noch vorhanden sind, möchte ich mein Augenmerk und auch Ihres richten. Es handelt sich um das Problem der Dialyse, meine Damen und Herren, insgesamt sind in der Steiermark rund 600 Kinder, Frauen und Männer betroffen. Der jährliche Neuzuwachs in der Steiermark ist im Steigen begriffen. Es sind zwischen 80 und 100 Patienten jährlich, die in die äußerst unangenehme Lage versetzt werden, sich regelmäßiger Blutwäschen zu unterziehen. Was es bedeutet, ständig damit leben zu müssen, an die künstliche Niere angeschlossen zu werden, was es heißt, sozusagen auf

Abruf mit dem Piepserl darauf zu warten, daß die Nierentransplantation durchgeführt werden kann, und seien wir uns ehrlich, was es bedeutet, ständig dem Tod ins Auge zu schauen, möchte ich nicht näher erläutern. Die Steiermark ist bis auf eine Region diesbezüglich sehr gut ausgestattet. Die betroffenen Patienten aus dem Bezirk Voitsberg, übrigens auch jene aus dem Bezirk Deutschlandsberg, müssen nach wie vor ein- oder mehrmals wöchentlich nach Graz in die Dialysestation von Dr. Winkler fahren. Ein Gesunder kann das kaum nachfühlen, welche seelischen und selbstverständlich auch körperlichen Strapazen jede und jeder einzelne dieser Patienten auf sich nehmen muß. Neben der Fahrt mit dem Rettungswagen ist auch eine Blutwäsche eine sehr zeitraubende Angelegenheit. Mein Anliegen an Sie alle, das ich namens dieser leidgeprüften Patientengruppe an Sie richte, ist, tun wir doch alles, damit auch im Bezirk Voitsberg eine Dialysestation errichtet wird. Es geht um das Geld, ich weiß das. Es geht aber auch zu vorerst um den gemeinsamen politischen Willen. Meines Erachtens wäre als Standort das Landeskrankenhaus in der Bezirkshauptstadt dafür geeignet, aber ich will mich hier nicht festlegen. Ich darf Sie jedenfalls ersuchen, eine Lösung dieses menschlichen Problems gemeinsam mit uns anzustreben.

Meine Damen und Herren, das ist meine vierte Budgetdebatte, und ich habe in den drei vorangegangenen stets in diesem Kapitel darauf aufmerksam gemacht, daß unser Bezirk viel länger als ein Jahrzehnt keinen Lungenfacharzt hatte. Die Problematik der Bergarbeiter und die gesundheitlichen Probleme der Glasarbeiter habe ich dabei geschildert. Es hat lange gedauert, aber nun haben wir seit 1. Oktober 1994 eine Planstelle für einen Lungenfacharzt. Der Ordinationsbeginn wird mit Anfang Jänner angegeben. Ich stehe nicht an, mich bei allen, die sich dafür verwendet haben, herzlich zu bedanken. Ich hoffe, und das im Sinne der Dialysepatienten, daß ich bei einer der nächsten Budgetdebatten mich auch für eine Dialysestation im Bezirk Voitsberg bedanken kann. Ich danke. (Allgemeiner Beifall. – 16.44 Uhr.)

Präsident Dr. Klausner: Der Herr Kollege Schuster bekommt ein Lob, denn er hat nur vier Minuten gesprochen. Nächster Redner ist der Herr Kollege Bacher.

Abg. Bacher (16.44 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Leider ist Kollege Rader nicht da. Ich wollte ein paar Bemerkungen zu seinen Ausführungen machen. Ich teile die Meinung des ersten Teiles seiner Rede, habe aber zum zweiten Teil, nämlich zur Rückführung des Personals, ein paar Einwände. Herr Landesrat Strenitz, wir werden möglichst bald wieder um eine Debatte nicht herumkommen in diesem Haus, nämlich dann, und ich habe das den Zeitungen entnommen, wenn mit Ende 1995 der KRAZAF ausläuft, welche im Zusammenhang mit der Finanzierung unserer Spitäler eine ganz wichtige Frage ist. Wenn man sich anschaut, daß die steirischen Spitäler österreichweit zu den kostengünstigsten gehören, wenn man Vergleiche anstellt mit den Universitätskliniken Graz und Wien, wenn man weiß, daß bei nahezu identischer Betten-

anzahl und stationären Fällen der Betriebsaufwand im AKH Wien dreimal so hoch ist wie in Graz und daß, in absoluten Zahlen ausgedrückt, der Bund für den klinischen Mehraufwand im Jahr 1992 2,44 Milliarden Schilling an das AKH Wien geleistet hat und nur 723 Millionen Schilling für die Klinik in Graz, dann sieht man allein aus diesen Zahlen, daß es eine eklatante Benachteiligung der Steiermark im Zusammenhang mit der Spitalsfinanzierung in den letzten Jahren gegeben hat und noch gibt. (Beifall bei der ÖVP.)

Schaut man sich auch noch die Verteilung der KRAZAF-Mittel von 1978 bis 1994 an, dann hat die Steiermark im Jahr 1978 noch 14,33 Prozent vom KRAZAF bekommen, Wien 26,48 Prozent. Im Jahr 1994 war der Anteil der Steiermark nur mehr 12,87 Prozent und Wien 31,47 Prozent. Eine weitere Benachteiligung, die uns natürlich immer wieder in die Diskussion über die Spitalsfinanzierung gebracht hat, die wir bis 5. Juli so intensiv geführt haben. Wenn man sich jetzt die Diskussion anschaut im Zusammenhang mit der Finanzierung LKH 2000, dann erschrickt man schon, wenn man weiß, abgesehen davon, daß heuer, nach 37 Jahren, endgültig der Bau des AKH Wien abgeschlossen wurde, die ursprüngliche Bundesbeteiligung von 40 Prozent auf 50 Prozent zur Finanzierung des AKH Wien angehoben wurde, daß das Land Wien 25 Milliarden Schilling zur Errichtung des AKH Wien bekommen hat und daß wir darum raufen und streiten müssen, daß die Steiermark 4,6 Milliarden Schilling bekommt zum LKH 2000. Es gehört das AKH Wien ohnehin zu den teuersten Spitälern in ganz Österreich. 1992 überstiegen die Personalkosten des AKH Wien bei gleicher Bettenanzahl, Pflegetagen und Spitzenversorgungsleistungen jene der Kliniken Graz und Innsbruck um 62 Prozent, meine Damen und Herren. In diesem Zusammenhang, Herr Landesrat, stellen sich natürlich für mich ein paar Fragen, und ich möchte sie von Ihnen heute abend beantwortet haben.

Erstens: Wann und wie oft haben Sie mit den zuständigen Bundesstellen, zum Beispiel mit Finanzminister Lacina, verhandelt, nachdem Ihnen bekannt wurde, daß die KRAZAF-Mittel bei der Finanzierung des Projektes LKH 2000 nicht in den Landesanteil eingerechnet werden dürfen?

Zweitens: Nachdem Finanzminister Lacina bei der Besprechung gestern im Bundeskanzleramt unmißverständlich festgestellt hat, daß der KRAZAF auf ausdrücklichen Wunsch der Länder, und das ist interessant, daß die Wiener den KRAZAF auflösen wollen, obwohl sie am meisten profitiert haben davon, letztmalig um ein Jahr verlängert wird und somit definitiv mit 31. Dezember 1995 ausläuft. Wird es ab diesem Zeitpunkt logischerweise keine KRAZAF-Mittel mehr geben? Somit fehlen dem Land zumindest 1,3 Milliarden Schilling für das Projekt LKH 2000. Wo gedenken Sie, Herr Landesrat, diesen Betrag aufzubringen und damit die Finanzierung des Steiermark-Anteiles sicherzustellen?

Drittens: Warum wurde verabsäumt, schon zu Beginn der Verhandlungen das Projekt des LKH 2000, die Zusammensetzung des Finanzierungsanteiles des Landes exakt zu definieren? Und abschließend, weil heute mehrmals auch das Werkskrankenhaus Kapfen-

berg angesprochen wurde, möchte ich noch etwas zum Werkskrankenhaus Kapfenberg sagen: Auch beim Werkskrankenhaus Kapfenberg haben Sie, Herr Landesrat, bei den Investitionskosten von insgesamt geschätzten 130 Millionen Schilling einen 40prozentigen KRAZAF-Zuschuß, das sind zirka 50 Millionen Schilling, angesetzt. Meine Damen und Herren! Ich bin der Meinung, daß vor allem jetzt die Steiermark verstärkt und gemeinsam auftreten muß, um die jahrzehntelange Benachteiligung der Spitalsfinanzierung der Steiermark endgültig gegenüber den Wienern aufzuheben. Da sind wir gemeinsam aufgerufen.

Ich möchte auch auf die Diskussion im Zusammenhang mit der Rückführung des Personals der KAGES-Bediensteten zum Land eingehen. Ich habe das 1986 bei der Ausgliederung der Spitalsbediensteten erlebt, welche Umuhe das mit sich gebracht hat. Es hat jahrelang gebraucht, bis wir endlich gemeinsam eine Harmonisierung der Gehaltssysteme in diesem Land für unsere Spitalsbediensteten zusammengebracht haben. Es haben in der Zwischenzeit viele Bundesländer auch ausgegliedert, aber keines ist den Schritt gegangen, auch das Personal auszugliedern. Ich finde einfach keinen sachlichen Hintergrund, gegen diesen Beschlußantrag zu stimmen, den der Kollege Schützenhöfer eingebracht hat, weil ich der Meinung bin, daß alle sachlichen Gründe dafür sprechen, das Personal wieder in den Landesdienst rückzuführen.

Und wir haben ohnehin schon das Problem, daß wir Beamte und Bundesbedienstete haben. Aber ich bin - glaube ich - mit euch einer Meinung, daß wir bis auf eine ordentliche Arbeitszeitregelung, die alle Bereiche trifft, jahrelang noch warten können. Nur, unser Personal wird auf die Dauer nicht bereit sein, das zu akzeptieren. Herr Landesrat, ich verstehe es einfach nicht, wenn der Vorstand der KAGES sachliche Begründung vorlegt, daß das gescheit ist, wenn man es rückführt, wenn sämtliche Betriebsräte dafür sind. Jetzt kann man sagen, okay, die Betriebsräte können immer das vertreten, was die Leute wollen, aber es hat auch eine Abstimmung gegeben, und 97 Prozent der Belegschaft haben für eine Rückführung zum Land gestimmt. Jetzt verstehe ich nicht, warum man jedem sachlichen Argument verschlossen ist, nur aus ideologischen Gründen zu sagen, nein, ich tue es nicht. Stimmen Sie, Herrn Landesrat Strenitz, dieser Rückführung zu! Vielleicht ergibt sich noch eine Gesprächsbasis.

Abschließend, meine Damen und Herren, es wurden heute auch schon ein paar Dinge im Zusammenhang mit dem KH Kapfenberg angeschnitten. Es hat die Frau Kollegin Bachmaier ausgeführt, daß es dort eine Station geben sollte für Multiple-Sklerose-Patienten. Herr Landesrat, ich habe im Jahr 1992 einen Antrag eingebracht, zwecks Errichtung einer Rehabilitationseinrichtung für Multiple-Sklerose-Patienten am LKH Stolzalpe. Sie haben den Antrag bis heute noch nicht behandelt. Ich frage Sie, warum wird dieser Antrag überhaupt nicht ins Haus gebracht, damit man öffentlich darüber reden kann? Es fehlen diese Einrichtungen in der Steiermark. Ich gebe Ihnen recht, es gibt gewisse Infrastrukturen, die wir am LKH Stolzalpe nicht haben. Aber man sollte zumindest darüber reden und endlich das Problem lösen. Auch die

Diskussion im Zusammenhang mit der Beschlußfassung des Krankenanstaltenplanes halte ich nicht für sehr geschickt. Zum Beispiel: Stolzalpe, Reduzierung der orthopädischen Betten von 264 auf 180, wobei man umgekehrt weiß, daß es 15 Prozent Zunahme in den nächsten Jahren bei Erkrankungen des Bewegungs- und Stützapparates geben wird. Es werden die Verletzungen um 18 Prozent zunehmen. Wir haben in der Frage des Krankenanstaltenplanes sicher nicht die gleiche Meinung. Ich hätte den Krankenanstaltenplan, den Sie in der Form, wie er beschlossen wurde, nicht vorgelegt haben, weil ich der Meinung bin, man hätte vorher die Aufgabengebiete der einzelnen Häuser festlegen sollen. Die Politik muß die Ziele vorgeben. Aber, wenn schon, dann sollte man zumindest jetzt den Vorstand der KAGES und die Betroffenen darüber verhandeln lassen, wie zukünftig ihre Aufgabenstellung ausschauen wird. (Präsident Dr. Klausner: „Kollege Bacher, ich mache aufmerksam, die zehn Minuten sind um!“) Herr Präsident, ich habe noch vier Minuten Zeit. Aber, meine Damen und Herren, zum Abschluß - (Präsident Dr. Klausner: „Bitte, ich möchte schon feststellen, daß die zehn Minuten vorbei sind, elf Minuten sind jetzt vorbei!“) Ich höre schon auf.

Herr Präsident, meine Damen und Herren, ich möchte ein Positives auch noch erwähnen. Wir haben die Zeitung „Gesund“ alle bekommen. Ich halte es für ganz wichtig, daß man auch mehr von den Leistungen redet, die die Krankenanstalten und unsere Bediensteten in den Häusern erbringen, weil es ganz, ganz wichtig ist, damit wir auch der Bevölkerung beweisen können, was in unseren Häusern geleistet wird. Ich bedanke mich bei der Belegschaft, bei unseren Leuten in den Spitälern, wünsche mir für das nächste Jahr eine konstruktive Zusammenarbeit und ein steirisches Glückauf. Danke! (Beifall bei der ÖVP und FPÖ. - 16.56 Uhr.)

Präsident Dr. Klausner: Als nächster ist der Herr Kollege Korp gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Korp (16.56 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident! Verehrte Damen und Herren des Hohen Hauses!

Politik für die Menschen zu machen, hat die Frau Abgeordnete Dr. Maria Grabensberger, ihres Zeichens Fachärztin, hier von dieser Stelle aus gesagt. Sie hat auch gesagt, sie wünscht sich mehr Sachlichkeit. (Abg. Dr. Grabensberger: „Hoffentlich!“) Zwei Feststellungen, die mir sehr gefallen haben. Nur muß ich dazusagen, die Botschaft höre ich wohl, allein mir fehlt der Glaube. Denn ausgehend von dieser Feststellung muß ich einfach sagen, das sage ich mit großem Bedauern, mit wirklich großem Bedauern, gerade bei Ihnen habe ich entdecken müssen, wie wandelbar Menschen sind, Frau Doktor. (Abg. Dr. Grabensberger: „Bravo!“) Und ich möchte dann später noch darauf zurückkommen, auch wenn Sie in Ihrer herrlichen zynischen Art bereits unterwegs sind. (Abg. Purr: „Unterste Schublade!“) Das ist nicht „unterste Schublade“, das war eine Feststellung. Ich möchte das sicher nicht, was Sie meinen. Ich werde dann das noch entsprechend ausführen.

Lassen Sie mich aber zunächst zum Gesundheitsplan etwas sagen, der hier vor etwas mehr als 14 Tagen beschlossen wurde, und im Nachhang zur

kürzlich erfolgten Beschlußfassung zu diesem Gesundheitsplan möchte ich, weil mir dies ein Anliegen ist, von dieser Stelle wirklich allen hochqualifizierten Fachleuten, den Mitarbeitern verschiedener Institutionen, die an diesem Planwerk über Auftrag des zuständigen Spitalslandesrates Dr. Dieter Strenitz mitgearbeitet haben, persönlich Achtung und Respekt entgegenbringen. Es war das eine ganze Reihe wirklich hochqualifizierter Persönlichkeiten. Durch die einstimmige Beschlußfassung hier im Hause wurde der Gesundheitsplan als wichtiger Teil einer Gesamtplanung bestätigt, und die ursprüngliche Feststellung von Ihnen, sehr geehrte Frau Abgeordnete, dieser Gesundheitsplan sei nichts anderes als ein Telefonverzeichnis, wurde damit ad absurdum geführt. Ich freue mich darüber, daß Sie hier von dieser Stelle aus gemeint haben, „dieser Gesundheitsplan ist eine wertvolle Ist-Erfassung“ – wörtliches Zitat. Besonders erwähnenswert finde ich in diesem Gesundheitsplan die über 70 Seiten formulierten Beiträge zur Gesunderhaltung. Hier sehe ich eine der wichtigsten Ansätze im Gesundheitswesen, denn in der Präventivmedizin liegt wohl auch der Schlüssel zu grundsätzlicher Kostenersparnis. Nicht oder erst viel später krank zu werden, kann sich jeder von uns zwar wünschen, aber sicherlich nicht erzwingen. Vielmehr kann man sich diesen wünschenswerten Zustand erarbeiten, eben durch größtmögliche Gesundheitsvorsorge. Es ist wunderbar zu wissen, daß sich viele darum bemühen –, ich sehe hier im Zuschauerraum einige davon –, Vorbeugung zu predigen. Es muß einfach in die Herzen und in die Hirne unserer Mitbürger die Notwendigkeit der Eigenverantwortung für seine eigene Gesundheit im wahrsten Sinne des Wortes eingepflanzt werden. Gesundheitsvorsorge bringt jedem einzelnen persönlichen Vorteil und erspart so manches Leid und natürlich auch Sorgen. Wir sollten uns daher gemeinsam besonders dieses Kapitels trotz vieler schon bestehender Leistungen noch mehr annehmen. Etwa mit entsprechender Überzeugungsarbeit könnte man diesen Gedanken zu stärkerem Durchbruch verhelfen. Schließlich ist Gesundheit zwar nicht alles, aber ohne Gesundheit ist alles nichts. Das wissen wir.

Lassen sie mich nun zum Thema „periphere Spitäler“ etwas sagen. Zum Thema „periphere Spitäler“ möchte ich, bezogen auf das LKH Judenburg, die Gelegenheit nützen, um dir, sehr geehrter Herr Landesrat Dr. Dieter Strenitz, für die notwendigen, unverzichtbaren und, wie sich jetzt herausgestellt hat, auch machbaren Investitionen im Altbaubereich des LKH Judenburg sehr herzlich danken. (Beifall bei der SPÖ.)

Damit können jetzt wesentliche Notwendigkeiten saniert werden, und das ist es, verehrte Damen und Herren, was im Sinne der von uns zu vertretenden Bürger hier wirklich zählt. Und sonst gar nichts. Zur Spitalsdebatte im LKH Judenburg möchte ich mich hier, nicht, wie Sie gemeint haben, Fritzl, absolut nicht, wirklich nicht in die Niederungen menschlicher Wesensart begeben. Das tue ich nicht. (Abg. Grillitsch: „Damit hast du begonnen, und das ist traurig und bitter!“ – Abg. Dr. Karisch: „Es war unnötig!“) Meine Maxime heißt, und daran wird sich nie etwas ändern, überzeugen und nicht verletzen. Man wird nur

manchmal provoziert. Es tut mir leid, und das sage ich ganz offen. Wenn man von der Ecke her so etwas hergeschleudert bekommt, dann ist das einfach nicht sehr freundlich, aber ich bekenne mich dazu. Das ist keine Frage. Wissen Sie, warum ich dieses Empfinden gehabt habe? Ich kann Ihnen das wirklich sagen. Ich stelle mich nämlich nicht hier her, um hier „herzogscheiterln“ auf Grund irgendwelcher Unterlagen, die ich von irgend jemandem bekommen habe. Das überlasse ich gerne jenen, die von diesem Bereich wirklich sehr viel verstehen. Aber was ich hier wiedergeben möchte, das ist, was man da drinnen, im Herzen, empfindet, nämlich erstens einmal für seine Region absolut eintreten zu wollen und zu müssen, und daß man die Erkenntnis gewinnen mußte, daß man auf dem Weg, das zu tun, in einer Art und Weise verunglimpft, provoziert und niedergemacht wird, wie ich mich darüber nur wundern kann. Jetzt weiß ich natürlich, daß es in der Politik so ist, daß Empfindlichkeit keinen Platz hat. Aber da gibt es einfach Grenzen. Und Kollege Kanduth, er ist jetzt nicht hier, hat etwas gesagt, was mir wirklich imponiert hat, nämlich der politische Stil ist es, der es ausmacht. Ich kann mich ihm inhaltlich nur voll und ganz anschließen. (Abg. Dr. Cortolezis: „Ihnen hört niemand zu!“) Herr Kollege, okay. Ich rede aber jetzt von meiner Einstellung dazu. (Abg. Dr. Cortolezis: „Ihnen hört niemand zu – nicht in den eigenen Reihen, nicht der Landesrat!“) Herr Dr. Cortolezis, das ist mein Problem, und ich werde damit leben. Das ist überhaupt kein Problem, aber so ist es. Mir ist es einfach ein Bedürfnis, das zu sagen, und ich habe Gott sei Dank die Gelegenheit, das hier zu tun. Wenn dieselben, und damit meine ich die Frau Kollegin Dr. Grabensberger, die es am Anfang sogar befürwortet und unterstützt hat, daß im LKH Judenburg notwendige Verbesserungen eintreten, Patientinnen dazu animieren, an die KAGES heranzutreten, damit sich an diesem Zustand im Altbaubereich des LKH Judenburg etwas ändert, dieselben, wenn sie merken, daß sich ein roter Abgeordneter um das bemüht, eine Kehrtwendung um 180 Grad vollziehen und sagen, alles nichts, alles ein Blödsinn, dann verstehe ich die Welt nicht mehr. Dann verstehe ich einfach die Welt nicht mehr. Und wenn derselbe verehrte Herr Primarius Dr. Wilhelm Grabensberger, Leiter der gynäkologischen Abteilung des LKH Judenburg, der seit zehn und mehr Jahren der KAGES und sonst wem mit Recht die Türe einrennt, damit dieser Zustand verändert wird, auf die Frage eines namhaften Spitalsmanagers, „na, Herr Primarius, was brauchen Sie denn jetzt wirklich“, locker sagt, „außer ein paar Vorhängen gar nichts“, dann verstehe ich die Welt nicht mehr. Das ist für mich einfach etwas Unfaßbares. Und wenn die Frau Dr. Grabensberger, und da möchte ich überhaupt nicht hinhalten, ich sage nur, was ist, was wahr ist und was gefallen ist, Investitionen von insgesamt 21 Millionen Schilling im Altbaubereich des LKH Judenburg als Profilierungssucht auf Kosten der Steuerzahler hinstellt, wo ein jeder, der hingehen kann und sich überzeugen kann, wo es überall fehlt in diesem Spital, zur Kenntnis nehmen muß, wo es überall fehlt – das als Profilierungssucht hinzustellen, das finde ich einfach unfaßbar. Ich bin verbittert und enttäuscht. Und aus diesem Grunde war es mir auch ein Anliegen, das in dieser Form hier zu sagen, und sonst nichts, wirklich

nur das. (Abg. Schützenhöfer: „Das waren persönliche Geschichten, die muß man hier nicht breittreten!“) Okay. Es war mir trotzdem wichtig, das hier zu sagen. Dann kommt aber noch etwas, da gibt es so etwas wie eine persönliche Ehre. Ich empfinde das so, Herr Klubobmann. Sie haben das hier auch in anderer Form schon gesagt.

Ich werde Ihnen jetzt noch etwas sagen dazu. Mein Vater, er war in den dreißiger Jahren eingesperrt, ist politisch verfolgt worden, hat mir etwas gesagt, was ich mir mein ganzes Leben lang immer merken werde. Er hat gesagt: „Wir sind einfache Leute, und wir haben nicht viel. Aber was wir uns nie nehmen lassen werden, das ist die persönliche Ehre.“ Und die lasse ich mir nicht nehmen, von niemandem. (Beifall bei der SPÖ. – Abg. Dr. Karisch: „Es nimmt sie Ihnen niemand!“ – Präsident Mag. Rader: „Ich darf höflich darauf hinweisen, daß Sie sich in der 12. Minute befinden!“) Herr Präsident, der letzte Satz. (Abg. Purr: „Wenn das die Inhalte der Landtagsdebatte sind, können wir den Vorhang herunterlassen!“ – Abg. Dr. Cortolezis: „Gerade Sie machen das!“) Ist in Ordnung. Okay, Herr Doktor.

Ich sage zum Schluß nur etwas: Ich habe in der Burggasse in Judenburg, lieber Fritz, ein Plakat der Österreichischen Volkspartei gesehen, das mir auch sehr gut gefallen hat. Da ist gestanden: „Ein guter steirischer Brauch – miteinander reden, aufeinander hören und dann gemeinsam handeln.“ Ich hätte mir gewünscht, daß das im Fall des LKH Judenburg auch der Fall gewesen wäre. Ich danke. (Beifall bei der SPÖ. – 17.08 Uhr.)

Präsident Mag. Rader: Zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Grillitsch.

Abg. Grillitsch (17.08 Uhr): Herr Präsident, meine sehr geschätzten Damen und Herren!

Ich bedaure zutiefst, daß ich mich heute noch einmal zu Wort melden muß. Aber die Worte des Herrn Abgeordneten haben mich dazu veranlaßt. Sie erinnern sich daran, wie er in das Haus eingezogen ist, wie ich ihn aus langer Bekanntschaft hier in diesem Haus auch begrüßt habe. Sie erinnern sich auch, daß ich mich gestern abends nochmals zu Wort melden mußte. Es hat heute früh ein Gespräch gegeben, in dem wir uns ausgesprochen haben, und mehr sage ich nicht. Ich bin zutiefst nach diesen Vorkommnissen erschüttert, wie du auf deine Kollegin hier in diesem Hause losgehst. Es hat den ganzen Sommer über in dieser Frage eine Pressekampagne stattgefunden. Ich habe in persönlichen Gesprächen mich bemüht, bei dir das zu stoppen, aber du warst nicht zu stoppen. Ich muß Ihnen, Herr Landesrat, hier echte Vorwürfe machen, weil Sie haben es in Ihrer Verantwortung immer verabsäumt, dort das Notwendige zu tun. (Landesrat Dr. Strenitz „Wo?“) Ihr Spezialist Moser war einige Male in Judenburg. Sie wissen genau, mit Martetschläger und mit allen, wie die letzte Umplanung war, wie auch der Wunsch war, in Judenburg doch mit einer Ersparnis von 80 Millionen Schilling, was jetzt noch notwendig wäre, die Dinge zu erledigen und dort auch den sanitären Bereich zu erledigen. Mit dem wird hier parteipolitisch gespielt. Da meine ich, wir müssen soweit kommen, wenn

jemand in der Öffentlichkeit einem Unternehmen, und in diesem Fall der Spitalsgesellschaft, durch solche Diskussionen einen derartigen Schaden macht, daß er auch dann, selbst wenn er Politiker ist, für diesen Schaden verantwortlich gemacht wird. Das hast du mit deinem Strenitz zustande gebracht. (Abg. Korp: „Das ist überhaupt nicht wahr!“) Man kann dann die Dinge nicht unter der Gürtellinie einer Ärztin, die eine Praxis hat und die durch deine Worte auch in ihrem ärztlichen Ruf geschädigt werden kann, ein solches Verhalten gegenüberstellen. Schauen Sie die Protokolle an, schauen Sie die Briefe an. Hier sind die Termine drinnen in diesen Presseauseinandersetzungen, wo es an die Zeitungen gekommen ist. Und Herr Moser wird auch wissen, wie er sich in dieser Frage mit dem Herrn Martetschläger verhalten hat, und ich hoffe, daß da nur sehr bald reiner Tisch gemacht wird. Geld war vorhanden, weil beim letzten Budget, wie ich hörte, in Judenburg auch 6 Millionen Schilling übriggeblieben sind. (Beifall bei der ÖVP. – 17.12 Uhr.)

Präsident Mag. Rader: Der nächste Redner ist der Herr Kollege Günther Prutsch.

Abg. Günther Prutsch (17.12 Uhr): Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Ich bedaure es, wie hier zuletzt in diesem Hause diskutiert wurde. Wir sind ein bißchen wieder in die alten Zeiten verfallen. Ich kann mich fast wieder an das Frühjahr recht gut zurückerinnern. Ich möchte es etwas ruhiger machen und mich dem Kollegen Bacher anschließen. Ich gebe ihm recht in seiner Forderung nach einer besseren Darstellung der Leistungen, die eigentlich die Bediensteten in den steirischen Spitälern erbringen, daß man die noch viel besser herausstreichen muß und eigentlich sehr hochhalten muß.

Drei kurze Anmerkungen zu regionalen Aspekten, die meinen Bezirk betreffen. Die Diskussion um das LKH Bad Radkersburg ist ja wahrlich eine unendliche Geschichte. Wir haben immer wieder erlebt, vom Umbauen zum Ausbauen oder gar Zusperrern ist dann wieder von einigen verbreitet worden. Umso erfreulicher ist die Entwicklung der letzten Wochen und Monate für mich, daß nach hervorragender Arbeit eines Projektteams unter der Leitung von Herrn Primarius Zirm, ich glaube auch in einem sehr konstruktiven Klima in Zusammenarbeit mit der KAGES Lösungsansätze erarbeitet wurden und letztlich auch vor einigen Wochen präsentiert wurden. Daraus entnehme ich einige Punkte, worüber ich sehr froh bin.

Erstens steht die Notwendigkeit einer Spezialisierung außer Frage, und zwar in Richtung einer orthopädischen Abteilung. Außerdem steht offensichtlich auch die Notwendigkeit einer chirurgischen Basisversorgung außer Frage, und besonders erwähnenswert ist auch eine enge Zusammenarbeit mit dem Kurzentrum und der neuen Maria-Theresien-Klinik, die im nächsten Jahr eröffnet wird. Weiters ist offenbar sichergestellt, daß nunmehr umfangreiche Sanierungsarbeiten in Angriff genommen werden. Meine Damen und Herren, Sie werden mir recht geben, daß auch die Patienten und Patientinnen des LKH Bad Radkersburg Anspruch auf jenen Standard

haben, Standard in den Krankenzimmern und in den Sanitäräumlichkeiten, der in vielen anderen Häusern bereits geboten wird, und nicht zu vergessen in diesem Zusammenhang auch die verbesserten Arbeitsbedingungen für die Ärzte und für das Pflegepersonal. Noch eines ist in diesem Zusammenhang für mich ganz besonders wichtig. Mit der Standortdiskussion wird wohl nun endlich Schluß sein. Ich hoffe schon – und das möchte ich auch hier im Beisein der beiden Vorstände deponieren –, daß der angekündigte Stufenplan, der Zweistufenplan, auch vollständig realisiert werden wird. Alles in allem eine erfreuliche Entwicklung, vor allem, wenn ich an die Diskussionen im Frühjahr zurückdenke.

Noch ein Punkt, äußerst positiv, auch in diesem Zusammenhang, zumal dort die Ärzte des Landeskrankenhauses ihren Dienst versehen, sei auch der Notarzbereich hier erwähnt. Ganz anders entwickelt sich die medizinische Versorgung durch niedergelassene Ärzte an Sonn- und Feiertagen in unserem Bezirk. Immer lauter werden die Klagen der Bezirksbevölkerung in dieser Frage. Mir ist zwar klar, daß wir hier vom Landtag her keine Abhilfe schaffen können, aber es ist ein derart großes Anliegen der Bezirksbevölkerung, daß ich diese Möglichkeit hier nutzen möchte, um dieses Problem aufzuzeigen. Kurz, an Wochenenden und an Feiertagen klappt der Dienst überhaupt nicht, stundenlanges Warten auf den diensthabenden Arzt steht auf der Tagesordnung. Und in manchen Fällen, so wird mir berichtet, gab es sogar ein vergebliches Warten. Für mich sind das ganz einfach unhaltbare Zustände, die einer sofortigen Veränderung bedürfen. Aber ich möchte auch in diesem Zusammenhang hier sagen, daß es sehr wohl einige sehr engagierte Ärzte gibt, die hervorragenden Dienst versehen, die verlässlich ihren Dienst versehen und die auch erreichbar sind.

Zum Abschluß noch ein dritter Aspekt: Der Ausbau des Kurtourismus in Bad Radkersburg macht in Zukunft einen verstärkten Einsatz von Therapeuten erforderlich. Physiotherapeuten finden bereits jetzt Beschäftigung in Bad Radkersburg und werden in Zukunft auf Grund der großen Ausbaumaßnahmen noch verstärkt gebraucht werden. Auf Grund relativ geringer Ausbildungskapazitäten war es bis heute nicht möglich, den Ausbildungswünschen vieler junger Menschen nachzukommen. Andererseits wird mir berichtet, daß es teilweise nur mit slowenischen Therapeuten möglich sei, diesen Bedarf an qualifizierten Arbeitskräften abzudecken. Sie werden verstehen, meine Damen und Herren, daß ich als Vertreter eines Bezirkes mit einer derart bedenklichen qualitativen Abwanderung und damit auch sehr bedenklichen Arbeitsmarktlage nicht vertreten kann, daß ausländische Arbeitskräfte derart hochstehende und für die jungen Menschen interessante Arbeitsplätze im Bezirk besetzen. Meines Wissens soll sich ja in absehbarer Zeit die Ausbildungssituation in der Steiermark durch einen Neubau einer entsprechenden Ausbildungsstätte sehr wesentlich verbessern. Einer Aufzeichnung entnehme ich, daß zur Zeit 133 Schüler in Ausbildung sind. Für 1995 sind voraussichtlich 42 Absolventinnen und Absolventen zu erwarten. Ich möchte unterstreichen und auch dich ersuchen, geschätzter Herr Landesrat, daß du dies so weiter-

betreibst, daß diese Ausbildungskapazitäten aufgestockt werden und daß wir diesem Bedürfnis der jungen Menschen nachkommen, aber andererseits auch dem Bedürfnis einer Region. Danke! (Beifall bei der SPÖ. – 17.17 Uhr. – Abg. Kowald: „Gestern hast du gesagt, alles ist schlecht, und heute sagst du, alles ist gut. Da kann ich nicht klatschen!“)

Präsident Mag. Rader: Nächste Wortmeldung – Herr Kollege Herrmann. Der Kollege Kowald ist diesmal nicht am Wort.

Abg. Herrmann (17.17 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident! Werte Damen und Herren!

Wenn ich heute ein paar Worte zum LKH Hartberg sage, dann könnte ich fast mit der Jazz-Gitti beginnen: „A Wunder, a Wunder, es ist a Wunder geschehen!“ Der Neubau des LKH Hartberg wird Wirklichkeit werden. Von unserer Bevölkerung wird das sicher als ein Wunder betrachtet, denn es wird eine jahrzehntelange Forderung für diesen Neubau Wirklichkeit werden. Säle mit 18 und mehr Betten und Patienten auf den Gängen waren eben der Grund, daß wir diese Forderung aufgestellt haben. Wir hätten dieses Krankenhaus schon vielleicht 10 bis 15 Jahre früher haben können, nur hat man unserem ehemaligen Spitalslandesrat Gerhard Heidinger diesen Erfolg anscheinend nicht gegönnt. Man hat gesagt, wir brauchen das Krankenhaus hinter dem Altersheim, weil dort ist weniger Nebel. Dann ist man daraufgekommen, daß dort eine Deponie ist und daß vielleicht Abgase oder Deponiegase vorhanden sind. Jetzt bekommen wir dieses Krankenhaus auf dem fast gleichen Standort, nur eine geringfügige Verlegung. In der Med. werden 110 Betten sein, in der Chirurgie 71 Betten und in der Gyn. vorerst nur 18 Betten, also die Hälfte. Wir müssen erst beweisen, daß wir die Geburten zusammenbringen. Aber ich sage es, Riebenbauer, wir bringen diese sicher zusammen. Stimmt es?

Warum bin ich überzeugt? Weil vom nördlichen Bezirk Weiz sicher die Frauen zur Entbindung nach Hartberg kommen, und daß auch jene Frauen, die heute aus dem Bezirk Weiz in Oberwart entbinden, eben nach Hartberg kommen werden. Denn es steht außer Zweifel, daß das Personal in Hartberg hervorragend ist.

Als Bürgermeister besuche ich auch immer wieder die Mütter, die entbunden haben, und ich habe daher Vergleiche. Sie sagen, daß das Personal eines der besten ist. Es gibt eben Vergleiche dazu. Von September 1993 bis Juli 1994 hat es in zehn Arbeitskreisen 14 Sitzungen mit den Nutzungsverantwortlichen gegeben. Ich glaube, das ist ganz, ganz wichtig. Was ich als Gewerkschafter besonders begrüße, ist, daß dieser Neubau ein großer Wirtschaftsfaktor für uns und unseren Bezirk sein wird. Es werden hier sehr viele, und ich hoffe es, Firmen aus dem Bezirk eine Arbeit bekommen.

Abschließend möchte ich mich beim Landesrat recht herzlich dafür bedanken, daß er immer hart geblieben ist. Ich bedanke mich aber auch bei allen, die mit diesem Beschluß dazu beigetragen haben, daß dieses Krankenhaus Wirklichkeit wird, und ich hoffe, daß es Wirklichkeit wird. Denn sollte das nicht sein, dann

werden wir nicht mit den Stoakoglern aufmarschieren, sondern dann ist der ganze Bezirk im Landhaushof mit den Musikkapellen, mit einem Monsterkonzert, daß die Fenstern scheppern. Ich danke. (Beifall bei der SPÖ. – 17.22 Uhr.)

Präsident Mag. Rader: Der Herr Klubmann Vesko ist der nächste Redner.

Abg. Dipl.-Ing. Vesko (17.22 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Nachdem jetzt die Runde der Lokalpolitiker eingeläutet ist, möchte ich auch kurz zu meiner unmittelbaren Heimat, dem Ausseer Land, Stellung nehmen und hier deponieren, daß man im steirischen Salzkammergut, im Ausseer Land und in den angrenzenden oberösterreichischen Gemeinden 16.000 Unterschriften heuer im Frühjahr gesammelt hat, um den an sich, wie es zu hören war, gefährdeten Bestand des Landeskrankenhauses Bad Aussee zu sichern. Die Bürger dieser Gegend waren eigentlich beruhigt, als am 5. Juli 1994, also vor etwas weniger als einem halben Jahr, hier in diesem Haus eine Standortgarantie für alle Spitäler im Rahmen des landschaftlichen Bereiches abgegeben wurde und damit zumindest einmal gewährleistet war, daß das Ausseer Land und damit auch das steirische Salzkammergut eine medizinische Versorgung hat. So weit, so gut. Scheinbar war aber mit dem Agitationsboden manchem sozialistischem Lokalpolitiker der Boden genommen, und so begann man sofort mit dem neuen Thema „Neubau des Landeskrankenhauses Bad Aussee“. Und, Herr Landesrat Dr. Strenitz, wenn wir über einen Neubau sprechen, dann darf ich darum bitten, daß das eine ernste und realistische Diskussion ist und daß wir nicht ein Projekt vorgelegt bekommen, das sehr schön klingt und auch einen schönen Namen hat, es heißt „Hospital of the future“. Das System an sich ist ein sehr gutes. Das muß ich dazusagen. Wenn allerdings nicht gewährleistet ist, daß das Land Steiermark beziehungsweise die KAGES, die ja dieses Modell propagiert, auch seinen Teil dazu beiträgt, dann darf ich nicht leichtfertig Hoffnungen im Bereich der Bevölkerung erwecken. Es muß uns bitter ernst sein, und eine Realisierung muß denkbar sein. Mit dem Argument, daß ihr euch um einen privaten Investor umschaute, dann werden wir die medizinische Schiene einschieben, kann es nicht getan sein, weil wir mit privaten Investoren gerade in diesem Bereich bis dato noch sehr wenig Erfolg gehabt haben. Ich sage das hier ganz bewußt. Ich freue mich auch, daß ich auf der Zuschauergalerie Dr. Moser und Dr. Fankhauser sehe. Die beiden haben zusammen mit anderen Herren das Modell an sich als sehr plausibel und sehr gut vorstellbar erläutert. Es muß aber bitte ernst sein. Es darf nicht eine immerwährende Diskussion um einen Neubau geben, und es darf auch nicht eine Unsicherheit in einer Gemeinde entstehen, die sich jetzt krampfhaft bemüht, Mittel dafür aufzubringen, um Grundstücke zu sichern, wenn es nicht tatsächlich eine ernste Zusage gibt, oder man sagt „meine Damen und Herren, da oben ist es sehr schön, ihr habt jetzt einmal euer Spital, und wir werden uns bemühen, in den kommenden Jahren etwas zu tun“. Aber bitte, keine Sandkastenspielchen für eine Region, die es

sicherlich nicht verdient hat. Wir alle wollen die beste medizinische Versorgung, von Radkersburg über die Stolzalpe, Judenburg, Mürzzuschlag und Kapfenberg. Ich könnte auch sagen, wunderbar, Aussee ist eine herrliche Gegend, das ist ein wunderschöner Platz, dort herrscht ein wunderbares Klima und ist für Herzinfarktpatienten und Rehabilitationspatienten sicherlich ein besserer Platz von diesen Voraussetzungen her, als es vielleicht Kapfenberg ist. Aber wir sehen mit Maß und Ziel alle diese Dinge. Wenn wir darüber reden, wenn wir Hoffnungen schüren, dann soll auch etwas dahinter sein. (Beifall bei der FPÖ und ÖVP. – 17.27 Uhr.)

Präsident Mag. Rader: Nächste Rednerin ist die Frau Abgeordnete Gross. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Gross (17.27 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Im Gesamtsystem des Gesundheitswesens stellt die Hauskrankenpflege die fachpflegerische ambulante Grundversorgung für Menschen in ihren Wohnungen dar. Sie bildet einen wichtigen Teil des sozialmedizinischen Pflegedienstes und wird von diplomierten Krankenpflegepersonen durchgeführt. Die Hauskrankenschwestern und Hauskrankenpfleger sind eine Garantie, daß eine humane gesundheitsbezogene Lebensqualität gesichert werden kann. Die Idee der verstärkten Integration der im Gesundheits- und Sozialbereich tätigen Personen und Institutionen existiert bereits seit Mitte der siebziger Jahre. Ebenso weit reichen die Wurzeln der Hauskrankenpflege in der Steiermark, wie nahezu in ganz Österreich, zurück. Erste zaghafte Versuche, Hauskrankenpflege aufzubauen, gab es Mitte der siebziger Jahre. Die Aufbauphase ging in der Steiermark bis Ende der achtziger Jahre recht schleppend vor sich. Die effektive Auf- und Ausbauphase begann erst mit den KRAZAF-Strukturgeldern. Ende 1989 waren in 14 Bezirken 25,5 Dienstposten mit 33 Hauskrankenschwestern besetzt. Ende 1990 waren bereits in 16 Bezirken 44,5 Dienstposten mit 73 Hauskrankenschwestern. Im Jahr 1991 – seit diesem Jahr ist Landesrat Strenitz für die Hauskrankenpflege zuständig – kamen 50,5 Dienstposten, das sind 98 Hauskrankenschwestern, hinzu, so daß Ende 1991 95 Dienstposten mit 181 Hauskrankenschwestern in 16 steirischen Bezirken vorhanden waren. Ende 1992 waren es 120 Dienstposten, Ende 1993 152 Dienstposten. Der derzeitige Stand beläuft sich auf rund 172 Dienstposten mit 285 Hauskrankenschwestern, wobei in jedem Bezirk zumindest eine Einsatzstelle für Hauskrankenpflege gegeben ist. Im heurigen Jahr sollten die 200 von der Steiermärkischen Landesregierung genehmigten Dienstposten besetzt werden können und damit eine flächendeckende Hauskrankenpflege – entsprechend dem WHO-Richtwert 1 zu 6000 – gewährleistet werden. Auf Grund der bestehenden gesetzlichen Grundlagen, aber auch im Interesse der Qualitätssicherung, sind an fachlicher Qualifikation das Krankenpflegediplom, eine mindestens zweijährige Berufspraxis sowie eine Sonderausbildung für den sozialmedizinischen Pflegedienst erforderlich. Dieser neunmonatige Sonderausbildungskurs wird ebenso wie Fortbildungsveranstaltungen kostenlos

von der Fachabteilung für das Gesundheitswesen angeboten. Die durchschnittliche Tätigkeitsdauer diplomierter Krankenschwestern in Krankenanstalten nimmt bei steigenden Ausbildungskosten ständig ab. Die meist aus familiären Gründen ausscheidenden Diplomkrankenschwestern können zumindest zum Teil für die Hauskrankenpflege gewonnen werden. In der Hauskrankenpflege kommen vor allem teilzeit- und geringfügig beschäftigte Krankenschwestern zum Einsatz, so daß es praktisch zu keiner konkurrierenden Abwerbung von den stationären Einrichtungen, insbesondere den Spitälern, kommt. Zudem werden von der Fachabteilung für das Gesundheitswesen Wiedereinstiegskurse für aus dem Beruf ausgeschiedene Krankenschwestern abgehalten. Diese dauern neun Wochen und sind ebenfalls kostenlos.

Zur Finanzierung: An die vier Trägerorganisationen – Österreichisches Rotes Kreuz, Sozialmedizinischer Pflegedienst, Steiermärkisches Hilfswerk und Volkshilfe Steiermark – werden als Personalkostenzuschuß seit dem heurigen Jahr 230.000 Schilling pro vollbeschäftigtem Dienstposten ausbezahlt. Sämtliche bis Ende 1991 vom Gesundheitsreferat geförderten Hauskrankenpflegedienstposten werden auch weiterhin im bisherigen Ausmaß aus den Ressortmitteln des Gesundheitsreferenten abgedeckt. Das sind 95 Dienstposten. Für alle neuen Projekte, das heißt, alle ab 1. Jänner 1992 eingestellten und noch einzustellenden Hauskrankenschwestern, werden von den beiden Gemeindereferenten Förderungsmittel in vorhin erwähnter Höhe zur Verfügung gestellt. Bereits durch die 32. Novelle zum ASVG im Jahre 1976 wurde als neue Leistung der Krankenversicherung die Gewährung von Hauskrankenpflege als freiwillige Leistung eingeführt. Diese Leistung wurde nunmehr mit der 50. ASVG-Novelle und den diesbezüglichen Novellen der sonstigen Sozialversicherungsgesetze, in Kraft getreten per 1. Jänner 1992, in eine Pflichtleistung umgewandelt. Bezüglich dieser von den Krankenversicherungsträgern zu finanzierenden medizinischen krankenhausersetzenden Hauskrankenpflege besteht eine vertragliche Regelung zwischen dem Land Steiermark und den Krankenversicherungsträgern unter Mitfertigung der vier vom Land Steiermark anerkannten Trägerorganisationen. Demgemäß wird von den Krankenversicherungsträgern ein Besuchspauschale von 73 Schilling ab 1. Juli 1994 pro Besuch gewährt. Der Bedarf an professionell erbrachten Hilfeleistungen steigt durch die Zunahme hilfs- und pflegebedürftiger Menschen und durch die Abnahme familiärer Betreuungskapazitäten kontinuierlich an. Insbesondere im Bereich der mobilen sozialen, pflegerischen, therapeutischen und medizinischen Leistungen ist das bestehende Angebot vielfach mit regionalen Unterschieden noch nicht ausreichend vorhanden. Nicht nur der entsprechende Ausbau, sondern auch die Integration der ambulanten und mobilen Dienste des Gesundheits- und Sozialwesens ist weiter anzustreben. Der KRAZAF soll laut einem Zeitungsbericht – ich konnte es noch nicht verifizieren – noch ein Jahr verlängert werden. Kollege Bacher hat ja bereits darauf hingewiesen. Meine Damen und Herren, denken wir gemeinsam frühzeitig darüber nach, wie wir diese Mittel weiterhin zur Verfügung stellen können, um die Hauskrankenpflege als sinnvolle Ergänzung zu allen anderen Möglich-

keiten, Menschen helfen zu können, zu erhalten beziehungsweise weiter auszubauen. Das ist kostengünstiger als ein Spitalsbett, und ich bin der Ansicht, ich verstehe die Bezirksvertreter, daß die vier eigenen Wände jedem Spitalsbett vorzuziehen sind, wenn es die Pflegebedürftigkeit zuläßt. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit. (Beifall bei der SPÖ und ÖVP. – 17.35 Uhr.)

Präsident Mag. Rader: Der letzte Redner zu dieser Gruppe, der Herr Kollege Schleich.

Abg. Schleich (17.35 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Wenn ich heute hier zur Gesundheit Stellung nehme, dann eigentlich auch aus erfreulichen Gesichtspunkten. Wir haben immerhin in Feldbach die Generalsanierung des Um- und Ausbaues des LKH Feldbach hinter uns, aber ich sage, wir haben ein Schwerpunktkrankenhaus im Bezirk Feldbach, wo eigentlich der Punkt fehlt. Und dieser Punkt, der wird jetzt im nächsten Jahr in Angriff genommen, das ist die Computertomographie, so daß die schwerkranken Patienten und die, die nicht so schwer krank sind, dort untersucht werden, nicht mehr nach Graz geführt werden müssen, und wie Sie alle wissen, sind pro Tag oft einige Personen, die von der Rettung hier hin- und hergebracht werden, oft schwerst krank, und ich glaube, das ist eine enorme Belastung. Da die Computertomographie auch in diesem Krankenhausprogramm Feldbach enthalten ist, gehen wir einen Schritt weiter für unseren Bezirk.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Stationäre Patienten, das hat sich von 1993 auf 1994 natürlich gesteigert, wurden vorangegenommen mit 9700, jetzt sind es 10.500. Und wenn man nur die Verpflegstage ansieht von 1992 von 89.193 auf über 105.000, eine Summe von 5 Millionen Schilling an Lebensmitteleinkauf, der dort benötigt wird und der in unserem Bezirk wiederum eingekauft wird, so muß man mit Sicherheit sagen, ist das auch ein wirtschaftlicher Faktor, der nicht uninteressant ist. Ja, meine sehr geehrten Damen und Herren, natürlich ist das auch ein Arbeitsmarkt, würde ich sagen, denn das sind immerhin über 370 Arbeitsplätze. Das ist für eine Region sicher ein sehr, sehr wichtiges Faktum. Wenn dann der Computertomograph und die Mammographie, die hier geplant sind, ausgebaut sein werden beziehungsweise wenn begonnen wird im nächsten Jahr, dann stehen dafür 17,5 Millionen Schilling im ersten Jahr zur Verfügung, und wenn es fertig sein wird, dann werden dort auch in der orthopädischen Versorgung Gelenkoperationen stattfinden, wie Hüftgelenke und Kniegelenke. Sie alle wissen, daß das sicher nicht einfach ist für einen Menschen, wenn er sich ein fremdes Gelenk einbauen läßt. Leider werden es immer, immer mehr solche Operationen. Ich habe vor kurzem bei einem sehr guten Freund von mir mit-erleben müssen, der schon eine Hüfte und jetzt ein Knie bekommen hat, mein Gemeindesekretär. Ich weiß, daß hier sehr lange Wartezeiten sind, auch in Graz. Wenn das auch in Feldbach gemacht werden kann, ist das sicher für unsere Region ein großer Vorteil.

Dann haben wir auch noch ein Problem. Das Problem ist die Verbrennungsanlage im LKH. Es heißt, dort, wo Müll produziert wird, soll er auch entsorgt werden. Er geht jetzt nach Wien zu Simmering, und auch hier schaut es so aus, als wenn jetzt eine Lösung nicht nur in Sicht wäre, sondern schon bald abgeschlossen, denn der Gemeinderat von Feldbach hat – soweit ich informiert bin – am 12. Dezember bereits beschlossen, sollte hier die Entsorgung ausfallen, dann wird die Stadt Feldbach das übernehmen. Es muß hier noch bis 31. März ein Vertrag gemacht werden, und wenn dieser Vertrag abgeschlossen sein wird, dann braucht hier keine Verbrennungsanlage gebaut werden, und so, wie ich das gehört habe, wären das natürlich zirka 12 Millionen Schilling Baukosten, die hier erspart werden. Ich hoffe nur – das möchte ich hier auch sagen – daß es nie eintritt, daß diese Entsorgung von der Stadtgemeinde übernommen werden muß, denn man muß es ja auch weiterbringen, man kann es ja nicht lagern. Aber ich hoffe, daß hier in der thermischen Verwertung sich sicher noch etwas tun wird, so daß sich diese Sorgen in unserem Bezirk Feldbach auch erübrigen, denn, wie Sie wissen, ist das Raabtal von seinem Standort her für eine Verbrennungsanlage sicherlich nicht geeignet. Ich danke noch einmal hier auf das herzlichste natürlich unserem Landesrat, daß er sich hier so eingesetzt hat, danke aber Ihnen allen für das Verständnis, denn ich glaube, der Bezirk Feldbach ist Ihnen dankbar und ganz besonders die Patienten, die es dort benötigen. Danke! (Beifall bei der SPÖ. – 17.40 Uhr.)

Präsident Mag. Rader: Herr Landesrat, bitte!

Landesrat Dr. Strenitz (17.40 Uhr): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Es ist das heute für mich die 25. Budgetdebatte, und wir alle wissen, daß das Leben eines Politikers seine Höhen hat und auch seine Tiefen. Aber ich muß gestehen, daß ich heute ein seltenes Glück erlebe, und zwar in mehrfacher Hinsicht. Das eine ist, daß diese Spitals- und Gesundheitsdiskussion nicht zur mitternächtlichen Stunde stattfindet, wie das sonst immer der Fall war, zum Zweiten hat man mir heute so viele freundliche Dinge gesagt, wie in den vergangenen Jahren zusammen nicht, und ich gestehe – ich bin auch nur ein Mensch –, ich kann nicht genug hören davon, und zum Dritten, meine Damen und Herren, ist im vergangenen Jahr in den Spitälern eine ganze Menge wirklich gut weitergegangen. Wir haben nicht alles finalisiert, wie zum Beispiel gestern in Wien. Aber auch der liebe Gott hat die Welt nicht an einem Tag erschaffen und hat seine Zeit gebraucht. Und geteilte Sorge ist halbe Sorge, und die Sorge hier, was Wien betrifft, ist zumindest auf fünf Herren aufgeteilt gewesen: Der Herr Landeshauptmann, der Herr Landeshauptmannstellvertreter, ein geschäftsführender Parteiohmann, ein mächtiger Finanzreferent und ein ganz kleiner Spitalslandesrat. Diese Sorgen tragen wir alle gemeinsam, und wir werden sie auch bewältigen. (Abg. Kowald: „Herr Landesrat, 1,80 Meter!“) 1,79, das genügt, und von oben tut man sich leichter.

Liebe Freunde, ich möchte noch sagen, was in Wien geschah, weil die Buschtrommeln unglaublich schnell unterwegs waren. Als ich von Wien heimkommend

mich noch im Auto auf der Autobahn befand, habe ich schon im Radio gehört, was in Wien alles passiert ist, nicht passiert ist, gut gelaufen sei und vor allem schlecht. Ich glaube, daß die Damen und Herren des Hohen Hauses einen Anspruch haben, hier offiziell und damit auch vor der steirischen Öffentlichkeit zu hören, was in Wien wirklich gesagt wurde. Ich schicke voraus, daß alle fünf steirischen Herren in einer seltenen gesehene Einmütigkeit und eisernen Geschlossenheit den steirischen Standpunkt vertreten haben. Wir wollen von den 9,1 Milliarden Schilling die Hälfte, nämlich 4,6 Milliarden Schilling, ohne Wenn und Aber. Nun sage ich dazu, daß wir das nicht alles sofort und gestern nach Hause gebracht haben. Aber ich glaube, daß die Situation bei diesem Gespräch und nach diesem Gespräch uns doch positiv in die Zukunft sehen läßt. Gewisse Dinge sind gegenüber dem bisherigen Stand neu. Daß der Bund seinerzeit gesagt hat, 50 Prozent vom Gesamtprojekt, das ist nicht neu. Aber der Herr Bundeskanzler hat in einer Zusammenfassung, und ich halte mich jetzt an das und auch an die Reihenfolge, was der Herr Bundeskanzler gesagt hat, folgendes gemeint: Nicht nur 50 Prozent, sondern 4,6 Milliarden Schilling wird der Bund expressis verbis zahlen. Das ist neu. Um diese Zahl gab es immer die Diskussion. Sie wissen, daß es gar nicht lange her ist, daß die erste Bundesauslegung die war, Bund 4,6 minus KRAZAF-Anteile 1,6, das hieß für den Bund 3 Milliarden Schilling. Die zweite Bundesformel war, 4,6 minus KRAZAF und dann dividiert durch zwei. In diesem Fall hätte sich der Bund noch immer 800 Millionen Schilling erspart. Die letzte Formel ist die, daß der Kanzler eindeutig gesagt hat, 4,6 Milliarden Schilling. Ich sage mit einem Fragezeichen dazu: Sicher ist es der Krankenanstaltenzusammenarbeitsfonds, über dessen Schicksal in Österreich im Augenblick niemand Bescheid weiß. Die Landesfinanzreferentenkonferenz hat gesagt, unter diesen Voraussetzungen überhaupt nicht mehr. Die Landeshauptleute haben gesagt, ja, aber mit einer Zusatzbelastung von 7,5 Milliarden Schilling. Da wird es schwierig werden. Aber vielleicht, meine Damen und Herren, ist das ein Streit um des Kaisers Bart. Etwas, was gestern gesagt wurde und was auch neu ist, ist, daß es nicht nur um die Alternative geht. A: Darf die Steiermark die KRAZAF-Gelder in ihren Teil mit einrechnen – steirische Position – oder darf sie sie nicht einrechnen – Bundesposition. Wir sollten auch nach einer dritten Lösung suchen, ob es nicht andere Möglichkeiten gibt, den steirischen Interessen Rechnung zu tragen. Es ist sowohl vom Herrn Bundeskanzler als auch vom Herrn Vizekanzler eindeutig zum Ausdruck gebracht worden, daß die Grazer Kliniken mit Abstand hinter Wien und auch Innsbruck rangieren und daß wir eine Lösung finden müssen, die Grazer Kliniken heranzuführen. Ich sage ganz am Rand, daß wir auch 192 Millionen Schilling nach Hause gebracht haben. Das ist bisher ein bißchen untergegangen. Das waren KRAZAF-Struktur Gelder, die vorgesehen waren für Med-Zubau, für Kinderklinik, für die Augenklinik, und es ist dort sehr schnell über unsere steirische Intervention anerkannt und zur Kenntnis genommen worden, daß für diese Gelder die alte Regelung gilt und hier keine wie immer geartete Aufrechnung erfolgen wird. Insgesamt gibt es ein Verhandlungskomitee, das die Entwicklungen des Kranken-

anstaltenzusammenarbeitfonds beobachten wird und auch diese Frage, nämlich die Suche nach einer Lösung C, im Auge haben wird. Worauf aber, meine Damen und Herren, es für Graz ankommt, ist, daß es im Jahr 1995 auf den Kliniken keinen wie immer gearteten Planungs- oder Baustopp geben wird. Wir werden fünf große Spatenstiche erleben, und zwar die Spatenstiche im Bereich Zubau Med West, im Bereich der Kinderklinik, im Bereich der Augenklinik, im Bereich der HNO, und es wird letztendlich der Spatenstich für das große Schulschwesternzentrum sein. Ich glaube also, daß das insgesamt für die Grazer Kliniken eine gute und positive Situation für die nächsten Jahre ist. (Abg. Schützenhöfer: „Das heißt also, hinter der Zahl 4,6 Milliarden steht ein Fragezeichen oder ein Rufzeichen?“) Hinter der Zahl 4,6 Milliarden steht an sich ein Punkt, denn der Herr Bundeskanzler hat gesagt, ohne Wenn und Aber, 50 Prozent, und expressis verbis 4,6 Milliarden Schilling. Was mit dem KRAZAF passiert, kann ein Streit um des Kaisers Bart sein, aber da werden wir eben, Hirschmann, Ressel und ich, die Dinge verfolgen und schauen, daß die Interessen der Grazer Klinik gewahrt werden.

Ich darf ein zweites Thema anschnitten, das in der letzten Zeit für einigermaßen Aufregung gesorgt hat. Das ist die Frage der Sondergebühren. Aufregung bei einigen wenigen, wobei man, und ich sage das jetzt so, wie es ist, durchaus auch versucht hat, einen größeren Kreis, der von einer geplanten Regelung sicher positiv profitieren würde, in diese Aufregung miteinzubeziehen. Ich schicke voraus, daß ich persönlich große Achtung habe vor jeder medizinischen Leistung und vor jeder menschlichen Zuwendung, wo immer sie erbracht wird, bei den Ordinari, bei den Primari, aber auch bei den Schwestern bis zur kleinsten SHD. Aber ich sage dazu, wir müssen gerade in Zeiten wie diesen sehr sensibel sein, wenn ein historisch gewachsenes System sich auseinanderentwickelt hat und heute beileibe kein System mehr ist. Ich habe kein Verständnis dafür, wenn es Kliniken gibt, bei denen die Sondergebühren in ungeahnte Höhen gewachsen sind, und es andere Kliniken gibt, die sich mit einem Bruchteil dieser Sondergebühren begnügen müssen. Ich kann nicht einsehen, daß die wissenschaftliche Leistung im einen Fall groß und im anderen Fall weniger groß sein soll. Ich glaube, da stimmt das System nicht, und da dürfen wir die Augen nicht verschließen. Hier besteht ganz einfach Handlungsbedarf. Ich habe auch kein Verständnis dafür, wenn es Klinikchefs gibt, und das ist kein Neidkomplex, die 120.000, 130.000, 150.000, über 200.000, in der Spitze 230.000 Schilling Sondergebühren, also Zulage allein, pro Monat bekommen und ein Facharzt im 20. Dienstjahr, der dort ist, Tag und Nacht die Arbeit leistet, mit 20.000 Schilling an Sondergebühren nach Hause geht. Meine Damen und Herren, das ist keine Relation. Die Disparitäten sind stellenweise noch viel gewaltiger. Und hier nenne ich nicht den Turnusarzt, sondern einen beihilfeleistenden Facharzt, wo das Verhältnis zwischen beihilfeleistendem Facharzt und Klinikchef bis zu 1 zu 400 auseinanderklafft – 1 zu 400! Da stimmt das System nicht, und da muß man die Initiative ergreifen. Ich habe mir erlaubt, die Initiativen zu ergreifen, und habe einen Gesetzesentwurf eingebracht, nachdem im Steiermärkischen Landtag ein Antrag eineinhalb Jahre gelegen ist. Es ist auch nicht so, daß

nicht gesprochen wurde. Man muß das wirklich, um der Wahrheit die Ehre zu geben, sagen. Es gab Gespräche mit den Klinikern, einer davon ist allerdings gleich in der ersten Sitzung weggeblieben, es gab Gesprächsrunden mit der Primärärztevereinigung, es gab Gesprächsrunden mit der Ärztekammer. Aber, um es so zu sagen, gerade rasend schnell war der Fortschritt nicht. Eines muß ich dazusagen, verhandeln lassen bis zum Sankt-Nimmerleins-Tag, glaube ich, dient nicht der Sache. Da ist es nach eineinhalb Jahren Diskussion nicht nur das Recht des Politikers, einen Schritt zu ergreifen, sondern es ist auch die Pflicht des Politikers, die im Rahmen einer Demokratie gegebenen Möglichkeiten anzuwenden. Es wird mein Vorschlag in das Begutachtungsverfahren gehen. Es werden alle ihre Meinung einbringen, und wir werden irgendwann hier in diesem Haus mit den Entscheidungsgrundlagen auch eine politische Entscheidung treffen müssen. Wenn jemand glaubt, er könne diese Frage auf die lange Bank schieben, so werde ich mich dazu nicht hergeben.

Ich möchte zwei oder drei Anmerkungen zu diesem Entwurf machen. Man hat mir vorgeworfen, dieser Entwurf sei leistungsfeindlich, ja man hat mir gesagt, das Strenitz-System ist das kommunistische System aus der DDR. Meine Damen und Herren, ich sehe nicht ein, daß medizinische Leistungen und menschliche Zuwendung erst einsetzen, wenn eine Zulage von über 100.000 Schilling fließt. Und es ist eine grobe Ungerechtigkeit gegenüber jenen Hunderten und Tausenden, die auch medizinische Leistung erbringen und auch menschliche Zuwendung, und die sich mit einem Bruchteil dieser Sondergebühren heute begnügen müssen.

Eine zweite Anmerkung: Man läuft Sturm gegen meinen Vorschlag, versuchen wir, die Tätigkeit der leitenden Herren in den Sanatorien soweit es geht zu unterbinden. Das ist einfach eine Frage der Leistung, daß der, der eine Spitzenfunktion in einem Unternehmen hat, seine Arbeitskraft diesem seinem Unternehmen zur Verfügung stellt. Ganz abgesehen davon, daß die Sanatorien gedacht sind für die niedergelassenen praktischen Ärzte und Fachärzte. Und wenn Sie sagen, meine Damen und Herren, wir sollen die Spitäler wirtschaftlich führen, so bringe ich ein Beispiel aus der Wirtschaft. Es wäre in der Wirtschaft undenkbar, daß in einem Betrieb die erste oder zweite Garnitur der Führungsebene gleichzeitig in einem Konkurrenzunternehmen arbeitet und noch dazu Kunden aus dem eigenen Betrieb in das Konkurrenzunternehmen mitnimmt. Da habe ich gesagt, wenn das so sein sollte, dann versuchen wir, aus diesen Sondergebühren noch gewisse Teile für uns zu rekrutieren. Wir sollen sie zweckgebunden verwenden für den Ausbau der Sonderklassezimmer, und ich glaube, die Privatversicherer und die rund 230.000 Privatversicherten in der Steiermark werden dafür Verständnis haben.

Ich habe drittens gemeint, man solle aus diesem Sondergebührentopf auch das nichtärztliche Personal bedenken, denn die Leistung in der Medizin erbringen nicht nur die Ärzte. Ohne Schwestern ist sie undenkbar und ohne SHDs. Und wenn es in der Summe 250 Millionen zu verteilen gibt, glaube ich, ist es recht und billig, gar keinen großen Prozentsatz,

aber doch einen gewissen Teil jenen Männern und Frauen zugute kommen zu lassen.

Jetzt mache ich zu dem meine letzte Anmerkung, weil hier viel Mißverständnis entweder ungewollt oder auch bewußt hinausgetragen wurde. Diejenigen, die mir am meisten am Herzen liegen, das ist das fachärztliche Kaderpersonal, das sind diese rund 1000 Ärztinnen und Ärzte, Fachärzte in allen Stufen, die Stellvertreter des Chefs, die Tag und Nacht dort sind, und die eigentlichen Träger dieser Leistungen. Da hat man gemeint zu sagen, die würden verlieren. Ich sage hier im vollen Bewußtsein dessen, was ich zum Ausdruck bringe. Auf Grund des neuen Systems, so wie ich es vorgelegt habe, werden allein schon zwei Drittel dieser Fachärzte mehr bekommen als bisher. Aber dort, wo im Zuge des Klinikausgleiches unter Umständen eine Klinik weniger bekommt und sich da oder dort bei den beihilfeleistenden Ärzten rein rechnerisch ein Minusbetrag ergeben könnte, schlage ich vor, daß wir diese Männer und Frauen sozusagen mit einem Grundsatz der Besitzstandswahrung bedenken, auf einen Punkt gebracht, vom fachärztlichen beihilfeleistenden Personal soll mit dieser Regelung niemand weniger bekommen, mindestens aber zwei Drittel mehr als bisher.

Meine Damen und Herren, darf ich zu einem letzten Punkt kommen. Es war das Jahr 1994 für die Spitäler ein gutes Jahr. Jetzt sage ich also, dort, wo die Indianer zwei Jahre auf dem Kriegspfad waren, die Indianer, die mit der schwarzen Feder und mit der roten und mit der blauen Feder, die haben sich am 5. Juli zusammengesetzt und haben das Kriegsbeil begraben, und weißer Rauch stieg auf. Und es ist uns vieles gelungen, und das ist schon im Laufe der Diskussion gesagt worden. Darf ich zu einem weiteren aktuellen Thema etwas sagen, was Sie vielleicht noch interessiert. Es gab in den letzten Tagen und Wochen zum Teil erregte Diskussionen über das Haus in Kapfenberg, und es gab vor allem auch in den letzten Tagen und Stunden eine Unzahl von Gesprächen, gestern in Wien, gestern Abend nach der Sitzung und nach der Weihnachtsfeier, heute vormittag, und viele andere. Es sind diese Gespräche geführt worden nicht nur mit den Kapfenbergern, mit dem Bürgermeister Prieschl, mit den Herren meiner Fraktion selbstverständlich, mit Landeshauptmann Schachner, aber es sind auch Gespräche geführt worden mit dem Kollegen Hirschmann und mit dem Herrn Landeshauptmann Dr. Krainer und auch jetzt mit dem Kollegen Landesrat Schmid. Ich glaube, im Namen aller dieser Herren sagen zu dürfen, daß wir alle gemeinsam an einer positiven Lösung für Kapfenberg interessiert sind und daß wir eine solche Lösung auch finden werden. Wir haben uns im Jahr 1992 zu einer Standortgarantie verpflichtet. Wir wissen, daß das alles nicht leicht ist. Wir kennen die finanzielle Situation der Spitäler insgesamt, wir kennen die Unwegbarkeiten des KRAZAF, wir wissen um die Notwendigkeiten unserer eigenen Häuser, und wir wissen um mögliche Präjudizwirkungen für andere Wünsche, die sicherlich auch ihre Berechtigung haben. Ich bringe es auf den Punkt. Wir setzen uns sehr rasch zusammen und werden zu einer Lösung kommen. Und bis wir diese Lösung haben, garantieren wir dem Haus in Kapfenberg, daß wir den jährlichen Abgang bis zu einer Gesamthöhe

von 18 Millionen Schilling tragen werden. (Beifall bei der SPÖ.) Egal wie lange diese Diskussionen dauern werden. Und es liegt an uns, diese Lösung sehr rasch zu finden, denn je länger wir brauchen, desto länger zahlen wir diesen Abgang. Ich glaube auch, daß es vor allem für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, für die 127 in Kapfenberg Beschäftigten gerade jetzt vor Weihnachten eine gute Nachricht ist, daß sie diese Sicherheit ihrer Existenz nicht nur ins nächste Jahr mitnehmen können, sondern auch darüber hinaus – ich danke allen Beteiligten ohne Ansehen der Parteilinie für den in der letzten Phase gezeigten guten Willen zur Lösung dieses Problemes. Herzlichen Dank allen Beteiligten. (Allgemeiner Beifall.)

Meine Damen und Herren, ich komme zum Schluß. Es gäbe unendlich viel zu sagen. Ich möchte ein Wort verlieren zur Frage der Gesundheitsförderung. Wir haben heuer erstmals die Chance, mit echter Professionalität in dieses Gebiet hineinzugehen, weil wir zum ersten Mal seit 1. Mai 20 Millionen Schilling zur Verfügung haben mit einer leichten Korrektur, das war nicht die Erfindung des Rationalisierungs-Ausschusses, sondern ich bin meinem Finanzreferenten zwei Jahre nachgelaufen, dann habe ich es bekommen, allerdings mit der Auflage, nehmen wir es der KAGES runter. Das haben wir auch getan. Die KAGES hat es ausgehalten. Aber wir haben das erste Mal wirklich nennenswerte Mittel für die Gesundheitsförderung, und wir werden professionell diese große Aufgabe angehen mit einer wissenschaftlichen Professionalität, mit Professor Noak, das ist gesagt worden, mit einer organisatorischen Professionalität, und selbstverständlich werden Sie den Gesundheitsbericht heute in einem Jahr hier im Steiermärkischen Landtag haben.

Zum Herrn Präsidenten Rader darf ich sagen, was die Finanzierung der Häuser betrifft. Wir haben uns zwei Jahre lang hier ein bißchen gezankt, in der Landesregierung in der gesamten zweitägigen Budgetklausur wurden die Spitäler mit keinem einzigen Satz mehr erwähnt, der Zuschuß im laufenden Betrieb ist mit plus/minus 3,1 Milliarden in etwa gleichgeblieben. Bis dahin hat Rader recht, aber das war nur deswegen möglich, weil wir das sogenannte „Schatzkästlein“ entdeckt haben in Höhe von rund 1,7 Milliarden Schilling. Und nicht nur das Schatzkästlein entdeckt, sondern auch den Schlüssel gefunden haben, es zu öffnen. (Abg. Dipl.-Ing. Vesko: „Die gute Fee hat es verstreut!“) Es war nicht so einfach möglich. Ich sage mit aller Bescheidenheit, daß von mir der Auftrag ausgegangen ist, wie stellen wir die Bilanz um, wie geht es mit den baren und unbaren Forderungen, und wie kommen wir zu dem Geld? Lehner, der zitiert worden ist, stellt der KAGES und den Spitalern ein gutes Zeugnis aus, der Zuwachs hat sich eingeschliffen, der Gesamtanteil am Budget beträgt 7,7 Prozent. Wir waren nicht teuer, und wir sind es auch nicht.

Ich schließe mit einem allerletzten persönlichen Wort. Es ist das Spitals- und Gesundheitswesen ein herrliches und ein spannendes Ressort, und ich habe auch im großen und ganzen an den Diskussionen der letzten drei Jahre, so leidenschaftlich sie waren, mit welcher Härte sie geführt wurden, großen Spaß gehabt. Ich sage auch dazu, Gott sei Dank leben wir in

einer Demokratie, wo wir solche Diskussionen führen dürfen. (Abg. Schützenhöfer: „Nehmen Sie Abschied?“) Nein, ganz im Gegenteil, Sie sehen mich motiviert und kampfesfroh. Man muß auch auf der Vergangenheit aufbauen, um in die Zukunft arbeiten zu können. (Abg. Kowald: „Hat das der weiße Mantel vor zwei Jahren ausgemacht?“) Das war ein Kasperltheater. So etwas würde Hirschmann heute nicht mehr tun, denn er ist in der Zwischenzeit gereift. Stimmt das, Gerhard? (Landesrat Dr. Hirschmann: „Du kennst mich aber schlecht!“)

Meine Damen und Herren! Ich schließe mit einem aufrichtigen Dank an die 13.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unserer Häuser. Ich beginne beim kleinen Verwaltungsmitarbeiter, bei der kleinen SHD, bei der Krankenschwester bis zu den leitenden Damen und Herren. Ich danke der Ombudsfrau für ihre Bemühungen, sie ist hier unter den Zuschauern, sie hat Großes geleistet. Ich danke den Direktoren und Bereichsdirektoren der KAGES, die ebenfalls anwesend sind. Ich sage dazu, daß der Aufsichtsrat und sein Vorsitzender wertvolle Hilfe und Anregungen geleistet haben. Ich danke meinen Abteilungen, der Rechtsabteilung 12 und der Fachabteilung für das Gesundheitswesen. Ich danke allen Institutionen, die draußen am Vorfeld gute Arbeit leisten. Ich begrüße in diesem Zusammenhang die Frau Präsidentin Dr. Kalnoky sehr herzlich. Ich danke, last not least, Ihnen, meine Damen und Herren, für Ihre große Aufmerksamkeit und letztendlich für die Beschlüsse, die Sie im Laufe dieses Jahres gefaßt haben, und für den, den Sie auch heute noch fassen werden. Ein herzliches steirisches Glückauf. (Allgemeiner Beifall. – 18.05 Uhr.)

Präsident Mag. Rader: Es liegt keine Wortmeldung mehr vor. Wir haben sieben Abstimmungen vorzunehmen: erstens über den Antrag des Herrn Berichterstatters zu den Ansätzen und Posten der Gruppe 5, zweitens über den Beschlußantrag des Finanz-Ausschusses, betreffend Umwelt- und Naturschutzpolitik, drittens über den Beschlußantrag des Finanz-Ausschusses, betreffend Abwasserbehandlung, viertens über den Beschlußantrag des Finanz-Ausschusses, betreffend Errichtung einer Müllverbrennungsanlage, fünftens über den Beschlußantrag des Finanz-Ausschusses, betreffend Koordination zwischen Abfallwirtschaftsverbänden und den Betreibern einer Müllverbrennungsanlage, sechstens über den Beschlußantrag von Abgeordneten der SPÖ, ÖVP und FPÖ, betreffend die Förderung von Pflanzenkläranlagen, und siebentens über den Beschlußantrag von Abgeordneten der SPÖ und ÖVP, betreffend Entwicklungszusammenarbeit im Amazonasgebiet. Die beiden letzten Beschlußanträge sind ordnungsgemäß unterstützt und überreicht.

Ich komme nun zur Abstimmung:

Nun ersuche ich die Damen und Herren, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters zu den Ansätzen und Posten der Gruppe 5 ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Weiters ersuche ich die Damen und Herren, die dem Beschlußantrag des Finanz-Ausschusses, betreffend

Umwelt- und Naturschutzpolitik, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Nun ersuche ich die Damen und Herren, die dem Beschlußantrag des Finanz-Ausschusses, betreffend Abwasserbehandlung, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Weiters ersuche ich die Damen und Herren, die dem Beschlußantrag des Finanz-Ausschusses, betreffend Errichtung einer Müllverbrennungsanlage, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Nun ersuche ich die Damen und Herren, die dem Beschlußantrag des Finanz-Ausschusses, betreffend Koordination zwischen den Abfallwirtschaftsverbänden und den Betreibern einer Müllverbrennungsanlage, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Nun ersuche ich die Damen und Herren, die dem Beschlußantrag von Abgeordneten der SPÖ, ÖVP und FPÖ, betreffend die Förderung von Pflanzenkläranlagen, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Beschlußantrag von Abgeordneten der SPÖ und ÖVP, betreffend Entwicklungszusammenarbeit im Amazonasgebiet, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die mehrheitliche Annahme fest.

Wir fahren fort bei der Gruppe 2. Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Chibidziura. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dipl.-Ing. Chibidziura (18.07 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Wir haben vorgestern bereits die Gruppe 2 begonnen, und Kollege Ussár hat hier vorgetragen, daß es Verstärkungen gibt, daß es im Bereich der Schule auch drei Dinge gibt, die pädagogisch sehr wertvoll sind. Das ist einmal die Schulautonomie, die ganztägigen Schulen, daß diese in die Regelschule kommen, und die Integration behinderter Kinder, ebenfalls in der Regelschule. Es gibt Verhandlungen darüber, und es zeigt sich, daß es ein heißes Thema ist und natürlich sehr diskutiert wird. Was aber noch nie gesagt wurde, ist eines, daß die 14. und 15. Schulorganisationsgesetznovelle neuerlich für die Gemeinden eine finanzielle Belastung ist. Daß die Gemeinden klagen, ist berechtigt. Schließlich und endlich hat die Steuerreform einiges an Einkommen beschnitten. Darüber hinaus sind die neuen Aufgaben, die auf die Gemeinden zukommen, natürlich mit Kosten verbunden, die dem Bürger weiterverrechnet werden. Wenn wir nur denken, daß es im Umweltbereich und Abwasserbereich hier die Möglichkeit und Notwendigkeit gibt, es dem Bürger weiterzuverrechnen. In der Zeit, in der ein Finanzausgleich durchgeführt wird, werden über Gesetzesnovellen weitere Belastungen den Gemeinden auferlegt. Schließlich und endlich sollte ein

Finanzausgleich dazu da sein, um die Kosten und den Schlüssel der Verteilung zwischen Bund, Ländern und Gemeinden durchzuführen. Die Schulorganisationsgesetznovelle ist ein weiteres Beispiel, wie die Finanzkraft der Gemeinden ausgehöhlt wird. Ich glaube, daß das gesagt werden muß. Schließlich und endlich stellen die Gemeinden ein vollständiges Grundschulangebot zur Verfügung. Es gibt große Anstrengungen der Gemeinden, um dieses Grundschulangebot wirklich zu bieten. Die Ausbildung der Jugend ist das Kapital für die Zukunft, und hier muß man im Grunde genommen allen Kommunalpolitikern danken, daß sie sich hier wirklich auch bemühen. Schließlich und endlich ist das Ausbildungszentrum für unsere Jugend und die Hilfe zur persönlichen Entfaltung die Schule. Deshalb sollen im Unterricht, in der Erziehung auch die Voraussetzungen geschaffen werden, damit der junge Mensch begründete Möglichkeiten findet, sie zu realisieren. Die Schule ist auch etwas, wo der junge Mensch eingeführt und befähigt wird, erwachsen seinen Platz verantwortungsbewußt auszufüllen, und soll auch dort lernen, etwas leisten zu können. Etwas leisten zu können muß gelernt sein. Es soll keine Unterforderung, aber auch keine Überforderung der Schüler sein. Wir stellen aber immer wieder fest, daß nun in den Gemeinden für diese einzelnen Dinge, die ich schon angeführt habe, ob das jetzt die Schulautonomie, ob das die ganztägige Regelschule ist oder ob das die Integration der behinderten Kinder ist, natürlich ein Platzbedarf notwendig ist. Es ist aus pädagogischen Gründen zu begrüßen. Es wird aber immer wieder nur gesagt, das ist alles notwendig, und nie gefragt, ob wir uns das auch wirklich leisten können.

Die Integrationsklassen, die zur Verfügung zu stellen sind, müssen natürlich auch umgebaut werden, umgestaltet, damit sie auch behindertengerecht vorhanden sind. Die Herabsetzung der Schülerzahl auf 20 heißt natürlich auch, daß ein zusätzlicher Raumbedarf notwendig ist, und deswegen ist es auch notwendig zu sagen, daß man hier nicht falsche Hoffnungen wecken soll, denn die Sonderschulen werden mit Sicherheit deswegen nicht aufgelassen werden können, und es ist auch notwendig, daß die Schüler ordentlich unterrichtet werden können in Volks- wie auch in den Hauptschulen. Die Schulorganisationsnovelle sieht auch vor, daß die ganztägige Schulform in den Volks- und Hauptschulen, polytechnischen Lehrgängen natürlich auch, eingeführt wird und daß die Zusatzkosten den Gemeinden übertragen werden. Es geht natürlich um den Betreuungsanteil, der sich gliedert in eine Lernzeit und eine Freizeit oder Betreuungszeit, und daß die damit verbundene Einrichtung, natürlich auch bei den Schülerspeisungen beginnend, von den Gemeinden zur Verfügung zu stellen ist. Es ist natürlich die Lernzeit oder Betreuung der kleinere Teil, den hat der Bund mit fünf Stunden übernommen, das sind in der Woche fünf Stunden, pro Tag also eine Stunde, der Rest ist zu bezahlen von den Gemeinden, wobei man sagt, daß die Gemeinden das sowieso weiterverrechnen können. Aber die Gesamtkosten sind im Grunde genommen für die Gemeinde, oder die der Gemeinde übrigbleiben, schwer erfassbar. Vielfach werden in den ganztägigen Schulen Kinder aus sozial

schwachen Familien natürlich diese ganztägige Schulform beanspruchen, wenn beide Teile zur Arbeit gehen, und es ist vielfach unzumutbar, wenn man überlegt, daß man den Eltern diese sämtlichen Kosten weiterverrechnen könnte oder kann. Es wäre auch erstmalig der Fall, daß hier die Gemeinden mehr oder minder die Kosten für die Lehrer zur Gänze übernehmen, und im Grunde genommen spricht es gegen das Grundsatzgesetz der Pflichtschulen. Auch ist das Transportproblem nicht gelöst. Schüler und Schülerinnen, welche ganztägige Schulformen besuchen, müssen natürlich auch nach Hause gebracht werden. Da muß man wirklich feststellen, ist diese Chancengleichheit, von der immer wieder gesprochen wird, echt noch gegeben oder nicht. Vielleicht in den finanzstarken Gemeinden wird es möglich sein, diese Kosten zu übernehmen, aber in den kleineren, finanzschwächeren Gemeinden wird das sicher nicht zu erwarten sein. Wenn wir das so betrachten, ist das natürlich eine finanzielle Bombe, die auf die Gemeinden zukommt. Wenn die Gemeinden das nicht tragen können, so hat es der Bund wieder einmal verstanden, es dem Land umzuhängen. Nur, das Land als Zahler wird natürlich auch nicht zahlen können. Und wenn sich das so einspielt, dann werden wir sehen, daß wir unter dem Strich nichts anderes als ein Begräbnis erster Klasse für die ganztägigen Schulformen haben.

Es ist außerdem noch nicht ausdiskutiert, wie das überhaupt weitergeht mit den Schulsprengeln. Und wenn man das durchleuchtet, sieht man, daß die Gemeinden dabei wieder Verlierer sind. Die Erhöhung der Mobilität der Schüler und der Eltern wird in der Zukunft auch nicht aufzuhalten sein. Das heißt, wer wird der Zahler sein, wenn Schulbetriebskosten anfallen? Die Gemeinde, die Wohnsitzgemeinde, die Gastgemeinde, die Eltern? Hier ist es notwendig, daß eine Vereinheitlichung der Kosten wirklich auch durchgesprochen wird. Die Schulsprengel sind mehr oder minder aus der historischen Zeit gewachsen, jener Bereich, wo die Schüler noch zu Fuß in die Schule gehen konnten, heute fahren sie bekanntlich mit dem Schulbus, und man fragt sich, ob diese Schulsprengel noch zeitgemäß sind. Wir müssen rechnen, daß es einen Wohnsitzwechsel gibt. Wenn Schüler aus einer Schule ausgeschlossen werden, daß sie dann in eine andere Schule eintreten können, daß es einen Besuchssprengel fremder Schulen gibt, zum Beispiel die Sporthauptschule oder Musikhauptschule, und daß es natürlich auch Integrationsklassen nicht in jeder Schule gibt, so daß man hier auch wechseln muß. Die Schulsprengel – wie gesagt – sind in Diskussion. Was natürlich klar ist, die Finanzierung dieser Schulsprengel beziehungsweise der Gastschüler ist zu diskutieren, aber so, daß nicht die Wohnsitzschulgemeinde oder auch die Gastschulgemeinde zum Zahlen kommt. Die Überlegung, daß man hier einmal sagt, rechnen wir es durch, was ist gescheiter, ob man diese Kosten bei den Gemeinden läßt oder ob man diese überhaupt vom Land aus überlegt, das muß man natürlich in der Diskussion noch durchführen. (Beifall bei der FPÖ. – 18.17 Uhr.)

Präsident Mag. Rader: Ich darf nur zu Ihrer persönlichen Zeitplanung sagen, daß sich im Moment

insgesamt - nicht in dieser Gruppe - Abgeordnete in die Rednerliste eingetragen haben, die, wenn sie ihre ausgemachte Zeit ausschöpfen, fünf Stunden und zehn Minuten brauchen, und dazu kommen die Wortmeldungen der Regierungsmitglieder. Ich sage das nur, damit Sie Ihre persönliche Zeitplanung danach einrichten können und unter Umständen der Klubs.

Die nächste Wormeldung ist die Frau Kollegin Pußwald. Bitte schön!

Abg. Pußwald (18.18 Uhr): Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Wenn Minister Hesoun meint, daß 46.000 Österreicherinnen ausschließlich aus fehlenden Kindergarten- und Kinderbetreuungseinrichtungsplätzen keinen Arbeitsplatz annehmen können, obwohl sie bestens qualifiziert sind, dann frage ich für meine Region, wo bekommt man diese Arbeitsplätze, wo können Frauen und Jugendliche, die keine Kinderbetreuungseinrichtungen mehr brauchen oder noch nicht brauchen, Arbeit bekommen. Oft ist es ein Zufall, daß eine oder die andere auch bestens qualifizierte Arbeitsuchende einen Arbeitsplatz findet. Vielleicht denke ich falsch. Wäre der Bedarf all der selbstbetreuenden Mütter in der Wirtschaft wirklich so groß, hätten wir die Frage nach Betreuungseinrichtungen schon lange gelöst. Vielleicht nicht zum Wohle der Kinder, aber doch zum Wohl der wirtschaftlichen Entwicklung. Freilich nimmt der Ansatz, daß es Frauen aus dem Rollenverständnis unserer Gesellschaft schwerer haben als Männer, zu. Trotzdem entschließen sich genügend Mütter bewußt, die entscheidenden ersten Lebensjahre mit ihren Kindern zu gestalten und die Kinderbetreuungseinrichtungen nur als Ergänzungen zur Familienerziehung zu sehen. Daher stelle ich die konkrete Forderung nach einer Kindergartenenquête im Frühjahr, in der Eltern die für sie beste Betreuungsmöglichkeit ihrer Kinder erfahren können, in der es keinen gesellschaftspolitischen Zwang gibt, sondern wo über öffentliche Kindergärten, private Betreuungsmöglichkeiten, Tagesmütter, Kinderkrippen, Feriabetreuung und Lernbetreuung informiert wird und wo die Betreuung für Mütter und Väter unter sozialpolitischen Rahmenbedingungen bzw. unter geänderten Möglichkeiten diskutiert wird. Kaum werden die Bedürfnisse der Kinder beachtet. Immer wieder erlebe ich Kleinstkinder, die unter dem Alltagsstreß am Morgen besonders leiden. Aufstehen, keine Zeit zum Trödeln oder Kuschneln, rasch anziehen, frühstücken oder auch nicht, fertigmachen unter Zeitdruck, abtransportieren, denn Vater und Mutter müssen pünktlich am Arbeitsplatz sein. Im Kindergarten sind viele Kinder, denen es gleich geht. Wie sehr hungert hier die kindliche Persönlichkeit nach Zeit und Zuwendung.

Die im Kindergartenförderungsgesetz festgelegte verpflichtende Unterstützung des Landes schlägt sich mit einer Erweiterung von 15 Millionen Schilling zu Buche. Was bedeutet diese Zahl? Das bedeutet, daß im Kindergartenjahr 1994/95 623 Kindergärten, das sind um 25 mehr als im Vorjahr, zur Verfügung stehen, 1128 Kindergruppen werden ebenfalls von ausgebildeten Kindergärtnerinnen und deren Helferinnen betreut und geleitet. 25.557 Kinder besuchen in der Steiermark zur Zeit die Kindergärten. Rund

29.000 Plätze stehen zur Verfügung, aber trotzdem sind etwas mehr als 3000 Kindergartenplätze im gesamten Land nicht besetzt. Die Gruppengröße beträgt momentan 22,65 Kinder pro Gruppe. 845 Gruppen haben bis zu 25 Kinder, und 283 Gruppen haben 26 bis 30 Kinder. Leider sind davon noch immer zwei Kindergärten, die über 30 Kinder haben. Die Problematik ist sicherlich in bevölkerungsstarken Gemeinden noch immer vorhanden, denn dort sind die Kindergartenplätze rar. Kindergärtnerinnen und Kinder erleben dort große Belastungen, weil Eltern mit Druck ihre Kinder im Kindergarten unterbringen wollen. Im weiteren Ausbau muß langfristig gedacht werden. In Ballungszentren ist der Ausbau sicherlich wesentlich, aber in geburtschwachen und bevölkerungsarmen Regionen ist mit dem Ausbau mit großer Gewissenhaftigkeit vorzugehen. Ich erinnere an den Volksschulaausbau in den sechziger Jahren. Vielleicht lassen sich auch Modelle finden, in denen eine bedarfsgerechte gesicherte Betreuung gefunden wird, die möglicherweise für Gemeinden und Eltern einfacher finanzierbar sind und den Wünschen nach flexiblen Öffnungszeiten besser entgegenkommen. Die Mitarbeit der Eltern in allen Kinderbetreuungseinrichtungen ist eine sehr große Hilfe. Trotz besten Willens sollte es aber eine Kontrollmöglichkeit durch das Kindergartenreferat dort geben, wo öffentliche Geldmittel zufließen. Mit dem EU-Beitritt ist die Frage nach Betreuungsmöglichkeiten im Sinne von Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau schon von den Betrieben her zu lösen. Ich bin überzeugt davon, daß aus diesen Gründen die Elterneinbindung eine besondere sein wird. Weiters ist notwendig, daß wir mit den diversen Erwachsenenbildungseinrichtungen, den Volksbildungsheimen, der Urania, den Volkshochschulen und allen anderen eine Kooperation treffen, die die Elternbildung tragen. Das ist eine unbedingte Forderung. Ich erinnere an die Aussagen heute vormittag bzw. an das nicht mehr wissenschaftliche Mitvollziehen: Was sind die Entwicklungsstufen der Kinder, wie wirkt sich das Verhalten der Bezugspersonen auf Kinder aus, welche Auswirkungen haben Medien, wie werden räumliche Beengtheit in Wohnungen und die Bewegungsarmut verkräftet. All das sind Ansätze für Verhaltensauffälligkeiten und Aggressionen. Ich glaube auch, daß den Erwachsenenbildungseinrichtungen ein besonderer Dank auszusprechen ist, weil sie sehr viele familien-gerechte Informationen, Bildungsarbeit und Betreuungsarbeit leisten. Insgesamt ist das alles nichts Neues. Es ist aber alles wieder neu im Hinblick auf das Kindeswohl zu überdenken. Danke. (Allgemeiner Beifall. - 18.25 Uhr.)

Präsident Mag. Rader: Ich danke herzlich. Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Schleich.

Abg. Schleich (18.25 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Wenn ich heute zu den Kindergärten Stellung nehme und hier vorbringe, welche Mittel wohin fließen, und die Situation der Kindergärten in der Steiermark etwas aufzeige, dann ist es sicher sehr, sehr interessant, denn es geht immerhin um die Kleinsten. Und wie vorher die Kollegin hier gesagt hat, der

Streß beginnt schon zu Hause mit den Eltern zusammen, wenn sie arbeiten gehen und die Kinder vorher in den Kindergarten gebracht werden. Ich muß sagen, ich habe vollstes Verständnis für sie. Mich wundert es nicht, daß sie kein Verständnis haben, wenn dort dann über 30 Kinder beieinander sind und daß das für die Kinder noch viel mehr Streß ist. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Für die Kindergärten werden Personalförderungsmittel aufgewendet, an Gemeindekindergärten 223 Millionen Schilling am Beispiel 1993, und für private Kindergärten 70 Millionen Schilling. Das ergibt eine Summe von 293 Millionen Schilling für die Personalförderungsmittel für die Kindergärtnerinnen und deren Helferinnen. Die erste Gruppe bekommt, entweder privat oder für die Gemeindekindergärten, pro Gruppe 312.000 Schilling, und für jede weitere Gruppe bekommen sie dann 180.000 Schilling. Das hat aber auch einen Wermutstropfen, denn es ist egal, ob der Kindergarten halbtätig oder ganztätig geführt wird, dieser Zuschuß ist gleich hoch, und deshalb sind die Ganztagskindergärten auch verständlich schwer zu führen. Die Kindergartenbetreuungshilfe für einkommensschwache Eltern beträgt im Jahr 1993 33 Millionen Schilling.

Jetzt kommen wir schon zum größeren Problem, meine sehr geehrten Damen und Herren, wir kommen nämlich zur Kindergartenbauförderung. Die war 1993 mit 20 Millionen Schilling budgetiert. Ich kann dazu nur sagen, 170 Millionen Schilling sind anhängige Bauverfahren, die bereits verbaut wurden, die die Gemeinden oder Private zwischenfinanziert haben. Und wenn sie die 20 Millionen Schilling aufrechnen, und leider ist ja unser Kindergartenreferent, Erster Landeshauptmannstellvertreter Dr. Peter Schachner, mit dem Wunsch von 40 Millionen Schilling hineingegangen, aber leider waren es wieder nur 20 Millionen Schilling, so daß das heißt, daß wir in den nächsten fünf bis acht Jahren eigentlich das Geld, das dafür sein sollte, daß man neue Kindergärten finanzieren kann und auch direkt auszahlen, weil auf die Hilfe warten ja auch die Bürgermeister draußen, die das vertreten müssen, eigentlich erst die alten Schulden abbezahlt werden müssen. Das ist sicher ein Weg, den wir in Wirklichkeit nicht verantworten können, meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete. Ausschauen tut es natürlich so, daß in Wirklichkeit Kindergartenplätze gebraucht werden, daß wir bauen müssen, daß die Bürgermeister draußen natürlich mit ihrem Gemeinderat auch das umsetzen und Kredite aufnehmen und Zinsen zahlen, und wir hier im Baufonds ein Volumen drinnen haben, das wirklich wenig ist. (Abg. Pußwald: „Was glauben Sie, wie sich der Trend der Geburtenrate verhalten wird?“) Ich brauche Ihnen das in Zahlen gar nicht zu beantworten. Wir haben einen solchen Nachholbedarf in Wirklichkeit an Kindergärten, daß sie dieses Problem mit Sicherheit nicht haben. (Abg. Pußwald: „Es gibt Regionen, die schon abgedeckt sind!“) Ich kann Ihnen weiter erklären, und Sie können mir zuhören, und Sie können gerne nachher noch einmal herauskommen und dazu Stellung nehmen. Die Frau Kollegin Bleckmann wird sicher nach mir kommen, ich weiß, daß sie sich eingetragen hat, und sie wird dazu Stellung nehmen. (Abg. Mag. Bleckmann: „Die Geburtenrate wird von den Leuten abhängen!“) Direkt eine Er-

munterung will ich hier nicht machen. Ich kann ja auch die Verantwortung dafür nicht übernehmen, aber es würde mich freuen, wenn Sie selbst dazu natürlich beitragen, meine sehr geehrten Damen und natürlich auch Herren.

Übersicht der Kindergärten: 1989 waren es 539, 1994 werden es 613 sein. Das heißt plus 74 in den letzten fünf Jahren. Meine sehr geehrten Damen und Herren, das sind 1080 Kindergartengruppen mit immerhin im Jahr 24.628 Kindern. Daß hierfür der Bedarf von Mitteln vonnöten ist, ich glaube, das wird mir keiner abstreiten, denn wenn sieben Jahre voraus eigentlich das Geld vergeben ist, daß uns 20 Millionen Schilling pro Jahr nur zur Verfügung stehen, dann heißt es, hier ist Bedarf, und hier müßte auch wirklich nachjustiert werden. Ich möchte das hier auch bringen. Auch der Präsident des ÖVP-Gemeindebundes, Landtagsabgeordneter außer Dienst Hermann Kröll, Bürgermeister aus Schladming, nannte als Notwendigkeit für die baulichen Investitionen immerhin einen Betrag von 4 Milliarden Schilling. Also, das sagt aus, was uns fehlt und was hier in dieser Weise noch zu machen wäre.

Meine Damen und Herren, die Sozialdemokratische Partei bringt daher einen Beschlußantrag der Abgeordneten Trampusch, Minder, Gross, Prutsch Günther zur Schaffung von Kinderbetreuungseinrichtungen ein.

Trotz des Steiermärkischen Kindergarten- und Hortgesetzes fehlen in der Steiermark rund 14.000 Kindergartenplätze. Noch prekärer erscheint die Situation im Hinblick auf die Betreuung von Kleinstkindern; hier gibt es in der Steiermark bloß 188 Kinderkrippenplätze, wobei konstatiert wird, daß 13.193 Kinderkrippenplätze als bedarfsgerecht anzusehen wären. Wir stellen daher den Antrag, der Hohe Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, erstens im Interesse der Zukunft der Kinder und derzeit gesellschaftspolitisch nicht vertretbaren Zustände für die Kindergärten- und Elternförderung künftig mindestens ein Prozent des steirischen Landeshaushaltes vorzusehen; zweitens die Kinderhöchstzahl pro Kindergartengruppe ab dem Kindergartenjahr 1994/95 mit 25 zu begrenzen; drittens eine angemessene Aufstockung des Kindergartenbaufonds für das Jahr 1996 im Budget vorzusehen.

Ich glaube, das müßte auch Ihr Interesse sein, um hier wirklich Förderungen in diesem Jahr einzusetzen, in diesem Jahr, wo sie vorgesehen sind, und nicht schon das Jahrzehnte schleppende System weiterzuführen, weil vielleicht Bedenken bestehen, daß der Referent etwas zu schnell umsetzen könnte. Es geht hier wirklich um die Kleinsten, um unser größtes Gut, und das sind unsere Kinder. In diesem Sinne fordere ich Sie alle, meine sehr verehrten Damen und Herren, auf, für unsere Kleinsten diesen Beschlußantrag mitzutragen. Danke! (Beifall bei der SPÖ. - 18.33 Uhr.)

Präsident Mag. Rader: Die nächste Rednerin ist die Frau Mag. Bleckmann.

Abg. Mag. Bleckmann (18.33 Uhr): Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus!

Wenn wir uns die Frage überlegen, wie ist der Stellenwert der Bildung, dann ist es im Budget immer sehr spät am Abend. Ich habe mich eigentlich schon gefreut, daß wir endlich einmal die Gruppe 2 verschieben, aber wir sind schon wieder sehr spät am Abend, und wenn ich mir so die Beteiligung betrachte und die Gespräche betrachte, dann sind wir mit dem Stellenwert der Bildung sehr weit unten. Wir werden ja sehen, vielleicht entwickelt sich das in der Zukunft besser.

Aber wenn wir jetzt zu den Kindergärten kommen, du hast gesagt, wir haben wieder nur 20 Millionen Schilling anstatt 40 Millionen, wie ihr gerne gehabt hättet. Das ist ein Budget, und es ist schon wieder dieselbe Argumentation. Das ist ein Budget, wo ihr zugestimmt habt, wo euer Referent auch diesem Budget zugestimmt hat. Da kann ich mich doch nicht wieder hier hinstellen und immer wieder bei den Gruppen hineingehen und sagen, wir wollen trotzdem mehr Geld, obwohl wir dieses einstimmige Budget haben und wir jetzt den Budgetlandtag haben. Dann müßtest du eigentlich, wenn du es einbringst, diesem Budget nicht zustimmen. (Beifall bei der FPÖ.)

Ja, ihr regt euch aber genauso auf, daß es jetzt nicht gemacht wird. Und ihr rennt in den Gemeinden herum und sagt, es wird jetzt nicht gemacht, und ihr hättet das schon immer gewollt. Aber es ist euer Budget, das hier beschlossen wird. (Abg. Schleich: „Der Beschlußantrag lautet vorschauend für 1996!“) Aber von eurem Finanzreferenten ist das Budget gemacht, in Ordnung, völlig d'accord. Und das heißt auch, wir haben einen großen – (Erster Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Das ist noch nicht unser Budget!“) Aber bald, wir haben noch fünf Stunden, wie der Präsident Rader gesagt hat. (Erster Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Das ist eine Regierungsvorlage!“) Ich werde nächstes Jahr darauf zurückkommen, dann werden wir die Ziffern ändern, und dann werden wir sehen, was ihr dann dazu sagt. (Erster Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Die Hoheit des Landtages ist entscheidend!“) Es ging um den Nachholbedarf, auch ein sehr wichtiges Wort. Die Kollegin Pußwald hat schon gesagt, wie sieht es denn aus mit der Generationenentwicklung. Und hier ist es leider so, daß die Entwicklung zurückgehen wird, daß wir weniger Kinder haben werden und daß die Kindergärten, die wir heute bauen, diesen Kindern, für die wir sie heute brauchen würden, dann gar nicht mehr zugute kommen werden. Also insofern ist dieser Nachholbedarf, dieses Argument, auch nicht richtig. Diesem Antrag werden wir deshalb auch nicht zustimmen können.

Sehr geehrter Herr Landeshauptmann, ich würde mich trotzdem über die Antwort freuen, Sie haben das sicher auch schon vernommen, was die Frau Kollegin Beutl gesagt hat, wie es denn mit der Direktorenbestellung aussehen wird. Er sagt, daß diese Entscheidung im September 1995 fällig sein wird. Das war die Antwort, die wir bis jetzt darauf gehört haben, daß Direktoren nicht bestellt werden. Ich kann mir nicht vorstellen, daß das ausreicht, wenn zwei Jahre zu spät

bestellt wird und nicht schon im September 1994 diese Direktoren bestellt werden. Und daß der Antrag auf diese Direktoren zurückgestellt wurde, was ja auch eine Begründung war, war nur einmal, und dann wurde dieser Antrag nie mehr wieder eingebracht. Die Gespräche, die immer wieder versprochen wurden, die auch in anderen Bereichen immer wieder versprochen werden, haben auch nicht stattgefunden. Ich bin gespannt, ob der Herr Landeshauptmann darauf antworten wird, wahrscheinlich nicht, wenn er nicht zuhört. Die Leiterbestellung ist ein sehr interessantes Thema. Und da sind endlich die Forderungen, die die Freiheitliche Partei schon lange gefordert hat, daß wir ein noch objektiveres Hearing machen, auch endlich in den Gremien des Landesschulrates durchgekommen, denn das jetzige Hearing hat doch schon einige Fehler aufgewiesen, und es hat schon einige Probleme mit sich gebracht. Einer davon ist, daß die Teilnehmer beim Hearing gedacht haben, Ihre Entscheidung sei endgültig, wenn Sie sagen, dieser Teilnehmer soll genommen werden oder nicht, bei diesem Vorstellungsgespräch. Dadurch kam es zu vielen Zwigigkeiten und Streitereien, und es ist dann leider öfters an die Öffentlichkeit gegangen worden, was diesem Bereich sicherlich nicht sehr geholfen, sondern eher geschadet hat. Ein anderes Problem ist, daß sehr oft die Hauskandidaten bevorzugt werden, weil das diejenigen sind, die man schon kennt, mit denen man mehr zufrieden ist als mit anderen, weil sie wahrscheinlich etwas weicher sind und man nicht auf die objektiven Kriterien Rücksicht genommen hat. Jetzt wurde endlich ein neues Verfahren eingeführt, das mehr Transparenz hat, und auch die Vergleichbarkeit verbessert, dieses Expertenhearing, das jetzt schon stattgefunden hat und in meinen Augen schon sehr erfolgreich war. Dort sind nämlich die zuständigen Inspektoren anwesend, auch Vertreter der Berufsgruppen und – das ist ganz wichtig – die Personalberater, die dort nach einem Bewertungskriterium, das für alle gleich ist, auch mitentscheiden. Das ist eben so wichtig, daß wir wirklich objektive Kriterien bei der Leiterbestellung eingeführt haben, die den politischen Einfluß sehr weit zurückgedrängt haben. Und es wird sicher die Qualität in den Schulen verbessern, wobei ich mir auch noch gewünscht hätte, daß wir endlich einmal auch Direktoren auf Zeit dort hineingebracht hätten, denn das würde dem Demokratieverständnis, das wir haben, entsprechen. Das ist ein Bereich, den wir im Landesschulrat, diesem Gremium, wo ja einige Vertreter hier sitzen, durchgeführt haben.

Ein anderer Bereich, von dem hat der Kollege Ussar auch schon gesprochen, den wir zur Zeit im Unterausschuß besprechen, das sind die Ausführungsgesetze für die Schulgesetznovellen. Leider ist die Kollegin Karisch nicht da, ich hätte es ihr gerne persönlich gesagt – doch, sie ist da. Wir haben nämlich in diesem Ausschuß besprochen, daß wir noch nicht mit unserer Lösung, die wir bis jetzt haben, für die Schulsprengel an die Öffentlichkeit gehen wollen. (Beifall bei der SPÖ.) Denn das, was wir vorgehabt haben, wird sicherlich eine Verbesserung und eine Aufweichung dieser Schulsprengellösung, die wir bis jetzt haben, bringen. Aber wir sind noch nicht zu einer endgültigen Entscheidung gekommen. Die Frau Kollegin Karisch ist eigentlich kein Mitglied, konnte

aber teilnehmen, hat dann nur eine Viertelstunde teilgenommen und geht am nächsten Tag mit der Lösung, die noch nicht von uns beschlossen wurde, an die Presse. Und das schadet unseren gesamten Verhandlungen, wenn wir hier zu früh hinausgehen, bei den Eltern Hoffnungen wecken, die wir dann vielleicht nicht erfüllen können. Ich hätte eigentlich von ihr nicht erwartet, daß hier Beschlüsse, die wir im Ausschuß gehabt haben, so unterlaufen werden. (Beifall bei der SPÖ. – Abg. Tasch: „Wovon reden Sie?“) Ich rede hier vom Unterausschuß in der Schule, für die Schulgesetze. Bei den anderen Bereichen kann ich nicht mitreden, weil ich nicht weiß, was dort in den Ausschüssen besprochen wird. Du wirst es sicher besser wissen, Kollege Tasch.

Zu einem anderen Bereich: Fachhochschulen. Der Kollege Jeglitsch hat es auch schon angesprochen. Wir haben das schon gehört, wir sind hier wieder Schlußlicht, und in zehn anderen Städten gibt es bereits die Fachhochschulen, nur bei uns in der Steiermark nicht.

Für mich stellt sich die Frage, warum ist das so, und wie sind wir dahin gekommen? Sind denn unsere Ideen, die wir haben, so schlecht, oder was ist da eigentlich passiert? Wenn wir die Regierungsvorlage durchlesen, dann kann man das darin schon sehr gut erkennen, was passiert ist und warum wir so spät sind. Das Beratungsgremium, das schon sehr lange eingerichtet und installiert wurde, sollte Studiengänge, Standorte und Lehrinhalte entwickeln. Das wurde auch auftragsgemäß erledigt und am 18. Oktober dann eingebracht. Der Bericht war eigentlich schon sehr ausgefeilt. Doch dann kam es nicht zu der Entscheidung, die das Entscheidungsgremium erhofft hatte, mit der ersten Priorität Graz, sondern zu der Entscheidung Kapfenberg. Das war sicher eine politische Entscheidung, und es soll auch eine politische Entscheidung sein. Aber ich meine, daß wir, wenn ich mich entscheide, hier Regionalität haben, daß ich das schon von vornherein und von Anfang an sage, und nicht erst, wenn das Beratungsgremium, das ich eingerichtet habe, etwas beschließt und etwas evaluiert und ausgewertet, bewertet und dann etwas vorlegt, dann sagen, na, das sind nicht die Voraussetzungen, die wir haben wollten, sondern wir wollten andere Voraussetzungen. Das halte ich für die völlig verkehrte Vorgangsweise. Zuerst muß diese politische Entscheidung getroffen werden, daß wir uns dafür entscheiden, daß es in Kapfenberg stattfinden soll, und eben nicht in Graz, und dann können wir daraufhin das Beratungsgremium evaluieren lassen. Das ist dann auch passiert. Es wurden diese Herren dann leider viel später fertig, weil sie die Studiengänge völlig neu entwickeln mußten, und wir konnten das dann erst nach einem halben Jahr später abschicken. Und das tut mir eigentlich sehr leid, weil wir bei den Fachhochschulen wieder sehr weit hinten sind.

Sicherlich sehe ich das auch in einer anderen Entwicklung, daß hier der Stellenwert der Fachhochschule bei uns in der Steiermark scheinbar nicht so hoch ist, denn wir haben interimistische Leiter für das Technikum Joanneum, die jetzt schon wieder bestellt worden sind, für das Technikum Joanneum, die auch gleichzeitig die Leiter des Joanneum Research sind. Also, wir haben zwei Geschäftsführer. Ich frage mich,

wie sie die Zeit finden können und sich auch noch ausreichend mit dem Technikum Joanneum, also mit der Fachhochschulgesellschaft, beschäftigen können, wenn sie auch noch das Joanneum Research führen müssen. Entweder waren diese Herren sehr unterbeschäftigt und haben jetzt halt so wirklich einen ausgefüllten Tag, oder sie können das Technikum Joanneum, also die Fachhochschulen, nicht ausreichend betreuen. Viel richtiger und wichtiger wäre gewesen, endlich hier eine Ausschreibung zu machen, einen Geschäftsführer, und nicht, wie halt so üblich bei uns, zwei zu bestellen, damit dieser von Anfang an bei der Entwicklung der Fachhochschulen dabei gewesen wäre und so seine Ideen hätte einbringen können, die sicher sehr innovativ gewesen wären, weil er ja von Anfang an dabei gewesen ist. So wird, wenn vielleicht doch nächstes Jahr irgendwann einmal ein Geschäftsführer bestellt wird, dieser halt sehr spät in diese ganze Entwicklung einsteigen und nicht mehr seine eigenen Ideen einbringen können. Und so haben wir wieder ein Provisorium bei uns in der Steiermark, und wie so oft werden ja Provisorien zu ständigen Einrichtungen. Das würde heißen, daß wir für die Fachhochschulen immer nur noch provisorische Leiter haben werden. Abschließend kann ich nur hoffen, daß wir eine bessere Achse zum Bund bekommen werden, damit wir für die Finanzierung der Fachhochschulen ausreichend vorsehen können. Denn ohne Bundesbeteiligungen wird es uns nicht möglich sein, die Fachhochschulen je zu installieren, und hier würde ich dann keine rosige Zukunft, sondern eher eine schwarze Zukunft sehen, daß wir nämlich überhaupt keine Fachhochschulen je in die Steiermark bekommen werden. (Beifall bei der FPÖ. – 18.45 Uhr.)

Präsident Mag. Rader: Nächster Redner ist der Herr Kollege Günther Prutsch.

Abg. Günther Prutsch (18.45 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, Hohes Haus, meine Damen und Herren!

Einige Anmerkungen zu einem speziellen Erwachsenenbildungsbereich. Ich habe heute bereits zur Budgetgruppe 4 „Soziales“ die wesentlichsten Grundanliegen hinsichtlich der sozialökonomischen Betriebe und Projekte formuliert. Ich will Sie jetzt nicht mit endlosen und vor allem überflüssigen Wiederholungen langweilen, auch wenn dieses Thema es wert wäre, sehr lang und ausführlich zu diskutieren. Ich werde am Ende meiner Wortmeldung einen Beschlusantrag einbringen, den ich auch schon zur Gruppe 4 einbringen hätte können. Daß ich dies aber jetzt bei der Budgetgruppe 2 „Unterricht, Erziehung und Wissenschaft“, die logischerweise auch Bildung und Ausbildung im allgemeinen mitumfaßt, mache, hat besondere Gründe. Erstens kann ein sozialökonomischer Betrieb nur dann seine Aufgabe effizient, zweckmäßig, also gut im umfassenden Sinne, erfüllen, wenn die Betroffenen über eine entsprechend gute Aus- und Weiterbildung verfügen. Und zweitens geht es keinesfalls nur um die Selbstbeschäftigung von schwer- bis gar nicht mehr vermittelbaren Personen, sondern auch um ein allgemein gesellschaftspolitisches Anliegen, das immanenter Bestandteil einer humanen Bildungspolitik sein muß. Die

Leistungsgesellschaft mit ihren oft sehr rigorosen Anforderungen produziert systemlogische Außen-seiter, die an diesen Anforderungen geradezu scheitern müssen. Wir sollten aber bedenken, daß jede Ausgrenzung zu sozial bedenklichen Folgen führt, deren möglicher Sprengstoff leider oft viel zu spät erkannt wird. Aufgabe einer verantwortungsvollen Politik muß es aber sein, vermeidbare soziokulturelle Spannungsverhältnisse, die zu einer gesellschaftlichen Destabilisierung führen könnten, vorausschauend zu erkennen und geeignete Gegenmaßnahmen zu setzen. Ich hoffe, niemand hier wird mir widersprechen, wenn ich behaupte, daß jede Aktivität, die die Verhinderung der Ausgrenzung von meist sozial sehr schwachen Menschen zum Ziel hat, ein wichtiges Anliegen der Volksbildung ist oder zumindest sein müßte. Viele Menschen, die in sozialökonomischen Betrieben arbeiten, sind behindert. Sie sind sichtbar behindert, und die Integration von behinderten Menschen entspricht nicht nur dem obersten Ziel unseres Steiermärkischen Behindertengesetzes, sie entspricht sowohl einem christlichen, als auch einem sozialdemokratischen Weltbild, und ich hoffe, auch einem Freiheitlichen. (Abg. Dipl.-Ing. Vesko: „Du hoffst richtig!“) Das freut mich. Es ist lobenswert, daß sozialökonomische Projekte nicht nur unter dem Blickwinkel des Behindertenwesens angesehen werden, ja es geht um eine volksbildungspolitische Aufgabe und nicht zuletzt auch um eine wirtschaftliche Perspektive. Und nicht von ungefähr gibt es hier eine notwendige Kooperation mit dem Arbeitsmarktservice. Da die Notwendigkeit der sozialökonomischen Projekte offenbar außer Streit steht, muß auch dazugesagt werden, daß die Aufrechterhaltung und Sicherstellung Geld kosten wird. In diesem Sinne erlaube ich mir, Ihnen den Beschlußantrag der Sozialdemokratischen Abgeordneten Barbara Gross, Franz Trampusch, Erna Minder und Günther Prutsch, betreffend die Sicherstellung der für die Aufrechterhaltung der sozialökonomischen Betriebe notwendigen finanziellen Mittel zur Kenntnis zu bringen. Aus zeitökonomischen Gründen beschränke ich mich auf den kurzen Antragstext.

Der Hohe Landtag wolle beschließen: Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, für die sozialökonomischen Betriebe in der Steiermark den mit dem Arbeitsmarktservice vereinbarten Anteil an den anfallenden Gesamtkosten in ausreichender Höhe bereitzustellen. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit. (Beifall bei der SPÖ. – 18.51 Uhr.)

Präsident Mag. Rader: Ich danke herzlich. Zu Wort gemeldet gewesen wäre der Herr Kollege Purr. Ich glaube, er hat einen Applaus auch dafür verdient, daß er auf seine Wortmeldung verzichtet hat. (Allgemeiner Beifall.) Wir sind jetzt daher beim Bereich „Wissenschaft“. Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Mag. Erlitz.

Abg. Mag. Erlitz (18.51 Uhr): Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren!

Ich ziehe meine Wortmeldung nicht zurück. (Erster Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Kein Applaus!“) Es gibt daher keinen Applaus. Ich möchte nur zwei Antworten geben, einerseits zum

Bereich Wissenschaft, und zum anderen zu den Ausführungen von Kollegin Beutl bezüglich Realschule. Ich mache es in aller gebotenen Kürze, zunächst zum Bereich Wissenschaft.

Ich meine, daß die Abteilung für Wissenschaft und Forschung insgesamt eine ausgezeichnete Vorarbeit geleistet hat im Hinblick auf den engeren Zusammenschluß der europäischen Staaten. Ich denke dabei nur an die Mitgliedschaft der Steiermark im Verein BIT, im Büro für Internationale Forschungs- und Technologiekooperation, der im Wissenschaftsministerium angesiedelt ist und vor allem diese komplizierten Ausschreibungs- und Antragsmechanismen im Bereich EU-Forschung für die steirischen Firmen und Universitäten aufbereitet; und gleichzeitig weise ich auch hin auf die Ausbildungspartnerschaft Süd, an die ABS, mit der Wahrnehmung der steirischen Interessen im Verein BIT. Ich weise auch auf die immer stärker auf uns zukommende Internationalisierung vieler Lebensbereiche hin, auf die Ansiedlung des Europäischen Fremdsprachenzentrums hier in Graz unter der Schirmherrschaft des Europarates. Ich weise aber auch darauf hin, meine sehr geehrten Damen und Herren, daß im Bereich der Fachhochschulen – und hier gehe ich nicht konform mit den Ausführungen des Herrn Prof. Jeglitsch, und auch nicht konform mit den Ausführungen der Kollegin Bleckmann – Herr Landeshauptmannstellvertreter Peter Schachner mit seinem Team eine sehr gute Voraussetzung geschaffen hat, ausgezeichnete Voraussetzungen geschaffen hat, daß im Herbst 1995 die ersten Studiengänge hier in der Steiermark, in Kapfenberg und in Graz, aufgenommen werden können. Und es stimmt nicht, was Herr Prof. Jeglitsch sagt, daß dieser Verzug, von dem er spricht – wir sind in Verzug auf Grund der von ihm angesprochenen Kompetenzstreitigkeiten –, daß dieser Verzug darauf zurückzuführen ist, da es eben eine Neukonzeption geben mußte im Bereich der Studiengänge in Kapfenberg. Das stimmt nicht. Prof. Schelling hat selbst gemeint, daß, wenn man heuer im Jahre 1994 mit Studiengängen hätte beginnen wollen, bereits im vorjährigen Herbst 1993 fertige Pläne vorzulegen gewesen wären. Und das war nicht möglich, meine sehr geehrten Damen und Herren, denn dazu gab es einfach zu viele ÖVP-Blockaden. Die Geschichte der Fachhochschule in der Steiermark ist eine Geschichte, ich möchte nicht sagen, unendliche Geschichte der VP-Blockaden. Ich zitiere hier: „21. Juni 1993: Grundsatzbekenntnis zur Errichtung von Fachhochschulen – von ÖVP zurückgestellt; 27. September 1993: Landeshauptmannstellvertreter Schachner schlägt als Rechtsträger Gesellschaft Joanneum Ges. m. b. H. vor – von ÖVP zurückgestellt; 11. Oktober 1993: Frage der Rechtsträgerschaft abermals zurückgestellt; ich fahre fort: 14. März 1994: Landeshauptmannstellvertreter Schachner bringt die Konzepte in die Regierung ein, Industrial Design soll in Graz ... und so weiter, in Kapfenberg angesiedelt; 21. März 1994: Dieser vom Landeshauptmannstellvertreter Schachner vorgelegte Plan von ÖVP abgelehnt.“ Das heißt, der Verzug ist zurückzuführen auf diese ÖVP-Blockaden, und auf nichts anderes. (Beifall bei der SPÖ.)

Warum die Frau Landeshauptmannstellvertreterin hier blockiert hat, weiß ich nicht. Vielleicht wollte sie

dem Herrn Präsidenten Schilcher ein weiteres Präsidentenamt zukommen lassen, nämlich im Bereich dieses Fachhochschulvereines. Ich weiß es nicht. (Abg. Kowald: „Wieso redest du davon, wenn du nichts weißt?“) Weißt du was, an deiner Stelle würde ich ganz, ganz ruhig sein und mich ganz seriös informieren. (Abg. Kowald: „Du hast ja gesagt, du weißt es nicht!“) Wohl aber, meine Damen und Herren, stimme ich mit Herrn Prof. Jeglitsch überein, daß man sich über die Kostensituation jetzt Gedanken machen muß, denn wir wissen ganz genau, daß der Bund zwar 90 Prozent bereit ist zu finanzieren, aber von einem fixen Preis, quasi von 100.000 Schilling pro Studienplatz, tatsächlich kostet ein Studienplatz – wir wissen es – 200.000 Schilling und noch mehr. Das heißt, der Bund ist tatsächlich nur bereit, 50 Prozent der auftretenden Kosten pro Studienplatz zu übernehmen. Ich meine, meine Damen und Herren, so mancher Politiker in diesem Lande wäre sicherlich besser beraten, sich darüber Gedanken zu machen und den Kopf zu zerbrechen, wie man für die vor allem unserer Jugend zugute kommenden Weiter- und Ausbildungsmöglichkeiten Fachhochschule Geldmittel auftreibt, als über eine Olympiade nachzudenken, bei der man die Milliarden beim Fenster hinauswirft. (Abg. Purr: „Ich habe mir wohl gedacht, daß das jetzt kommt!“) Meine sehr geehrten Damen und Herren! Jede Investition in die Bildung ist eine Investition in die Zukunft. Darüber sollte man sich Gedanken machen, bitte sehr! (Beifall bei der SPÖ.)

Und nicht, wie man so eine Olympia-Container-siedlung in Schladming errichtet – wo dann 1300 Wohnungen nachher wieder abgerissen werden – um 353 Millionen Schilling und dergleichen mehr. Das sind keine Investitionen für die Zukunft. (Beifall bei der SPÖ.) Soweit zum Bereich Fachhochschule.

Ich möchte aber auch der Kollegin Beutl eine Antwort geben auf zwei von ihr angeschnittene Punkte. Thema Nummer 1 „Haltungsturnen“: Sie hat gemeint, die Frau Präsidentin Kalnoky hätte die einzige Initiative gesetzt in diesem Bereich. Das stimmt nicht. Es war eine Initiative von vielen, und es war bei Gott nicht die erste Initiative. Es war auch keine flächendeckende Initiative, denn sie hat in vier Jahren 20 bis 25 Schulen punktuell erfaßt. Wohl aber gibt es, meine Damen und Herren, seit zirka zehn Jahren am Pädagogischen Institut Projekte zum Thema „Haltungsturnen und Gesundheitsförderung“ mit Ärzten und Pädagogen für alle Schultypen mit einem flächendeckenden Programm. Und das hat die Frau Kollegin Beutl geflissentlich übersehen. Seit zwei Jahren, meine Damen und Herren, wird dieses Unternehmen auch vom Herrn Landeshauptmannstellvertreter Schachner finanziell unterstützt. (Beifall bei der SPÖ.)

Allerdings fließen in dieses Programm leider keine Millionen, wie sie die Frau Präsidentin Kalnoky für sich beanspruchen kann. Seit einem Jahr, meine Damen und Herren, gibt es auch eine fixe Abteilung am Pädagogischen Institut, nämlich das Zentrum für Gesundheitsförderung. Und ganz interessant, andere Bundesländer in Österreich haben größtes Interesse, dieses Modell am Pädagogischen Institut auch zu übernehmen. Aber darüber hinaus gibt es noch andere

Projekte. Ich denke nur an Prof. Fleiß, an „Klug und fit“, an AKB, an den Verein „Gesunde Schule“ und so weiter. Also nicht die Präsidentin Kalnoky hat hier dieses Vertretungsrecht allein.

Meine Damen und Herren, zweitens ist da die Geschichte „Realschule“. Meine Damen und Herren, ich habe größtes Verständnis, daß dieser Schulversuch auf eine solche Resonanz stößt, denn 2000 Schüler besuchen zur Zeit die Realschule. Die Idee, die mit dieser Realschule verbunden ist, war eine ausgezeichnete. Nur ist leider die organisatorische Durchführung hinter dieser Idee weit zurückgeblieben. Diese Schule, auch Präsident Schilcher, hat vieles versprochen, nur gehalten ist nichts geworden. Und der gravierendste Fehler, meine Damen und Herren, das gravierendste Defizit dieser Realschule ist, daß eben keine individuelle Verwertbarkeit mit dieser Schule verbunden ist, daß damit keine Berechtigungen oder ungenügend Berechtigungen verbunden sind. Ich glaube, es ist unsere Aufgabe, jetzt den Schülern und Eltern reinen Wein einzuschenken und zu sagen, daß diese Schule letztlich in eine Sackgasse führen kann, in eine bildungspolitische. Wir müssen aber auch den Gemeinden sagen, daß – wenn sie sich auf dieses Abenteuer Realschule einlassen – es für sie zu einem finanziellen Desaster werden kann. Auch das muß man jetzt sagen, denn, meine Damen und Herren, die aus dem Schulbereich kommen, wissen genau, daß der Paragraph 29 SCHUG die Durchlässigkeit von Schulen festlegt. Ein Realschüler, der aus der neunten und zehnten Schulstufe in eine andere Schulstufe überwechseln will, meine Damen und Herren, dieser, jeder einzelne Fall muß genau überprüft werden, welche Aufnahmsprüfungen und welche Eignungsprüfungen, Einstufungsprüfungen dieser Schüler machen muß, um in diese nächste Schule aufgenommen zu werden. Es ist ein kompliziertes Aufnahmeverfahren damit verbunden. Jeder Schulleiter wird, wenn kein Schülermangel in seiner Schule festzustellen ist, sich klarerweise von diesem komplizierten Aufnahmeverfahren distanzieren, denn, wie gesagt, klare Berechtigungen sind damit ja nicht verbunden.

Zweitens, die Aufnahme ins duale Ausbildungssystem ist ebenso problematisch, denn der Landesausbildungsbeirat muß jeden einzelnen Fall klären, wieviel Zeit aus dem zehnten Schuljahr in der Lehrlingsausbildung angerechnet werden kann. Und Minister Schüssel hat in seinem Schreiben festgehalten, ganz lose, daß ein halbes bis ein ganzes Jahr angerechnet werden kann, ob überhaupt und wieviel, liegt ausschließlich in der Entscheidung des Landesausbildungsbeirates. Das heißt, der Schüler weiß ja gar nicht, in welche Ausbildung er hineinkommen kann, was ihm von der nächsten Lehrlingsstelle angerechnet wird. Das ist das gleiche, wenn ich heute ein Maturazeugnis erwerbe, aber nicht weiß, welche Berechtigungen damit verbunden sind, wenn ich erst die Fakultät fragen muß, welches Studium kann ich überhaupt aufnehmen, was rechnet ihr mir von diesem Maturazeugnis überhaupt an. Es sind keine klaren Berechtigungen damit verbunden. (Präsident Mag. Rader: „Verzeihung, Herr Kollege, wir rechnen auch in Minuten, und diese sind bereits abgelaufen!“)

Meine Damen und Herren! Ich bin ganz kurz und bin schon fast am Ende. Die mittlere Reife, auch ein Teil dieser Realschule, ist ein Fremdkörper in unserem Schulsystem. Die mittlere Reife gibt es an sich nicht. Selbstverständlich ist in der Realschule die Prüfungsform genehmigt worden, die Prüfungsform für die mittlere Reife. Aber das ist irreführend, meine Damen und Herren. Denn schulrechtlich genehmigt ist die mittlere Reife nicht, und vor allem sind damit keine Berechtigungen verknüpft. Der Schüler weiß nicht, was er damit machen soll. Es werden Hoffnungen und Erwartungen erzeugt, die nicht realisiert werden können.

Meine Damen und Herren! Es gibt in dem Koalitionsübereinkommen, übrigens ist das eine gute Seite dieses Koalitionspaketes, eine Neuregelung für das Polytechnikum. Die Neuregelung dieses Polytechnikums sieht auch ganz klare Berechtigungen vor, nämlich der Schüler kann mit dem Zeugnis des Polytechnikums dann sofort in die zweite Klasse einer mittleren Schule einsteigen, und er kann auch bei einem entsprechenden Zeugnis in eine qualifizierte Berufsausbildung gehen. Diese qualifizierte Berufsausbildung bringt ihm auch die Berufsreife. Und diese Berufsreife im dualen Ausbildungssystem bringt ihm auch die Zugangsmöglichkeit zur Fachhochschule. Das heißt, mit dieser Neuregelung des Polytechnikums wird diese Bildungssackgasse im dualen Ausbildungssystem beseitigt. Dieses Polytechnikum ersetzt - mit klarer Berechtigung ausgestattet - auch diese Realschule. Meine Damen und Herren! Wie nervös Präsident Schilcher ist, erkennt man allein aus dieser Zeitung „Schule“, an sich eine amtliche Zeitung, wo er in eine ganz wilde Polemik verfällt - ist zwar nicht der Stil des Präsidenten Schilcher, aber es zeigt seine Nervosität, wie er dieses Amtsblatt mißbräuchlich verwendet. Er bezeichnet unter anderem mich als Märchenerzähler. Meine Damen und Herren, das Märchen von der Realschule hat Herr Präsident Schilcher erdichtet. Es ist seine Aufgabe, jetzt zu schauen, wie man aus diesem Märchen wieder eine wahre Geschichte macht, meine Damen und Herren, damit diese Erwartungen und Haltungen, die man in den Schülern und in den Eltern erzeugt, auch erfüllt werden können. (Beifall bei der SPÖ. - 19.05 Uhr).

Präsident Dipl.-Ing. Hasiba: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Ing. Kaufmann. Ich erteile es ihm.

Abg. Ing. Kaufmann (19.05 Uhr): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Es freut mich, daß ich dort weiterfahren kann, wo der Herr Kollege Erlitz aufgehört hat. Ich darf dir gleich eines vorweg sagen. Ich möchte nicht auf Terminfragen der Fachhochschulen eingehen. Das stimmt natürlich nicht, wie du es interpretiert hast. Ich darf dir nur ein Angebot machen. Prof. Jeglitsch, der von Anfang an mit dabei war, wird bei der Präsentation des Wissenschaftsberichtes dir penibel genau auflisten, wie die Terminabläufe zum Thema Fachhochschulen waren. Ich möchte nur zwei Termine herausnehmen. (Abg. Mag. Erlitz: „Ich kann dir das zur Verfügung stellen!“) Ich habe es genauso da. (Abg. Mag. Erlitz: „Vielleicht hast du ein gezinktes Papier -

ich habe ein korrektes!“) Ich nehme nur zwei Termine heraus, die interessant sind. Alles andere vergesse, denn für den Verzug im Fachhochschulbereich hatte der Kompetenzstreit im Jahre 1992 nichts zu tun. Denn am 5. Juli 1993, wenn du nachliest, hat die Landesregierung einstimmig beschlossen, daß Fachhochschulstudiengänge eingerichtet werden. Das Fachhochschulstudiengesetz ist erst am 1. Oktober 1993 in Kraft getreten. Da waren die Kompetenzen ganz klar geregelt. Bereits 1993 war Herr Landeshauptmannstellvertreter Dr. Schachner zuständig für die Fachhochschulen. Aber das ist heute eigentlich nicht mein Thema. (Erster Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Reden Sie über mich?“) Ich habe nur festgestellt, daß Sie zuständig sind, Herr Landeshauptmannstellvertreter, eindeutig. (Abg. Mag. Erlitz: „Das Fachhochschulstudiengesetz regelt überhaupt keine Kompetenzen!“) Für mich ist eigentlich das Thema etwas anders gelagert. (Erster Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Das macht ja nichts!“) Aber es ist erst am 1. Oktober 1993 in Kraft getreten, und da sind die Kompetenzen erst relevant geworden. Dornbirn hatte zum Beispiel eine deutsche Trägergesellschaft. Aber das soll dir Prof. Jeglitsch auseinanderklauben, der sich damit sicher besser und intensiver beschäftigt hat. Für mich geht es eigentlich um eine Richtung dieser Fachhochschulen, die ich heute ansprechen möchte. Herr Landeshauptmannstellvertreter, vielleicht sind wir uns beim letzten Satz einig. (Erster Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Ist möglich, da sind wir uns zufällig einig!“) Paß, Herr Landeshauptmann. Ich nehme Sie beim Wort, daß Sie meinem letzten Satz die Zustimmung geben. Ich freue mich darauf. Ich stelle nur fest, daß der Beirat für Fachhochschulen, der im Lande Steiermark eingerichtet worden ist, um die Landesregierung zu beraten, aus zwei habilitierten und zwei wirtschaftlich orientierten Personen bestanden hat, das waren die Universitätsprofessoren Dr. Götschl und Dr. Leopold, von der Simmering-Graz-Pauker Herr Dipl.-Ing. Track und vom WIFI Herr Mag. Hohegger. Dieses Beratungsgremium hat in seiner Funktion die Auslotung der in Frage kommenden Standorte durchgeführt beziehungsweise Studiengänge und Lehrinhalte für die Steiermark vorbereitet. Warum betone ich diese wirtschaftlich-wissenschaftliche Orientierung? Wir als Bauern haben auch ein Interesse an einer Fachhochschule anzumelden. (Erster Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Mit euch bin ich schon lange im Gespräch!“) Aus diesem Grunde ist es auch so, daß wir ein bißchen die Struktur der Fachhochschulen durchleuchten, wie weit sie auch auf uns in der Landwirtschaft zu übertragen ist. Gehen wir einmal aus von der Ausbildung in der Fachhochschule, wie sie im technisch-wirtschaftlichen Bereich gedacht ist und wie sie eins zu eins auch auf den landwirtschaftlich-agrarökonomischen Bereich übertragen werden soll. Das erste Jahr ist das Eingangsinterface, das heißt also, AHS-Absolventen sollten in unserem Sinne auf die spezifischen Gebiete naturwissenschaftlich, agrarökonomisch, vorbereitet werden in den ersten zwei Semestern. Im vierten, fünften, sechsten und siebenten Semester sollte die Vernetzung des agrarökonomischen mit dem Marketingwissen beginnen. Es sollte dort die Theorie mit der

Praxis vernetzt werden. Im siebenten und achten Semester sollte das Berufsinterface beginnen, das heißt, der Übergang von der Berufsausbildung zur Praxis mit einer Diplomarbeit, die in die Praxis einfließen soll. Diese Fachhochschule in unserem Bereich wäre so konzipiert, daß an sich ein schulischer Ablauf gewährleistet ist mit 30 Wochenstunden und 14 Wochen pro Semester. Nun hat dieser Beirat Suchkriterien erstellt, nachdem er die Prioritäten der Fachhochschulstandorte erstellt hat. Diese Suchkriterien haben sich orientiert an dem Ausbildungsbedarf im europäischen Vergleich. Es wurde die Frage aufgeworfen, wie weit brauchen wir Fachhochschulabsolventen, wie weit werden sie dann von der Wirtschaft angenommen? Ein weiteres Suchkriterium war, wie weit entwickeln Fachhochschulen ein eigenständiges Profil in der Ausbildung zwischen den höheren technischen oder agrarischen Lehranstalten und den Universitäten oder Hochschulen? Das dritte Suchkriterium war, wie weit läßt diese fachorientierte Ausbildung und dieses Managementwissen, das vor allem in den Fachhochschulen vermittelt werden soll, die bestehenden Defizite in der Unternehmensführung, in der Betriebsorganisation, in der sozialen Kompetenz, also in der Verbindung Theorie und Praxis, abdecken? Viertes Suchkriterium war, wie weit bringen wir diese Leute dann auch wirklich am Arbeitsmarkt unter, denn eine Fachhochschule muß eine gewisse Akzeptanz von der Schülerzahl haben, aber auch eine bestimmte Nachfrage nach Absolventen. Denn es nützen die bestens ausgebildeten Leute nichts, wenn sie dann keinen Job finden.

Weitere Fragen waren, wie weit sind natürliche Ressourcen vorhanden in diesen Standorten, die ich ausnützen kann, um so hier Kosten zu sparen, und damit sind wir bei der von dir angesprochenen Finanzierungsfrage, wie kann ich Fachhochschulen auch finanzieren? Wobei ich ganz klar mit dir einer Meinung bin. Investitionen in die Bildung sind Investitionen in die Zukunft, und dies sind die best-angelegten Investitionen, die wir tätigen können. Da sind wir absolut d'accord. Und die letzte Frage bei diesen Suchkriterien war natürlich auch, wie rasch kann ich diese Kriterien in die Wirklichkeit umsetzen? Wie weit läßt sich das Projekt ohne große Vorbereitung oder mit minimalen Adaptierungen auch verwirklichen? Nun, wir haben in der Steiermark an 24 Fachhochschulgängen in 13 Standorten Interesse gehabt. Davon wurden nach diesen technisch-ökonomischen Orientierungen, die dieser Beirat gehabt hat, fünf Standorte in die engere Auswahl gezogen, die jetzt dem Fachhochschulrat vorgelegt wurden und zur Genehmigung anstehen oder schon genehmigt sind. Ich habe schon vorher erwähnt, daß dadurch, daß die Ausrichtung des Beirates technisch-wirtschaftlich orientiert war, natürlich die Landwirtschaft zu kurz gekommen ist. Einer dieser 13 Standorte war die Höhere Bundeslehranstalt für alpenländische Landwirtschaft in Raumberg-Trautenfels, die als eine Orientierung die alpenländische Landwirtschaft und Marketing gehabt hätte. Nun, welche Ressourcen bieten sich in dieser Region an? Die Ressourcen sind einmal, daß Irnding mitten im alpenländischen Raum, also mitten in jenem Gebiet, liegt, für das diese Fachhochschule konzipiert sein sollte. Das zweite große Plus dieser Schule wäre, daß Raumberg, die

HBLA Raumberg, mit der Bundesversuchsanstalt Grumpenstein zu Füßen, ein natürliches Reservoir an landwirtschaftlichen Einrichtungen hat, das als enormes Potential zur Verfügung steht. Es ist ein Lehrhof zur Verfügung, es ist ein Lehrforst zur Verfügung, es sind Räumlichkeiten zur Verfügung, es sind auch die geistigen Ressourcen durch die Akademiker, die an der Schule unterrichten - Dozent Patusek zum Beispiel, der in der BVA Grumpenstein ist. Hier sind auch Lehrkräfte und Akademiker vorhanden, die die geistigen Möglichkeiten einer Fachhochschule teilweise abdecken könnten. Nun, der weitere Punkt wäre, daß man in Raumberg eigentlich ohne große Zeitverluste mit einem Pilotprojekt beginnen könnte, da ja die bestehende HBLA Raumberg die Räumlichkeiten für diesen Betrieb zur Verfügung stellen könnte. Das letzte große Plus wäre, daß Forschungsergebnisse aus der Diplomarbeit von Fachhochschulen in die Praxis einfließen könnten. Das würde uns gerade jetzt im Übergang zur EU sehr vieles bringen.

Die Frage war natürlich, wie schaut es aus, besteht Bedarf an Fachhochschulabsolventen? Hier darf ich eines sagen, bei Umfragen hat sich herausgestellt, daß 30 Prozent der HBLA-Absolventen von Raumberg und 30 Prozent der steirischen Meister ganz gerne so einen weiterführenden Fachhochschullehrgang besuchen würden, um eine adäquate EU-Ausbildung zu bekommen. Am 25. März 1994 wurde daraufhin an den damaligen Landwirtschaftsminister Fischler eine Anfrage gestellt, und er hat über die Bedarfsdeckung geantwortet, daß Bedarfs- und Akzeptanzstudien bis Jänner 1995 durch das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft vorgelegt würden. Wie weit sie schon am Tisch liegen, kann ich nicht beurteilen, weil diese Aussage damals noch von Minister Fischler stammt. Nun, worum geht es uns jetzt? Uns geht es darum, daß wir in der Steiermark nach einer Bedarfs-schätzung des Bundes bis zum Jahre 2000, wenn wir in Österreich davon ausgehen, daß 10.000 Fachhochschulstudenten im Jahre 2000 sein werden, mit einem 17prozentigen Anteil rund 1700 Studenten haben würden. Das ist die Hochrechnung und Schätzung des Bundes. Nun, derzeit können wir unter der Annahme, daß fünf Studiengänge mit 700 Studenten eingerichtet werden, davon ausgehen, daß noch rund 1000 Studienplätze fehlen. Ich habe diese Liste der möglichen Standorte durchgesehen und habe leider festgestellt, daß Bad Gleichenberg auch einer der genannten Standorte ist und höchstwahrscheinlich schon keine Chance mehr hat, weil im Bereich Touristik bereits ein Lehrgang für Tourismusmanagement in Wien und für Tourismusfreizeitwirtschaft in Krems besteht. Und daher wäre es ein großes Interesse von uns, daß wir wenigstens diesen Zug nicht versäumen, denn es gilt aufzuspringen, um für die Landwirtschaft eine Fachhochschule im alpenländischen Raum einzurichten. Der derzeitige Stand ist der, es ist ein privater Verein gegründet worden, der mit Unterstützung der Gemeinde Irnding derzeit versucht, auf - ich möchte es, ohne es abwertend zu sagen - privater Ebene Bedarfsanalysen, Lehrpläne und Konzepte zu erstellen, die aber natürlich nicht ausreichen, um überhaupt dem Fachhochschulrat vorgelegt werden zu können. Hier bedarf es eines Mannes, der vollständig abgestellt diesen Vorgang vorbereitet, denn das kann nicht so nebenbei geschehen. Das ist eine Aufgabe,

die wirklich professionell und als Hauptarbeit erledigt werden muß. (Abg. Dr. Flecker: „Zuerst brauchen wir die vom Landwirtschaftsminister bis zum Herbst dieses Jahres versprochene Bedarfserhebung. Fischler hat sie bisher nicht abgegeben!“) Darf ich weiterreden? Ich darf jetzt zu dem Satz kommen, Herr Landeshauptmann, wo ich gesagt habe, ich freue mich, daß ich auch einmal zum Schluß die Zustimmung habe. Wir wissen nun, daß das Technikum Joanneum der Trägerverein für die zukünftigen Fachhochschulen ist. Wir wissen auch, daß Herr Dipl.-Ing. Payer einen Auftrag braucht, um diese Studien vorzubereiten. Einen Auftrag von Ihnen, Herr Landeshauptmannstellvertreter, und ich darf im Namen von uns allen, von uns Bauern, ersuchen, Herrn Dr. Payer diesen Auftrag zu erteilen, damit er auf Beamtenebene diese Unterlagen vorbereiten kann, um sie dann dem Fachhochschulrat vorzulegen, damit die Fachhochschule in Raumberg für alpenländische Landwirtschaft und Marketing auch Wirklichkeit wird, und nicht nur ein Wunschdenken bleibt. Herr Landeshauptmann, ich danke jetzt schon dafür, daß Sie mir im Vorhinein die Zustimmung gegeben haben, Herrn Dipl.-Ing. Payer diesen Auftrag zu erteilen, denn es wird Zeit zu handeln. Wenn wir vorher debattiert haben, wieviel Zeit schon versäumt worden ist, hier geht es darum, daß es Zeit ist zu handeln, um möglichst bald im Interesse unserer Landwirtschaft diese Fachhochschule zu bekommen. Herzlichen Dank für die Zustimmung. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ. – 19.20 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich zum Themenschwerpunkt Jugendförderung der Herr Abgeordnete Korp. Ich erteile es ihm.

Abg. Korp (19.20 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Verehrte Damen und Herren!

Wenn ich auch in einige sehr müde Augen schaue nach drei Tagen Debatte, so möchte ich mich doch zu diesem Themenbereich zu Wort melden, weil er aus meiner Sicht einfach zu wichtig ist, um darauf zu verzichten. Es ist mir einfach ein persönliches Anliegen, zur Budgetgruppe „Jugendförderung“ und, davon ableitend, insbesondere zur Situation in unseren Landesschülerheimen Grundsätzliches hier zu artikulieren.

Sie alle, verehrte Damen und Herren, kennen ja die Situation. Das politische Interesse unserer Erwachsenenwelt gilt, und das kann man wohl sagen, weitgehend dem technischen Fortschritt, den Auswirkungen des EU-Beitrittes, der Arbeitsplatzbeschaffung, dem Umweltschutz, Sozialfragen, Sparmaßnahmen. Das sind alles wichtige Themen, zweifellos, und „ach ja“, müßte man sagen, „Jugendliche gibt es auch noch“. Damit soll ausgedrückt sein, daß die so wichtige Jugendarbeit zunehmend betroffen ist vom abnehmenden Interesse in Jugendfragen. Dabei haben so viele offensichtlich gar nicht bemerkt, daß die längeren Bildungszeiten, bezogen auf das Alter und das tägliche Zeitbudget der Jugendlichen, die Jugendphase entscheidend verlängert haben. Maria Hofstätter hat dazu zum Beispiel in einer pädagogischen Zeitschrift gemeint, und ich zitiere wörtlich: „Erstens: Die Berufsentscheidung fällt heute bei den Jugendlichen wesentlich später als früher. Zweitens:

Die Konfrontation mit der Arbeitswelt und deren Normen erfolgt später. Drittens: Die Eigenverantwortung für die materielle Existenz erfolgt ebenso später, und viertens: Die Erfahrung der eigenen gesellschaftlichen Nützlichkeit verzögert sich ebenfalls.“ Die Jugendphase ist also längst ein eigenständiger Lebensabschnitt geworden, also keine Übergangsphase zu unserer Erwachsenenwelt. Vergessen wir bitte, verehrte Damen und Herren, auch nicht, daß die größere Freiheit der heutigen Jugendlichen für sie sicherlich auch wesentlich mehr Unsicherheiten bedeutet. Frau Kollegin Pußwald wird als Kennerin der Materie das sicherlich bestätigen können. Jugendliche, deren materielle Lage durchwegs günstig ist, haben immer öfter in psychischer Hinsicht schwere Belastungen zu tragen. Materieller Wohlstand bedeutet eben nicht automatisch seelisches Glück. Wir wissen das. War die Jugend, verehrte Damen und Herren, in den sechziger Jahren, siebziger und achtziger Jahren überproportional noch in der politischen Diskussion vertreten, so ist diese in unserem Jahrzehnt bislang politisch wenig aktiv. Würde nicht unser zuständiger politischer Referent Dr. Schachner seit Übernahme dieses Ressorts so vehement für Jugendförderung im allgemeinen, Förderung von Jugendverbänden, Jugendorganisationen, Jugendvereinen und deren Aktivitäten sich verwenden, wäre die so notwendige Kooperation des Landes mit Anliegen unserer Jugend sicherlich in einem wesentlich schlechteren Licht. Allzuoft, verehrte Damen und Herren, wurde einfach vergessen, daß Investitionen für die Jugend vor allem auch Investitionen für die Zukunft sind.

In diesem Zusammenhang möchte ich hier überleiten zur gegenwärtigen Situation in unseren steirischen Landesschülerheimen, wo Erzieher, Direktoren im stillen, das muß man wirklich sagen, eine schwierige und vor allen Dingen wichtige Arbeit leisten. Die positive Wirksamkeit unserer Heime sorgt ja bekanntlich für die unverzichtbare hochqualifizierte Lernbetreuung. Es ist festzustellen, daß unsere Betreuer, Erzieher und Direktoren in den Landesschülerheimen wirklich Großartiges leisten, obwohl sie sich auf Grund der angespannten Finanzsituation dauernd um Notlösungen bemühen müssen. Wir wissen es, sie legen selbst Hand an, um Heimiräume attraktiver zu gestalten, zimmern selbst Möbel, zum Teil starten sie sogar Fassadenaktionen. Und das alles, Herr Klubobmann, im verborgenen und ohne viel Aufhebens, und das ist damit gemeint, weil betriebsnotwendige Investitionen auf diesem Sektor offensichtlich sehr schwer zu haben sind. Wirksamkeit von Heimen, verehrte Damen und Herren, und vor allem in die im Heimleben beschäftigten Personen drückt einfach so etwas und führt zum Teil sicherlich auch zu einer gewissen Form von Frustration. Dort versteht man einfach nicht, daß etwa im größten steirischen Schülerheim, in Graz, nicht einmal die Heizung saniert werden kann und anderswo Dach- und Fensterrenovierungen offensichtlich zum ernststen Problem werden. Und das alles geht dann natürlich auch soweit, daß der Herr Landesrat Dr. Hirschmann und dessen Büro ihre Personalhoheit natürlich in entsprechender Form nützen und zu all dem noch für schleppende Nachbesetzungen beziehungsweise Reduktion bei den Heimerziehern sorgen. Wir haben

im Landesschülerheim 5 im Bezirk Judenburg eine solche Situation, wo der Heimleiter in Pension gegangen ist und man dort noch immer auf Nachbesetzung wartet. Das, obwohl die Mitarbeiter sich wirklich vehement für die Jugendlichen einsetzen und integrative Leistungen in der Behindertenarbeit leisten. Ich finde Derartiges einfach im Sinne der notwendigen Öffnung zu allen unseren Lerneinrichtungen für ganz, ganz schlecht. Eine Absicherung unserer Schülerheime müßte doch wirklich parteiübergreifend zu betrachten sein. Heime und Erzieher sind doch bitte keine Notbehelfe, sondern leisten außerordentlich wichtige Beiträge für unsere Gesellschaft. Ich denke, wir alle, verehrte Damen und Herren, sind aufgerufen, dafür zu sorgen, daß in unseren Landesschülerheimen persönliche Zuwendung und Anerkennung bestimmend sind. Unsere steirischen Landesschülerheime sollten weiterhin Garant für hochqualifizierte Lernbetreuung und damit positive Schulabschlüsse sein können. Ich ersuche daher das Hohe Haus, schaffen wir doch miteinander die finanziellen, personellen und vor allen Dingen räumlichen Voraussetzungen für eine wirklich gedeihliche Entwicklung unserer steirischen Schülerheime. Ich danke Ihnen. (Beifall bei der SPÖ. - 19.29 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Erste Landeshauptmannstellvertreter Univ.-Prof. DDr. Schachner-Blazizek.

Erster Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek (19.29 Uhr): Hohes Haus, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich möchte mich auf einige Punkte konzentrieren, die angesprochen wurden. Um es relativ zu straffen, beginne ich bei der Frage der Schulen, die angeschnitten wurde, und nehme nur die kontroversiellen Teile heraus. Es ist in der Tat so, daß es einige Leiterbestellungen gibt, die offen sind. Im übrigen, Frau Kollegin Bleckmann, daß ich erst jetzt spreche und daß das relativ spät ist, haben Sie recht. Das ist ein Entgegenkommen meinerseits an Ihren Herrn Landesrat Schmid, der mich ersucht hat, mich auf den Abend zu transferieren, damit er seine Verpflichtungen wahrnehmen kann, was durch die ganzen Umstände der Verschiebereien entstanden ist. Ich habe das im Sinne eines kollegialen Geistes gerne gemacht. Zu den Leiterbestellungen: Es ist in der Tat so, daß einige offen sind. Das sind Fragen von Ihnen. Wir haben bisher das Pnnzip gehabt, daß wir versuchen, die Leiterbestellungen einstimmig in der Landesregierung zustandezubringen. Das ist fast immer geglückt. Es ist auch zur juristischen Klarstellung etwas zu sagen. Der Landesschulrat ist ein Organ, das von uns gehört wird, und kein Entscheidungsorgan. Das ist ein Mißverständnis aus der früheren Zeit Ihrer absoluten Mehrheit, in der Sie sowohl dort als auch da die absolute Mehrheit gehabt haben. Vielleicht können Sie sich noch besser daran erinnern, wo Sie das als Einheitsangelegenheit betrachtet haben. Diese Zeiten sind vorbei, und das ist sehr angenehm, stelle ich fest. Daher gibt es unterschiedliche Mehrheiten. Wir versuchen dann in der Landesregierung, trotz dieser verschiedenen und unterschiedlichen Mehrheiten, uns zu finden. Gebunden - bitte, juristisch gebunden bin

ich überhaupt nur an den Dreivorschlag des Bezirksschulrates, aber auch dort nicht an die Reihenfolge, nur damit wir klar sind, was die Kompetenzen betrifft. (Beifall bei der SPÖ.)

Und es würde Ihnen, glaube ich, nicht sehr gefallen, wenn ich einige Schulen herausnehmen und dort Mehrheiten erzeugen würde, wo es überhaupt nicht um Parteipolitik geht, die Sie mir unterstellen. Da geht es in einem konkreten Fall um drei ÖVP-Lehrerbundmitglieder, und da gibt es verschiedene Mehrheiten, je nachdem, wie ich das mache, um das ganz einfach zu sagen. Ich glaube nicht, daß Sie mir da unterstellen können, daß ich Parteipolitik mache. Ich habe schlicht und einfach versucht, ob wir nicht auch dort zu einer einvernehmlichen Lösung kommen. In anderen haben wir da und dort unterschiedliche Beurteilungskriterien, was die Qualifikation und was auch die Ergebnisse vom Hearing und anderen Dingen betrifft. Trotz aller Kritik, weil es ein paar offene Fragen gibt, bleibe ich dabei, so lange als möglich zu versuchen, mit den anderen politischen Parteien das Einvernehmen herzustellen. Und wenn ich gerade von der ÖVP ersucht werde, diese Dinge zurückzustellen. Ich sage das ausdrücklich, alle Fälle sind von der ÖVP zurückgestellt worden, auch wenn es dauern mag und auch, wenn es für die persönlichen Verhältnisse nicht angenehm ist, gestehe ich dies zu. Anspruch auf eine Leiterstelle hat dem Grunde nach niemand, wie Sie wissen. Daher bleibe ich bei dem Grundsatz, versuchen wir eine einvernehmliche Lösung. Und nur, wenn es gar nicht anders geht, machen wir eine Mehrheitsentscheidung. (Beifall bei der SPÖ.)

Ich glaube, es ist auch im Sinne der Landesregierung, diese Vorgangsweise. Wir haben das bisher recht ordentlich hingekriegt. Das sind auch die Fragen, die Sie im besonderen Maße interessiert haben. Ich glaube, daß auch die Kompetenzfrage damit in diesem Haus klargestellt ist. Was die Realschule betrifft, meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist in der Tat so, das pädagogische Konzept ist wirklich ein spannendes, und ich stehe auch dazu. Da sind gar kein Unterschied und keine Differenzen mit dem Landesschulratspräsidenten und mit dem Landesschulratsvizepräsidenten, es gibt nur einen Punkt, der sich in mehrere untergliedern läßt, wo wir Probleme miteinander haben. Das liegt schlicht und einfach daran, daß es keine abgesicherte Möglichkeit für das sechste Jahr gibt, dieses sechste Jahr in irgendeiner Form in irgendein System hineinzubringen. Die Wirtschaft akzeptiert es in Wirklichkeit nicht und sagt, die Ausbildung, die wir wollen, die bestimmen letztlich auch wir. Wir brauchen kein sechstes Jahr in einer solchen Realschule, sondern wir bilden die Leute so aus, wie wir meinen, daß wir sie brauchen. Das heißt, es gibt dort keinen Grundkonsens mit der Wirtschaft.

Das Zweite ist, es wurde bereits angerissen, meine Damen und Herren, mir persönlich tut es leid, aber wir haben keine mittlere Reife. Ich hielte die mittlere Reife für eine Chance, die Durchlässigkeit des Bildungssystems zu erhöhen und sie etwa im Zusammenhang mit der Fachhochschule als integrativen und Aufstiegsfaktor zu sehen. Wir haben diese Möglichkeit leider nicht, das ist, wie Sie wissen, eine Bundesmaterie und, wie man annehmen kann, eine Zwei-

drittelmaterie. Es ist trotz Bemühen des Landesschulrates und auch meinerseits zu dieser Entscheidung auf Bundesebene nicht gekommen. Ich glaube, daß es jetzt eher schwieriger geworden ist denn leichter, auf Grund der Verhältnisse nach den Nationalratswahlen. Mir tut es persönlich leid, aber Realität ist es, daß wir daher auch keinen Abschluß haben, der eine Anerkennung hat. Und das Dritte – und bitte, das muß ich schon sagen –, wir können auch in dem Punkt nicht wieder die Gemeinden belasten. Wenn dann sozusagen alle Zahler auslassen, und das ist die Realität, dann sagen wir am Schluß, das soll nach dem Privatschulgesetz bei den Gemeinden als Schulerhalter geführt werden.

Meine Damen und Herren, wir sind Gemeindefereferenten auch, der Herr Landeshauptmann und ich, und in diesen Fragen durchaus eines Sinnes. Alles am Ende bei den Gemeinden abzulasten und abzuladen, das geht ganz sicherlich nicht. Und es gibt daher – von niemand beeinflusst – von den Gemeinden, von den Gemeindebünden, vom Städtebund einen einstimmigen Beschluß, sie sind nicht bereit, Träger zu sein. Also bitte, wir haben keine Abschlußbenotung, die anerkannt wird, wir haben keine Integration in die Wirtschaft, wir haben keinen Erhalter. Und dann gibt es Beschwerden darüber, daß das ein politisches Unterfangen wäre. Wenn wer es so versteht, kann ich nichts machen. Ich habe gegen Auseinandersetzungen im grundsätzlichen Feld gar nichts, nur, es gibt keine parteipolitische Problematik, sondern es gibt eine juristische, eine sachliche und eine inhaltliche und schließlich eine finanzielle Problematik, die nicht gelöst ist. Ich glaube, wir sollten ganz offen den Leuten sagen, vor allem den Eltern und den Schülern, wir haben hier eben mit einem Versuch operiert, der offensichtlich schwer bis nicht weiterzuführen ist.

Meine Damen und Herren, bei den Sprengeln bin ich wirklich auch der Meinung, daß eine Liberalisierung ansteht, ohne irgendetwas vorgreifen zu wollen, das steht mir nicht zu, ist Sache der Legislative – ich bin wirklich für eine Liberalisierung auf diesem Sektor. Es gibt nur auch hier ein Grundproblem mit den Gemeinden. Meine Damen und Herren, es ist für den Gemeindefereferenten, der eher größere Gemeinden in seiner Aufsicht und Beratung hat, durchaus leichter als für den anderen Gemeindefereferenten, denn Sie müssen sich darüber im klaren sein, daß das Aufheben der Sprengel eine Entleerung in jenen Räumen bedeutet, in denen wir es nicht unbedingt haben wollen, weil sich natürlich alles auf die größeren Einheiten konzentriert, wo man ein breiteres, besseres Angebot bekommt. Es gibt auch diese Dimension – und wir müssen durchaus vorsichtig sein, ich stehe aber dazu, wenn man Ausgleichsmechanismen der Finanzierung findet, daß man ein bestimmtes Element der Liberalisierung hineinbringt. Es hat schon einmal einen entsprechenden Vorschlag von mir gegeben, er ist nicht weiterbehandelt worden aus den genannten Gründen. Jetzt sage ich ausdrücklich dazu, ich verstehe diese Gründe. Wäre ich Gemeindefereferent für die vielen kleinen Gemeinden, die da auch bedroht sind und wo es zum Teil auch um Infrastruktureinheiten geht, die schon da sind und die dann entleert werden, würde ich auch bestimmte Bedenken haben. Aber alles, was in Richtung einer Flexibilisierung geht, halte ich für eine gute Sache.

Fachhochschule, meine Damen und Herren, ich glaube, es gibt ein paar auch zeitliche Mißverständnisse. Jeder, der mit dem Vorsitzenden des Fachhochschulrates je gesprochen hat, mit dem äußerst geschätzten Prof. Schelling, wird wissen, daß wir im Spätherbst des Jahres 1993 ein bereits komplett fertiges Konzept mit Evaluierung hätten einreichen müssen, um rein theoretisch überhaupt heuer beginnen zu können, und zwar im Herbst. Das hat es für Graz nicht gegeben, und die Entscheidung Kapfenberg war völlig unabhängig von Graz, denn das Konzept Graz, das verlangt wurde und das unabhängig von Kapfenberg abgesandt wurde, ist erst zu einem viel späteren Zeitpunkt fertig geworden. Die Vorberatungen, das ist richtig, die waren in Ordnung, die sind gelaufen, so wie sie beschrieben wurden, nur die konnten bitte noch nicht eingereicht werden. Also, wir haben den ersten Einreichungszeitraum für Graz unabhängig von Kapfenberg natürlich genützt, aber das wäre für einen Beginn im heurigen Jahr um Monate zu spät gewesen und war um Monate zu spät.

Ich habe ein sehr ausführliches und intensives Gespräch mit Prof. Schelling darüber geführt, der mir das sehr, sehr eindeutig bestätigt hat. Wir waren da unbestritten auch auf der Regierungsebene alle miteinander, ich nehme gar niemanden aus, ein bißchen in Verzug, weil wir eben auch bestimmte andere Dinge abgeklärt haben, die aus der Regierungsvereinbarung beziehungsweise aus der Geschäftsverteilung und -einteilung aus der Sicht mancher nicht eindeutig war. Aus unserer Sicht war es immer eindeutig, aber es hat ein bißchen Zeit gebraucht, bis der Verfassungsdienst das festgestellt hat. Es ist schmerzlich. Ich hätte auch lieber eine andere Botschaft. Aber Realität ist, daß Graz, Kapfenberg sozusagen als Problem gemeinsam nicht die Ursache waren, sondern wir waren schlicht und einfach auch mit Graz um Monate zu spät dran. Die Vorberatungsebene war abgeschlossen, aber das war nicht die evaluierte Studie, die verlangt wird vom Fachhochschulrat. Das bedeutet also, daß wir Graz eingereicht haben, daß Kapfenberg im Herbst jetzt eingereicht wurde. Wenn wir davon ausgehen können, daß der Fachhochschulrat sich intensiv mit den nächsten Ansuchen beschäftigt, das wird er hoffentlich tun, aber man muß schon auch sehen, welche Konvolute die studieren müssen. Sie sind auch unter einem gewaltigen Druck, jedenfalls kann man hoffen – ich sage ausdrücklich „hoffen“ –, daß wir im Frühjahr – ich bin da sozusagen in einem Zeitbereich, der einigermaßen realistisch ist – die Entscheidung des Fachhochschulrates bekommen, und dann brauchen wir den Bescheid des Wissenschaftsministeriums.

Ich hoffe bei dem, daß er relativ rasch nach einer positiven Begutachtung kommt. Wenn er kommt, dann können wir beginnen auszuschreiben. Ich gehe davon aus, daß beide Geschäftsführer, die wir derzeit für das Technikum vom Joanneum eingesetzt haben, die hervorragende Leute und äußerst bewährt sind, das wird uns auch von allen bestätigt, alle Vorarbeiten bis hin zur Bescheiderteilung fertigmachen sollen. Das ist der wirkliche und einzige Grund. Ich bin mit der Kollegin Klasnic übereingekommen, daß wir die Ausschreibung für die Geschäftsführung, die mit

1. Juli tätig wird, also noch Zeit hat bis zum Beginn des Semesters, schon im März, Anfang April machen, so daß wir wirklich ausreichend Zeit haben. Es gibt nur diese Begründung. Die ganzen Vorarbeiten sind vom Joanneum und über das Joanneum gelaufen. Diese beiden wirklich qualifizierten Persönlichkeiten wollten wir uns noch bis zum Ende des Termines für die tatsächliche Installierung erhalten.

Zu Raumberg: Es ist so, daß wir von Haus aus in der Landesregierung die Auffassung vertreten haben, wir lassen uns nicht beirren durch Zurufe, Herrufe und Hinrufe von anderen Bundesländern oder gar vom Bund selbst, der etwa in der Frage Landwirtschaft, Herr Abgeordneter Kaufmann, gemeint hat, die Steiermark wird wenig Chancen haben, denn in Wirklichkeit ist die Konzentration auf Niederösterreich sozusagen eine beschlossene Sache. Sie wissen, diese alte Geschichte mit der Donau-Universität, daß es da zwischen Wien und dem Niederösterreichischen Landeshauptmann hin- und hergegangen ist und daß man natürlich ein besonderes Schwergewicht daher, weil die Donau-Universität nicht kommt, auf außer-universitäre Einrichtungen und in der Folge auf die Fachhochschulen gelegt hat. Um es kurz zu machen: Von vornherein war man in Wien darauf fixiert, das wird Niederösterreich, alles, was Landwirtschaft ist von – bis, einschließlich Marketing, was ich für eine blendende Idee halte. Sie wissen, das wird sich in Niederösterreich konzentrieren. Wir haben uns aber nicht beirren lassen und haben in der Landesregierung einvernehmlich gesagt, nein, für uns bleibt Raumberg im Spiel. Ich habe selbst mit den Damen und Herren oben immer wieder Kontakt, und wir sind auch im Schriftverkehr. Es ist richtig, daß der Minister Fischler in seinem letzten Schreiben mir angekündigt hat, daß er für Anfang Dezember, nach einer vorherigen Ankündigung, diese Studie einbringen und mir übermitteln wird. Ich habe sie aber bis jetzt nicht erhalten. Man muß aber natürlich auch sehen, daß Minister Fischler inzwischen nach Brüssel gegangen ist. Ich hoffe aber, daß das mit dem Herrn Minister Molterer sich rasch klären wird und daß die Studie übermittelt wird. Nichtsdestotrotz gibt es bereits Vorarbeiten, das wissen Sie, Herr Kollege Kaufmann. Es gibt Vorarbeiten von Joanneum Research. Ich habe mich kurzschließend mit der Frau Kollegin Klasnic besprochen. Wir werden die Geschäftsführung des Joanneums ersuchen, sich diesem Punkt nochmals intensiv im Sinne Ihres Wunsches zuzuwenden, denn wenn Wünsche so höflich vorgetragen werden, können wir ohnedies nicht nein sagen. Ich danke Ihnen. (Allgemeiner Beifall. – 19.44 Uhr.)

Präsident: Wir kommen zum zweiten Teil der Gruppe 2, Sport. Zu Wort gemeldet hat sich als Hauptredner der Herr Abgeordnete Dr. Lopatka.

Abg. Dr. Lopatka (19.45 Uhr): Herr Landtagspräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Ein ganzes Tausendstel des Landesbudgets macht das Sportbudget aus. Und trotzdem ist es Sportlandesrat Dr. Gerhard Hirschmann gelungen, das Interesse am Sport so zu wecken, wie es keinem zweiten Sportlandesrat in ganz Österreich bisher möglich war. Das ist gut so, vor allem gut für unsere 3000 Sportvereine in

den mehr als 40 Fachverbänden, denn diesen gilt die Hauptsorge des für Sport zuständigen politischen Referenten Landesrat Dr. Gerhard Hirschmann. Breitensport ist enorm wichtig, und jeden Schilling, den wir in diesem Bereich einsetzen, ersparen wir uns im Gesundheitsbudget zehnfach. Heute, morgen und auch übermorgen in der tagtäglichen Arbeit, sozusagen im Ordinarium, wird für Sportlandesrat Gerhard Hirschmann der Breitensport an erster Stelle stehen. Sportfunktionäre danken ihm auch für diese Haltung. Manche können sich leisten, das sogar zu plakatieren. Landesrat Gerhard Hirschmann ist aber auch ein nachdenklicher, ein kreativer und ein mutiger Politiker. Er hat auch die Kraft und die Phantasie, ausgetretene Pfade zu verlassen und neue große Projekte anzugehen. Trotz des Marathonprogrammes, das er sich vorgenommen hat, hat Landesrat Hirschmann in seinem ersten Jahr als Sportlandesrat mit einem Tempo, das sonst nur ein Sprinter für sich, von der Schnelligkeit her, in Anspruch nimmt, bei seiner Arbeit als Sportlandesrat – (Abg. Dörflinger: „Marathon!“) Ich lade euch ein, ob Sprinten oder Marathon, mir ist jeder von euch willkommen. Wir treffen uns manchenmal, Siegi. Das ist friedlich in der Natur. (Abg. Kowald: „Vernaschst du sie der Reihe nach?“ – Abg. Dr. Flecker: „Das darfst du ihm nicht unterstellen!“) Da geht es nicht ums Vernaschen. Da geht es um die körperliche Ertüchtigung. Das Entscheidende ist aber, daß man nicht außer Atem kommt. Da ist es so gewesen, daß der SPÖ-Parteivorsitzende sehr rasch außer Atem gekommen ist bei dem Tempo und bei der Themenvorgabe von Gerhard Hirschmann. (Abg. Gennaro: „Der Hirschmann läuft in die verkehrte Richtung!“) Kurt Gennaro, ich weiß, daß du ein hochdekoriertes Sportfunktionär bist. Ich würde dich bitten, mir trotzdem zuzuhören. Während SPÖ-Parteivorsitzender Schachner-Blazizek eigentlich noch atemlos nach einer Parteilinie zum Davis-Cup-Event gesucht hat, war Sportlandesrat Gerhard Hirschmann schon bei Olympia. Kaum hat sich die SPÖ mit Olympia beschäftigt, war Sportlandesrat Gerhard Hirschmann schon bei der Umsetzung, und nicht bei der Ankündigung, denn die hat es von Schachner-Blazizek Jahre zuvor auch gegeben, die Formel I auf den Österreich-Ring zurückzuholen. Bei all diesen Fragen zeigt sich eines immer wieder sehr deutlich. Es ist schon eine Linie bei der SPÖ hier erkennbar, nämlich daß sie in Wirklichkeit nicht weiß, was sie will. Am 29. November, zweimal in der „Kleinen Zeitung“, im politischen Teil und im Sportteil zitiert, meint der SPÖ-Parteivorsitzende zur Formel I: „Am Österreich-Ring mit den bekannten Partnern bin ich nicht zu haben.“ Das ist eine sehr klare und deutliche Aussage. Bei Kollegin Pußwald habe ich jetzt ein Flugblatt von der SPÖ gesehen, also auch nicht von der Propagandaabteilung einer anderen Partei, wo plötzlich die SPÖ schon immer die treibende Kraft war und Finanzlandesrat in der Poleposition steht bei der Rückholung der Formel I. Das ist für mich eigentlich ein jämmerliches Schauspiel, ja, nein, ja, nein. Was ist das für eine politische Linie, und was hat das mit Fairneß zu tun? Das ist eigentlich eine Grundtugend im Sport und sollte auch eine Grundtugend in der Politik sein. Die Partner sollen wissen, woran sie sind. Ich glaube manchmal, daß dem SPÖ-Vorsitzenden der Sport egal ist. Es ist ihm auch egal, wie es mit den Tourismus- und

mit den Wirtschaftschancen steht, die mit der Sportpolitik von Landesrat Gerhard Hirschmann natürlich untrennbar verbunden sind – untrennbar damit verbunden sind. Das sind große Projekte, das sind Megaereignisse, die abseits der bisherigen Pfade stattfinden werden. Kein Groschen wird deswegen beim Breitensport fehlen, wie es immer gesagt worden ist. Das Gegenteil ist der Fall. Mir sagen Funktionäre, ich kann Ihnen auch Namen nennen, die schon jahrelang aktiv im Sport tätig sind, daß sie in ihren Bereichen jetzt wieder Interesse finden für ihre Sportvereine, auch wieder Sponsoren finden, weil einfach der Sport einen anderen Stellenwert jetzt in der Steiermark hat, als er ihn vor Jahren gehabt hat. (Abg. Gennaro: „Die Sponsoren rennen mir nach. Ich kann mich gar nicht erwehren!“) Die Olympischen Winterspiele 2002 sehe ich als große Chance für unser Bundesland und darüber hinaus für Österreich. (Beifall bei der ÖVP.)

Der Kollege Schleich ist auch dieser Meinung. (Abg. Dr. Flecker: „Er hat geklatscht, weil du dich das zu sagen getraust!“) Nein! Du, das habe nicht ich gesagt, das war der Außerwinkler. Das war nur ein Zitat von Dr. Michael Außerwinkler zur Olympia-Bewerbung von Kärnten. Die Olympischen Winterspiele 2002 sehe ich als große Chance für unser Bundesland. (Abg. Gennaro: „In Kärnten kannst bald etwas machen!“ – Abg. Dipl.-Ing. Chibidziura: „Außerwinkler ist jetzt in Kärnten!“) Jetzt ist er Landeshauptmannstellvertreter, er ist Sportlandesrat, allerdings nicht so einer wie unserer. Er sieht es darüber hinaus auch für eine große Chance für Österreich, denn in der Folge könnte Kärnten als Sportland mit einer hohen touristischen Nachnutzung rechnen. Der Wintertourismus würde deutliche Steigerungsraten verzeichnen und zusätzliche Dauerarbeitsplätze. Er war immerhin auch für den Sport als Minister zuständig. (Abg. Dörflinger: „Damals habt ihr über ihn geschimpft!“) Man kann dazulernen, hat Kreisky schon gesagt. Man kann gescheiter werden. (Abg. Gennaro: „Das schätze ich an dir, das müßtest du dreimal am Tag sagen!“) Bei Olympia reden wir von einem Projekt am Beginn des nächsten Jahrtausends. Es ist ein Projekt für Österreich, für die Steiermark und für Graz. Wir haben hier eine gesamtösterreichische Verantwortung wahrzunehmen. Mit unserer Bewerbung stehen wir in der Auslage für die Republik Österreich. Es gilt, bei den 185 Nationen des IOC als verlässlicher Partner dazustehen. Die Arbeit für Olympia 2002 hat diese Chance verdient. Diese Worte von Bürgermeister Alfred Stingl, dem Chef der Grazer SPÖ, wo Kurt Gennaro und andere Sportfunktionäre auch Mitglied sind, soviel ich weiß, am 6. Dezember 1994 bei der Präsentation der Studie über die ökonomischen Auswirkungen von Olympischen Spielen gesagt, sollten wir uns zu Herzen nehmen. Ich weiß oft nicht, was ich vom Abgeordneten Kurt Flecker halten soll. (Abg. Dr. Flecker: „Traue es dich zu sagen!“) Kurt, wenn du zu deinem Wort stehst, halte ich sehr viel von dir. Am 19. Oktober 1993 hat der Kurt Flecker gemeint: „Der neue Herr Landesrat Hirschmann hat ja als Parteisekretär und Geschäftsführender Obmann seinerzeit die Idee Olympia geboren. Ich hoffe, daß er in verantwortungsvoller Position vielleicht sogar das einmal umsetzen kann, was er als Parteipolitiker sehr vordergründig gefordert hat.“ – Beifall bei der SPÖ. (Abg. Dr. Flecker:

„Das war das Ende der Rede, und da klatschen sie bei mir noch!“) Kurt Gennaro, ich weiß nicht, was du von dem hältst, was damals dein Namensvetter Kurt Flecker gesagt hat? Er hofft, daß er in verantwortungsvoller Position vielleicht sogar das einmal umsetzen kann. Ich hoffe es auch. (Abg. Dr. Flecker: „Ich habe dir schon immer zugetraut, daß du Zynismus erkennst!“) Ja, das ist aber das einzige, was da jetzt an Replik überbleibt. Es ist immer schwer zu erkennen, was bei dir Zynismus ist und was bei dir ernst zu nehmen ist. Das ist eben mein Problem, wie ernst man dich überhaupt nehmen soll. (Abg. Dr. Flecker: „Für dich ist das wirklich ein Problem!“ – Abg. Schützenhöfer: „Ich täte es so machen wie der SPÖ-Klub – gar nicht!“) Als jetzt in der Bundesregierung – Gott sei Dank – die Finanzierungszusage für Olympia auch im Regierungsprogramm enthalten war, hat der SPÖ-Parteivorsitzende gemeint, das sei eine sehr vage Zusage. Ich zitiere wortwörtlich: „Steirische Rundschau“, 28. November 1994, noch nicht so lange her: Es sei eine sehr vage Zusage, auch generell, nämlich für den Fall, daß es nach Kärnten geht.“ Ja, meine Damen und Herren, wünscht sich der steirische SPÖ-Landesparteivorsitzende, daß dieses Geld, diese Bundesmilliarden, die sonst in die Steiermark kommen, vielleicht nach Kärnten gehen? Ist das tatsächlich sein Wunsch? (Abg. Dr. Flecker: „Den Blödsinn hat der Kurt Tasch gestern auch schon gesagt!“) Der Blödsinn ist aber von deinem Parteivorsitzenden. Das war ein Originalzitat, lieber Kurt Flecker.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Warum erwähne ich und zitiere ich den Kärntner Landeshauptmannstellvertreter Außerwinkler? Warum beziehe ich mich auf Aussagen der Bundesregierung? Und warum zitiere ich Ihnen jetzt noch Aussagen aus Tirol? Weil man auch außerhalb der Steiermark, auch seitens von verantwortungsvollen SPÖ-Politikern, erkannt hat, daß Olympische Spiele eine Chance sind für das jeweilige Bundesland. Nur Sie beziehungsweise die Schachner-Blazizek-SPÖ in der Steiermark will diese Chance nicht erkennen. (Abg. Dr. Frizberg: „Es gibt schon SPÖ-Leute, die dafür sind!“) Schon, aber die Truppe um Schachner-Blazizek, die Schachner-Blazizek-SPÖ, hat das noch nicht erkannt. (Abg. Dr. Karisch: „In der Stadt hat der Herr Bürgermeister das erkannt!“) Aber schauen Sie, es sind ja nicht nur Politiker, die erkannt haben, welche Chancen hier für das jeweilige Bundesland liegen. Es sind vor allem auch Fachleute – und Tourismusmanager sind für mich Fachleute –, Montag, Tageszeitung „Die Presse“: „Neue Olympia-Ambitionen für Innsbrucks Tourismus, an erster Stelle bei den Wünschen der Tourismusfunktionäre von Tirol“ – und das sind Profis, nehme ich an – „stehen Olympische Winterspiele.“ (Erster Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Das ist klar, die müssen es nicht bezahlen, die haben die Einnahmen!“) Die Bevölkerung, Kurt Flecker, hat die Möglichkeit, Leserbriefe zu schreiben. (Abg. Dr. Flecker: „Die ÖVP denkt etwas anderes als die Bevölkerung!“) Ich möchte ihm von der Bevölkerung etwas mitteilen. An die „Neue Zeit“, Ankerstraße 4, einmaliges Erlebnis. (Abg. Dr. Flecker: „In Innsbruck haben sie abgestimmt!“) Er hat von der Bevölkerung gesprochen, was die will. Es steht: „Der Landeshauptmannstellvertreter Schachner-Blazizek müßte rot werden, wenn er einem jungen Sportler die

Hand drückt. Für diese jungen Leute wäre es sicher ein einmaliges Erlebnis, wenn es in der Steiermark eine Winterolympiade gäbe. Schachner-Blazizek verhindert das aber, weil er Landesrat Hirschmann den Erfolg nicht gönnen will. Johann Zadrawetz aus Ehrenhausen." (Abg. Gennaro: „Das habe ich auch gelesen!“) „Kronenzeitung, Steirerkrone“, Mittwoch, 14. Dezember: „Olympia 2002 ist also tot. Wem haben wir das zu verdanken? Einem egoistischen SPÖ-Politiker, dem seine eigene Karriere wichtiger ist als die Zukunft der Steiermark. Maria Oswald aus Graz.“ (Abg. Dr. Flecker: „Habt ihr nur zwei Zeitungen?“) Und so könnte ich fortsetzen, Stimmen der Bevölkerung. Die haben nicht die Möglichkeit, hier das Wort zu ergreifen. Aber Steirer sagen ihre Meinung, wie es die „Krone“ hier auf Seite 8 richtigerweise überschreibt. Ich könnte Ihnen noch andere Leserbriefe hier zitieren, will das aber nicht über Gebühr machen. (Abg. Dr. Flecker: „Habt ihr diese im Sekretariat selber geschrieben?“) Ich lade alle SPÖ-Abgeordneten ein und ich stelle es Ihnen gerne zur Verfügung, diese wissenschaftliche Stellungnahme, die nicht von irgend jemand abgegeben worden ist, denn Universitätsprofessoren, wie der Herr Univ.-Prof. Dr. Töni von der Uni Innsbruck, der hat ja auch einen Ruf. (Abg. Dr. Flecker: „Einen schwarzen Ruf, er war Beiwagerl vom Andrä. Er hat nicht einmal reden können!“) Der war auch in SPÖ-Kreisen sehr anerkannt, der verstorbene Prof. Andrä. (Abg. Dr. Flecker: „Er war sogar der ÖVP zu rechts!“) Entschuldige schon, manche SPÖler anerkennen auch solche, die der ÖVP zuzurechnen sind, weißt du? (Abg. Dr. Flecker: „Er hat nicht einmal die Innsbrucker überzeugen können!“) Noch einmal: Die Tiroler sind ohnehin hier schon – sollte es dir nicht bekannt sein, und sie haben einen neuen Bürgermeister – dabei, sich neuerlich zu bemühen. (Abg. Dr. Flecker: „Die Innsbrucker!“) Die Seefelder, die Innsbrucker: Und Bürgermeister Van Staa, du hörst richtig, ist Bürgermeister von Innsbruck. Wenn du es nicht weißt, so sage ich es dir, und glaube es mir (Abg. Dr. Flecker: „Das glaube ich dir!“), Bürgermeister Van Staa ist für Olympische Spiele. (Abg. Dr. Flecker: „Wie ist die letzte Volksbefragung ausgefallen?“) Die Frage ist bei einer Volksbefragung immer, inwieweit bin ich bereit, auch so etwas mitzutragen seitens der Politik, und welche Stimmung erzeuge ich in einem Land – ganz offen gesagt. Dort, wo jetzt Volksbefragungen für 2002 stattgefunden haben, wie in der Schweiz, einem Mitbewerber von Graz, Sion heißt die Stadt, ist die Volksbefragung positiv ausgefallen. (Abg. Dr. Flecker: „Sion!“) Ich sage es deutsch (Abg. Dr. Flecker: „Steirisch!“), habe aber auch einmal Französisch gelernt. Kurt, du bist besonders geschickt und sprichst es französisch aus. Okay. (Abg. Trampusch: „Ich habe noch kein Argument gehört, das das Olympische Komitee überzeugt!“) Darf ich ganz kurz für das Olympische Komitee sprechen. Das Olympische Komitee überzeugt sich selbst, denn das Olympische Komitee war in der Steiermark. Und bitte, machen wir nicht immer alles schlecht. Die Winterspiele in Schladming waren hervorragend, und die Ramsauer werden es auch hervorragend bei der Weltmeisterschaft machen. (Beifall bei der ÖVP.) Hören wir doch auf, alles schlecht zu machen und uns selber schlechter zu machen, als es die Außenwelt sieht, wirklich. Seien wir stolz auf das, was die Schladminger

bei der Schi-WM geschafft haben, und freuen wir uns auf das, was die Ramsauer schaffen werden, Herr Klubobmann Trampusch. (Abg. Trampusch: „Wir sind auch stolz, nur, die wollen zum Teil nicht die Olympiade, sondern die Weltmeisterschaft!“) Die wollen wahrscheinlich beides. Und das ist nicht schlecht. Die wollen nämlich noch etwas, wissen Sie, Herr Klubobmann Trampusch, und die sind nicht gegen alles. Das ist eine Sache, die weit über Olympia hinausgeht. Das ist die grundsätzliche Einstellung zu diesem Land und wie man für dieses Land arbeiten möchte. Ich möchte Sie nicht langweilen mit dieser Studie. Ich möchte Ihnen nur sehr deutlich sagen – (Abg. Dr. Frizberg: „Sie sind einmal in der Steiermark, einmal in der Südsee im Sport tätig!“ – Abg. Trampusch: „Ich kenne mich im Sport besser aus als Sie, Kollege Frizberg!“) Das stimmt. Ich weiß es, daß Sie großartige sportliche Leistungen erbracht haben im Orientierungslauf. (Abg. Dr. Frizberg: „Im Untertauchen!“ – Abg. Trampusch: „Auch über Wasser. Es tut mir weh, daß wir keine besseren Argumente finden!“ – Abg. Schützenhöfer: „Ich möchte einmal wissen, wofür ihr seid. Seit drei Tagen geht das so. Ihr seid gegen alles!“ – Präsident: „Ich muß darauf aufmerksam machen, daß die Zwischenrufer die Redezeit des Herrn Hauptredners verbrauchen!“ – Abg. Schützenhöfer: „Wir wissen nicht, wo wir hinfahren, aber wir sind früher dort!“)

Das stört mich an dieser Diskussion so. Ich kenne das seit meiner frühesten Jugendzeit, dieses gegenseitige Auspielen und Aufrechnen. Spitäler gegen Sport. Das stört mich sehr, und davon sollten wir Abstand nehmen. Heute habe ich bei der Spitalsdebatte das Gefühl, zum Leidwesen von meinem Kollegen der SPÖ Günter Dörflinger, einer Einigkeit gehabt, eine Einigkeit dahin gehend gehabt, daß wir das Spitalsbudget für die nächsten Jahre gesichert haben. Hohe Geldbeträge, an die 50 Milliarden Schilling, werden wir für die Spitäler ausgeben – Gott sei Dank. Es gibt keinen von uns, der gegen die Spitäler ist und der vielleicht Olympische Spiele auf Kosten der Spitäler machen möchte. So dumm sind auch die Steirer nicht, Ihnen das zu glauben, das sage ich Ihnen. Ich bitte Sie, Abstand zu nehmen von diesen Aufrechnungen und von diesem gegenseitigen Auspielen. Kein Groschen wird vom Spitalsbudget für Olympische Spiele abgezweigt. Aber Olympische Spiele könnten wieder jene Einnahmen bringen, könnten auch wieder jene Fördermittel in die Steiermark bringen, die wir dringend notwendig haben. Da bin ich bei Ihnen und mit Ihnen einer Meinung. Wir sollten jetzt wirklich nicht, wir selber, weil es dem SPÖ-Parteivorsitzenden nicht in sein Konzept paßt, uns selbst aus dem Rennen werfen, um dann vielleicht ein drittes Mal für Tirol für Olympische Spiele mitzuzahlen, um dann vielleicht für Kärnten mitzuzahlen. Auch Salzburg hat ein Interesse an einer Bewerbung bekundet. Das Österreichische Olympische Komitee wird unsere Streitereien satt haben.

Die werden es satt haben, denn sie werden in ein Bundesland gehen, wo vernünftige Politiker am Werk sind, wo die im dortigen Landtag vertretenen Parteien einer Meinung sind und an einem Strang ziehen. (Abg. Dr. Flecker: „Welches Bundesland 2002 nicht ver-

anstaltet, ist egal, Hauptsache, wir haben das Geld dafür ausgegeben!") Kurt Flecker, noch einmal: Ich könnte dir mit einem Zitat von Außerwinkler das sofort entkräften. Er sagt: „Allein die Bewerbung für olympische Spiele bringt – (Abg. Dr. Flecker: „Warum nimmst du immer irgendeinen Sportreferenten als Zeugen?“) Ist das irgendeiner? Er war Sportminister, und er ist Parteivorsitzender in Kärnten. Ist das irgendeiner? (Abg. Dr. Flecker: „Jetzt ist er Sportreferent in irgendeinem Bundesland!“) Ist der Außerwinkler irgendeiner? Wenn er für dich irgendeiner ist, dann ist das okay. (Abg. Schrittwieser: „Ihr habt über den Außerwinkler immer geschimpft!“) Aber nein. Er hat doch den Zernatto unterstützt. Er ist ja vernünftig geworden. Im Endeffekt ist er ja nicht so blöd. Der paßt schon, denn er hat den Zernatto zum Landeshauptmann gemacht, und er arbeitet gut zusammen mit Zernatto – sehr gut zusammen. Zernatto unterstützt ihn bei den Olympischen Spielen. Die zwei wissen, was Zusammenarbeit heißt. (Abg. Dr. Flecker: „Zernatto hat schon viele unterstützt!“ – Präsident: „Ich muß ersuchen fortzufahren, denn die Zeit läuft!“)

Ich merke, daß ohnehin keine Bereitschaft bei der SPÖ da ist, sachlichen Argumenten das Gehör zu schenken, nämlich dieser Studie. Wenn man von vornherein weiß, daß das ohnehin nicht stimmt, dann will ich es Ihnen einfach auf den Tisch legen oder Ihnen geben. Wer dazu bereit ist, bei dem bedanke ich mich – Olympische Winterspiele Graz 2002 – eine Analyse ökonomischer Auswirkungen. Ich bitte Sie, sehen Sie sich das an. Sie können dann noch immer der Auffassung sein, daß das nicht stimmt. Aber schauen Sie sich diese Studie an. (Abg. Dr. Flecker: „Die haben alle, die ist wirklich nicht gut!“) Das haben nicht alle. Das ist diese Kurzfassung. Ich sage Ihnen noch einmal: Es wird keinem kleinen Verein auch nur ein Schilling vom ohnehin kargen steirischen Sportbudget genommen. Ein Tausendstel am gesamten Budget ist nicht viel für den Sport. Es ist sicherlich zuwenig, und ich hoffe, daß Sie auch bereit sind, hier Sportlandesrat Gerhard Hirschmann zu unterstützen. Aber ich bitte Sie auch, nehmen Sie auch seine anderen Initiativen ernst. Es sind außergewöhnliche Initiativen, die es in diesem Land in anderen Bereichen nicht gegeben hat. Und wenn Sie hier ständig verneinen und ständig boykottieren, erweisen Sie dem Land einen Bärendienst. Sie schaden dem Land, denn es geht hier nicht um Sportlandesrat Gerhard Hirschmann, sondern es geht hier um das Land, ob wir bereit sind, gemeinsam Verantwortungen wahrzunehmen, ob wir auch bereit sind, gemeinsam mutige, große Projekte anzugehen. Ich hoffe, es kommt bei Ihnen wieder einmal der Mut zurück. Zwischendurch habe ich das Gefühl, daß Sie der Mut ziemlich verlassen habe. (Beifall bei der ÖVP. – 20.10 Uhr.)

Präsident: Als nächster Redner hat sich der Herr Abgeordnete Dörflinger zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihm. Er ist ebenso Hauptredner wie sein Vorredner.

Abg. Dörflinger (20.10 Uhr): Meine Damen und Herren!

Zuerst zwei Vorbemerkungen zu meinem Vorredner. Das erste ist, ich bin tief beeindruckt, aber nicht von den Argumenten, weil Argumente habe ich

keine gehört, ich bin tief beeindruckt (Abg. Dipl.-Ing. Vesko: „Das glaube ich!“) von deiner archivischen Fähigkeit, wo du überall Zitate herholst, und wo du überall etwas herbringst.

Ich glaube aber, daß es durchaus auch ein kleines Symptom dafür ist, wie wenig Argumente es gibt, wenn du 20 Minuten heraußen am Rednerpult stehst und von den 20 Minuten in Wirklichkeit 17 Minuten Zitate bringst von Leserbriefschreibern, von sozialdemokratischen Landeshauptmannstellvertretern in Kärnten, die du nicht so geliebt hast, als sie noch für den Sport zuständig waren. (Beifall bei der SPÖ.)

Ich möchte das Zweite sagen, und das auch durchaus sehr ernst gemeint. Es ist – glaube ich – die Aufgabe eines Parteisekretärs, zu der ich auch stehe, daß man den eigenen Parteiohmann, die eigenen Regierungsmitglieder, die eigene Partei unterstützt, in Schutz nimmt, sie lobt. Ich würde nur ein bißchen aufpassen, wenn der jetzige Sportreferent von dir in der Form hochgehoben wird, daß du sagst, wie toll das jetzt ist. Jetzt bekommen plötzlich alle Sportvereine Sponsoren. (Abg. Dr. Lopatka: „Ich habe nicht gesagt alle. Ich habe gesagt, Klima hat sich zugunsten des Sports geändert!“) Okay, zugunsten des Sportes verbessert, und wie toll das überhaupt ist, weil du ja nicht vergessen sollst, lieber Reinhold, daß der Sport in der Steiermark immer auch von einem Regierungsmitglied deiner Fraktion verantwortet wurde. Ich muß sagen, so schlecht war der Landeshauptmannstellvertreter Hasiba in seiner Funktion als Sportreferent nicht, daß jetzt plötzlich alles so klass und so toll ist, und vorher alles so schlecht war. (Beifall bei der SPÖ. – Abg. Dr. Frizberg: „Die WM hat er nach Schladming gebracht. Das war die Probe aufs Exempel!“) Wie ich überhaupt ein bißchen daran denken sollte, Reinhold, du hast heute in zwei Zitaten die „Kleine Zeitung“, den Herrn Schaub, zitiert, die „Kronenzeitung“ zitiert. Ich zitiere dir jetzt etwas, weil wir jetzt ausschließlich über Olympia reden im Bereich des Kapitels Sport. Ich lese dir vor, Sportchef der „Kleinen Zeitung“ Harald Schaub, steht – glaube ich – nicht im Verdacht, ein kleiner Sozialdemokrat, Undercoveragent der SPÖ oder sonst irgendwas zu sein, und der schreibt – (Abg. Dr. Lopatka: „Wann?“) Das willst du auch noch wissen – im November. Ich gebe es dir im Original, wenn du es haben willst, aber du bist im Archivieren sicher besser als ich. Du wirst es auch haben, ich bin mir sicher.

„Das einzige, was heute beim Grand Prix und bei Olympia noch mit Sport zu tun hat, daß einer erster wird und einer letzter.“ Sonst hat es mit Sport nichts zu tun, das sollte man auch dazunehmen zu deinen Zitaten. (Abg. Dr. Lopatka: „Haben Olympische Spiele nichts mit Sport zu tun?“) Ich bin heute sehr hoffnungsvoll in diese Debatte gegangen, weil die ganze Budgetdebatte durchaus ein bißchen spiritistische Anwandlungen gehabt hat. Die Frau Kollegin Karisch hat von ihren Träumen berichtet, eine schöne Geschichte, die Kollegin Bleckmann hat böse Vorahnungen in ihrer Rede zitiert, du selber hast den Herrn Landeshauptmann erwischt dabei, daß er nicht kommt, sondern daß er erscheint, also auch durchaus etwas sehr Spannendes. Ich bin dann wirklich ein bißchen aufgebaut worden, als gestern der Herr Klubobmann Vesko uns vorgeschlagen hat, wir mögen

herinnen einen Schneetanz aufführen, damit es schneit. Und wie ich dann nach Hause gefahren bin, hat es schon geschneit. Da habe ich mir gedacht, da muß doch eine Kraft in diesem Landtag stecken (Abg. Dipl.-Ing. Chibidziura: „Im Vesko steckt die Kraft!“), und ich habe mir gedacht, vielleicht verabschieden wir uns heute alle gemeinsam von dieser Fata Morgana Olympia. (Beifall bei der SPÖ.)

Es ist nicht so, und ich sage dazu, das sage ich auch dem Gerhard Hirschmann hinter mir, ich nehme es dir ab, daß du das ehrlich meinst mit Olympia. Ich nehme ihm das ab, daß er das ehrlich meint, ich sage aber auch dazu, daß wir aus sehr guten Gründen gegen diese Bewerbung sind, und ich werde Ihnen diese Gründe heute aufzählen, und nicht in der Form, daß ich Ihnen Zitate vorlese. Warum überhaupt die Aufregung, meine Damen und Herren? Was ist passiert? Die steirische SPÖ hat gesagt zu einem sehr bestimmten Zeitpunkt, meine Damen und Herren, in diesem Land angesichts der Entwicklung, die wir haben, Sparpaket der Bundesregierung und so weiter, machen wir den Vorschlag, ziehen wir die Bewerbung gemeinsam zurück. Das war unser Vorschlag. Wenn wir diese Bewerbung nicht zurückziehen, werden wir, wenn es zu einer Volksbefragung kommt, den Steirerinnen und Steirern empfehlen, gegen diese Olympischen Spiele zu stimmen. Nichts anderes ist passiert, meine Damen und Herren. Ich habe vorher gesagt, Fata Morgana, und jetzt zitiere ich wieder den Harald Schaub aus der „Kleinen Zeitung“, er schreibt heute: „Hoch, so sagen die in Atlanta beim OEC-Komitee vertretenen Fachleute, werden wir die Wahl zur Olympiastadt nicht gewinnen. Genauer, Graz wird sie sicher nicht gewinnen. Noch präziser: Die steirische Landeshauptstadt kommt auch gar nicht ins große Finale.“ Dann geht es weiter: „Auch, daß Schachner schon vor der Zeit die Fahne mit den fünf Ringen eingezogen hat, hat die Entscheidung der Bewertungskommission nicht beeinflusst. Wir kommen nicht zum Olympia-Zug, weil andere besser sind. Und das ist bekanntlich im Sport zwar keine Schande, doch das Entscheidende.“

Meine Damen und Herren, wir hätten auch gar nichts dagegen gehabt, wenn man uns sagt, die Sozialdemokraten sind schuld, daß wir diese Olympiade nicht haben. Aber es sehen Leute, die das durchaus objektiv sich anschauen, anders, und sie sehen auch die objektiven Fakten. Warum sind wir gegen Olympische Spiele? Ich sage Ihnen, weil es nicht zum Stil der Politik in diesem Lande paßt. Es paßt nicht zum Stil einer Politik, wo wir auf der einen Seite einen Rationalisierungs-Ausschuß haben. Das sind unsere Argumente, ich verstehe Ihre Argumente, ich kann sie aber nicht teilen, weil wir auf der einen Seite einen Rationalisierungs-Ausschuß haben, wo wir kleinen Zeitungsmachern draußen gesagt haben, lieber Freund, du bekommst nicht mehr 30.000 Schilling Presseförderung, sondern nur mehr 25.000 Schilling, weil wir das reduziert haben, und, und, und. Und es paßt nicht in dieses Land, wo eine Bundesregierung ein Sparpaket beschließt, mit dem wir eigentlich alle herinnen, wie wir sitzen, und das habe ich heute in einigen Wortmeldungen auch bei der ÖVP-Fraktion gehört, mit dem wir nicht glücklich sind. Weil es geht heute in der Politik und bei dem Zustand, in dem die

Politik ist, sehr darum, wie werden Entscheidungen, die wir treffen, akzeptiert von der Bevölkerung. Ich gehe nicht her und rechne auf und sage, na ja, wenn wir keine Olympiade haben, findet das ganze Sparpaket nicht statt. Geld hat kein Mascherl. Aber wir werden uns der politischen Diskussion stellen müssen, daß wir auf der einen Seite einer Familie, die mit 10.000 Schilling, 13.000 Schilling Einkommen – da gibt es sehr viele in der Steiermark – sagen werden, Freunde, ihr müßt 10 Prozent für die Schulbücher selber zahlen. Wir können uns das nicht mehr leisten. Der Staat kann sich das nicht leisten. Wir sagen ihnen, ihr müßt 10 Prozent von der Schülerfreifahrt selber zahlen. Wir können uns das nicht mehr leisten. Wir sagen einem Arbeitslosen, lieber Freund, 20 Schilling Familienzuschlag können wir uns nicht leisten für dich, für deine Kinder. Wir streichen erhöhtes Karenzgeld für alleinerziehende Mütter, wir reduzieren die Staffel für Mehrkinderfamilien und, und, und. Und das ganze sehen die Bürger, das ganze kommt auf die Bürger zu, und dann kommen wir gleichzeitig mit einem Projekt, das durchaus da und dort Vorteile haben mag, da und dort spannend ist, aber Milliarden kostet. (Abg. Dipl.-Ing. Vesko: „Siehst du, wie der Rationalisierungs-Ausschuß sogar bei euch zu wirken anfangt!“) Beispielgebend! Ich sage dazu, zur Budgetkonsolidierung, lieber Herr Klubobmann, wir werden uns dieser Diskussion noch viel – (Abg. Purr: „Du redest von Budgetkonsolidierung!“) Hast lange durchgehalten, Kollege Purr! (Abg. Kanduth: „So kann man nicht argumentieren!“) Aber, genau, Kollege Kanduth. (Abg. Kanduth: „Für mich ist es ganz klar, wenn Tirol oder Kärnten sich bewerben und Österreich den Zuschlag bekommt, dann zahlen wir auch für diese!“) Ich komme auch auf die Frage zurück, die ja sehr oft in die Argumentation eingebracht wird, daß man sagt, wenn sich die anderen bewerben, wird das ja einen Sinn haben. (Abg. Kanduth: „Alle anderen müßten trotz Sparpaket zahlen. Daher lasse ich deine Argumentation nicht gelten!“) Also, Kollege Kanduth, es gibt für mich zwei Argumente, weil sie immer wieder angeführt werden. Es muß einen Grund haben, daß sich andere auch bewerben. Ich sage dir ein Beispiel dazu. Nicht alles, was andere machen, muß gut sein. (Beifall bei der SPÖ.)

Ich bin in einem kleinen Ort in der Obersteiermark aufgewachsen. Das höchste Ziel des dortigen Bürgermeisters war es, ein Haus mit fünf Stockwerken zu bauen, weil der andere hatte nur ein Haus mit vier Stockwerken. Ziel war es immer, ein höheres zu bauen. Ich kann mich erinnern, daß zum Beispiel die Verkehrsphilosophie die war, jedes Auto muß mitten in die Stadt hineinfahren, dort fahren wir im Kreis herum, um einen Parkplatz zu haben. Alle anderen Städte haben das nachgemacht. Man ist dann zum Schluß draufgekommen, daß das nicht unbedingt das Gescheiteste ist. Ich glaube, man sollte aufpassen, diese Beispiele heranzuziehen. (Abg. Kowald: „Das ist genauso, daß man zuerst alles verspricht, und dann kommt man darauf, daß man es nicht bezahlen kann!“) Ich bitte Sie, einmal zur Kenntnis zu nehmen, daß wir Argumente haben. Du mußt sie nicht teilen, aber nehme sie einmal zur Kenntnis. (Abg. Kowald: „Das Wirtschaften war nie euer Fach. Weißt du, was passiert ist? Ihr ward Zweiter, und das ärgert euch!“ – Abg. Trampusch: „Das ist ein gutes Argument. Das höre ich

nicht das erste Mal!“) Darf ich wieder weitersprechen? Meine Kollegen von der ÖVP, ihr müßt dieses Argument nicht teilen. Unser Argument ist, daß in einer Zeit, wo das und das eingespart wird, die Leute kein Verständnis dafür haben, wenn das Geld für Olympia ausgegeben wird. Ich verstehe diese Leute. (Abg. Schinnerl: „Ihr habt keine Ahnung!“) Wenn ihr anderer Meinung seid, akzeptiere ich das, und ich verstehe das aus eurer Sicht auch. Aber akzeptiert, daß wir eine andere Meinung haben!

Ich komme zu den Kosten, die in den offiziellen Bewerbungsunterlagen ausgewiesen sind: Das Budget beträgt etwa 13 Milliarden Schilling. Abzüglich der Einnahmen kommen wir auf 7500 Millionen Schilling, die in etwa aus dem öffentlichen Bereich zugeschossen werden müssen. In diesen 7500 Millionen Schilling, die zugeschossen werden müssen, sind eine Reihe von Investitionen drinnen, die sinnvoll sind, die man machen kann und die in Ordnung sind. Es sind aber auch eine Reihe von Investitionen drinnen, bei denen man bei der Bevölkerung mit Widerstand wird rechnen müssen – und zu Recht mit Widerstand rechnen wird müssen. Ich könnte euch das reihenweise aufzählen. Schladming – Zweitdorf, ist schon gefallen, 1500 Container aufgestellt, weg. Bobbahn – 350 Millionen Schilling – wieder weg, und so weiter. Ich will aber nicht, daß das eine polemische Geschichte wird, sondern ganz konkret: Wenn wir auf der einen Seite den Leuten das Geld wegnehmen müssen und ihnen glaubwürdig sagen, Freunde, wir können uns das nicht leisten, dürfen wir von den Leuten nicht verlangen, daß sie auf der anderen Seite verstehen, wenn wir das und das hinstellen, was soundso viel kostet. Das ist eben auch notwendig für Olympia, und daran werden wir nichts ändern können. Ich stelle die Kosten insgesamt in Frage, meine Damen und Herren. Ich traue mich zu behaupten, daß wir mit den 13 Milliarden Schilling nicht auskommen werden. Ich sage Ihnen drei Beispiele dafür.

Das erste Beispiel: In den Bewerbungsunterlagen sind 200 Millionen Schilling für zwei Eishallen in Graz ausgewiesen. Ich bin gespannt, wie wir mit 200 Millionen Schilling zwei Eishallen bauen werden, wenn wir gleichzeitig wissen, was die Renovierung des Liebenauer Stadions kostet, wenn wir wissen, was Grundstücksablösen kosten, und so weiter. Das zweite Beispiel: Die TU Graz hat die geplante Bob- und Rodelbahn untersucht und ist draufgekommen, daß sehr viele Voraussetzungen, unter denen man glaubt, die Bob- und Rodelbahn bauen zu können, nicht erfüllt sind. Man geht davon aus, daß das teurer werden wird. Ich glaube deswegen, daß es teurer werden wird, weil alle bisherigen Erfahrungen gezeigt haben, daß immer zwischen den Bewerbungskosten und dem, was nachher tatsächlich kommt, ein großer Unterschied ist. Das ist wahrscheinlich überhaupt systemimmanent bei diesen Großveranstaltungen. Ich unterstelle niemandem, daß er bewußt hier etwas Falsches hineingeschrieben hat. Aber wenn ich mir die ganzen Bauten anschau, wenn ich mir die ganzen Großprojekte bisher anschau, wäre das wahrscheinlich das erste Großprojekt, wo die Einreichungskosten gleich sind mit den tatsächlichen Kosten nachher. Sagen wir das den Leuten, und diskutieren wir das. Das ist einer der Gründe, wieso wir sagen, sind wir

vorsichtig, passen wir auf. Und der Grund, international gesehen, meine Damen und Herren: Lillehammer hat 2 Milliarden Kronen bei der Einreichung ausgewiesen: Es sind dann ein paar Jahre später 7 Milliarden geworden.

Wie bezahlen wir das ganze? Vom Bund gibt es eine Zusage. Jetzt glaube ich, können wir es uns alle ersparen, und vor allem die Kollegen der ÖVP-Fraktion und die Kollegen der SPÖ-Fraktion, über die genaue Bedeutung einer Bundeszusage, die noch dazu nicht einmal in irgendwelche Zahlen gegossen ist, uns heute hier zu unterhalten. Aber welche Kosten wird der Bund tatsächlich tragen? Wir wissen, daß der Abgang 6, 7 oder 8 Milliarden Schilling sein wird, daß das von der öffentlichen Hand aufzubringen ist. Gehen wir aber einmal davon aus, daß der Bund die Hälfte bezahlt davon – eine optimistische Annahme. Wie finanzieren wir den steirischen Beitrag, die 4 Milliarden Schilling, die dann zu zahlen wären? Wir haben einen Antrag beschlossen, in dem drinnensteht, es muß klargestellt werden, welche Kosten der Steiermark erwachsen. Reinhold Lopatka, ich habe mir die Studie sehr genau angeschaut. Es tut mir leid, und es wäre vielleicht besser, wenn wir die gesamte Studie schon hätten, weil, wie ich höre, die 30 Seiten nur eine Kurzfassung sind. Es soll aber etwas Längeres geben. Ich habe mir das aber ehrlich angeschaut, denn es muß ja Überlegungen geben, wie finanziere ich das. Und da steht, unter II. Szenarien, in dieser Studie des Dr. Steiner und des Dr. Thöni drinnen – vier Szenarien. Ich erspare mir das auf Grund der Zeit, Ihnen das im Detail vorzulesen. Es heißt in etwa so: „Szenario eins. Die Winterspiele werden budgetneutral finanziert. Das heißt konkret, alles, was für die Winterspiele ausgegeben wird, das ist nicht unser Vorwurf oder so etwas, das ist das Szenario des Dr. Steiner, jegliche zusätzliche Olympia-Ausgaben der öffentlichen Hand werden woanders (entweder in anderen Bereichen oder in anderen Regionen) eingespart. Das ist ein Szenario eins.“

Das zweite Szenario: Hier werden die einzelnen Budgetteile unterschiedlich finanziert. Die im Budget vorgesehenen Ausgaben, Organisation, Olympia-Investitionen, und so weiter, werden budgetneutral finanziert also durch Einsparungen. Das sind immerhin aus dem Budget heraus 6 Milliarden Schilling. Ich frage Sie, glauben Sie realistisch, daß wir das zusammenbringen? Ich sage Ihnen, ich glaube es nicht. Der Rest der Ausgaben wird als sogenannte Infrastrukturverbesserungen vorgezogen. Das heißt aber, sagen die Verfasser dieser Studie, es ergeben sich dadurch bis 2002 zusätzliche expansive Effekte, die allerdings ab diesem Zeitpunkt zu Entzugseffekten werden – ist kein böser Roter, ist kein beleidigter Roter, weil ich glaube, weder dem Steiner noch dem Thöni kann man vorwerfen, Rote zu sein. Das steht aber drinnen. Szenario 2b: Hier werden die vorgezogenen Infrastrukturinvestitionen, sprich Eisenbahn- und Straßenausbau, als ohnehin zu tätige Investitionen, somit als nicht olympiabedingt, angesehen und nicht beachtet. Da dies über 15 Milliarden Schilling ausmacht, wird dadurch der expansive Effekt stark eingeschränkt – wieder Thöni, wieder Steiner. Szenario 3 geht davon aus, daß die im OCOG-Budget vorgesehen Ausgaben der öffentlichen Hand

nicht budgetneutral, wie im Szenario 2, sondern durch zusätzliche langfristige Verschuldung erfolgen. Die Infrastrukturausgaben werden zunächst durch Verschuldung finanziert, ab 2002 jedoch wieder eingespart – wieder Thöni, wieder Steiner. Ich frage Sie, glauben Sie wirklich, daß wir das einsparen können? (Landeshauptmannstellvertreter Klasnic: „Eine objektive Studie!“) Ich sage ja. Umso mehr, Frau Landeshauptmannstellvertreterin, bitte ich zu akzeptieren, daß, wenn die Leute, denen Sie vertrauen, dieses Szenario hineinschreiben, wir das ernst nehmen und sagen, wie schaut es dann aus, und wie kommen wir zusammen. (Landeshauptmannstellvertreter Klasnic: „Sie müssen abwägen und das Gute gegenüberstellen!“) Und der Punkt 4 a berechnet die Wirkungen unter der Annahme, daß alle Ausgaben der öffentlichen Hand durch langfristige Verschuldung finanziert werden. Da damit diese Ausgaben zur Gänze zusätzlich anfallen, sind dabei naturgemäß die stärksten expansiven Wirkungen, allerdings auch die größte Verschuldung, zu erwarten.

Meine Damen und Herren! Das sind Szenarien, mit denen wir uns auseinanderzusetzen haben. Und es war wieder kein böser Roter, sondern das waren die, die diese Studie gemacht haben. Wir kommen zum Schluß. Es gibt noch einen Teil aus der Studie, bei dem mir ein bißchen Angst und Bange geworden ist, weil ich sage und mir eigentlich alle bestätigen, die in diesem Bereich tätig sind, daß es wahnsinnig schwer ist, tatsächlich zu berechnen, wie der Umwegnutzen ausschaut, wie die Umwegrentabilität ausschaut. Man geht von Annahmen aus, man hofft, man erwartet, daß es etwas einbringt, kann das aber auch sicherlich nicht sagen, und auch das steht in dieser Studie drinnen. Ich zitiere: „Diese Ausgaben (und Einnahmen) fallen in unterschiedlichen Zeiträumen an, sind in unterschiedlichem Ausmaß olympiabedingt, können je nach Art ihrer Finanzierung unterschiedliche Konsequenzen für die Verschuldung der öffentlichen Hand haben und rufen unterschiedliche expansive und restriktive Wirkungen hervor.“

Meine Damen und Herren, ich sage Ihnen das, weil das in einer Studie steht, der Sie glauben, und weil das durchaus nicht nur positive Aspekte drinnen sind, sondern auch Dinge drinnen stehen, die wir aus unserer Sicht sehr ernst nehmen und warum wir einiges in Frage stellen.

Ein zweiter Punkt zu dieser Studie: Frage Umwegrentabilität. Sie gehen davon aus, daß wir 800.000 zusätzliche Nächtigungen haben werden im Jahr der Olympischen Spiele. Ich gehe davon aus, daß in der gesamten Olympia-Region rund 53.000 Betten sind, wenn man das zusammenrechnet. Da sind aber auch drinnen die Erholungsheime der Pensionsversicherung, Schutzhütten und anderes mehr. Wir müssen auch sehen, daß der Feber in der Steiermark, meine Damen und Herren, jener Monat ist, wo die Bettenauslastung die größte ist, und daß wir nicht davon ausgehen können, daß alles, was zusätzlich hereinkommt, tatsächlich zusätzlich ist, weil wir freie Kapazitäten belegen, sondern in Wirklichkeit das Problem haben, daß wir gerade da die Energieferien haben und das alles drinnen haben und somit ein Verdrängungswettbewerb kommen würde, der zwar wahrscheinlich im Preisniveau ein bißchen etwas

bewirkt, aber sonst in Wirklichkeit durchaus auch negative Effekte hat. Ich sage zusammenfassend, meine Damen und Herren, wir akzeptieren, daß es Leute gibt, die glauben, daß die Olympischen Spiele positive Effekte haben und etwas bringen. Wir sagen dazu, daß die Zeit und die Umstände, in der wir jetzt Politik machen, die Akzeptanz für Olympische Spiele massiv verschlechtert haben. Ich sage es noch einmal: Auf der einen Seite sagen wir denen, wir können uns das nicht leisten, auf der anderen Seite wollen wir ihnen weismachen, daß wir uns das andere leisten können. Wir sind dagegen, weil wir glauben, daß die Kosten und Nutzen in keinem Verhältnis stehen, das wir in Wirklichkeit kalkulieren können und daß wir uns auf ein solches Projekt einlassen können. Wir sind angesichts der Situation, die auch andere Winterspiele gebracht haben, zu dem Schluß gekommen, daß wir das nicht unterstützen. Das ist überhaupt keine Kampfansage, das ist überhaupt kein Auseinanderdividieren, sondern es ist in Wirklichkeit die Sorge, daß dieses Projekt in dieser Zeit von den Leuten nicht mitgetragen wird.

Der Kollege Schützenhöfer – ich komme zum Schluß, meine Damen und Herren – hat in einem Zwischenruf gesagt, sagt endlich einmal, wofür ihr seid. Ich mache Ihnen ein sehr konkretes Angebot. Wenn man den Herrn Schaub liest, wenn man auch mit Leuten redet, die sich im olympischen Komitee auskennen, wenn man mit Journalisten redet, die bei vielen Olympischen Spielen waren, können wir davon ausgehen, daß wir 2002 diese Olympischen Spiele nicht bekommen. Darüber gibt es ein großes Einverständnis. Wir können hoffen, wir werden zumindest in acht Monaten wissen, kommt's oder kommt's nicht. Wenn es nicht kommt, wird es nicht gut sein, wenn wir uns hinsetzen und sagen, es war nichts, warten wir, daß es vielleicht 2006 so weit sein wird, oder warten wir, daß es 2010 so weit sein wird, sondern versuchen wir aus dem, wozu wir uns im Zuge dieser Debatte eigentlich gegenseitig bekannt haben, etwas Positives herauszuholen.

Ich bringe namens ein paar Kollegen meiner Fraktion einen Beschlußantrag ein, der sich in Wirklichkeit auf zwei konkrete Punkte bezieht. Wir wollen, daß – wenn diese Spiele nicht stattfinden – jene Kosten, die angefallen wären, wenn wir den Zuschlag bekommen hätten, die wir nicht budgetiert haben – das ist auch eine Besonderheit in diesem Budget –, zu denen sich aber offensichtlich die große Mehrheit dieses Hauses bekennt, nehmen wir einen Teil dieses Geldes her, wenn wir nicht drankommen, ob das jetzt in Lausanne der Fall ist, ob das der Fall ist, wenn eine Volksbefragung negativ ausgehen sollte. Ich bin zum Beispiel vom Abgeordneten Purr, oder war es der Abgeordnete Kanduth, ein bißchen überrascht, daß er davon ausgeht, daß das ganze jetzt nach Innsbruck geht. Innsbruck hat ja eine Volksabstimmung gemacht, und die ist negativ ausgefallen. Ich glaube, es ist ein bißchen eine gewagte Theorie, zu sagen, jetzt werden sie mit Hurra dort hineinmarschieren. (Abg. Kanduth: „Du weißt, daß die Sache Innsbruck eine völlig andere ist. Es ging um den Bürgermeister. Die Abstimmung in Innsbruck war klar. Das war eine Denkkettelgeschichte. Würden sie heute abstimmen, wäre es anders!“)

Meine Damen und Herren, ich mache einen konkreten Antrag, und ich bitte Sie, sich den zu überlegen. Ich bringe diesen Beschlußantrag einmal ein, der vorsieht, daß wir Teile der Kosten, die wir hätten, wenn wir drangekommen wären, dafür verwenden auf der einen Seite ein Signal für den Breitensport zu setzen, indem wir hergehen und jedem Dachverband in der Steiermark 5 Millionen Schilling zur Verfügung stellen, erstens. Zweitens, daß wir hergehen und jenen vielen Veranstaltern in der Steiermark, die durchaus heute auch schon vom Sportlandesrat, von den Gemeindereferenten, von der Wirtschaftsförderung, vom Fremdenverkehr und so weiter gefördert werden, einen Teil dieses Geldes dafür geben, um jenen Sportveranstaltern das Risiko abzudecken, das sie haben, sie zu ermuntern, etwas zu machen.

Ich sage Ihnen zwei konkrete Beispiele. Der Hans Bacher sitzt in der zweiten Reihe. Der WSV Murau hätte die Möglichkeit gehabt, für ein ausfallendes Weltcuprennen in der nordischen Kombination einzuspringen. Es ist in Wirklichkeit daran gescheitert, daß in der Kürze es nicht möglich war, daß wir 350.000 Schilling oder 400.000 Schilling zusammengebracht haben, die notwendig gewesen wären, um das durchzuführen. Es war auch vor allem das Problem, daß es hätte sein können, daß es zum Regnen anfängt oder daß sonst irgendetwas passiert, und dann wären die Veranstalter dort gestanden, hätten das Geld investiert und hätten nichts hereinbekommen. Benützen wir einen Teil des Geldes dafür, jenen Veranstaltern eine Art Haftung zu geben, sie zu ermuntern, Veranstaltungen zu machen, die international durchaus beachtet sind. Da gibt es sehr viele Beispiele.

Ein zweites Beispiel aus Murau, ist auch kein roter, ist ein FPÖ-Gemeinderat, der das Moto-Cross-Rennen seit vielen Jahren durchführt und macht. Der sagt dem Bertl Weilharter und mir, ja Freunde, wenn ich ein paar 100.000 Schilling bekomme, mache ich dort oben jedes Jahr einen Moto-Cross-Weltmeisterschaftslauf. Das ist eine gewachsene Struktur, die kennen sich aus, die können das organisieren. Helfen wir den Leuten, diese Veranstaltungen durchzuführen. Ich glaube, daß man dann mit dieser ganzen Diskussion wirklich einiges bewirkt hätte. Ich lade Sie dazu ein, diesem Antrag beizutreten. (Beifall bei der SPÖ. - 20.38 Uhr.)

Präsident: Der nächste Redner ist der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Vesko. Ich bitte ihn, das Wort zu ergreifen.

Abg. Dipl.-Ing. Vesko (20.38 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Ich habe eigentlich nicht die Absicht gehabt, noch einmal zu Olympia zu sprechen, nachdem ich das gestern schon im Rahmen des Tourismus getan habe. Aber es bleibt mir nicht erspart, zu den Ausführungen meiner Vorredner doch einiges zu sagen.

Kollege Dörflinger, du hast es so dargestellt zum jetzigen Zeitpunkt, daß wir beschlossen haben, die SPÖ hat gesagt, ziehen wir doch zurück, und belasten wir nichts, und geben wir das Geld, nachdem wir sparen müssen, in anderen Bereichen aus. Und dann haben wir auch gehört, daß ihr Argumente habt, warum ihr diese Olympischen Winterspiele nicht wollt.

Ich kann manchen dieser Argumente sogar etwas abgewinnen. Nur, eines ist bitte grundfalsch. Diese Argumente, die ihr heute vorbringt, hättet ihr bitte zu dem Zeitpunkt vorbringen sollen, wo es darum gegangen ist, die prinzipielle Entscheidung zu treffen, sich zu bewerben oder nicht. (Beifall bei der FPÖ und ÖVP. - Abg. Vollmann: „Der Landtag ist nicht gefragt worden!“) Lieber Heinz Vollmann, rede dich jetzt nicht auf den Landtag aus. Es sind in der Regierung sehr wohl die entsprechenden Beschlüsse gefaßt worden, und nicht vom Herrn Landesrat Hirschmann alleine, sondern es ist eine ganz klare Willensäußerung aller drei Fraktionen gewesen, sich zu bewerben, und zwar einstimmig. (Abg. Dörflinger: „Darf ich einen kurzen Zwischenruf machen?“) Bitte gerne. (Abg. Dörflinger: „Man hat mir bei der letzten Debatte vorgeworfen, daß ich dagegen bin. Als ich sagte, daß es zwischen 10 und 15 Milliarden kosten wird, hat es geheißen, das sind Zahlen aus dem Traumbücher!“) Darf ich noch einmal etwas dazu sagen. Wir haben doch im Zusammenhang mit dieser Bewerbung klare Richtlinien von der Regierung auf den Tisch bekommen, die gelautet haben: Wir bewerben uns jetzt, wir geben diese Bewerbung ab, ein Großteil der Arbeiten für diese Bewerbung wird im Haus gemacht und somit kostenreduzierend. Es war bitte auch klar definiert, was die betroffenen oder die betrauten Gemeinden an finanziellen Leistungen miteinzubringen haben. Die Stadt Graz - glaube ich - 3,5 Millionen, bis Mitterndorf 400.000 Schilling und je nach Größe der Beteiligung, haben wir gesagt, und dann bewerben wir uns, und diese Bewerbung läuft in Phasen ab.

Die erste Phase wäre am 24. Jänner fällig, wo sich die Frage erhebt, ob wir unter die letzten vier hineinkommen. Dann hat es geheißen, wenn wir unter diese letzten vier hineinkommen, werden wir die Kosten ermitteln und den Bürger fragen. Ich habe das gestern sehr klar erläutert, und ich glaube, wir sind hier einer Meinung. Es geht mir aber nicht in den Kopf hinein, daß ich die Chancen einer Bewerbung zu einem Zeitpunkt torpediere, wie er jetzt ist, wo ich in einem Monat oder sprich in fünf, sechs Wochen klar und deutlich am Tisch habe, ob es einen Sinn hat, sich weiter zu bewerben, oder nicht, und dann habe ich wiederum eine neue Phase, wo ich alle meine Argumente vorbringe. Ich muß dir ganz ehrlich sagen, wenn ihr zu dem Zeitpunkt gesagt hättet, liebe Freunde, wir können uns diesem Gedanken nicht anschließen, wir können diesen Olympischen Spielen beziehungsweise der Bewerbung dafür nichts abgewinnen, dann hätte man sehr wohl überlegt, ob man in einem Lande, wo immerhin die sozialdemokratische Fraktion, und ich sage, noch über mehr als 30 Prozent verfügt, durchaus ins Kalkül ziehen müssen, auf eine Bewerbung zu verzichten, weil es selbstverständlich ein Manko ist, und das wissen wir aus der Vergangenheit, daß dort, wo keine Einigkeit war in Richtung einer Bewerbung, die Bewerber an sich nie zum Zug gekommen sind. Das ist das Bedauerliche an der ganzen Situation. Wenn ihr das damals schon gewußt hättet, daß ihr das nicht wollt, oder es schon gewußt habt, dann war das, was ihr heute hier und in den letzten Tagen und Wochen erklärt habt, eine grob fahrlässige Handlung gegenüber dem Land Steiermark. (Beifall bei der FPÖ und ÖVP.)

Jetzt gehe ich dorthin, wo ich sage, ich bin mit euch. (Landesrat Ing. Ressel: „Schauen Sie, die Schwierigkeit war, daß wir zu einem Zeitpunkt zur Entscheidung aufgerufen waren, als keine Unterlagen vorhanden waren, und es ist uns darum gegangen, nicht eventuelle Chancen für die Steiermark zu verhindern. Hätte man vorher die Unterlagen erstellt, dann hätten wir uns damals den Beschluß in der Regierung erspart!“) Ich kaufe aber nicht die Hochzeitsgeschenke ein, bevor ich die Braut kennengelernt habe, Herr Landesrat. Wir haben ja auch nicht vom Heiraten gesprochen, sondern wir haben gesagt, liebe Freunde, und jetzt sage ich das noch einmal, wir bewerben uns bis zu dem Punkt, wo wir unter die letzten vier kommen. Und dann gibt es ein neues Spiel, „a new ball game“. Ich kann mich noch genau erinnern, wie wir gesagt haben, dann werden wir schauen, was die Kosten ausmachen. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Die Kosten für die Brautschau!“) Alles, was wir ausgegeben haben und was wir fixiert haben, war, die Kosten für die Bewerbung bis zum 24. Jänner. Und genau in diesen Zeitpunkt hinein habt ihr eine Handlung gesetzt, die mir unverständlich ist, weil sie kontraproduktiv ist. Es sind nämlich tatsächlich jetzt die Kuh und das Kalb hin. Ich bin überzeugt davon, daß das einen sehr wesentlichen Einfluß gehabt hat. Ich erinnere mich noch an einen Besuch unterschiedlichster Kommissionen, die sich die Sportstätten angeschaut haben, und, und, und. Ich kann mich auch noch erinnern anlässlich eines Empfanges in der Burg, wie wir dort mit den Olympischen Funktionären gesprochen haben, und ich habe das Vergnügen gehabt, nachdem ich auch der englischen Sprache kundig bin, weil ich manchmal glaube, man müßte in dem Haus auch englisch reden, weil manche Herren sowieso nicht verstehen, um was es geht, daß man dort sagt, wie schaut das aus, wollt ihr das haben, sind die Leute dahinter. Das war immer wieder eine Entscheidung, die wir auch, und das muß ich auch dazu sagen, von Anfang an als solche gesehen haben. Daher noch einmal: Hättet ihr damals gesagt, wir sehen hier keine Chance drinnen, und wir gehen da nicht mit, dann wäre das eine Ausgangssituation gewesen, wo man sich ernsthaft überlegen hätte müssen, ob man die Bewerbung überhaupt abgibt. Soweit diese Situation.

Ich sage aber etwas anderes, nachdem ich die gesamtpolitische Situation betrachte, so sehr ich mich darüber freue, daß ihr endlich auch draufgekommen seid, daß Sparen keine schlechte Idee ist. Nur, sparen wir bitte dort, wo es richtig ist, und dort, wo es notwendig ist, und nicht dort, wo man schon das Geld ausgegeben hat. In der zweiten Phase können wir darüber reden. Vielleicht hätten wir uns für die Sommerspiele bewerben sollen. Da gibt es nämlich einen Bewerb, das ist das Zick-Zack-Laufen. Vielleicht hättet ihr das besser beherrscht. (Abg. Trampusch: „Wenn wir schon fachsimpeln: Es gibt auch einen Winterbewerb – das ist der Phantomschilauf!“) Ich bin leider sportlich nicht so wendig.

Ich darf jetzt zu dem Punkt zurückkommen, den der Kollege Dörflinger angeschnitten hat, wo es um Geld für den Breitensport geht. Da bin ich deiner Meinung, Kollege Dörflinger. Es ist sicherlich sinnvoll, in diesen Bereich zu investieren. Wir haben das heute gehört,

und Kollege Lopatka hat auch davon gesprochen. Ich habe zwar keine Zeitungsartikel mit, aber ich könnte vielleicht noch ein paar finden. Wir haben auch schon ein kleines Archiv, aber es ist noch bescheiden. Wir werden es aber auch noch verbessern. Ihr gebt uns auch viel Gelegenheit dazu, etwas aufzunehmen. Man hat gesagt, Sport ist wichtig, Sport ist wichtig für die Jugend. Es ist aber nicht nur der Sport allein, sondern überlegen wir einmal, welche Impulse auf das Sportgeschehen und das Sportbewußtsein der Jugend Großveranstaltungen ausüben. Ich rede jetzt nicht mehr von den Olympischen Spielen. Veranstaltungen, wie eine Weltmeisterschaft im Schifahren, haben sicherlich einen Boom im Schifahren gebracht. Denken Sie nur daran, welchen Boom die Übertragung vom Basketballspiel im Fernsehen auf die Jugend hat. Wir haben heute Basketball als einen Jugendsport in einer Dimension, wie wir ihn vorher nie gehabt haben. Wir haben gesehen, wie sich Tennis entwickelt hat. Das sind doch alles Bewegungen, die auf Grund von Großveranstaltungen entstanden sind, die wir gehabt haben, weil die Leute auch gesehen haben, was damit verbunden ist. (Abg. Trampusch: „Sind das Olympische Bewerbe, die du da nennst?“) Nein, das sind keine, und haben auch mit dem Winter nichts zu tun. (Abg. Trampusch: „Schaubewerbe!“) Basketball sicher, Tennis in der Zwischenzeit auch. Seitenhüpfen auch schon. Alles ist schon Olympischer Sport geworden in der Zwischenzeit. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Ja, dagegenzusein!“) Du bist an und für sich nur berechtigt zu sprechen, wenn andere reden, und nicht, wenn ich rede. Ich bin, durchaus mit dem Kollegen Dörflinger einer Meinung, daß es sinnvoll wäre, sich ein Instrumentarium zu schaffen, um Veranstaltungen dieser Art eine Hilfe zu geben, die einen Start brauchen, wobei es ja interessant ist, daß die Veranstalter, wenn es zum ersten Mal stattfindet, finanzielle Probleme haben. Beim zweiten Mal ist es schon leichter. Die meisten Veranstalter sind beim dritten oder vierten Mal schon hoch heraus. Weil die betroffenen Orte, die Leute und die Bürger jener Gemeinden, wo diese Veranstaltungen stattfinden, ja auch erkennen, daß da etwas drinnen ist, und selbst ganz unbewußt jenes Phänomen „Umwegrentabilität“ durchaus erkennen und auch schätzen und dann auch bereit sind, im kleineren und bescheideneren Maße an der Veranstaltung mitzupartizipieren, zu sponsern, und dann kann man diese Veranstaltungen durchaus auf eigenen Füßen lassen. Ich bin zwar nicht ganz deiner Meinung, daß man jetzt einen Antrag machen sollte, was man später einmal finanzieren soll, sondern ich glaube, daß wir – (Abg. Dipl.-Ing. Chibidziura: „Pool!“) einen „Pool“, danke, daß du mir ein deutsches Wort zugeworfen hast – machen, wo wir Spielkapital haben, daß wir bei verschiedensten dieser Veranstaltungen, du hast von Moto-Cross- und Langlaufveranstaltungen, von Sprunglaufveranstaltungen gesprochen, auch manchmal vielleicht von etwas weniger attraktiven Sportarten, von denen wir nie gewußt haben, daß sie so viele Zuschauer anziehen können. Denken Sie an den Langlauf in Norwegen. Ich war begeistert davon, und ich sage das immer wieder. Wir schaffen damit ein Instrumentarium, um diese Veranstaltungen aufzupeppeln, daß sie sich schlußendlich selbst erhalten können und auch der Jugend durch diese Spitzensportler ein Leitbild in den Sport-

arten geben. Und da bin ich durchaus bereit, das jetzt nicht klassisch nach Turnen, Steinwerfen und sonstigen aufzugliedern, sondern sehr wohl auch Motorveranstaltungen und anderes mit hinein-zunehmen. Dafür habe ich Verständnis, und dafür würde ich auch plädieren. Ich kann auch zusichern, daß meine Fraktion sich sicherlich dazu entschließen und bekennen wird und das auch tun wird. Ich möchte nur nicht das Budget schon wieder damit belasten, daß wir einen neuen Antrag stellen, wieviel Geld wir im nächsten Jahr für das ausgeben, weil jetzt haben wir das Sportbudget noch gar nicht beschlossen. Haftung ist ein Faktor, und ich habe das gestern auch in der Wirtschaftsdebatte gesagt, und ein Instrumentarium, das uns sehr viel helfen kann. Die Frau Landeshauptmann, leider ist sie jetzt nicht da, weiß, wie schwierig es ist, bei Subventionen das Kapital zu haben.

Bei Haftungen kann man sich ein bißchen freispielen und das Geld, was wir uns Dank eurer Aktion bei den Olympischen Spielen und der Bewerbung dazu erspart haben, werden wir beileibe nicht in der Dimension auszugeben haben, die vielleicht auf uns zukommt oder zugekommen wäre, möchte ich beinahe schon sagen, so daß wir uns langsam aber sicher wieder von dem Gedanken Olympia verabschieden dürfen und das bescheidene Gerstl, das wir dann für den Sport noch zur Verfügung haben, in einen Dornröschenschlaf zurückfallen lassen, den wir uns eigentlich mit dieser sportlichen Vision – und ich bezeichne es nach wie vor als Vision –, aber auch als einen Impuls, daß wir uns dorthin zurückziehen und wieder „Schuster, bleib bei deinem Leisten“ vielleicht uns jener Position nähern, die wir auch im Konzert der Bundesländer einnehmen, das auch im sportlichen tun, nämlich wieder die rote Laterne übernehmen. Danke. (Beifall bei der FPÖ und ÖVP. – 20.52 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Schützenhöfer. Ich erteile es ihm.

Abg. Schützenhöfer (20.52 Uhr): Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Ich habe dem Herrn Abgeordneten Dörflinger sehr gut zugehört. Was mich wirklich betroffen macht, und ich habe mich selten geärgert, Sie machen etwas, und tun das nach außen hin ungerührt, Sie haben nicht einmal die Emotion, was vieles sagt, Sie machen etwas, was uns sicher nicht weiterbringt, wo ich gemeint hätte, daß diese Zeiten vorbei sind. Sie schüren Neid. Sie spielen Berufs- und Bevölkerungsgruppen gegeneinander aus, Sie spielen den Spitzensport gegen den Breitensport aus. Und, Herr Abgeordneter Dörflinger und meine Damen und Herren von der SPÖ, ich sage Ihnen eines, es ist eine Sache, wie man zu Olympia steht, aber gemeinsame Beschlüsse in der Landesregierung zu fassen und vier Wochen vor dem entscheidenden Tag im Vorfeld abzuspringen, in der miesesten Art Olympia schlecht zu machen, das hat dazu geführt, daß dieses Gesprächsklima im Lande, das auf einem Weg, einem bemühten Weg gewesen ist, daß es um eine Spur verbessert werden kann, radikal und nachhaltig wieder gestört wurde. Denn Sie haben mit dieser Entscheidung, gegen Olympia aufzutreten, gegen eine

Idee, die eine Vision war, die Realität hätte werden können, etwas zerstört, was Sie vorgegeben haben, daß Sie gemeinsam mit uns in einem Weg beschreiten wollen – aus rein parteipolitischer, leicht durchschaubarer, vordergründiger, konzeptreinsten Parteipolitik –, und ich sage Ihnen, das, was Sie gemacht haben, ist zumindest für die politische Zusammenarbeit in diesem Lande unverzeihlich. (Beifall bei der ÖVP.)

Es haben in den letzten Monaten Hunderte Leute mit Herz und Hirn, Tag und Nacht, in den Ämtern, in den Gemeinden, viele ehrenamtliche Sportler, Spitzensportler, Breitensportler, Sportfunktionäre, großartige Unterlagen erarbeitet, aber Sie haben unsere Chancen zunichte gemacht, weil Sie angetreten sind mit Ihrem Herrn Parteivorsitzenden Schachner-Blazizek an der Spitze, wieder einmal eine Idee schlecht zu machen, alles herunterzumachen, selber nur ja keine Idee zu entwickeln, aber kaputtzumachen, was andere im Interesse des Landes für das gesamte Land, und nicht nur für den Sport, vorhaben. Sie haben offensichtlich gesehen, 75 Prozent wollen, daß Landeshauptmann Krainer das nächste Mal wieder kandidiert, nur 17 Prozent wollen Schachner-Blazizek. Sie haben gesehen, daß Gerhard Hirschmann die Herzen der Jugend erobert. Das war Ihnen offensichtlich zuviel. Das halten Sie nicht aus, das hält Ihr Mann an der Spitze nicht aus. Auch wenn du lachst, Vollmann, du weinst innerlich, ich weiß es, das ist der eigentliche Punkt, denn Sie wissen ganz genau, meine Damen und Herren, Olympia heißt Zukunft, Olympia heißt Wachstum, Olympia heißt mehr Wohnungen, Olympia heißt Tausende neue Arbeitsplätze, Olympia heißt – und das ist der Grund, warum ich Ihnen das hier noch einmal sage – Olympia heißt auch für Betriebe mehr Gewinne, und mehr Gewinne heißt mehr Steuern, und nur durch mehr Steuern können wir das tun, was Sie immer als das Wichtigste ansehen, nämlich den Sozialstaat sichern. Mit Ihren Methoden der bloßen Umverteilung nicht erarbeiteten Geldes werden wir den Sozialstaat nicht sichern können, meine Damen und Herren. (Beifall bei der ÖVP.) Daher habe ich mich vor ein paar Tagen zu Wort gemeldet, als Sie – und heute hat es Dörflinger wieder getan – das Sparpaket auf Olympia gehetzt haben. Meine Damen und Herren, wer das Sparpaket auf Olympia hetzt, wer Olympia, wie Sie es heute wieder getan haben, gegen die Spitäler ausspielt, der betreibt Sozialabbau, meine Damen und Herren, denn was Sie in den letzten Jahrzehnten in diesem Lande mit Ihrer Wirtschaftspolitik in etwa bei der Verstaatlichten zustandegebracht haben, nur in der Steiermark seit 1970 von 36.000 auf 14.000 Arbeitsplätze, Verlust von 22.000 Arbeitsplätzen, 100 Milliarden haben wir in die Verstaatlichte gepumpt, am Ende standen also Milliardenverluste und Massenentlassungen. Ja, mit dieser Art von Politik werden wir die Zukunft und die Zukunft des Sozialstaates nicht sichern können, meine sehr geehrten Damen und Herren. (Beifall bei der ÖVP.)

Olympia, ein zusätzlicher jährlicher Wachstumsimpuls von 1,5 Prozent für die Steiermark erstens, zweitens zwischen 1995 und 2001 jährlich zusätzlich mindestens 1200, wenn nicht 3000 Beschäftigte, zusätzliche Produktion in Höhe von 2 bis 5,6 Milliarden, zusätzliches Einkommen in der Höhe von 1,6 bis

2,9 Milliarden Schilling. Ich sage Ihnen, meine Damen und Herren, eines noch in diesem Zusammenhang. Sie haben einen Absprung gesucht auch aus Ihrer Regierungspartei in Wien. Und Sie haben geglaubt, in der Kombination Sparpaket und Olympia sozusagen den richtigen Fuß erwischt zu haben. Ich kann Ihnen prophezeien, es ist wieder der linke Fuß, mit dem Sie aufgestanden sind, denn die Rechnung auch in den sozialpolitischen Fragen kann nicht aufgehen. Wir sagen seit Jahren, Herr Kollege Dörflinger, daß wir eine in die Tiefe gehende Diskussion über unseren Sozialstaat haben wollen, daß Sozialpolitik kein Selbstbedienungsladen für jedermann, sondern Hilfe für die kleinen Leute sein muß. Da brauchen Sie heute nicht daherkommen und von den Einkommen der kleinen Leute reden. (Abg. Dörflinger: „Sind Sie für das Paket oder nicht?“ – Abg. Purr: „Das ist dein Kurs, Dörflinger!“) Sie haben die Sozialpolitik jetzt entdeckt. Wo, Herr Abgeordneter Dörflinger und Herr Dr. Schachner-Blazizek, waren Sie 1984, als wir begonnen haben, den Mindestlohn zu propagieren, als wir gesagt haben, es muß bei den Einkommen eine Grenze nach unten geben? Da haben es fünf Jahre später der ÖGB-Präsident und der SPÖ-Bundvorsitzende und der Landesvorsitzende noch immer abgelehnt. (Präsident Dr. Klausner: Herr Klubobmann, Ihre Redezeit, die Sie mitbeschlossen haben, ist inzwischen abgelaufen. Darf ich darauf aufmerksam machen?“)

Dann komme ich zum Schluß und sage, das Gleiche gilt für die Fragen der Lohnpolitik, für die Fragen der Solidarabgabe, die Sie jetzt entdecken, die Sie vor einem halben Jahr in diesem Hause abgelehnt haben, als ich darüber gesprochen habe in bezug auf die älteren Arbeitnehmer, in bezug auf Maßnahmen für den zweiten Arbeitsmarkt. Also, erzählen Sie mir nichts von Sozialpolitik, und haben Sie wenigstens den Anstand, Argumente dafür zu finden, warum Sie gegen Olympia sind, und schieben Sie nicht den Sozialstaat vor, denn dort, wo wir heute sind, da haben uns Ihre Alleinregierungen hingebracht, und niemand sonst. (Abg. Trampusch: „Olympia-Teilnehmer sind sicher keine Sozialfälle!“) Bei der Olympiade, die ihr spielt, vielleicht schon. (Beifall bei der ÖVP. – 21.02 Uhr.)

Präsident Dr. Klausner: Zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Getzinger. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dipl.-Ing. Getzinger (21.02 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich habe die Ausführungen der Kollegen Lopatka, Klubobmann Vesko und Schützenhöfer durchaus mit Interesse verfolgt, insbesondere die Chronologie, die Herr Klubobmann Vesko hier zum besten gegeben hat. Diese Chronologie der Regierungsdiskussionen und Regierungsentscheidungen war durchaus interessant. Entscheidend ist für mich allerdings wirklich die Frage, kann denn überhaupt die Landesregierung ein Präjudiz schaffen im Hinblick auf die Ausgaben, Ausgaben in der Höhe eines zweistelligen Milliardenbetrages? Wir befassen uns hier im Landtag immer wieder mit Grundstücksverkäufen, wo es um ein paar hundert Quadratmeter geht, um ein paar hundert-

tausend Schilling, vielleicht um ein, 2 Millionen Schilling. Wir befassen uns aber nicht ausführlich mit der Frage der Abhaltung einer Winterolympiade – vor allem nicht rechtzeitig mit der Abhaltung einer Winterolympiade –, die einen zweistelligen Milliardenbetrag kosten soll. Klubobmann Vesko meint offenbar, daß das mit rechten Dingen zugeht. Ich persönlich bin der Ansicht, daß das nicht mit rechten Dingen zugeht. Ich persönlich bin der Ansicht, daß in einer solch entscheidenden Frage – für die Struktur des Landes Steiermark und für die Finanzen des Landes Steiermark – selbstverständlich sehr frühzeitig der Landtag zu befassen wäre. Ich persönlich halte das Vorgehen in dieser Frage für unverträglich mit der parlamentarischen Demokratie, mit der sich allerdings der Parteiführer von Klubobmann Vesko ohnehin nur sehr mangelhaft identifizieren kann.

Meine Damen und Herren! Landesrat Hirschmann hat vor einigen Monaten die Idee der Olympischen Winterspiele in die Welt gesetzt; wieder in die Welt gesetzt. Einige Wochen später ist diese Idee mutiert zu den „ökologischen Winterspielen“. Landesrat Hirschmann ist tatsächlich ein cleverer Verkäufer seiner Ideen. Das macht noch keinen guten Politiker aus, würde ich meinen. Er ist clever insofern, als etwas, was eigentlich von seinen Mitarbeitern, Marchner und Josel, als Klotz am Bein empfunden wurde, nämlich die Ökologie im Zusammenhang mit den Winterspielen, daß er diesen Klotz am Bein zu einem Vorteil macht, daß er daraus ein Verkaufsargument für seine Winterspiele macht. Diejenigen, die sich genauer mit der Sache Olympiade befaßt haben und die einigermaßen dem Ethos des Wissenschaftlers verpflichtet sind, etwa die Dozenten Gepp und Steiner, sehen und benennen die Probleme im Bereich Umwelt und Naturschutz. Steiner meint etwa in der vom Kollegen Lopatka zitierten Zusammenfassung einer Studie: „Auswirkungen gehen auch auf die soziale und natürliche Umwelt aus, mittels“, und das ist der dritte Spiegelstrich, „Ballungs- und ökologischer Effekte“. Das etwas holprige Deutsch ist nicht meines, sondern das entspricht dem Stil der Studie. (Abg. Dipl.-Ing. Vesko: „Es können nicht alle so informiert sein wie Sie!“) Es ergeben sich durch die Transportnotwendigkeiten während der Veranstaltungszeit zusätzliche Belastungen im Verkehrsbereich, Landschaftsbeeinträchtigungen durch den Sportstätten- und sonstigen Infrastrukturausbau. Die letzteren Auswirkungen haben allerdings nur mehr periphere wirtschaftliche Bedeutung, entziehen sich auch einer einigermaßen seriösen Quantifizierung. Diese Auswirkungen haben allerdings keine periphere ökologische Bedeutung, und ich würde meinen, die Quantifizierung ist mittlerweile kein wissenschaftliches Problem mehr. Ich würde Dozent Steiner empfehlen, sich mit seinen Kollegen Farmer und Kubin in Verbindung zu setzen. Umweltökonomie und Ökonometrie sind mittlerweile Stand der Wissenschaft. Es wäre ein leichtes gewesen, auch diese ökologischen Auswirkungen zu quantifizieren, in Heller und Pfennig auszudrücken, so daß man auch Klartext sprechen kann in diesem Bereich.

Was verbirgt sich hinter diesen etwas kryptischen Worten von Steiner?

Erstens: Es wird im Zusammenhang mit der Winterolympiade ein gewaltiges Waldopfer geben müssen. Die Vermeidung des Waldopfers aber ist genau jene unabdingbare Voraussetzung, unter der sich eine Reihe von Naturschutzorganisationen Olympia überhaupt vorstellen können. Ich zitiere aus dem Papier von Dozent Gepp, Institut für Naturschutz: „Grundsätze einer ökologischen Winterolympiade“. Hier wird unter der Kategorie 5 das Waldopfer kategorisch ausgeschlossen.

Zweitens: Mit Olympia wird eine gewaltige Leistungsspitze im Energieverbrauch verbunden sein, eine Leistungsspitze, wie gerade EVU sie fürchten. EVU scheuen weder Kosten noch Mühe, genau diese Leistungsspitze zu vermeiden. Die Leistungsspitzen, gerade im Winter – Kollege Frizberg, Sie können das wahrscheinlich bestätigen –, bedeuten den zusätzlichen Bau von kalorischen Kraftwerken, bedeuten teure Stromimporte, Stromimporte, die möglicherweise von jenen Schrottreaktoren kommen, wie Kollegin Karisch sie in ihrer Budgetrede erwähnt hat. Der zusätzliche Energieverbrauch heizt übrigens genau jenen Treibhauseffekt an, der das Wetter Kapriolen schlagen läßt. Der derzeitige Schneemangel ist auch hausgemacht. Um den Schneemangel wettmachen zu können, setzen wir Schneekanonen ein, die wiederum den Treibhauseffekt anheizen.

Einen dritten Effekt möchte ich noch etwas genauer beschreiben. Wintersportorte haben im Bereich des Baues von Kläranlagen ebenfalls ein Kapazitäts-, ein Leistungsspitzenproblem. Die Kläranlagen müssen ausgerichtet werden auf Vollbelegung der Betten. Selbstverständlich sind derartige Veranstaltungen, wie die Winterolympiade, dazu angetan, Kläranlagen noch mehr auszubauen, noch mehr auszurichten auf Leistungsspitzen. Dadurch werden enorme Kosten im Bereich der Veranstaltungsorte anfallen. Diese Kosten wären sogar sehr leicht zu quantifizieren gewesen. Steiner hat hier leider die Mühe gescheut.

Olympia wird mit gewaltigen Müllbergen verbunden sein. Diese Auswirkung wurde von Dozent Gepp, der, wie gesagt, den Umweltbereich bei den Bewerbungsunterlagen zu betreuen hatte, leider überhaupt nicht behandelt. Dozent Gepp gibt in diesem Bereich, um in der Tennissprache zu bleiben, „w. o.“ Er hat auch in der öffentlichen Diskussion offen einbekannt, daß er hier schlicht inkompetent ist und daß er hofft, daß in diesem Bereich, im Abfallbereich, andere Leute beauftragt werden mit der Bewältigung dieses Problems.

Fünftens: Olympia wird auf den Straßen Belastungsspitzen verursachen. (Abg. Tasch: „Schicken wir überhaupt alle Fremden fort!“) Prognostizierte Belastungsspitzen sind leider nach wie vor Ursache für den Ausbau von Straßen. Oder wollen Sie sich, Herr Landesrat Hirschmann, von der internationalen Presse im Rahmen der Berichterstattung über diese künftige Olympiade vorwerfen lassen, daß sich der Verkehr etwa im Ennstal staut? Ich nehme an, daß Sie sich das nicht vorwerfen werden lassen wollen. Ich kann mir gut vorstellen, daß der Schwenk im Hinblick auf die ennsnahe Trasse, den die ÖVP gestern vollzogen hat, durchaus auch schon etwas mit der Gesamtstrategie „Olympiade“ zu tun haben könnte – eine Vermutung. Ich jedenfalls bin skeptisch im Hinblick auf Ihre

Aussage, daß wegen Olympia keinesfalls auch nur ein Meter Straße gebaut werden wird. Wenn ich mir den Hochdruck ansehe, mit dem die Fachabteilung II b an der Planung der B 335 bei Pernegg arbeitet – auch hier geht es um eine Kapazitätsausweitung, auch dieses Straßenstück ist selbstverständlich olympiarelevant –, dann bin ich ebenfalls skeptisch im Hinblick auf Ihre verkehrspolitische Aussage zu Olympia. Wenn ich mir das Schweigen der ÖVP Steiermark hinsichtlich der Phantasien von Wirtschaftsbundobmann Gebell, Phantasien bezüglich der autogerechten Stadt Graz, ansehe, dann werde ich auch skeptisch, was Ihre verkehrspolitischen Ansichten zu Olympia betrifft, Herr Landesrat. Wir wissen, das geben die Studien über die Auswirkungen in Lillehammer wieder, daß es jedenfalls Verkehrsprobleme in den Austragungsorten geben wird. Die Antwort scheint zu sein, daß Graz zu einer autogerechten Stadt werden muß.

Meine Damen und Herren! Meiner Ansicht nach, und ich habe diese Ansicht bereits sehr frühzeitig vertreten, ist Olympia nicht umweltverträglich zu machen. Olympia lenkt uns ab von den wirklichen Problemen der Steiermark. Das Forcieren von Olympia ist nicht Politik, sondern ist das Simulieren von Politik.

Die ÖVP hat sich damit von der eigentlichen Aufgabe der Politik, nämlich der Gestaltung einer humanen, auf Nachhaltigkeit ausgerichteten Gesellschaft verabschiedet. Nicht von diesen Aufgaben verabschiedet hat sich die SPÖ, nicht von diesen Aufgaben verabschiedet hat sich ein kürzlich gegründetes überparteiliches Personenkomitee, das nein zu Olympia sagt. Diesem Personenkomitee gehören Wissenschaftler, Künstler und selbstverständlich eine Reihe von Mitarbeitern von Naturschutz- und Umweltschutzorganisationen an, auch meine Wenigkeit gehört diesem überparteilichen Komitee an. Ich persönlich würde mich sehr freuen, wenn die Mehrheit in diesem Haus wieder die Bewältigung der eigentlichen Aufgaben der Politik ins Zentrum rücken würde, Anlässe dazu, Herr Landesrat, Anlässe – und Sie sind ja ein anlaßbezogener Politiker – gäbe es sehr viel. Danke! (Beifall bei der SPÖ. – 21.12 Uhr.)

Präsident Dr. Klausner: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dr. Frizberg. Ich erteile es ihm.

Abg. Dr. Frizberg (21.12 Uhr): Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Ich bin eigentlich sehr dankbar, daß ich hier heute nach dem Kollegen Getzinger reden darf zu diesem Thema, weil zum Unterschied von seinem Vorredner aus der SPÖ nehme ich seine sehr persönlichen Argumente, die er gegen die Olympia-Idee hat, durchaus ernst. Ich wage zu bezweifeln, daß sie ident sind mit den vorgeschobenen Argumenten seiner sozialdemokratischen Kollegen. Aber die Frage, wie wir Olympische Spiele zustande bringen unter Berücksichtigung aller ökologischen Auswirkungen, das ist ein ernstes Thema, über das sich niemand hinwegschwindeln kann. Es ist ein ernstes Thema, das genau Gerhard Hirschmann besonders berücksichtigt wissen wollte, als er die Idee „Olympische Spiele für die Steiermark“ hier ernsthaft hat ausarbeiten lassen. Aber, Herr Kollege Getzinger, so wie Sie hier

argumentiert haben, haben Sie eigentlich nicht gegen Olympische Spiele argumentiert, sondern Sie haben argumentiert gegen den Ausbau der Infrastruktur für unser Land, Sie haben gegen den Ausbau der vorhandenen Straßenüberlegungen gesprochen, gegen den Ausbau auch sicherlich der Eisenbahninfrastruktur, die wir bekommen werden. Also gut, in diesem Bereich nehmen Sie das zurück. Auch was Graz betrifft – (Abg. Dipl.-Ing. Getzinger: „Das habe ich nie behauptet!“) Okay, ich nehme diese Klarstellung gerne zur Kenntnis. Also, die Eisenbahninfrastruktur, die immerhin mit über 10,7 Milliarden Schilling anlässlich dieser Olympiade zur Diskussion steht, wird von Ihnen durchaus begrüßt. Ich nehme das durchaus hier zur Kenntnis. Aber das, was Sie hier als Gegenargumente bringen, ist eine prinzipielle Frage, ob wir in diesem Land als Standort im Wettbewerb der Regionen einen Ausbau haben wollen, ob wir in diesem Land weiterkommen wollen, ob wir in diesem Land eine Infrastruktur haben wollen, die es uns ermöglicht, auch im Wettbewerb der Industrien, der Wirtschaft, der Arbeitsplätze Zukunft zu sehen. Das waren alles keine Argumente, die in Wahrheit gegen Olympische Spiele sprechen. Und wenn Sie von den EVU-Spitzen reden, ich danke Ihnen, Sie haben mich sehr persönlich hier angesprochen. Ein bißchen kenne ich mich da wirklich aus. Wenn es nur darum ginge, einmal in sehr langen Jahren eine Spitze abdecken zu können, dann kann ich Ihnen garantieren, werden wir Mittel und Wege finden, das auch ökologisch zu machen. Diese einmalige Spitze, die Sie hier befürchten, die können wir leicht in den Griff bekommen. (Abg. Dipl.-Ing. Getzinger: „Woher werden Sie den Strom nehmen? Aus der Steckdose?“) Was ich fürchte, ist allerdings, daß wir in der Infrastruktur nicht weiterkommen, wenn dieser Kristallisationspunkt Olympische Spiele nicht zum Tragen kommt.

Damit komme ich schon auf die Position der Sozialdemokraten in diesem Land zu sprechen, weil es eigentlich so sein müßte, daß alte Sozialdemokraten sich im Grabe umdrehen müssen angesichts dieser Position, die den Überlegungen, die Steiermark zu plazieren, das Image der Steiermark hochzuheben, eigentlich zuwiderlaufen und damit den vielen Arbeitsplätzen, um die es auch in Hintergedanken geht, weil für mich sind Olympische Spiele in erster Linie immer auch volkswirtschaftliche Überlegungen. Und in diesem Wettbewerb der Regionen – (Abg. Trampusch: „Herr Kollege, graben Sie nicht etwas tief mit Ihren Argumenten?“) Herr Kollege Trampusch, Sie kommen schon zu Wort, nehmen Sie mir nicht meine Zeit –, in diesem Wettbewerb der Standorte, der ins Internationale gerade jetzt auch wiederum geht, kommt mir die steirische Politik wie ein Fußballteam vor, in dem es um einen Streit um die Positionen im Team geht, wo dem Mittelstürmer dauernd von hinten, von den eigenen Leuten, ins Haxl gefoult wird und wo einzelne Mitspieler im Team versuchen, dem eigenen Tormann das Tor zu schießen. Ich glaube nicht, daß das für unseren Standortwettbewerb von Vorteil ist. Und das Ausspielen, Sparpaket oder Olympiade oder wie läßt sich das vereinbaren, zeigt ja, daß Sie bewußt hier mit völlig falschen Argumenten in die Diskussion gehen. (Abg. Gennaro: „Das letzte Wort hat der Bürger!“) Denn diese Chance, mit Olympia einen Ruck durch das Land gehen zu lassen, die Leute an einen

Strang zu bringen und zu sagen, ja, wir trauen uns das zu (Abg. Dr. Flecker: „Dazu brauchen wir Olympia!“), wir knüpfen hier bei Olympia an, wir bringen auch unseren Industriestandort, unseren Wirtschaftsstandort ein in die Frage, wie wir international dann dastehen werden, wenn vor, während und nach Olympiade international, ohne daß wir das bezahlen müssen, im Gegenteil, das ist ein Teil der Einnahmen, die Steiermark in den Mittelpunkt gerückt wird, wie sie noch nie in einem Mittelpunkt gestanden ist, in einem Mittelpunkt, den wir uns ja immer gewünscht haben, nicht für 14 Tage, sondern in der Gesamtauswirkung. Und wenn hier die Thöni-Steiner-Studie ausgerechnet hat, daß über Jahre hindurch sich das Wirtschaftswachstum der Steiermark – Sie wissen alle, daß wir stolz waren, wenn wir 1,5 Prozent Wirtschaftswachstum zustande gebracht haben –, über Jahre hindurch sich dieses Wirtschaftswachstum verdoppelt, dann kann ich nicht verstehen, daß die angeblich so um Arbeitsplätze bemühten Sozialdemokraten hier sagen, damit wollen wir nichts zu tun haben, nur damit unserem Mittelstürmer das Tor nicht gelingt. Das ist ja ein Schuß in den Rücken der eigenen Leute, das ist das, was mich so ärgert an Ihrer Haltung. (Beifall bei der ÖVP.)

Früher haben sich Sozialdemokraten Gedanken um Arbeitsplätze gemacht (Abg. Gennaro: „Heute auch!“), sind um jeden Arbeitsplatz gelaufen. Heute nehmen sie zur Kenntnis, daß jährlich zusätzliche 1200, 1300 Arbeitsplätze kein Thema sind für die Sozialdemokraten, kein Thema sind für Leute, die doch angeblich sich so um die Arbeitsplätze sorgen, daß 20 Milliarden insgesamt an zusätzlichem Volkseinkommen in der Steiermark durch die Olympischen Spiele kein Thema sind für die Sozialdemokraten (Abg. Gennaro: „Ich wäre schon froh, wenn wir die gefährdeten bestehenden Arbeitsplätze absichern könnten!“), nur weil es nicht gelingen darf, daß in der Steiermark die Olympischen Spiele stattfinden. Ich muß auch den Kollegen Getzinger fragen, Ihre Grundsatfrage zur Ökologie ist doch auch eine Frage, wollen wir Tourismus in der Steiermark haben, dann müssen wir uns auch zum Wintertourismus bekennen. (Abg. Dipl.-Ing. Getzinger: „Qualitätvollen ökologischen Tourismus, keinen Massentourismus!“) Einverstanden! Aber wenn Sie mir ein zweites Land zeigen können, das in den wesentlichen Voraussetzungen – wir haben Weltmeisterschaften bei den Alpenen gehabt, wir haben die nordischen Weltmeisterschaften in der Ramsau, es sind sehr, sehr wenige Sportstätten in der Natur draußen, die wir zusätzlich brauchen und die genau diese Ökologie, um die Sie sich so sorgen, beeinträchtigen würden, dann müssen Sie ja für diese Spiele sein, wenn Sie für den Tourismus sind. Wenn ich mir die Liste der EU-Projekte anschau, die hier eingereicht werden aus den verschiedenen Regionen, dann ist mir sogar eigentlich ein Zuviel an Tourismusanteil in den Projekten drinnen, wenn ich vergleiche mit Industrieprojekten und Gewerbeprojekten. Jetzt frage ich mich aber schon, gerade auch Sie als Sozialdemokraten sind für die Eisenerzer Ramsau aufgetreten. 600 Millionen hinein in die Natur geklescht, der Herr Getzinger weiß noch nicht, ob er dafür oder dagegen sein soll. (Abg. Gennaro: „Wir haben lange gebraucht, bis wir uns einig waren!“) Ehrt Sie!

Auch ich habe meine Frage, ob dieses 600-Millionen-Schilling-Projekt eine Chance hat. (Abg. Genaro: „Für die Eisenerzer schon!“) Ich habe eine Bitte, dort soll das in die Natur geklescht werden, ohne daß man weiß, wie man das verkaufen will, unter welchem Titel man das vermarkten will, unter welchem Titel man Leute herbringt. Und wir haben eine Olympiade, wo wir Tausende Arbeitsplätze schaffen können, wo wir langfristige Erfolge mit Wirtschaftswachstum und Arbeitsplätzen machen können, und da sind Sie dagegen. Wie lassen sich diese Positionen überhaupt vereinbaren? Ich kann mir das nicht erklären. (Beifall bei der ÖVP.)

Aus meiner Sicht ist die Studie des Innsbrucker Univ.-Prof. Thöni sogar übervorsichtig. Warum? Es sind nämlich zwei Effekte praktisch nicht berücksichtigt. Nummer eins, die Studie geht davon aus, daß es keinerlei zusätzliche private Investitionen gibt.

Ich meine, es ist auch dazugesagt worden, selbstverständlich erwartet man sich, daß es solche gibt, aber sie wurden nicht miteingerechnet. Das ist ein ganz wesentlicher, zusätzlicher Effekt, weil natürlich ein Investor dort seine Tauben dazugibt, wo schon Tauben sind. Das ist einmal so in der Wirtschaft, und das ist ein wesentlicher Anlaß sogar, hier in die Steiermark Investitionen zu bringen, ein zusätzlicher Effekt, der nicht berücksichtigt ist, ebenso wie die Frage der gesamten Öffentlichkeitswirkung, der Vermarktung, des Vertriebs, der Tatsache Olympische Spiele in der Steiermark, in dieser Studie nicht berücksichtigt ist. (Präsident Dr. Klausner: „Herr Kollege Frizberg, ich darf darauf aufmerksam machen, daß die zehn Minuten um sind!“)

Das sind alles zusätzliche Auswirkungen, die die Zahlen, die in dieser Studie als grundsätzlich angenommen wurden, jedenfalls nur übertreffen lassen, die jedenfalls nur bewirken können, daß es zusätzliche Arbeitsplätze und zusätzliche Chancen für die Steiermark gibt. Ich muß Ihnen schon eines sagen, für mich ist dieser Wortbruch, den hier die Sozialdemokraten, eigentlich müßte man sagen, ein Teil der Sozialdemokraten, gemacht haben, weil ganz wesentliche, der Bürgermeister – Gott sei Dank –, sich noch zu dieser Olympiade bekennen und sich das auch nicht nehmen lassen. Dieser Wortbruch ist in doppelter Hinsicht aus meiner Sicht unverzeihbar. Erstens einmal ist hier auch öffentliches Geld hineingeflossen, und ich verstehe die Gemeinden, auch die sozialdemokratisch geführten Gemeinden, die jetzt sagen, wozu haben wir mitgezahlt, wenn unser eigener Parteivorsitzender uns hier in den Rücken fällt? (Abg. Dr. Flecker: „Springt ab!“) Und zweitens halte ich es wieder einmal für sehr fragwürdig, wenn hier eine gemeinsame Vorgangsweise derart plötzlich und ohne Motivation von außen, sondern aus rein parteitaktischen Gründen verlassen wird, weil die Verlässlichkeit der Steiermark, weil die Verlässlichkeit auch Österreichs international damit Gefahr läuft, untergraben zu werden. Für dieses Untergraben tragen Sie die Verantwortung. (Präsident Dr. Klausner: „Ich darf dochmals daran erinnern, Herr Kollege, daß die zehn Minuten vorüber sind!“) Ich muß schon eines sagen, in einem Fußballteam, in dem man ständig der eigenen Mannschaft in den Rücken fällt, wird es irgendwann einmal Zeit, seine Spieler aus der Mannschaft zu nehmen. Sie tragen jedenfalls die

Verantwortung, wenn nicht nur alte Sozialdemokraten sich im Grab umdrehen (Abg. Dr. Flecker: „Was ihr alles wißt!“), sondern wenn die ganze Steiermark sich fragt, wie Schachner-Blazizek der Steiermark die Zukunft vermauern will. (Beifall bei der ÖVP. – 21.24 Uhr.)

Präsident Dr. Klausner: Zu Wort gemeldet ist der Herr Klubobmann Trampusch. Ich erteile es ihm.

Abg. Trampusch (21.24 Uhr): Meine sehr geschätzten Damen und Herren!

Auch ich würde mir gerne Olympische Spiele in der Steiermark wünschen. Ich bin 40 Jahre im Sport, obwohl es der Kollege Frizberg nicht weiß. Aber man muß ja nicht alles wissen, wenn man über etwas redet. Ich bin trotz meiner Anhänglichkeit zum steirischen Sport Realist geblieben. Deshalb sehe ich diesen Traum, den ich auch habe, etwas anders, nämlich so, wie er wirklich ist. Ich weigere mich, zur Kenntnis zu nehmen, daß wir stolze Leistungen des Sports in der Steiermark bisher schon gehabt haben und stolz darauf sind, obwohl wir noch keine Olympiade hatten. Ich weigere mich, das alles so darzustellen, als sei der Sport in der Steiermark ohne Olympiade nichts und mit Olympiade alles. (Beifall bei der SPÖ.)

Das würde den vielen steirischen Sportlern bisher sicherlich nicht gerecht werden und auch den bisherigen steirischen Sportreferenten nicht gerecht werden – wie immer sie geheißen haben. Das sollte man nicht tun, wenn man heute da hergeht zum Rednerpult und sagt, jetzt ist alles anders, jetzt ist alles gut – was vorher war, war nichts. Das würde ich nicht zur Kenntnis nehmen. Ich sage wirklich, gerade weil wir in der Steiermark sehr viele Weltmeisterschaften und andere große Sportveranstaltungen mit viel Erfolg und mit großem Fleiß und Aufwand über die Runden gebracht haben, müssen wir nicht unbedingt nur auf eine Olympiade warten, damit etwas geschieht. Ich bitte, das wirklich zu bedenken, und zwar deshalb, denn es waren alle diese Veranstaltungen auch deshalb vom Erfolg begleitet, weil sie in überschaubaren Bereichen und mit voraussehbaren organisatorischen und finanziellen Aufwänden durchgeführt werden konnten. Und das war mit ein Geheimnis. Das heißt, wir haben auch ohne Olympiade bisher keinen Dornröschenschlaf betrieben, wie das ein ÖVP-Redner heute schon gesagt hat. Das ist im Protokoll nachzulesen.

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Als es sich abzeichnete, daß aus diesem relativ einfachen Regierungsbeschluß, wir fragen einmal an, zu welchen Bedingungen man sich bewerben kann, wir werden einmal Unterlagen zusammenstellen, ersichtlich war, daß plötzlich daraus hohe Kosten entstehen, auch schon im Jahr 1994, und ich mir Anfang Juli öffentlich die Frage erlaubt habe, müssen wir nicht eine Sondersitzung des Landtages machen, denn ich finde im Budget für das Jahr 1994 keinen Schilling für die Bewerbung, ist mir gesagt worden, auch vom Herrn Landesrat Hirschmann, das ist mehr oder minder eine nominelle und eine formelle Sache. Es wird nicht so kostenintensiv werden, daß wir den Landtag damit außertourlich befassen müssen. Der Landtag ist bis heute mit den bisher angelaufenen Kosten nicht befaßt

worden, und ich sehe auch keinen Schilling im Budget für das Jahr 1995 drinnen. Ich frage daher ernsthaft, wenn man so überzeugt ist, daß es für die Steiermark so wichtig ist, dann hätte man auch die Energie aufbringen müssen, dafür zu kämpfen, daß im Budget zumindest für das Jahr 1995 ein Schilling ausgewiesen ist. (Abg. Dipl.-Ing. Vesko: „Wir haben 1995 nichts ausgegeben!“) Nichts, na bestens. Wir haben auch 1994 nichts auszugeben gehabt, Herr Kollege. (Abg. Dipl.-Ing. Vesko: „1994 schon!“) Wieso hat der Landtag dann eigentlich nie darüber beraten, das frage ich? Ich hoffe, daß ich darauf eine Antwort bekomme. Der Kollege Vesko hat gesagt, die SPÖ handelt grob fahrlässig. Man handelt aber auch grob fahrlässig, wenn man sozusagen die Menschen in eine Euphorie hineinbringt, sicher nicht alle, aber manche, und dann die Enttäuschung kommt, und wieder ist die Politik schuld, und wieder sind wir alle schuld, egal, wer jetzt früher dafür war oder später dafür war, wer früher dagegen war oder später dagegen war. Denn eines ist klar, die Olympische Idee klingt gut, dabei sein ist alles. Nur, vom Nachsatz des Zahlens ist keine Rede. Das ist auch halt etwas, was man vor dem Olympischen Eid genau zu überlegen hat, denn nachher ist es sicherlich dazu zu spät. (Abg. Dipl.-Ing. Vesko: „Wir haben dazu aber noch zehn Jahre Zeit, Herr Kollege!“) Diese Vorstellung, daß es kleine, niedliche, umweltfreundliche Olympische Spiele geben kann, das ist genauso eine Illusion, zu glauben, als daß die Finanzierung so ohne weiteres möglich ist. Wie sehr Sie selbst nicht davon überzeugt sind, habe ich gerade aus der Rede des Herrn Kollegen Frizberg ersehen. Denn wenn er sagt, wir lehnen mit unserer Haltung die Verbesserung der Eisenbahninfrastruktur in der Steiermark ab, frage ich mich, haben wir jetzt einen Staatssekretär in Wien, der sozusagen auch als einer seiner wichtigsten Punkte gesagt hat, auch ohne Olympiade, wir werden dafür kämpfen, daß wir in der Steiermark eine bessere Verkehrsstruktur bekommen? (Abg. Dipl.-Ing. Vesko: „Wir haben auch einen Finanzminister in Wien, und der bringt gar nichts!“) Das ist ein Zeichen, Kollege Frizberg, daß man nicht einmal an die eigenen Leute glaubt, die jetzt in Wien unsere steirischen Infrastrukturanliegen zu vertreten haben.

Oder ein Nächstes: Wenn Sie sagen, wir haben eine so schlechte Infrastruktur, und durch die Olympischen Spiele könnten wir sie verbessern. Wer hat denn bisher in der Steiermark die Verantwortlichen gestellt für die Straßen, für die Wirtschaft und so weiter? Das würde ja auch heißen, daß bisher viel zu wenig geschehen ist und das Wunder „Olympiade“ uns jetzt sozusagen diesen Anschluß an Österreich, an die Welt bringt, den wir bisher nicht hatten. (Abg. Dr. Frizberg: „Das ist kein Wunder!“) Herr Kollege Frizberg, ich würde mir nicht erlauben, die bisherige Arbeit der steirischen Politiker so negativ zu sehen, daß nur das Wunder Olympiade uns jetzt in eine bessere Situation bringt. Überlegen Sie das einmal. Daß Sie im Argumentationsnotstand sind, war mir klar, denn wenn ich zweimal die Sozialdemokraten bemühen muß, die sich im Grab umdrehen, dann schaufe ich so tief mit den Argumenten, daß ich mich ein bißchen schämen würde, das hier am Rednerpult zu sagen. (Beifall bei der SPÖ.) Ich würde im ärgsten Argumentationsnotstand die Toten jeder Partei ruhen lassen. Das wäre

sicher etwas, was nicht in Frage käme. (Beifall bei der SPÖ.)

Herr Kollege Frizberg, wenn Sie sagen, wir würden international in den Mittelpunkt gestellt werden, ohne dafür zahlen zu müssen, dann klingt das auch sehr gut. Nur, daß wir dafür nichts zu zahlen haben als Steier, das scheint mir doch etwas notdürftig zu sein. Das kann nur ein Propagandaslogan sein, den niemand glauben kann. Und ein Nächstes, weil es der Herr Kollege Schützenhöfer sehr leidenschaftlich versucht hat klarzumachen, die SPÖ hätte die Olympiade kaputtgemacht. (Abg. Schützenhöfer: „Fünf Wochen vor der Entscheidung abzuspringen, ist unverantwortlich!“) Kollege Schützenhöfer, weißt du, was das ist? Das ist die stillschweigende, es war nicht so stillschweigend, aber eine Anerkennung, daß anscheinend die Mehrheit der steirischen Bevölkerung hinter dem steht, was die SPÖ und Schachner sagen, sonst könnten wir sie gar nicht kaputtmachen. Sonst brauchen wir ja keine Angst haben vor einer Entscheidung des Volkes. Und weil Sie spüren, daß die Mehrheit der steirischen Bevölkerung (Abg. Schützenhöfer: „Schachner 17 Prozent!“) nicht Ihrer Meinung ist, deshalb sind Sie jetzt verunsichert und suchen die Schuld woanders. (Abg. Dipl.-Ing. Vesko: „Der Tag, an dem die SPÖ die Mehrheit in der Steiermark hat, ist fern!“) Ich bewundere den Kollegen Hirschmann, ich sage es ehrlich, er ist sicherlich der, der das Bestmögliche gemacht hat bei seinem Amtsantritt, und ich sage mit einer Absicherung, die wirklich zu bewundern ist, denn was kann schon passieren, wenn ich eine so große Vision jetzt wirklich vertrete? Das ist dir ja gelungen. Erstens, wenn das Olympische Komitee nein sagt und wir nicht in die engere Wahl kommen, ist das Olympische Komitee schuld – erster Teil. Zweiter Teil: Wenn der Bund nicht jenen Brocken mitfinanziert, der notwendig wäre, ist der Finanzminister schuld – zweite Möglichkeit. Wenn die Volksbefragung anders ausgeht, nämlich negativ, ist das Volk schuld – dritte Möglichkeit. Die vierte gibt es immer, die SPÖ ist schuld. (Abg. Dr. Karisch: „So ist es!“) Das ist natürlich eine so sichere Argumentation, die – verzeihe mir, daß ich das sage – du von vornherein einkalkuliert hast. Und das ist etwas, was man auch in der Politik können muß. (Abg. Dr. Cortolezis: „Ihr seid in die Falle getappt!“) Nein! Aber mir fällt nur da etwas ein, weil – lieber Kollege – der Dozent Steiner so oft zitiert wurde, in deiner Nähe, wo du jetzt sitzt, ist der von mir sehr respektierte Dr. Steiner senior gesessen. Ich erinnere mich gerne, er hat sich immer als alter Lateiner bezeichnet. Er hätte gesagt: „Panem et circenses“, und er hätte genau den Punkt getroffen, der in der Steiermark tatsächlich eine Rolle spielt, wieso wir diese Olympische Idee so hoch halten. Und ein bißchen hat es der Kollege Hirschmann ja zugegeben. Ich hoffe, ich zitiere ihn richtig, und die Medien haben ja vor einiger Zeit geschrieben. Du hast gesagt, „es wäre ein Wunder“, da war noch keine Äußerung von Schachner da, bitte das zu registrieren – zeitlich, „es wäre ein Wunder, wenn wir die Bewerbung für 2002 bekommen würden“, und du hast dazugesagt, es steht dir zu, „als Christ glaube ich an Wunder“. Das muß man respektieren. Nur, erlaubt uns – und das möchte ich hier sagen –, daß wir nicht an solche Wunder glauben und daher sehr realistisch sagen, tun wir dort etwas für den Sport, wo wir rasch etwas tun können. Und was der Sport am dringendsten

braucht, auch in der Steiermark, sind Animatoure – und hören Sie gut zu – nicht für die Olympiade, sondern Animatoure, die die Jugend in den Schulen, in den Vereinen dazu bringen, nicht passiv am Fernseher als Konsument Sport zu konsumieren, sondern aktiv daran teilzunehmen. (Beifall bei der SPÖ.)

Und eine Olympiade mit dem Profitum, und das ist es in höchster Potenz, ist nicht das, wodurch man die Jugend zum aktiven Ausüben des Sports bringt. Daher bitte ich wirklich zu überlegen, daß man sich nicht weiter in diese Euphorie hineinredet, Sie tun dem Land Steiermark nichts Gutes, Sie tun der Jugend nichts Gutes, der SPÖ tun Sie nichts Schlechtes, denn die Wahrheit und die Mehrheit wird sich schon noch herausstellen, und da sind wir sehr optimistisch. Danke schön! (Beifall bei der SPÖ. – Abg. Dr. Lopatka: „Du und die Wahrheit!“) Herr Präsident! Darf ich den Herrn Dr. Lopatka fragen, was es heißt, „du und die Wahrheit“? Darf ich darum bitten? (Abg. Dr. Lopatka: „Ich habe gesagt, du und der Bischof Krenn haben die Wahrheit gepachtet!“) Ich respektiere jeden kirchlichen Würdenträger. Ich persönlich würde mich dagegen verwahren, mich mit dem Bischof Krenn zu verwechseln. (21.36 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Pußwald.

Abg. Pußwald (21.36 Uhr): Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Sie haben sicher noch die Übertragung von Albertville und von Lillehammer in Erinnerung, und Sie werden merken, welcher Unterschied alleine in der Art der Übertragung da war. Und ich muß sagen, mich hat sehr die Art und Weise beeindruckt, wie sich die Menschen in Norwegen erstens hinter die Olympiade gestellt haben und zweitens, wie sie die Volkskultur verbunden mit dem Sport und sich selbst dargestellt haben. So etwas würde ich mir auch für die Steiermark wünschen, und dazu kann ich ganz einfach stehen. (Beifall bei der ÖVP.)

Ich möchte aber jetzt vom hohen Olymp in die Niederungen des oberen Murtales abgleiten und bitte Herrn Klubobmann Vesko, vorerst einmal zuzuhören. Dieser Region des oberen Murtales, die von den Bewohnern selbst sehr oft als Krisenregion bezeichnet wird, ist die Chance auf die Wiederkehr der Formel I so etwas wie Zukunft und eine positive Aufwertung. Die Imagefrage ist damit eine der wesentlichsten Animatoren. Jahrelang war es nämlich nötig, den Leuten bei uns zu sagen, daß durch sie Gutes, Hervorragendes in Industrie, Wirtschaft, Schule, Kultur und Sport geleistet wird. Daß es eine schöne und intakte Landschaft als großes Kapital gibt. Trotzdem bleiben und blieben die entscheidenden Mutmacher aus, mit denen sich die Bevölkerung identifizieren konnte. Infrastrukturelle Anreize und Unterstützungen blieben aus. So war nun die öffentliche Aussage des Landesrates Dr. Hirschmann über die etwaige Belebung des Österreich-Ringes mit der Formel I genau das, was wir brauchten, ein Mutmacher. Zum ersten Kontaktgespräch, das unter der Einladung von Frau Vizebürgermeister Elfi Graf an alle möglicherweise Interessierten im Bezirk und darüber hinaus erging, sprach Dr. Hirschmann von einem Versuch, wenn die

Unterstützung aus der Region kommt, tatsächlich die Formel I zurückzuholen. Äußere Umstände ließen dies zumindest sehr hoffnungsvoll erscheinen. Die Region ging wunderbar mit. Viele Menschen aus allen politischen Lagern waren dafür und bekannten sich dazu. Zügig schritt die Arbeit voran. Kostenschätzung, Planung, Kontakte wurden hergestellt. In der Zwischenzeit, im Sommer, war noch etwas möglich geworden, nämlich der tatsächliche Abschluß mit den Grundbesitzern und dem ÖAMTC. Hier ein großes Wort des Dankes an Frau Landeshauptmannstellvertreterin Klasnic. Sie hat diese Idee immer getragen und im ÖAMTC ein äußerst positives Standbein für die Ö-Ring-Region im Fahrtechnik- und Sicherheitszentrum gesehen. Danke vielmals!

Die vielen tragischen Verkehrsunfälle jugendlicher Autofahrer gerade in jüngster Zeit lassen auch erkennen, wie wertvoll und wichtig so eine Nachschulung beziehungsweise so ein Training sein wird. Natürlich sollen alle Berufsfahrer und die älteren Verkehrsteilnehmer dort entsprechend geschult werden, Pendler, Lkw-Fahrer, alle, die sich ständig von Berufs wegen auf der Straße befinden, aber auch Jugendliche. Um eine größere Umwegrentabilität zu erzielen, sind auch Bestrebungen einiger Gemeinden im Gange, die touristisch etwas tun wollen, mit dem Fahrtechnikzentrum Kontakte herzustellen. Ein bis zwei Tage Schule am Fahrtechnikzentrum, das davorstehende oder nachkommende Wochenende in einem unserer wunderbaren Seitentäler mit Naturerleben als Kompaktpaket anzubieten an alle Kursteilnehmer beziehungsweise an deren Familien. Gleichzeitig möchte ich aber auch den Grundstücksbesitzern und Bauern ein Danke sagen. Sie wurden hier an diesem Platz des öfteren schon verurteilt. Sie haben in diesem Sommer eine äußerst kooperative Bereitschaft unter Beweis gestellt. Ich möchte mich hier auch dafür bedanken. (Beifall bei der ÖVP.)

Nun, die weitere Nutzung des Österreich-Ringes könnte mit dem Waldstadion, das für 60.000 Personen Platz anbietet – Konzerte und andere Großveranstaltungen –, eine echte weitere Belebung sein. Eine Freiluftarena für junge Menschen wird ja auch ein Anziehungspunkt sein und damit wieder Impulse für diese Region geben. Kollege Lopatka hat schon von dem „Rosa Blatt“ gesprochen. Ich bin sehr froh, daß die SPÖ-Regierungsmitglieder nun in der Pole-position stehen, und ich hoffe, daß wir sehr bald in die Zielgerade kommen, denn die Leute spüren sehr wohl, wer hinter dieser Idee des Formel-I-Laufes steht. Weiters wird dieser Ring, der natürlich viel Geld braucht, für andere motorsportliche Veranstaltungen, wie beispielsweise jetzt schon für die Motorrad-WM, genützt. Für Produktpräsentationen aus der sogenannten Autohauptstadt Graz wäre das Ö-Ring-Gelände vielleicht der beste Ort. Die Belebung dieser Region mit der Formel I ist eine wichtige psychologische Maßnahme, die den Leuten Mut, Zuversicht und Hoffnung gibt. Ich danke dir, Herr Landesrat. (Beifall bei der ÖVP. – 21.42 Uhr.)

Präsident Dr. Klauser: Zu Wort gemeldet ist der Herr Landesrat Dr. Hirschmann. Ich erteile es ihm.

Landesrat Dr. Hirschman (21.42 Uhr): Herr Präsident, meine verehrten Damen und Herren!

Ich werde mir erlauben, in Kürze auf einige der vorgebrachten Argumente einzugehen. Im übrigen bin ich all jenen sehr dankbar, die ihrerseits sich bemüht haben, die unterschiedlichen Standpunkte darzulegen. Denn ich sage ganz offen, was gibt es schöneres, als wenn man ein Thema hat, das die Leute interessiert und an dem man auch einiges sichtbar machen kann, und so auch die unterschiedlichen Positionen. Ich sehe ihn jetzt nicht mehr, ich habe lange Zeit hindurch den Karl-Heinz Herper, einen alten Freund aus der Grazer Stadt, da hinten gesehen auf der Zuschauergalerie. Ich möchte das schon auch ansprechen, ohne daß Sie von der Sozialdemokratischen Fraktion mich mißverstehen, es gibt bei Ihnen in dieser Frage eine tiefe Kluft. Karl-Heinz Herper ist jetzt da. Wenn ich mir die Position des Bürgermeisters Stingl, die Position sehr vieler sehr bedeutender obersteirischer Bürgermeister, die Position des Arbeiterkammerpräsidenten Erich Schmid anschau und dem, was Ihr Parteivorsitzender und auch weithin, wie ich meine, vernommen zu haben, Ihr Klub vertritt, und diese Kluft gibt es nun einmal, dann bin ich auf der Seite des Bürgermeisters Stingl, weil ich mit ihm der Meinung bin, daß man auch in einer Zeit, wo es scheinbar, vielleicht nicht nur scheinbar, schwierige Rahmenbedingungen gibt, der Jugend und der nächsten-Generation in diesem Land und in dieser Stadt einfach eine Chance zu geben: Lieber Kollege Getzinger, ich bin Ihnen dankbar dafür, daß Sie Ihre Einwendungen immer wieder hier einbringen, weil ich das für sehr wichtig halte. Niemand ist gehindert, Dinge besser zu machen. Jedenfalls sind Stingl und wir für dieses Großereignis.

Ich möchte dann in Kürze noch einiges dazu sagen, weil es mir selbstverständlich, lieber Franz Trampusch, um das geht, was du sagst, du hast den Freund Steiner zitiert, „panem et circenses“. Ich halte das für etwas ganz Wichtiges im Leben der Menschen. Jener Alfred Stingl, und ich möchte das sagen, weil ich ihn in den letzten Monaten natürlich etwas intensiver kennengelernt habe, der beeindruckend, auch in seiner persönlichen Glaubwürdigkeit, für die Anliegen der kleinen Leute steht, und das ist für mich schon auch ein wichtiger Punkt in diesem Zusammenhang, dem tut das Sparpaket mindestens so weh wie dem SPÖ-Parteivorsitzenden, und ich nehme an, allen hier. Niemand hat damit eine Freude. Und trotzdem sagt er, was auch ich sage, es ist einfach intellektuell unredlich, diese Dinge, wo es sich um ein Projekt handelt, von dem wir immer gesagt haben, daß es für die Steiermark frühestens 2006 beziehungsweise 2010 in Frage kommt, so zu verknüpfen und den Leuten auf eine unredliche Art und Weise vorzugaukeln, es geht jetzt um ihr „Gerschl“, und sie müssen sich jetzt für Olympia verbluten. Ich möchte bitten, daß man diese Konfrontation durchaus kontroversiell führt, mit guten Argumenten, denn ich respektiere es, vor allem die Meinung des Günter Getzinger, wenn er sagt, ich bin gegen so etwas eigentlich prinzipiell, wie er wahrscheinlich prinzipiell auch gegen den Ö-Ring ist. Das respektiere ich. Trotzdem glaube ich persönlich, daß wir uns die Diskussion um den Stellenwert des Sports auch in unserer Gesellschaft nicht ersparen dürfen.

Und Franz Trampusch, das hast du angesprochen, da bist du für mich sehr glaubwürdig, weil ich weiß, was du in diesem Bereich auch persönlich getan hast und noch tun wirst, über deine Tage in diesem Raum hinaus, das weiß ich, weil das wichtig ist und weil wir das unterschätzen. Es gibt ja weithin, und ich sage das auch den Sportjournalisten, keine richtige Bewertung des Sports in unserer Öffentlichkeit, denn es wird ja nach wie vor als ein bisserl für die Depperten dargestellt. Es wird völlig verkannt, daß der Sport, und, lieber Günter Dörflinger, da hast du die Studie des Michael Steiner mißverstanden und auch meine Aussagen von heute, daß der Sport eine eminente wirtschaftliche Bedeutung hat. Das ist eine Großindustrie. Hier geht es um Milliardenumsätze. Jetzt kann ich sagen, ich möchte mit dem allen nichts zu tun haben, das sind alles „Pücha“, die verdienen zu viel Geld, die Tennisspieler, die Schifahrer und die Golfspieler und so weiter. Alles kann nicht ins Absurde geschoben werden, außer ich befinde mich in einer Büßergesellschaft. Da gehöre ich sicher nicht dazu und German Vesko auch nicht, wie ich seinem Lachen entnehmen kann. Und deswegen sage ich auch, lieber Franz Trampusch, na selbstverständlich geht es für mich in dieser Frage Olympia auch um die Frage „panem et circenses“. Klar. Warum, weil, und das war die Idee von uns, daß jenseits aller Rechenkunststücke und aller Kosten- und Nutzenfragen gefragt werden muß, ob sich ein Land Olympia zutraut, aber auch zutraut, diese Herausforderung jenseits des Alltagsgeschäftes anzunehmen. Trauen wir uns zu, zu sagen, wir Steirer können das auch. Trauen wir uns, etwas zu machen, worauf nicht nur die jungen Leute, sondern alle Generationen mit Stolz erfüllt sind. Und ich glaube, daß die Politik auch diesbezüglich eine Funktion hat. Weil dieses dumme Ausspielen auch so oft in diesen Tagen hier angesprochen wurde, ja bitteschön, mit demselben Argument, wo ich sage, ich bin gegen Olympische Spiele in der Steiermark, weil das etwas kostet, und natürlich kostet das etwas, müßte ich aber auch sagen, für das, was der Herr Peymann im Burgtheater macht, sind wir und zahlen wir und für das, was sonst in den Wiener Kulturbetrieben aufgeführt wird, zahlen wir auch. Ich möchte das nicht ausspielen, weil ich da hinten einige Freunde der Kultur sitzen sehe. Nur, es hat alles seinen Stellenwert, und es muß alles auch seinen Platz haben. Wir brauchen das, und das, und das, und der Mensch lebt bekanntlich nicht nur vom Brot allein. (Beifall bei der ÖVP.)

Lassen Sie mich noch etwas sagen: Das einzige, was mich an der Diskussion stört, ist folgendes: Nicht kluge, berechnete, gute Gegenargumente stören mich, was mich stört ist eine Krankheit, die leider auch in der Steiermark Einzug gehalten hat und von der wir, glaube ich, früher zumindest nicht in dem Ausmaße betroffen waren, daß wir weiterhin unendlich viel mehr Energie, Kraft und Geist dafür aufwenden nachzudenken, wie wir etwas verhindern können, wie wir etwas heruntermachen können, anstatt nachzudenken, wie wir dieses Land gemeinsam nach vorne bringen können. (Beifall bei der ÖVP.)

Und so, meine verehrten Damen und Herren, darf ich noch etwas in dem Zusammenhang sagen: Ich hätte mir gedacht, und ich habe das auch immer

wieder gesagt, ich persönlich glaube, auch Freunde, die das mitbetrieben haben, daß es gescheiterte Projekte als Olympische Winterspiele für die Steiermark gibt.

Ich glaube das ganz sicherlich auch persönlich, ich bin aber der Sportreferent, und ich habe mir vorgenommen, auch Vernetzungen darzustellen. Ich glaube, daß ein solches Projekt, das in Österreich in jedem Falle wieder stattfinden wird, ein solches Projekt eine Möglichkeit gewesen wäre, die Steiermark nicht nur in einem sogenannten denunzierten 14-tägigen Spektakel, sondern in einer klugen Vorbereitungsstrategie. Bitte, in Lillehammer hat man zwölf Jahre vorher angefangen, im übrigen unter denselben Rahmenbedingungen, sind vollkommen für vertrottelt erklärt worden, die Regierung hat zunächst gesagt, keinen Groschen. Der Sportdirektor, der da war, hat gesagt, wenn sie je eine Volksabstimmung gemacht hätten, wären 85 bis 90 Prozent der Leute dagegegengewesen, wenn sie heute eine Abstimmung machen würden, wären dieselben 85 bis 90 Prozent dafür. Und das muß auch ein bißchen ein Gedankenanstoß sein. Aber ich meine, daß ein solches Ereignis eine Chance ist, eine Mobilisierungsstrategie in einem Lande zu fahren und zu sagen, selbstverständlich tun wir was für den Sport. In diesen sieben, neun, elf Jahren der Vorbereitung habe ich überdies auch die Gelegenheit, ein beachtliches internationales Medien-echo zu erzeugen, wenn ich das will. Und wenn ich eine kluge Strategie fahre, kann ich ein Land in seiner wirtschaftlichen Kraft, in seiner Fremdenverkehrskapazität, in seiner kulturellen Tradition, in seiner technologischen Stärke, in seiner gesamten Entwicklung darstellen. Und das, meine Damen und Herren, ist eigentlich der Hintergrund für mich und die Leute, die an diesem Projekt beigeistert in den letzten Wochen und Monaten mitgearbeitet haben, wie man ein solches Ereignis für unser Land nutzen kann, und zwar sozusagen im Rahmen einer mehrjährigen Weltausstellung.

Ein Drittes und Letztes in diesem Zusammenhang, meine verehrten Damen und Herren, zu den eigentlichen materiellen Aspekten. Ja, klar, das kostet etwas. Nur, ich bitte alles das, Günter, auch was du heute hier zitiert hast aus dieser Studie, ich darf dir sagen, wir haben keine einzige Bedingung dargestellt. Die läßt sich der Dozent Steiner nicht stellen, und den Prof. Thöni habe ich gar nicht gekannt, wie gesagt. Wir hätten gerne unter den jetzt absehbaren Rahmenbedingungen, auch von der Kostenseite her, eine nüchterne Darstellung, was das für volkswirtschaftliche Auswirkungen hat, soweit man das heute abschätzen kann. Ich bin bei dir, Günter, da gibt es viele Fragezeichen, die man im Vorhinein nicht beantworten kann. Das ist natürlich immer ein Projekt, das sich von Jahr zu Jahr weiterentwickelt. Aber es hat nicht vier Szenarien gegeben, sondern sieben, und ich darf es in einem Satz zusammenfassen. Das Ergebnis der Studie ist in einem Punkt bestreitbar, daß bei allen Kosten der Nutzen für die Region, wo Olympische Winterspiele stattfinden, immer größer sein wird als das, was wir aufbringen müssen. Das, meine verehrten Damen und Herren, bringt mich auch noch zu einer Sache, weißt du, weil du das angesprochen hast. Dein Parteivorsitzender hat einmal in seiner Ablehnungs-

argumentation gesagt, das brauchen wir für die Steiermark nicht, wir sind ein hoch entwickeltes Land. – (Abg. Dörflinger: „Zitiere genau!“) Das ist ein Blödsinn, weil die Würstelverkäufer und die Kartenzwicker – (Abg. Dörflinger: „Auf Regionen bezogen!“) Er hat es in dem Sinne gesagt. Aber ich bleibe beim Punkt, Günter. Wenn ich aber dann sehe, daß sich die bekanntesten Entwicklungsländer, USA, Kanada, Schweden und Schweiz, für ein solches Projekt massiv interessieren, dann frage ich, ob das Argument ganz seine Richtigkeit haben kann, lauter Hirnederln werden das ja nicht sein. Und es sind neun Bewerber, so viele wie noch nie zuvor, und ein bißchen werden die auch rechnen. Ich darf auch das kurz machen. Der Generalsekretär des ÖOC Dr. Heinz Jungwirth, ein bekannt seriöser Bursche, hat gesagt, mit einer einzigen Ausnahme war in den letzten 15 Jahren überall dort, wo Olympische Winterspiele stattgefunden haben, ein großer Gewinn für die Region. Ich sage immer dazu, für die Region, wo so etwas stattgefunden hat. Jetzt wirst du fragen, weil du es ja selbst angesprochen hast auf Grund leidvoller Erfahrung mit der Bundesregierung, wer kann uns eine Garantie geben, daß der Bund etwas bezahlt? Die Frage stelle ich mit dir gemeinsam, klar. Wenn du heute hinkommst zum Lacina und sagst „bitte rück heraus eine Marie“, wir haben das gestern wieder erlebt anhand eines anderen Beispiels, dann steht er schon mit der Unterhose dort und sagt „was wollt ihr eigentlich noch von mir?“ Dafür habe ich ein gewisses Verständnis. Mit dem werden wir einige Zeit leben müssen. Und trotzdem sage ich, es handelt sich um ein Projekt, das man in einem Zeithorizont von 25, 30 Jahren finanzieren kann, und da werden dann ein paar Milliarden Schilling, auf diesen Zeithorizont gerechnet, nicht zuviel verlangt sein für ein Projekt, das die Steiermark für Österreich macht und das, noch einmal, weit jenseits aller materiellen Indikationen einen enormen – glaube ich – Wert, einen psychologischen Wert für uns hat, auch für die Politik in diesem Lande und für die Gesellschaft in diesem Lande.

Ein Allerletztes zur Argumentation, weil der Herrmann Schützenhöfer das schon richtig angesprochen hat. Das mit dem Sparpaket, der Schmach, geht nicht rein, weil das ist eine Sache, die um keinen Groschen leichter wird, wenn wir Olympia nicht bekommen, und die zweite These, dafür brauchen wir Olympia nicht, weil wir bekommen ohnedies vom Bund ein Sonderwohnbauprogramm finanziert, ein Sondersportstättenprogramm finanziert, Studentenheim zusätzlich finanziert. Ich habe es vorher schon gesagt, wie der Bund ausschaut und was die Antwort in diesem Zusammenhang von Bundesseite wäre.

Lieber Günter Dörflinger, ein wichtiger Aspekt, und ich muß ihn noch einmal ansprechen, er wurde von einigen Rednern aufgegriffen. Der Franz Trampusch hat es dann noch einmal besprochen. Die Frage ist nicht, ob uns die Äußerung des Parteivorsitzenden von euch in der Steiermark geschadet hat, nein, wie gesagt, das ist eine Frage, die man noch austragen müßte. Es hat uns international aber wahnsinnig geschadet. Ich darf kurz eine Sache erzählen. Es gibt neun Bewerber, und ich habe im Sommer ein ausführliches Gespräch mit dem Sohn des seinerzeitig ermordeten Hans Martin Schleyer, dem Jörg Schleyer,

der die Berliner Olympia-Bewerbung mitbetrieben hat, in Innsbruck geführt, und er hat mir gesagt, ich sage dir eines. Das wichtigste, worauf das IOC schaut – das ist ein Weltkonzern, das IOC ist mächtiger heute als die UNO und einflußreicher als die UNO –, das wichtigste, worauf die schauen, ist, gibt es in dem Land, für das sie sich entscheiden, einen breiten Konsens in der Politik und in der Bevölkerung? Sind die Leute willkommen? Und sie gehen nur in so ein Land. Die Berliner Bewerbung ist schon am Widerstand der Grünen gescheitert. Zumal noch einmal, weil die zweitgrößte Partei dieses Landes in einer Situation, und da kann ich mich nur dem anschließen, was German Vesko gesagt hat, das war in der Westersprache ein Schuß in den Rücken, ich habe es dem Parteivorsitzenden auch gesagt, ich hätte großes Verständnis gehabt, wenn er am 24. Jänner, nach der Entscheidung, gesagt hätte: „So, die Bewerbung haben wir durchgezogen, ist in Ordnung, aber wir sind dagegen.“ Dafür hätte ich ein großes Verständnis gehabt, nur jetzt, mitten drinnen, das ist wirklich eine – da kann man die Gnade der Unwissenheit bei ihm ja nicht geltend machen – schlimme Sache und ein wirklich schwerer Schaden für uns. Ich fürchte, er ist nicht wiedergutzumachen, denn das Zweite, was unsere Ambition war, da gibt es natürlich einen innerstaatlichen Aspekt auch, daß wir nach der verunglückten Innsbrucker Abstimmung, und das stimmt, was Richard Kanduth gesagt hat, bitte, die Innsbrucker Abstimmung, das war bekannt im Vorhinein, daß die nur danebengehen konnte und mußte. Aber wir haben gesagt, wir möchten uns anmelden, um den Tirolern ein drittes Mal zuvorzukommen.

Ich verhehle nicht, daß der Präsident des ÖIC, Wallner, zunächst außerordentlich skeptisch war und mir gesagt hat: „Du, ich sage dir eines, Olympische Winterspiele in Österreich können nur in Tirol stattfinden, das ist ein Dogma, aber wir schauen uns das an nach der Innsbrucker Abstimmung.“ Und es war eine große Skepsis im ÖIC, ob die Steirer das nicht nur als Scherz betrachten und ob das überhaupt geht. Und das möchte ich schon sagen, da ist mir die Beurteilung von einigen Herren aus Ihrer Riege nicht so wichtig als das, was uns das IOC selber gesagt hat und vor allem das ÖOC. Leo Wallner hat hier, da war Alfred Stingl mehrfach dabei, ausdrücklich gesagt, sie sind begeistert von der steirischen Bewerbung und vom steirischen Konzept. Daß dieses oder jenes nicht paßt, Bobbahn zum Beispiel, darüber kann man reden, gar keine Frage, aber sie stehen voll und ganz hinter dieser österreichischen Bewerbung, und wir haben selbstverständlich nach der Präsentation in Paris auch vom IOC eine klare Mitteilung erhalten, daß wir im vorderen Feld der Bewerber mit dabei sein werden. Ob man dann zweiter, dritter oder vierter oder fünfter wird, das ist immer eine offene Frage.

Heinz Jungwirth hat immer gesagt, wir haben eine absolute Chance, unter die letzten vier zu kommen. Und deswegen sage ich noch einmal, meine verehrten Damen und Herren, das ist eine schlimme Sache, die hier geschehen ist, und eine Sache, die, ich fürchte, schwer zu reparieren sein wird. Trotzdem, wir haben uns mit Alfred Stingl darauf eingestellt, kämpfen wir weiter, und wir werden selbstverständlich auch, wenn es nicht klappt, unter die letzten vier zu kommen, uns

bemühen, in Österreich noch einmal eine Chance zu bekommen. Denn ich bin überzeugt davon, meine verehrten Damen und Herren, daß es nach wie vor eine intakte Chance für die Steiermark ist und daß wir darum kämpfen müssen und kämpfen werden, weil es der Steiermark guttun würde.

Ein Allerletztes, lieber Günter Dörflinger, zu deinem Vorschlag mit dem Geld, und damit bin ich am Ende meiner Ausführungen, daß wir uns ein Geld ersparen sollen. Im übrigen noch als Fußnote dazu, es hat fünf einstimmige Regierungsbeschlüsse gegeben. Also, wenn jemand sagt, es ist nur darum gegangen, ob wir die Bewerbungsunterlagen bekommen, dann finde ich das absurd. Aber das, Günter, was du am Schluß gesagt hast, naja, wir haben kein Budget drinnen, schade, daß Landesrat Ressel nicht mehr da ist, ich habe ihn mehrfach darauf angesprochen, er hat gesagt, Sie, da tun wir nichts hinein, wir warten auf den 24. Jänner, dann auf die Volksbefragung, und dann selbstverständlich bedecke ich das. Das nur zur Aufklärung. Zum Zweiten: Wenn du sagst, jetzt nehmen wir das Geld, das wir uns ersparen, dann ist das ein relativ lockerer Schmah von dir, Günter, weil das Geld, wie gesagt, gibt es nicht, und ein Geld, das es nicht gibt, können wir uns auch nicht ersparen. Und ich sage auch ganz offen, und das zur Abrundung zu dem, was ich eingangs gemeint habe, zum Stellenwert des Sports in diesem Lande. Das, was im Budget steht, ist so knausrig, ist so mickrig, ist so lächerlich, ist so peinlich, daß der Vorschlag von dir bitte völlig absurd ist. Ich gebe mich mit dem überhaupt nicht zufrieden. (Abg. Dörflinger: „Besser als nichts!“) Moment. Es muß jährlich mindestens eine Verdoppelung geben. Ich sage das auch angesichts der ganz schwierigen budgetären Probleme. Ich habe dem Landesrat Ressel angeboten, daß ich ressortintern gerne für notwendige Einsparungen sorgen werde, nur bitte schön, daß das Sportbudget in diesem Lande weniger als ein Tausendstel ausmacht, ist so absurd, daß es peinlich ist, hier in dieser Runde überhaupt darüber zu reden. Aber ich mache es, weil du es heute angesprochen hast. (Abg. Dörflinger: „Warum habt ihr heuer zugestimmt?“) Darf ich dir folgendes sagen: Ich habe immer gesagt, na selbstverständlich kann man einiges zurücknehmen, aber selbstverständlich kann man auch umschichten. Und darauf haben wir uns ja bitte im Rationalisierungs-Ausschuß auch eindeutig eingelassen. (Abg. Trampusch: „Im Rationalisierungs-Ausschuß habt ihr etwas anderes gesagt!“) Es ist weniger als ein Tausendstel, wenn du nachrechnest. Das ist eine Sache, die ich jederzeit nachweisen kann, daß wir genug in gewissen Bereichen einsparen und die Sache locker umschichten können. Ich sage es nur noch einmal. Wir würden uns auch sehr viel ersparen, es hat heute einer der Kollegen, ich glaube Lopatka, angesprochen, im Sozialbereich, bei Drogenstationen und wo immer man einsparen kann, wenn wir uns im Sport ein bißerl mehr engagieren würden. Noch einmal: Das ist kein Vorwurf gegen irgendjemanden. Ich möchte das Thema nur aufzeigen und hoffen, daß wir gemeinsam in diesem Sinne einiges erreichen, wie es so schön gesagt worden ist, für die Jugend in diesem Lande, vor allem aber für jene Hunderte und Tausende Leute, die sich um junge Leute noch kümmern in diesem Lande, freiwillig und idealistisch, wie ihr ja alle wißt, da brauchen wir uns nicht

anagitieren, auch ein kleines Signal setzen können, daß wir ihre Arbeit schätzen und daß wir das tun.

Noch einmal: Wir sollten das im Hinblick auf eine gute Vorsorge für die jungen Leute tun, weil sie im Sport einige Dinge noch lernen können, die sie sonst ja nirgends lernen. Ich möchte abschließend mich ganz herzlich vor allem bei jenen Freunden und Leuten bedanken, die in den letzten Monaten diese Unterlagen erarbeitet haben. Es war eine Hundertschaft der allerbesten Leute dieses Landes, die begeistert gearbeitet haben, Tag und Nacht, ohne einen Groschen zu kassieren, und es ist eine so hervorragende Arbeit über die Steiermark entstanden, eine wirklich tolle Dokumentation auch über dieses Land. Und das allein schon, meine verehrten Damen und Herren, hat die Bemühungen der letzten Monate nicht ad absurdum geführt, sondern ganz im Gegenteil, es wird uns ermutigen, auf diesem Weg weiterzukämpfen und weiterzutun. (Beifall bei der ÖVP und FPÖ. - 22.06 Uhr.)

Präsident Dr. Klausner: Eine weitere Wortmeldung liegt zur Gruppe 2 nicht vor.

Der Herr Berichterstatter verzichtet auf das Schlußwort. Eingebracht wurde ein Beschlußantrag von Abgeordneten der SPÖ, betreffend die bedarfsgerechte Schaffung von Kinderbetreuungseinrichtungen.

Weiters wurde ein Beschlußantrag von Abgeordneten der SPÖ, betreffend die Sicherstellung der für die Aufrechterhaltung der sozialökonomischen Betriebe notwendigen finanziellen Mittel, eingebracht.

Ebenso wurde ein Beschlußantrag von Abgeordneten der SPÖ, betreffend Förderung des Sports, eingebracht.

Beschlußanträge können von jedem Mitglied des Hohen Hauses gemäß Paragraph 34 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages gestellt werden, wenn sie von mindestens vier Mitgliedern einschließlich des Antragstellers unterstützt werden. Diese Anträge sind in die Verhandlung einzubeziehen, wenn sie dem Präsidenten schriftlich gemäß Paragraph 34 Absatz 4 überreicht werden. Das ist in allen drei Fällen geschehen.

Ich werde nun in folgender Reihenfolge abstimmen lassen: Erstens über den Antrag des Herrn Berichterstatters zu den Ansätzen und Posten der Gruppe 2; zweitens über den Beschlußantrag von Abgeordneten der SPÖ, betreffend die bedarfsgerechte Schaffung von Kinderbetreuungseinrichtungen; drittens über den Beschlußantrag von Abgeordneten der SPÖ, betreffend die Sicherstellung der für die Aufrechterhaltung der sozialökonomischen Betriebe notwendigen finanziellen Mittel, und viertens über den Beschlußantrag der Abgeordneten der SPÖ, betreffend Förderung des Sports.

Ich komme nun zur Abstimmung:

Ich ersuche nun die Damen und Herren, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters zu den Ansätzen und Posten der Gruppe 2 ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Nun ersuche ich die Damen und Herren, die dem Beschlußantrag von Abgeordneten der SPÖ, be-

treffend die bedarfsgerechte Schaffung von Kinderbetreuungseinrichtungen, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Der Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit.

Weiters ersuche ich die Damen und Herren, die dem Beschlußantrag von Abgeordneten der SPÖ, betreffend die Sicherstellung der für die Aufrechterhaltung der sozialökonomischen Betriebe notwendigen finanziellen Mittel, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Der Antrag hat nicht die Mehrheit gefunden.

Nun ersuche ich die Damen und Herren, die dem Beschlußantrag von Abgeordneten der SPÖ, betreffend Förderung des Sports, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Auch dieser Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Gruppe 3, Kunst, Kultur und Kultus. Berichterstatterin ist die Frau Abgeordnete Hermine Pußwald. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Pußwald (22.09 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Die Gruppe 3, Kunst, Kultur und Kultus, besteht aus folgenden Abschnitten und Unterabschnitten: Musik und darstellende Kunst, Ausbildung in Musik und darstellender Kunst, Einrichtungen der Musikpflege, Maßnahmen zur Förderung der Musikpflege, Einrichtungen der darstellenden Kunst, Maßnahmen zur Förderung der darstellenden Kunst, Schrifttum und Sprache, Förderung von Schrifttum und Sprache, Museen und sonstige Sammlungen, sonstige Kunstpflege, Einrichtungen zur Kunstpflege, Maßnahmen zur Kunstpflege, Heimatpflege, Heimatmuseen, Denkmalpflege, Altstadterhaltung und Ortsbildpflege, sonstige Einrichtungen und Maßnahmen, Rundfunk, Presse und Film, Förderung von Presse und Film, sonstige Kulturpflegeeinrichtungen, Maßnahmen der Kulturpflege.

In der Gruppe 3 ergeben sich folgende Gesamtsummen: Ausgaben: 632,249.000 Schilling, Einnahmen: 23,339.000 Schilling.

Aus Anlaß der Beratungen am 1. Dezember 1994 fand zu dieser Gruppe folgender Resolutionsantrag die Mehrheit. Resolutionsantrag der Abgeordneten Trampusch, Ussar, Dr. Karisch, Kowald, Dipl.-Ing. Vesko und Mag. Bleckmann. Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, dafür zu sorgen, daß, sofern im Rahmen eines INTERREG-Programmes die Errichtung eines Museumsneubaus im Bereich des Ruinenfeldes der römischen Verwaltungsstadt Municipium Flavia Solva in der Marktgemeinde Wagner im Rahmen des Projektes „Zentrales Museum Flavia Solva“ gefördert wird, die dafür neben den EUMitteln notwendigen Landesmittel zur Verfügung gestellt werden. Ich stelle daher den Antrag auf Annahme der Ansätze der Gruppe 3. (22.10 Uhr.)

Präsident Dr. Klausner: Der Herr Abgeordnete Dr. Cortolezis wünscht, eine Erklärung abzugeben. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dr. Cortolezis (22.10 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Die Kultursprecher der SPÖ, Wolfgang Erlitz, und der FPÖ, Magda Bleckmann, sind an mich herantreten, daß es der Kultur um diese Zeit nicht guttäte, nämlich nach zehn Uhr abends, knapp vor Mitternacht eingequetscht, ausgiebig diskutiert zu werden.

Ich teile ihre Meinung, noch dazu, wo es den Vorschlag gibt, das Budget heute zu beschließen, aber anlässlich des Kulturförderungsberichtes, der auf der nächsten Tagesordnung steht, die Diskussion über die Kultur mit diesem Kulturförderungsbericht zu verbinden. Wir haben uns darauf geeinigt, daß in der nächsten Sitzung auch dieser Kulturförderungsbericht als Tagesordnungspunkt sein wird, und unter dieser Voraussetzung hat sich auch der Landeshauptmann als Kulturreferent bereit erklärt, auf sein Schlußwort zu verzichten. Ich darf diejenigen, die extra zu dieser Debatte gekommen sind und so lange ausgeharrt haben, ersuchen, uns bei der dann ausgiebig und ohne Zeitlimit geführten Debatte wiederum die Ehre ihrer Anwesenheit zu geben. Für diejenigen, die das jetzt aber möglicherweise so interpretieren, daß dann die Diskussion nicht den Umfang hat, den wir uns als Kultursprecher wünschen, die darf ich gleich heute vor Fehlschlüssen warnen. (22.12 Uhr.)

Präsident Dr. Klauser: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Die Frau Berichterstatterin verzichtet auf das Schlußwort.

Gruppe 3, Reihenfolge der Abstimmung: Erstens über den Antrag der Frau Berichterstatterin zu den Ansätzen und Posten der Gruppe 3 und zweitens über den Beschlußantrag des Finanz-Ausschusses, betreffend das INTERREG-Programm.

Ich komme nun zur Abstimmung:

Ich ersuche nun die Damen und Herren, die dem Antrag der Frau Berichterstatterin zu den Ansätzen und Posten der Gruppe 3 ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Weiters ersuche ich die Damen und Herren, die dem Beschlußantrag des Finanz-Ausschusses, betreffend das INTERREG-Programm, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Gruppe 8, Dienstleistungen. Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Franz Majcen. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Majcen (22.14 Uhr): Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Die Gruppe 8, Dienstleistungen, besteht aus folgenden Abschnitten und Unterabschnitten: Liegenschaften, Wohn- und Geschäftsgebäude, Grundbesitz, Wohn- und Geschäftsgebäude. Land- und forstwirtschaftliche Betriebe: Landwirtschaftsbetriebe, Weinbaubetriebe, Forstgüter, Forstgärten, Baumschulen, wirtschaftliche Unternehmungen: zusammengefaßte Unternehmungen, Kongreßhäuser, sonstige wirtschaftliche Unternehmungen. In der Gruppe 8 ergeben sich folgende Gesamtsummen: Ausgaben 154,829.000 Schilling, Einnahmen 67,715.000 Schilling.

Ich stelle daher den Antrag auf Annahme der Ansätze der Gruppe 8. (22.14 Uhr.)

Präsident Dr. Klauser: Eine Wortmeldung liegt nicht vor. Die Damen und Herren, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters ihre Zustimmung geben, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Wir kommen zur Gruppe 9, Finanzwirtschaft. Berichterstatterin ist die Frau Abgeordnete Barbara Gross. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Gross (22.15 Uhr): Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Die Gruppe 9, Finanzwirtschaft, umfaßt: Kapitalvermögen und Stiftungen ohne eigene Rechtspersönlichkeit, Darlehen, Rücklagen, Wertpapiere, Beteiligungen, öffentliche Abgaben, Umlagen, Finanzzuweisungen und Zuschüsse, Bedarfszuweisungen, nicht aufteilbare Schulden, Haftungen, Verstärkungsmittel, Haushaltsausgleich. Auf der Einnahmenseite: 19.533,093.000 Schilling, auf der Ausgabenseite: 9.466,215.000 Schilling.

Namens des Finanz-Ausschusses ersuche ich um Annahme dieser Ansätze. (22.15 Uhr.)

Präsident Dr. Klauser: Ich erteile der Frau Abgeordneten Minder das Wort zur Einbringung eines Beschlußantrages.

Abg. Minder (22.16 Uhr): Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Ich bringe einen Beschlußantrag zur Budgetgruppe 9 der Abgeordneten Minder, Pußwald, Dr. Klauser, Dr. Lopatka und Trampusch, betreffend die echte Befreiung der mit Mitteln des Pflegegeldes in Anspruch genommenen Leistungen von der Steuerpflichtigkeit.

Die Schaffung des Bundespflegegeldgesetzes sowie des Steiermärkischen Landespflegegeldgesetzes war sicherlich ein Meilenstein in der österreichischen Sozialpolitik. Dessenungeachtet erscheint es weder sozial gerechtfertigt noch sachlich sinnvoll, daß die mit Hilfe des Pflegegeldes in Anspruch genommenen Leistungen der Umsatzsteuerpflicht unterworfen sind. Auf Grund der EU-Richtlinie wird am 1. Jänner 1997 eine unechte Steuerbefreiung für gemeinnützige Vereine stattfinden. Unecht deshalb, da ein Vorsteuerabzug nicht möglich ist. Seitens des Landes Steiermark soll deshalb alles unternommen werden, damit eine echte Steuerbefreiung in diesen Angelegenheiten Platz greift.

Es wird daher der Antrag gestellt, der Hohe Landtag wolle beschließen: Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, alles in ihrer Macht Stehende zu unternehmen, insbesondere beim Bund vorstellig zu werden, damit in Anspruch genommene Leistungen, die mit den Mitteln der Pflegegelder nach dem Bundespflegegeldgesetz sowie dem Landespflegegeldgesetz finanziert werden, eine echte Steuerbefreiung genießen. Ich ersuche, sich diesem Antrag anzuschließen, und darf dem Herrn Präsidenten den Beschlußantrag übermitteln. (22.17 Uhr.)

Präsident Dr. Klausner: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Die Frau Berichterstatterin hat auf ihr Schlußwort verzichtet. Ich komme nun zur Abstimmung. Die Damen und Herren, die dem Antrag der Frau Berichterstatterin zu den Ansätzen und Posten der Gruppe 9 ihre Zustimmung geben, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Ich komme jetzt zur Abstimmung über den soeben verlesenen Beschlußantrag, der die formalen Voraussetzungen der Geschäftsordnung erfüllt. Jene Damen und Herren, die diesem Beschlußantrag ihre Zustimmung geben, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Wir kommen zum außerordentlichen Haushalt.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Dr. Kurt Flecker. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dr. Flecker (22.18 Uhr): Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Der außerordentliche Haushalt besteht wiederum aus den Gruppen 0 bis 9, sieht Ausgaben in Höhe von 1.878,971.000 Schilling und Einnahmen von 950,649.000 Schilling, somit einen Abgang von 928,322.000 Schilling, vor. Namens des Finanz-Ausschusses ersuche ich um Annahme. (22.18 Uhr.)

Präsident Dr. Klausner: Der Herr Berichterstatter hat auf das Schlußwort verzichtet. Eine Wortmeldung liegt nicht vor. Die Damen und Herren, die seinem Antrag die Zustimmung geben, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Wir kommen zum Dienstpostenplan.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Heinz-Johann Glössl. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Glössl (22.19 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus!

Der Dienstpostenplan 1995 umfaßt allgemeine Verwaltung, Anstalten und betriebsähnliche Einrichtungen 8.004,53 Dienstposten, für die Steiermärkischen Krankenanstalten: 6.396,63, Dienstposten für Lehrer an allgemeinbildenden Schulen: 10.432, Dienstposten für Lehrer an berufsbildenden Pflichtschulen: 887,2, Dienstposten für Lehrer an land- und forstwirtschaftlichen Fachschulen: 440 – Summe der Dienstposten zu Lasten Personalaufwand des Landes: 26.443,1, Dienstposten zu Lasten der einzelnen Wirtschaftspläne: 342, und Dienstposten zu Lasten der einzelnen Sozialhilfeverbände: 543,55. In Summe: 27.328,65. Ich bitte um Annahme. (22.19 Uhr.)

Präsident Dr. Klausner: Eine Wortmeldung liegt nicht vor. Die Damen und Herren, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters die Zustimmung geben, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Berichterstatter zum Kraftfahrzeugsystemisierungsplan ist der Herr Abgeordnete Dr. Flecker, dem ich das Wort erteile.

Abg. Dr. Flecker (22.19 Uhr): Der Kraftfahrzeugsystemisierungsplan liegt Ihnen im Detail vor. Namens des Finanz-Ausschusses ersuche ich um Annahme.

Präsident Dr. Klausner: Eine Wortmeldung liegt nicht vor. Ich ersuche die Damen und Herren, die diesem Antrag die Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Wir haben nun noch über den Antrag des Hauptberichterstatters über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1090/1, abzustimmen, und ich erteile dazu dem Herrn Abgeordneten Dr. Flecker das Wort.

Abg. Dr. Flecker (22.20 Uhr): Ich verzichte auf ein Schlußwort und wiederhole meinen Antrag, den ich eingangs der Sitzung gestellt habe.

Präsident Dr. Klausner: Eine Wortmeldung liegt nicht vor.

Nun ersuche ich die Damen und Herren, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters zur Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1090/1, über den Landesvoranschlag 1995, den Dienstpostenplan und den Kraftfahrzeugsystemisierungsplan, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Damit liegt der Beschluß über den Landesvoranschlag 1995, den Dienstpostenplan und den Kraftfahrzeugsystemisierungsplan vor.

3. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1091, Beilage Nr. 117, Gesetz über die Aufnahme von Anleihen durch das Land Steiermark.

Berichterstatterin ist die Frau Abgeordnete Barbara Gross. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Gross (22.21 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Die Steiermärkische Landesregierung wird in diesem Gesetz ermächtigt, für das Land Steiermark zu dem im Paragraph 3 genannten Zweck Anleihen bis zum Gegenwert von insgesamt 4 Milliarden Schilling auf dem Inlands- oder Auslandsmarkt gegen Ausgabe von festverzinslichen Teilschuldverschreibungen aufzunehmen. Der Erlös der Anleihen ist ausschließlich zur Finanzierung von Investitionsvorhaben und Investitionsförderungsmaßnahmen des ordentlichen und außerordentlichen Landeshaushaltes 1995 bestimmt. Dieses Gesetz tritt mit dem seiner Kundmachung folgenden Tag in Kraft. (22.21 Uhr.)

Präsident Dr. Klausner: Eine Wortmeldung liegt nicht vor. Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag der Frau Berichterstatterin ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

4. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahlen 761/8 und 756/14, zum Abschnitt II Punkt 22 des Beschlusses Nr. 492 des Steiermärkischen Landtages vom 1. März 1994, auf

Grund des selbständigen Antrages des Rationalisierungs-Ausschusses, Einl.-Zahl 761/2, sowie zum Punkt 3 des Beschlusses Nr. 511 des Steiermärkischen Landtages vom 23. April 1994 über den Antrag der Abgeordneten Dr. Maitz, Dipl.-Ing. Vesko, Dr. Frizberg und Schinnerl, betreffend die Beauftragung des Wirtschaftsforschungsinstitutes mit der Erstellung einer neuerlichen mittelfristigen Budgetvorschau, Einl.-Zahl 756/6.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Ing. Hans Kinsky. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Ing. Kinsky (22.22 Uhr): Sehr verehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Mit zwei Beschlüssen hat der Steiermärkische Landtag die Steiermärkische Landesregierung aufgefordert, das Wirtschaftsforschungsinstitut mit einer neuerlichen mittelfristigen Budgetvorschau auf der Basis der nunmehr zu endenden budgetären Rahmenbedingungen zu beauftragen. In diesem Sinne wurde der Auftrag zur Erstellung einer Budgetvorschau für die Jahre 1994 bis 1998 an das Österreichische Institut für Wirtschaftsforschung, Prof. Dr. Gerhard Lehner, Wien, vergeben. Die Ergebnisse dieser Untersuchung liegen nunmehr vor und werden in der Beilage dem Steiermärkischen Landtag zur Kenntnisnahme vorgelegt. Ich stelle daher den Antrag, der Hohe Landtag wolle beschließen: Die vom Österreichischen Institut für Wirtschaftsforschung im Sinne des Abschnittes II Punkt 22 des Beschlusses Nr. 492 des Steiermärkischen Landtages vom 1. März 1994, Einl.-Zahl 761/2, sowie zum Punkt 3 des Beschlusses Nr. 511 des Steiermärkischen Landtages vom 23. April 1994 erstellte Budgetvorschau des Landes Steiermark für die Jahre 1994 bis 1998, Einl.-Zahl 756/6, wird zur Kenntnis genommen. (22.24 Uhr.)

Präsident Dr. Klauser: Eine Wortmeldung liegt nicht vor.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

5. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1092/1, über die Aufnahme von zusätzlichen Darlehen in der Höhe von 2,866.000 Schilling zur Inanspruchnahme der durch das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft vorgesehenen Bundesmittel für die Erschließung von Wildbacheinzugsgebieten.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Franz Trampusch. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Trampusch (22.25 Uhr): Hoher Landtag!

Namens des Finanz-Ausschusses darf ich berichten, daß durch mehrere Umstände, etwa schwierige geologische Verhältnisse, Erhöhung des Baukostenindex im Zeitrahmen von drei Jahren, der Landesmittelanteil, der 20 Prozent beträgt, nun höher ausfallen muß. Die Vorlage ergibt, daß insgesamt 2,866.000 Schilling zusätzlich für den genannten Zweck zur Verfügung zu stellen sind. Ich darf namens des Finanz-Ausschusses die Annahme beantragen. (22.25 Uhr.)

Präsident Dr. Klauser: Eine Wortmeldung liegt nicht vor.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

6. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1093/1, betreffend die Aufnahme von zusätzlichen Darlehen in der Höhe von 500.000 Schilling zur Behebung von Unwetter-schäden im Bereich des Landesinternates der Krankenpflegeschulen.

Berichterstatterin ist die Frau Abgeordnete Barbara Gross. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Gross (22.26 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Mit Schreiben vom 6. Oktober 1994 teilte die Rechtsabteilung 12 mit, daß im Landesinternat der Krankenpflegeschulen bei einem Unwetter am 6. Juli 1994 der neue Turnsaal samt Nebenräumen mehrere Zentimeter hoch überschwemmt wurde. Laut Auskunft der Rechtsabteilung 12 wird dieser Unwetter-schaden in die Meldung an den Bund über Katastrophenschäden im Landesvermögen aufgenommen, so daß mit einer 50prozentigen Rückvergütung gerechnet werden kann. Ich stelle daher namens des Finanz-Ausschusses den Antrag: Im Zusammenhang mit der Behebung von Unwetter-schäden im Bereich des Landesinternates der Krankenpflegeschulen wird die Aufnahme zusätzlicher Darlehen in der Höhe von 500.000 Schilling genehmigt. (22.26 Uhr.)

Präsident Dr. Klauser: Eine Wortmeldung liegt nicht vor. Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag der Frau Berichterstatterin ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

7. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1094/1, betreffend die Umwandlung fälliger Tilgungsanteile gewährter Investitionsdarlehen per 5,009.579,41 Schilling in nicht rückzahlbare Beihilfen zum 31. Dezember 1993.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Franz Schleich. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Schleich (22.27 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Damen und Herren!

Ich bringe den Antrag des Finanz-Ausschusses. Die Umwandlung gewährter Investitionsdarlehen in nicht rückzahlbare Beihilfen mit insgesamt 5,009.579,41 Schilling zum 31. Dezember 1993 wird zur Kenntnis genommen und weiters, wenn nötig, eine Kreditaufnahmeermächtigung, um das rückzahlen zu können. Ich bitte um Annahme. (22.27 Uhr.)

Präsident Dr. Klauser: Eine Wortmeldung liegt nicht vor. Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

8. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1095/1, über die Bedeckung über- und außerplanmäßiger Ausgaben gegenüber dem Landesvoranschlag 1994 (4. Bericht für das Rechnungsjahr 1994).

Berichtersteller ist der Herr Abgeordnete Dr. Kurt Flecker. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dr. Flecker (22.28 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Es handelt sich um einen Betrag von 47,344.000 Schilling, der in der Zeit vom 10. August bis zum 5. November über- und außerplanmäßig ausgegeben wurde. Die Bedeckung wurde in der Höhe von 23,310.431,51 Schilling bei Ausgabenersparungen in der Höhe von 24,033.568,49 Schilling bei der Entnahme aus der I-Rücklage gefunden. Ich ersuche um Kenntnisnahme und Genehmigung. (22.28 Uhr.)

Präsident Dr. Klauser: Eine Wortmeldung liegt nicht vor. Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

9. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1096/1, betreffend Landes-Hypothekenbank Steiermark, Jahresabschluß, Geschäftsbericht und Prüfungsbericht 1993.

Berichterstellerin ist die Frau Abgeordnete Barbara Gross. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Gross (22.29 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Über den Jahresabschluß 1993 wurde von der Gesellschaft für Revision und treuhändige Verwaltung-Ges. m. b. H. ein eingehender Bericht erstattet. Die gesetzlichen und satzungsmäßigen Bestimmungen und sonstige KWG-Vorschriften wurden eingehalten. Das gesamte Bilanzvolumen ist um 64,7 Millionen Schilling oder 5,3 Prozent angestiegen. Zufolge der für langfristige Finanziere besonders schwierigen Rahmenbedingungen ging das Teilergebnis um 12 Millionen Schilling auf 87,1 Millionen Schilling zurück. Auf Grund des Überprüfungsergebnisses konnte daher die Gesellschaft für Revision und treuhändige Verwaltung-Ges. m. b. H. den Jahresabschluß der Landes-Hypothekenbank Steiermark für das Jahr 1993 mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen.

Namens des Finanz-Ausschusses darf ich daher den Antrag stellen, der Bericht der Steiermärkischen Landesregierung über den Jahresabschluß 1993 und den Geschäftsbericht der Landes-Hypothekenbank Steiermark sowie der Bericht der Pflichtprüfer für das Geschäftsjahr 1993 wird gemäß Paragraph 10 Absatz 2 des Gesetzes zur Kenntnis genommen und den Mitgliedern des Aufsichtsrates, dem Vorstand sowie den Beamten und Angestellten der Landes-Hypothekenbank Steiermark der Dank ausgesprochen. (22.29 Uhr.)

Präsident Dr. Klauser: Eine Wortmeldung liegt nicht vor. Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag der Frau Berichterstatterin ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

10. Bericht des Ausschusses für Land- und Forstwirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1101/1, betreffend den Bericht über die wirtschaftliche, ökologische und soziale Lage der Land- und Forstwirtschaft in der Steiermark.

Berichtersteller ist der Herr Abgeordnete Gottfried Grillitsch. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Grillitsch (22.30 Uhr): Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Der „Grüne Bericht“ gibt einen Überblick über die wirtschaftliche und soziale Lage der Land- und Forstwirtschaft. Er liegt Ihnen vor, wurde zweimal im Landwirtschaftsbeirat diskutiert, und ich bitte um Annahme. (22.30 Uhr.)

Präsident Dr. Klauser: Eine Wortmeldung liegt nicht vor. Die Damen und Herren, die dem Antrag zustimmen, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

11. Bericht des Ausschusses für Umweltschutz und Energie, Einl.-Zahl 24/5, Beilage Nr. 121, über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 24/4, Beilage Nr. 120, Gesetz, mit dem das Steiermärkische Abfallwirtschaftsgesetz (StAWG), LGBl. Nr. 5/1991, geändert wird.

Berichterstellerin ist die Frau Abgeordnete Dr. Eva Karisch. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Dr. Karisch (22.31 Uhr): Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Der vorliegende Gesetzesentwurf enthält im wesentlichen eine Teilung der beiden Abfallwirtschaftsverbände Graz und Graz-Umgebung. Namens des Ausschusses für Umwelt und Energie stelle ich den Antrag auf Annahme. (22.31 Uhr.)

Präsident Dr. Klauser: Eine Wortmeldung liegt nicht vor. Die Damen und Herren, die dem Antrag zustimmen, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

12. Bericht des Finanz-Ausschusses, Einl.-Zahl 1050/2, Beilage Nr. 122, über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1050/1, Beilage Nr. 113, Gesetz über die Einhebung einer Landes-Lustbarkeitsabgabe (Steiermärkisches Landes-Lustbarkeitsabgabengesetz).

Berichtersteller ist der Herr Abgeordnete Siegfried Schrittwieser. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Schrittwieser (22.32 Uhr): Meine Damen und Herren!

Es handelt sich hier um das Landes-Lustbarkeitsabgabegesetz. Der Finanz-Ausschuß hat in seinen Sitzungen am 18. Oktober und 13. Dezember Änderungen beschlossen: Ich ersuche um Annahme. (22.32 Uhr.)

Präsident Dr. Klausner: Dieses Gesetz enthält eine Verfassungsbestimmung. Ich weise daher auf Paragraph 48 Absatz 2 der Geschäftsordnung, in Verbindung mit Paragraph 20 Absatz 2 LVG, hin, wonach ein solches Verfassungsgesetz nur bei Anwesenheit der Hälfte der Mitglieder des Landtages und mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der abgegebenen Stimmen beschlossen werden kann. Beides ist gegeben.

Ich komme zur Abstimmung. Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

13. Bericht des Ausschusses für Land- und Forstwirtschaft über den Antrag, Einl.-Zahl 1103/1, der Abgeordneten Grillitsch, Trampusch, Peinhaupt, Riebenbauer und Kaufmann, betreffend die Novellierung des Steiermärkischen Weinbaugesetzes.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Franz Riebenbauer. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Riebenbauer (22.33 Uhr): Meine Damen und Herren!

Der Bericht des Landwirtschafts-Ausschusses, betreffend die Novellierung des Steiermärkischen Landesweinbaugesetzes, liegt Ihnen vor. Ich ersuche um Zustimmung. (22.33 Uhr.)

Präsident Dr. Klausner: Eine Wortmeldung liegt nicht vor. Die Damen und Herren, die dem Antrag die Zustimmung geben, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Damit ist die Tagesordnung erledigt. Die nächste Sitzung wird auf schriftlichem Wege einberufen. Die Sitzung ist geschlossen. (Ende der Sitzung: 22.34 Uhr.)